

Claus Heinrich Gattermann

# Die neue alte Welt

Aufsätze zur Sicherheitspolitik der  
Bundesrepublik Deutschland



Sicherheitspolitik auf dem europäischen Kontinent +++ Das Konzept der Vernetzten Sicherheit  
Verlängerung des Mandats ohne die Stimmen der Opposition? +++ Soft Power als Grund  
territorienorientiertes Krisen- und Konfliktmanagement aus deutscher Perspektive +++ Verlä  
Die Renaissance der Söldner? +++ Projektion militärischer Machtmittel +++ Das Balkan  
Sicherheitspolitische Herausforderungen im nationalen Kontext +++ Verlängerung de  
Bundeswehr beendet Einsatz nach 17 Jahren +++ Projektion militärischer Machtmittel  
Militärische Machtmittel im islamischen Raum Nordafrikas +++ Innergesellschaftliche  
territorienorientiertes Krisen- und Konfliktmanagement aus deutscher Perspektive +++ Kris  
Sicherheitspolitik auf dem europäischen Kontinent +++ Die Sicherheit Deutschlands wird  
Verlängerung des Mandats ohne die Stimmen der Opposition? +++ Soft Power als Grund  
Bundeswehr als Keimling abgezogen +++ Wieviel Europa verträgt der Islam? +++ Das  
Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols +++ Sicherheitspolitische Herausforder  
Der Islam als Herausforderung für die Sicherheitspolitik +++ Kehre „Hard Power“ zurück  
Militäreinsatz in Bosnien-Herzegowina bewilligt +++ Das Balkan-Dilemma +++ Soft P  
Innergesellschaftliche Konfliktbewältigung und Auslandseinsätze +++ Krieg im Frieden  
Das Konzept der Vernetzten Sicherheit +++ Privatisierung des staatlichen Gewaltmonop  
Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt +++ Zur Lage in der Ge  
Sicherheitspolitik auf dem europäischen Kontinent +++ Innergesellschaftliche Konflikte  
Verlängerung des Mandats ohne die Stimmen der Opposition? +++ Soft Power als Grund  
Auslandseinsätze +++ Militärische Mach  
Sicherheitspolitik auf dem europäischen Kontinent +++ Das Konzept der Vernetzten  
Zur Lage in der Gegenwart +++ Innergesellschaftliche Konfliktbewältigung und Ausland



Universitätsdrucke Göttingen



Claus Heinrich Gattermann

Die neue alte Welt – Aufsätze zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik  
Deutschland

This work is licensed under the  
[Creative Commons](#) License 3.0 “by-nd”,  
allowing you to download, distribute and print the  
document in a few copies for private or educational  
use, given that the document stays unchanged  
and the creator is mentioned.  
You are not allowed to sell copies of the free version.



erschienen in der Reihe der Universitätsdrucke  
im Universitätsverlag Göttingen 2012

---

Claus Heinrich Gattermann

## Die neue alte Welt

Aufsätze zur Sicherheitspolitik  
der Bundesrepublik Deutschland



Universitätsverlag Göttingen  
2012

## Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

### *Anschrift des Autors*

Claus Heinrich Gattermann  
e-mail: [claus-gattermann@t-online.de](mailto:claus-gattermann@t-online.de)

Dieses Buch ist auch als freie Onlineversion über die Homepage des Verlags sowie über den OPAC der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek (<http://www.sub.uni-goettingen.de>) erreichbar und darf gelesen, heruntergeladen sowie als Privatkopie ausgedruckt werden. Es gelten die Lizenzbestimmungen der Onlineversion. Es ist nicht gestattet, Kopien oder gedruckte Fassungen der freien Onlineversion zu veräußern.

Satz und Layout: Claus Heinrich Gattermann  
Umschlaggestaltung: Jutta Pabst  
Titelabbildung: Margo Bargheer  
<http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/7/72/Flaggen.jpg?uselang=de>

© 2012 Universitätsverlag Göttingen  
<http://univerlag.uni-goettingen.de>  
ISBN: 978-3-86395-091-0

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	5
Notwendigkeit, Chancen und Risiken eines lageorientierten Krisen- und Konfliktmanagements aus deutscher Perspektive .....	9
Krieg im Frieden? Die Bundesrepublik Deutschland und die innergesellschaftliche Bewältigung von Konflikten im Rahmen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr.....	21
<i>Die deutsche Politik und das Militär im Einsatz</i> .....	24
<i>Akteure am Rande und außerhalb der Politik</i> .....	34
<i>Die Zukunft?</i> .....	43
Die Renaissance der Söldner? Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols im Verteidigungsbereich – eine Entwicklung und deren Folgen.....	45
Die Bundesrepublik Deutschland und der Islam – Sicherheitspolitische Herausforderungen im nationalen und globalen Kontext.....	61
<i>Der Islam und die westliche Verfassungskultur – Eine spannungsreiche Beziehung</i> .....	63
<i>Die islamische Staatenwelt</i> .....	67
<i>Der Islam in Deutschland</i> .....	74
<i>Der Islam als Herausforderung für die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland</i> .....	79
Innenpolitik .....	79
Außenpolitik .....	84
<i>Zusammenfassung</i> .....	87
Die Umbrüche in der islamischen Welt Nordafrikas und des Nahen Ostens – Sicherheitspolitische Implikationen für Deutschland .....	93
<i>Der islamische Raum</i> .....	94
<i>Deutschland und die islamische Welt Nordafrikas und des Nahen Ostens</i> .....	103
<i>Handlungsmöglichkeiten deutscher Sicherheitspolitik</i> .....	108
Der zivile Ansatz .....	109
Kleine Schritte – militärische Kooperation.....	111
„Hard Power“ – Die Projektion militärischer Machtmittel in den islamischen Raum Nordafrikas und des Nahen Ostens.....	112
<i>Zusammenfassung</i> .....	113

Bosnien-Herzegowina und das Kosovo – Herausforderungen für deutsche Sicherheitspolitik auf dem europäischen Kontinent .....	115
<i>Zur Lage in der Gegenwart</i> .....	116
Bosnien-Herzegowina .....	116
Kosovo .....	123
<i>Politische Perspektiven aus der Sicht Bosnien-Herzegowinas und des Kosovos</i> .....	127
<i>Auswärtige Akteure</i> .....	127
<i>Die Zukunft Bosnien-Herzegowinas und des Kosovos aus der Perspektive deutscher Sicherheitspolitik</i> .....	131
Schlußbetrachtung .....	135
Literaturverzeichnis .....	139
<i>Gedruckte Literatur</i> .....	139
<i>Veröffentlichungen im Internet</i> .....	145
Anhang .....	153
Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten Staaten (in Mio.) .....	153
Tabelle 1: Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung .....	154
Tabelle 2: Staaten mit muslimischen Minderheiten (über 10 Prozent) .....	155
Tabelle 3: Islamische Staaten Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens .....	156
Tabelle 4: Erdölförderung und -reserven in Nordafrika sowie im Nahen und Mittleren Osten 2009 .....	158
Abb. 2: Deutsche Rohölimporte nach Ursprungsregionen und -ländern Dezember 2008 bis November 2009 .....	160

## Einleitung

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Staat wie jeder andere. Vor dem Hintergrund der durch die nationalsozialistischen Untaten gebrochenen Geschichte tut sich Deutschland schwer damit, seinen Platz in der Welt zu finden – auch noch über zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung. Wirtschaftliche Größe und innerer Friede haben ein international beachtetes Erfolgsmodell geschaffen. Die Deutschen haben ein ungeheures Selbstbewußtsein entwickelt – als Vorreiter auf dem Gebiet ökologisch orientierter Politik, als Schöpfer eines Sozialstaats, den es so nur in wenigen Ländern der Welt gibt. Nur mit einem haben sie Probleme, mit der Formulierung und dem Durchsetzen von Grundsätzen für die Außen- und Sicherheitspolitik.

Außen- und Sicherheitspolitik sind eng verwoben mit Macht, ein Begriff, der in Deutschland aus guten Gründen mit Skepsis betrachtet wird. Das Streben nach militärischer und darüber hinausgehend nach politischer Macht hat den Deutschen – und von ihnen ausgehend der Welt – viel Unglück gebracht. Diese Lehre aus der Geschichte hat Deutschland verinnerlicht. Nur mangelt es an einer Strategie dafür, sich trotz der Geschichte und mit der Geschichte in der Welt zurechtzufinden. Bis 1990/91 war das auch nicht notwendig, schließlich waren

beide deutsche Staaten nur begrenzt souverän. Seitdem jedoch zählen manche Gewißheiten nicht mehr. Deutschland ist mehr unwillentlich als willentlich zum Mitspieler in der internationalen Politik geworden. Die Instrumente, die einst dazu dienten, weltweite Machtpolitik zu vermeiden und militärisch inaktiv zu bleiben, haben den gegenteiligen Effekt gehabt. Die Vertragswerke, in die die Bundesrepublik eingetreten ist, namentlich NATO und EU (bzw. deren Vorgänger), erfordern seit 1991 immer wieder ein Engagement der Deutschen in Weltregionen, die bis dahin für deutsche militärische und politische Machtprojektion allenfalls in Ansätzen zugänglich waren.

Andere Staaten, nicht zuletzt die wichtigsten Partner Deutschlands in der Welt, verfügen über mehr oder weniger ungebrochene außenpolitische Traditionen. Die Bundesrepublik dagegen hat bewußt mit alten deutschen Traditionen gebrochen. Sie vertritt keine exklusiven geographischen Interessensphären, pflegt keine jahrhundertealten Partnerschaften. Deutschland tritt ein für die Verrechtlichung von Politik, für die Überwindung nationalstaatlicher Egoismen zugunsten eines großen Ganzen. Es bindet sich selbst, um den Krieg als Mittel der Politik zu überwinden und Menschen- und Völkerrecht auch der Welt zu wahren und herzustellen.

Um 1990 schien es für kurze Zeit, daß die Zeit eines ewigen Friedens angebrochen sei. Die atomwaffenbewehrte tödliche Konkurrenz der beiden Machtblöcke wich für kurze Zeit einem oberflächlichen Miteinander. Doch schon kurz danach stellte sich heraus, daß die Supermächte des Kalten Krieges eine Fülle an Konflikten auf der Welt nur unterdrückt, aber keineswegs gelöst hatten. Die brachen nun auf – der Wunsch der Deutschen nach einem endlos dauernden Frieden war zur Utopie geworden.

Seitdem stellt die politisch interessierte Öffentlichkeit Deutschlands immer wieder fest, wie wenig die Bundesrepublik auf die neue Lage – das mehr oder weniger freie Spiel der Mächte in einer nicht mehr von den USA und der Sowjetunion beherrschten Welt – vorbereitet ist. Wie und wo soll man sich engagieren, wenn überhaupt? Immer wieder wird der Ruf laut, durch eine breit angelegte Diskussion der politisch interessierten Kräfte Grundregeln für Außen- und Sicherheitspolitik zu erarbeiten – um letztlich immer wieder feststellen zu müssen, daß eine Diskrepanz besteht zwischen dem, was sich deutsche Politik und Öffentlichkeit für die Zukunft vornehmen wollen und dem, was die Zukunft an Herausforderungen an Deutschland heranträgt. So bestehen die deutschen Vorstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik oft nur aus hehren Schlagworten, die kaum einen Anhalt bieten für die praktische Gestaltung von Politik in Krisensituationen.

Überlegungen zu Politik, auch zu Sicherheitspolitik können einerseits abstrakt sein, sich auf hoher Ebene um moralische und kulturelle, auch um religiöse Werte drehen. Oder sie können im Detail auf bestimmte Herausforderungen eingehen. Die folgenden Aufsätze folgen dem zweiten Weg. Es handelt sich um Ergebnisse einer Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, ohne allerdings Positionen der

deutschen Armee oder des Verteidigungsministeriums wiederzugeben. So hat die Bundeswehr keinerlei Einfluß ausgeübt auf die Quellenauswahl, auch hat sie keine Vorgaben getroffen hinsichtlich der Methoden und erst recht nicht der Ergebnisse. Selbst die Auswahl der Themen oblag einem Abstimmungsprozeß zwischen den Interessen des Autors und denen der damit involvierten Bundeswehrstellen, namentlich des Zentrums für Transformation. Die enge Begrenzung der Themen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Gleichwohl streift sie mehrere Zusammenhänge, die in den letzten Jahren Gegenstand von Kontroversen innerhalb der sicherheitspolitischen Diskussion waren und sind. Dabei liegen die Schwerpunkte auf dem Verhältnis Deutschlands zur islamischen Welt und auf der inneren Selbstfindung, die die Bundesrepublik seit 1990 durchläuft.

Dieser Band wäre nicht erschienen, hätte mich nicht Dr. Kai Busch vom Zentrum für Transformation der Bundeswehr so bereitwillig und tatkräftig in vielen Fragen unterstützt. Ihm sei daher mein Dank ausgesprochen! Um Entschuldigung für lange Abwesenheiten von Daheim und den mit Veröffentlichungen verbundenen Streß zu bitten habe ich meine Frau Mirjana und meine Kinder Anna, Maria und Karl Philipp.



## **Notwendigkeit, Chancen und Risiken eines lageorientierten Krisen- und Konfliktmanagements aus deutscher Perspektive**

Die Bundesrepublik Deutschland ist in vielfältiger Hinsicht verknüpft mit dem Schicksal anderer Staaten, Regionen und Kontinente. Es würde zu weit führen, hier auf alle diese Aspekte in all ihren Dimensionen einzugehen. Daher seien nur einige kurz angeschnitten:

*Wirtschaftlich* bestehen zahlreiche Verbindungen zu den meisten Ländern der Erde, Verbindungen, von denen viele für die ökonomische Existenz Deutschlands von immenser Bedeutung sind. Dabei ist Deutschland einerseits auf den Import einer Reihe wichtiger Rohstoffe angewiesen. Andererseits ist das hochentwickelte deutsche Potential nur dann entsprechend zur Geltung zu bringen, wenn Produkte und Dienstleistungen auch exportiert werden.

*Politisch* unterhält die Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen zu nahezu allen Staaten der Erde. Sie ist Mitglied der Vereinten Nationen ebenso wie zahlreicher weiterer inter- und multinationaler Organisationen. Dem Funktionieren dieser Organisationen wird von Seiten der politisch relevanten Kreise

Deutschlands ein hoher Stellenwert zugemessen. Die zweifellos wichtigste Mitgliedschaft ist die in der Europäischen Union.

Internationale Zusammenarbeit bestimmt in weiten Bereichen auch die *militärische* Lage Deutschlands, vor allem durch die Einbindung in den Nordatlantikpakt. Die NATO garantiert Deutschland einerseits Beistand und Unterstützung, sollte es von Nicht-NATO-Staaten angegriffen oder bedroht werden. Andererseits vereint sie die militärisch wichtigsten Nachbarstaaten in einem Bündnis – ein bedeutender Aspekt, schließlich hatte Deutschland im 20. Jahrhundert zweimal weitgehend isoliert gegen nahezu alle Nachbarn gekämpft mit dem Ergebnis zweier verheerender Niederlagen.

*Kulturell* versteht sich Deutschland als Teil einer christlich fundierten abendländischen Kultur in einer gemeinhin als „westlich“ bezeichneten Ausprägung. Kennzeichen dieser Kultur sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts unter anderem eine demokratische Regierungsform, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, die Gewähr von Grund- und Menschenrechten, Toleranz des Staates in religiösen Fragen sowie die Tendenz, der Freiheit des Individuums einen im weltweiten Vergleich hohen Stellenwert einzuräumen.

Diese vier Eckpfeiler bestimmen in zuweilen recht unterschiedlicher Gewichtung Deutschlands Auftreten in der Welt, also auch das im Fall von Krisen und Konflikten. Da kaum ein Vorgang außerhalb der Bundesrepublik denkbar ist, der von deutschen Regierungen im Alleingang und ohne Berücksichtigung von Interessen anderer Staaten bearbeitet werden kann, kommt der Suche nach Partnern eine große Bedeutung zu – nach Partnern, die allein durch die Mitgliedschaften in NATO und EU vielfältig zur Verfügung stehen. Allerdings gestaltet sich diese Zusammenarbeit durchaus nicht immer unproblematisch und konfliktfrei. Nahezu alle tatsächlichen und potentiellen Partner haben eigene, manchmal gegeneinander gerichtete wirtschaftliche Interessen. Bedingt durch Geschichte und geopolitische Entitäten unterscheidet sich die Sicht auf sicherheitspolitische Belange zum Teil erheblich, und zahlreiche Staaten verfügen in der Welt über Bindungen, die der Bundesrepublik Deutschland so unbekannt sind. Deutschland selbst bildet in dieser Gemengelage aus historischen Gründen einen Sonderfall:

- Es ist arm an geschichtlich begründeten Partnerschaften, die in die Zeit vor Gründung der Bundesrepublik zurückreichen (keine Kolonien, demonstrative Distanz zu Verbündeten aus der Zeit bis 1945). Demgemäß besitzt Deutschland auch keine (exklusiven) Interessensphären, in denen es eine wie auch immer geartete Führungsfunktion beansprucht.
- Deutschland versucht, das Fehlen traditioneller Bündnispartner durch sichtbaren Schulterschluss mit den einstigen Gegnern des Zweiten Weltkriegs zu kompensieren.
- Es definiert sich selbst nicht als Großmacht (wie es andere Staaten vergleichbaren wirtschaftlichen und politischen Gewichts im Regelfall tun).

- Die Bürde der Geschichte (Auslöser zweier Weltkriege, Schuld an Völkermord und Kriegsverbrechen ungeheuren Ausmaßes, zwei Diktaturen) beherrscht das politische Klima innerhalb der deutschen Öffentlichkeit und ihrer führenden Schichten bis heute. Selbst rational geführte Diskussionen um politische Maßnahmen im Inneren wie im Äußeren finden daher stets vor diesem omnipräsenten Hintergrund statt. Eine generelle Lehre der Deutschen aus ihrer Geschichte besteht in einer von anderen Staaten oft nicht verstandenen Zurückhaltung gegenüber militärischen Handlungsoptionen.

Diese Parameter deutscher Politik werden vermutlich noch mittel-, vielleicht auch langfristig die Stellung der Bundesrepublik Deutschland in internationalen Fragen bestimmen. Sie bilden die Folie, vor der jegliche Maßnahmen zum Umgang mit Krisen und Konflikten zu verstehen sind.

Deutsche Regierungen stehen jetzt und in Zukunft vor der Notwendigkeit, mit Krisen und Konflikten in weiten Teilen der Welt umgehen zu müssen. Der geschichtlich begründeten bundesrepublikanischen Tradition, in solchen Fällen Zurückhaltung oder gar Verweigerung zu üben, stehen wirtschaftliche, vor allem aber politische Zwänge gegenüber, nicht nur vorbeugend und nachsorgend tätig zu werden, sondern auch in akute Krisen und Konflikte einzugreifen. Diese Zwänge resultieren zu einem erheblichen Teil aus der Mitgliedschaft in inter- und multinationalen Organisationen – die aus deutscher Sicht eigentlich ein Mittel darstellen, Konflikte im Vorfeld zu entschärfen bzw. durch die Stärkung des Völkerrechts gar nicht erst virulent werden zu lassen. In diesem Zusammenhang sind vor allem drei Organisationen zu nennen:

Die *Vereinten Nationen* als Forum fast aller Staaten der Erde haben die Verpflichtung übernommen, Konflikte zwischenstaatlicher Natur, in letzter Zeit aber auch zunehmend solche mit innerstaatlichem Charakter *vor* einem offenen Gewaltausbruch zu lösen. Ist das nicht möglich, stehen den VN Instrumente zur Verfügung, neben wirtschaftlichen und diplomatischen auch militärische Mittel anzuwenden, um Aggressoren in die Schranken zu verweisen und den Weltfrieden einschließlich der in den letzten Jahrzehnten entwickelten staatlichen Ordnung wiederherzustellen. Das wirft allerdings angesichts der Tatsache, daß die VN keine eigenen militärischen Machtmittel besitzen, immer wieder die Frage auf, welche Staaten denn nun bereit seien, tatsächlich Truppen zu stellen, ein Problem, das auch Deutschland berührt: Zwar gibt es eine Vielzahl von Armeen, die in der Lage sind, mehr oder weniger gut ausgerüstete Infanterie in einen VN-Einsatz einzubringen – weiter reichende Fähigkeiten können dagegen meist nur von modernen Streitkräften gestellt werden, wie sie lediglich von wenigen Staaten, u. a. der Bundesrepublik Deutschland, unterhalten werden. Wenn Deutschland also am Funktionieren von VN-Konfliktlösungsmechanismen interessiert ist, darf es sich

jetzt und in Zukunft Anfragen nach Stellung von Militär nicht verweigern – andernfalls würden die VN hinsichtlich ihrer Fähigkeit zur Lösung und Beherrschung von Konflikten geschwächt.

Der *Europäischen Union* kommt traditionell eine eher geringere Rolle bei der Lösung internationaler Konflikte zu, zumindest wenn es sich um militärisch unterfütterte Ansätze handelt. Die eigentlich als militärischer Arm der EU (bzw. EG) konzipierte *Westeuropäische Union* stand lange Zeit im Schatten der NATO und war, ebenso wie die *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik*, nicht in der Lage, das sicherheitspolitische Potential der EU-Staaten wirkungsvoll zu bündeln. Das änderte sich allerdings – in begrenztem Umfang – durch die ab 1997 in mehreren Schritten begründete und ausgebauten *Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik*: Die EU definiert sich nunmehr auch selbst als sicherheitspolitische Größe, die mit eigenen Machtmitteln zur Krisen- und Konfliktbewältigung beitragen kann. Für Deutschland bedeutet das einen erheblich vergrößerten Druck, sich auch militärisch zu engagieren. Es ist mit Bundeswehr-Kräften an vier von dreizehn EU-Kampfgruppen beteiligt, mit anderen Worten, eine deutsche Verweigerungshaltung würde nahezu ein Drittel der von der EU eingeplanten Verbände weitgehend handlungsunfähig machen, was nicht im erklärten deutschen Interesse an der Stärkung der europäischen Integration sein kann.

Der *Nordatlantikpakt* hat nach 1989/90 einen nicht unerheblichen Bedeutungswandel erfahren. Eigentlich als reines Selbstverteidigungsbündnis konzipiert, gingen die NATO-Staaten in mehreren Schritten ab 1992 dazu über, den Verteidigungscharakter des Vertrages weiter zu interpretieren als bis dahin üblich. Nunmehr ist auch eine vorbeugende Gefahrenabwehr möglich, und zwar nicht nur an den Grenzen des Bündnisses, sondern weltweit – wobei der Begriff „Gefahr“ eher weit ausgelegt wird. Zahlreiche Armeen des Bündnisses befinden sich seit den neunziger Jahren in einem bis dahin nicht dagewesenen Umbau, weg von einer reinen Landesverteidigungsarmee hin zu Streitkräften, die weltweit einsetzbar sind. Auch in diesem Zusammenhang kommt Deutschland eine erhebliche Bedeutung zu, unterhält es doch trotz aller Einsparungen mit der Bundeswehr noch einen der wichtigsten Eckpfeiler des militärischen Potentials der NATO.

Die eben angeführten internationalen Organisationen gelten der deutschen Politik als wichtige Instrumente der Außenpolitik, was das Ziel beinhalten muß, sie allesamt handlungsfähig zu erhalten. Selbst wenn Deutschland also, anders als selbst eine Reihe verbündeter Nationen aus EU und NATO, darauf verzichten sollte, eigene, von keinem anderen Staat geteilte Interessen militärisch zu vertreten, gebietet es doch die Staatsraison der einstigen Bonner und heutigen Berliner Republik, im Fall von Interessenschnittmengen mit anderen wichtigen Partnern konfliktregulierende Maßnahmen nicht durch eine wie auch immer innenpolitisch oder geschichtlich begründete Zurückhaltung zu gefährden, zumal ein solcher Akt gerade das herbeiführen könnte, was der Bundesrepublik am

meisten Schaden würde – die außenpolitische Isolation, der Verlust an Mitsprachemöglichkeiten bei der Gestaltung der Weltordnung und im Endeffekt ein Wiederaufbrechen von Gräben zu den heute wichtigsten Verbündeten in EU und NATO.

Abgesehen von solchen außenpolitischen, eher grundsätzlichen Zwängen unterliegt die deutsche Administration jedoch auch noch anderen, die ein aktives Engagement in allen Stadien von Krisen und Konflikten unabweisbar machen können.

An erster Stelle ist hier die öffentliche Meinung zu nennen, auf die eine an Wahlerfolgen interessierte politische Führung in Demokratien stets Rücksicht zu nehmen hat. Vor allem der Einfluß von Film- und Bildmaterial kann, wenn Konflikte mit Grausamkeiten oder Verstößen gegen die Menschenrechte verbunden sind, selbst in einer auf militärische Zurückhaltung gepolten Gesellschaft wie der deutschen enormen Druck erzeugen, aktiv zur Beendigung besagter Mißstände beizutragen. Da heutzutage selbst Mobiltelefone in der Lage sind, eindrucksvolle Bilder zu erzeugen, und da die moderne Medienlandschaft in hartem Wettbewerb um hohe Einschaltquoten steht, ist kaum zu erwarten, daß die einzelnen Anbieter von Medien jetzt und in nächster Zukunft Zurückhaltung bei der Verbreitung emotional aufwühlender und leicht zu beschaffender Bilder zeigen werden.

An zweiter Stelle ist an die Wirkung eigentlich innenpolitischer Faktoren zu denken, und zwar in mindestens dreierlei Gestalt: So ist angesichts der fortschreitenden migrationsbedingten und durch demographische Momente verstärkten Veränderung der auf dem Gebiet der Bundesrepublik lebenden Bevölkerung mittel- und langfristig nicht auszuschließen, daß starke Gruppen von Einwanderern Druck auf die deutsche Führung ausüben, sich im Ausland in der einen oder der anderen Weise zu engagieren, ein Druck, der sich vergrößern dürfte, wenn umfangreiche Teile der Zuwanderer das deutsche Wahlrecht bekommen, ohne das Interesse an den jeweils ursprünglichen Heimatländern zu verlieren. In zweiter Stufe kann das, wie zum Teil schon geschehen, dazu führen, daß die innere Sicherheit Deutschlands unmittelbar bedroht wird, etwa durch Terrorismus oder aber auch durch organisierte Kriminalität. Und drittens stellt sich die Frage, inwieweit der historisch begründete politische Grundkonsens der Bundesrepublik, in militärischen Einsätzen Zurückhaltung zu üben, auch in Zukunft Bestand haben wird. Dabei ist bei aller politisch-historischen Bildungsarbeit daran zu denken, daß die Zeitspanne zwischen dem Nationalsozialismus und der jeweiligen Jetzt-Zeit immer größer wird, die traumatischen und eigentlich staatsbildenden Erfahrungen der Deutschen in der Bundesrepublik also immer weiter zurückliegen – ebenso wie, das verweist wiederum auf die Immigration, denkbar ist, daß nicht alle Zuwanderer bereit sein werden, Rücksicht auf die historische Schuld der Deutschen zu nehmen.

Drittens schließlich ist auf Entwicklungen innerhalb des Militärs selbst abzuheben. War es noch in den siebziger und achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts schwer, von Europa aus militärisches Potential in weit abgelegenen Weltgegenden, ja überhaupt außerhalb eigener Grenzen und entfernt von eigenen Stützpunkten zum Einsatz zu bringen, gestattet die gemeinhin als Transformation bezeichnete Veränderung der Streitkräfte solches seit den neunziger Jahren zunehmend einfacher. Die klassische Begründung: „man könne gar nicht“ wird dadurch zum Teil ebenso hinfällig wie die Sorge, erhebliche eigene Verluste vor dem eigenen Wahlvolk begründen zu müssen. Selbst das Problem, moralische Schuld an – womöglich zivilen – gegnerischen Verlusten auf sich zu laden, wird durch bestimmte Waffenentwicklungen stark relativiert. Auch das dürfte, im Zusammenspiel mit den oben genannten anderen Entwicklungen, geeignet sein, Druck zu einem eigenen Krisen- und Konfliktmanagement aufzubauen.

Krisen- und Konfliktmanagement stellt sich Deutschland nicht nur als Notwendigkeit dar. Ein aktiver, sogar militärisch unterfütterter aktiver Umgang mit aktuellen Konflikten eröffnet auch Perspektiven, Ziele deutscher Politik unmittelbar umzusetzen.

Zuvorderst ist in diesem Zusammenhang an das vielbeschworene Stichwort der Multilateralität als Grundlage deutscher Außenpolitik zu denken. *Wenn* es aus deutscher Sicht sinnvoll ist, im Verbund mit anderen Staaten und im Rahmen internationaler Organisationen zu agieren, dann *muß* – das ist oben bereits angeklungen – eine deutsche Regierung auch dafür Sorge tragen, Partnerschaften, Bündnisse und Foren zu stärken. Das aber geht auf Dauer nur, wenn jenseits aller politischen und diplomatischen Zusammenarbeit der deutsche Staat auch bereit ist, sich mit allen Facetten seines Potentials einzubringen. Nur eine solche Bereitschaft eröffnet die Möglichkeit, das durchaus nicht bei allen tatsächlichen und denkbaren Partnern in gleichem Maß und in gleicher Form ausgeprägte Bedürfnis nach Multilateralität zu stärken. Mit anderen Worten, andere Staaten müssen erkennen, daß das komplexe Prozedere bi- und multinationaler Zusammenarbeit für sie selbst gewinnbringender ist als nationale Alleingänge oder kurzzeitige, oft wechselnde Koalitionen. Andere Staaten müssen deutsche Unterstützung so weit schätzen, daß sie eigene, vielleicht kurzfristig sogar erreichbare Ziele mäßigen oder auch zurückstellen – um des Vorteils willen, Deutschland als verlässlichen Partner zu haben.

In gewissem Sinn hat die Bundesrepublik Deutschland diese Prämisse – zu Geben um zu Bekommen – schon seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts verfolgt, zum Teil gegen erheblichen Widerstand im Inneren. Die Alternative zu einem solchen Zugehen auf die nach dem Zweiten Weltkrieg neu gewonnenen Partner (v.a. USA, Großbritannien und Frankreich) hätte in einer dauerhaften Opposition zu den damaligen Siegermächten sowie mehreren Nachbarn bestanden und angesichts der Unmöglichkeit, ein eigenes wirtschaftliches, politisches und

militärisches Machtzentrum aufzubauen, das gleichzeitige Streben nach wirtschaftlichem Aufbau und äußerer Sicherheit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur Quadratur des Kreises werden lassen. Nun kommt es darauf an, den damals begonnen Prozeß fortzuführen. Das aber kann nur bedeuten, die Veränderung der Welt nach 1990 anzunehmen und das eigene Handeln darauf auszurichten, und zwar, indem das politische und wirtschaftliche Gewicht ebenso in die Waagschale gelegt wird wie das militärische. Angesichts weltweiter Entwicklungen dürfte selbst das Beharren auf dem Status quo im Rahmen der Krisen- und Konfliktbewältigung einem Rückschritt gleichkommen, mit dem Risiko eines Umsturzes der in sechzig Jahren entwickelten Bündnisse und Partnerschaften.

Von zentraler Bedeutung für deutsche Politik und Sicherheit sind und bleiben auf absehbare Zeit die Beziehungen zu Frankreich, den Vereinigten Staaten und – dahinter etwas zurücktretend – Großbritannien. Daraus folgt wiederum die Wichtigkeit der beiden Vertragsorganisationen, die diese Beziehungen nicht unwesentlich institutionalisieren: EU und NATO.

Beide Organisationen vertreten unter Führung ihrer jeweiligen Führungsmächte (für die NATO die USA, für die EU in sicherheitspolitischer Hinsicht Frankreich) den Anspruch, konfliktregulierend tätig sein zu wollen. Daraus entstehende Konkurrenzen sind hinsichtlich ihrer Auswirkungen nach Möglichkeit zu minimieren. In diesem Zusammenhang bietet sich für das wirtschaftlich potente und auch militärisch nicht ohnmächtige Deutschland die Chance, durch Einbringung eigener Ressourcen die Abstimmung zwischen beiden Polen zu verbessern. Das gilt vor allem im Blick auf die Vereinigten Staaten, die, gestützt auf ein gewaltiges wirtschaftliches und militärisches Potential, am ehesten versuchen können, eventuell als lästig empfundene Bindungen an die europäischen NATO-Partner einer Überprüfung zu unterziehen. Zurückhaltendes Taktieren deutscher Regierungen im Hinblick auf den Umgang mit aktuellen, von den USA als wichtig kategorisierten Krisen und Konflikten dürfte auch in Zukunft den Einfluß Deutschlands auf die Politik der USA verkleinern und unter Umständen Washington dazu verleiten, „Koalitionen der Willigen“ zu formieren. Im Verhältnis zu Frankreich, das, militärisch und wirtschaftlich erheblich schwächer als die USA, den Versuchungen zu Alleingängen wohl seltener erliegen dürfte als die Amerikaner, kommt es hingegen darauf an, Paris an einer gegen die USA gerichteten Blockadehaltung gegenüber amerikanischen Vorhaben möglichst zu hindern. Beide Vorhaben können aber nur umgesetzt werden, wenn Deutschland auch selbst bereit ist, sich aktiv und nicht zuletzt militärisch bei der Konfliktbewältigung zu engagieren.

Abgesehen von aller Notwendigkeit, Krisen- und Konfliktmanagement zu betreiben, und abgesehen von allen Chancen, die mit einem solchen Engagement verbunden sind, bleiben doch eine Reihe von Risiken in diesem für die Deutschen

der Bundesrepublik relativ neuen Geschäft – Risiken, die in mehrere Stufen einteilen sinnvoll ist:

- Auf taktischer Ebene besteht immer die Gefahr von Rückschlägen: Eigene materielle und vor allem personelle Verluste, sogenannte „Kollateralschäden“ (Opfer unter der Zivilbevölkerung, Zerstörung und Beschädigung von Kulturgütern), Ungeschick im Umgang mit religiösen und kulturellen Gebräuchen des Einsatzlandes sowie von eigenen Kräften begangene oder auch nicht verhinderte (Kriegs-)Verbrechen können dazu führen, die Akzeptanz deutschen Engagements einerseits im Zielgebiet, andererseits und nicht zuletzt aber auch in Deutschland selbst zu gefährden.
- Im Rahmen der von deutschen Regierungen beschworenen Multilateralität politischen Vorgehens ist denkbar, daß durch die eben genannten Gefahren, aber auch durch innenpolitische Strömungen in Deutschland oder in wichtigen Partnerländern die angestrebten Ziele der Konfliktregulierung entweder verändert bzw. aufgegeben werden oder aber versucht wird, sie mit untauglichen Mitteln zu erreichen. Werden solche Sachverhalte von Gruppen wahrgenommen, die den Zielen des Einsatzes entgegenstehen, dürfte das jeweilige Projekt durch sich versteifenden Widerstand teilweise in Gefahr geraten, wenn es denn nicht komplett abgebrochen werden muß.
- Sollte es sich bei dem konkreten Vorhaben deutschen Konfliktmanagements um eines handeln, dem von wichtigen Verbündeten, vor allem den USA, aber auch Frankreich, entscheidende Bedeutung beigemessen wird, kann ein Scheitern des Gesamtprojekts erhebliche Verwerfungen innerhalb des deutschen Bündnissystems nach sich ziehen – zum Beispiel dann, wenn die Vereinigten Staaten den Stellenwert der NATO für die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik entscheidend verringern sollten.

Das wichtigste hier anzusprechende Risiko dürfte also im eigenen Einknicken bestehen, in der Möglichkeit, ein einmal begonnenes Engagement wegen innenpolitischer Widerstände abbrechen zu müssen. Dieses Risiko beinhaltet die Perspektive einer nachhaltigen Schwächung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik – schließt es doch die Aussage ein, daß deutsche Streitkräfte zu „schlagen“ sind, und zwar auch von militärisch eigentlich unterlegenen Gegnern. Und es beinhaltet die Gefahr, daß in Folge eines solchen Rückzugs Deutschlands auch der Wert Berlins in den Bündnissystemen sinkt und somit auch die Chancen, daß deutsche Regierungen überhaupt nennenswerten Einfluß auf die sicherheitspolitische Gestaltung der Welt nehmen können.

Deutschland muß, um jetzt und in Zukunft Krisen- und Konfliktmanagement betreiben zu können, in vielen damit zusammenhängenden Bereichen Grundfähigkeiten erhalten, entwickeln und ausbauen: Im Bereich der Streitkräfte ebenso wie auf diplomatisch-außenpolitischer Ebene, in Gestalt von Finanzierungsinstrumenten, wirtschaftspolitischer Expertise usw. All diese unabdingbaren Facetten bilden jedoch nur die Folie, vor der deutsches Engagement generell möglich ist und wird. Um Erfolge in konkreten Einzelfällen zu erzielen, muß noch etwas anderes hinzukommen – die Berücksichtigung der jeweiligen Lage.

„Lage“ ist in diesem Zusammenhang alles, was die Besonderheiten des jeweiligen Projekts ausmacht: Die eigene innenpolitische Situation ebenso wie die von Verbündeten und Kontrahenten, rechtliche Rahmenbedingungen, Bündnis-systeme, globale Machtstrukturen, wirtschaftliche, religiöse und kulturelle Beziehungen und so weiter und so fort. Im engeren Sinne jedoch sind hier mit dem Begriff „Lage“ die Charakteristika des jeweiligen konkreten Einsatzes gemeint. Mit anderen Worten – man muß das Land und die Region, der deutsches Engagement gilt, genau kennen, oder zumindest eine Reihe prägender Fakten:

*Erstens* ist zu ermitteln, ob und inwieweit auswärtige Mächte Interessen in dem jeweiligen Gebiet verfolgen und welches Potential diese Mächte in Konflikt-schlichtung oder -eskalation einzubringen bereit sind. Dabei muß auch deutlich werden, ob bestimmte Akteure in der Krise bzw. im Konflikt Unterstützung von außen erfahren und wenn ja, welche. Unter Umständen ist schon allein diese vorangehende Analyse geeignet, die Sinnhaftigkeit eigenen Engagements abschließend zu klären: In bestimmten Regionen der Welt, die von potenten Staaten als exklusives Einflußgebiet angesehen werden, dürfte ein ambitioniertes deutsches Konfliktmanagement kaum Chancen haben, so etwa in den beiden Amerikas, in großen Teilen der GUS, in Interessenschwerpunkten Chinas (Tibet, Taiwan, Nordkorea). Die Klärung außenpolitischer Implikationen dürfte vornehmlich in den Aufgabenbereich des Auswärtigen Amtes fallen.

*Zweitens* ist es notwendig, sich deutscherseits einen genauen Überblick über Geschichte, Kultur, Wirtschaft, Recht, Religion und Gesellschaft des Krisen-gebiets zu verschaffen, was nur möglich sein dürfte, wenn es gelingt, Experten zu all diesen Fragen hinzuzuziehen, nicht zuletzt solche, die nicht der eigenen Administration entstammen. So bestimmen geschichtliche Feind- und Freundschaften oft ebenso die Jetzt-Zeit wie historische Mythen (man denke nur an die serbische Position zum Kosovo, aber auch an die Griechenlands zu Mazedonien). Da Krisen oft mit der Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen zusammenhängen, müssen detaillierte Kenntnisse der örtlichen Wirtschaft gewonnen werden (Wirtschaftsstruktur, Rohstoffe). Kultur, Recht, Religion und Gesellschaft bilden vielfach eine kaum zu entwirrende komplizierte Gemengelage, deren Unkenntnis das jeweilige deutsche Engagement mit unrealistischen Zielvorgaben befrachten kann und deren Kenntnis lokale Frontstellungen zu erklären hilft – wobei, für Mitteleuropäer manchmal schwer verständlich, auch Phänomene eine Rolle

spielen können, die in unserem Kulturkreis meist vernachlässigt werden oder als überwunden gelten (etwa die Religion als realitätsbildende Kraft); auf gesellschaftlichem Gebiet sind Klassen und Schichten zu identifizieren, vor allem dann, wenn das Prinzip der Gleichheit aller Menschen im Konfliktgebiet nur unzureichend umgesetzt ist oder wenn dort als Ordnungsmuster von uns fremden Strukturen ausgegangen wird (Clans, Familien, Ethnien, Kasten, Stände) – ebenso ist das Verhältnis der Geschlechter in die Überlegungen einzubeziehen und das zwischen den Generationen.

*An dritter Stelle* und gestützt auf die Ergebnisse der beiden ersten Schritte muß die Analyse der Konfliktparteien stehen. Wie sind sie organisiert? Gibt es Führungskreise und dominierende Persönlichkeiten, und sind die Führungen homogen oder heterogen? Über welche Machtmittel verfügen die Akteure? Was sind die Ziele der einzelnen Parteien? Sind essentielle Interessen vorhanden, die nicht verhandelbar sind? Existieren geographische Schwerpunkte des Konflikts, z.B. Frontlinien? Verbinden grundlegende Gemeinsamkeiten die Konfliktparteien, Gemeinsamkeiten, die im Falle deutschen Engagements zum Zusammengehen der Konfliktparteien gegen den Konfliktmanager führen können? Erst die Beantwortung all dieser Fragen erlaubt es, Ziel, Strategie und Mittel des eigenen Konfliktmanagements zu benennen bzw. herauszufinden, ob ein solches überhaupt mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg betrieben werden kann.

Ist das Krisen- und Konfliktmanagement dann angelaufen, sind alle genannten Aspekte einer beständigen Beobachtung zu unterziehen, um mögliche Fehler in der vorausgegangenen Lageermittlung zu korrigieren und gegebenenfalls Ziele, Strategie und Mittel anpassen zu können. Da Deutschland allein kaum über die nötigen Aufklärungskapazitäten verfügen wird, ist in diesem Zusammenhang in engem Verbund mit ebenfalls im Konflikt engagierten Alliierten zu arbeiten – wobei sicherzustellen ist, daß für die nationale Planung Deutschlands möglichst alle erforderlichen Daten bereitgestellt werden und nicht etwa nur solche, die die Position von Verbündeten (wie die USA und Frankreich) bestärken.

Ein effektives Management von Konflikten ist nicht nur für klassische Weltmächte, sondern auch für die Bundesrepublik Deutschland unabdingbar. Die vor dem Hintergrund der deutschen jüngeren Geschichte entwickelte Doktrin der Multilateralität verlangt von Deutschland, sich jetzt und in Zukunft an der Lösung bestimmter Konflikte zu beteiligen – an der Lösung solcher, die von den Deutschen selbst als wichtig empfunden werden, aber auch in Fällen, die von Partnern und Verbündeten in den Dialog eingebracht werden.

Die Risiken eines solchen Engagements sind unübersehbar. Sie reichen von eigenen personellen und materiellen Verlusten bis zur Schuld an solchen der Gegenseite, von moralischen Verwerfungen bis zur Erschütterung des öffentlichen Klimas der Bundesrepublik. Gemessen an den positiven Aspekten müssen diese Risiken in der Abwägung jedoch zurücktreten: Ein Rückzug Deutschlands

auf sich selbst, sogar das Beharren auf dem bislang geübten Prozedere der humanitären Unterstützung im Rahmen internationaler Lösungsmechanismen für Konflikte wird in Zukunft nicht genügen, die Partnerschaften Deutschlands in der Welt am Leben zu erhalten. Die Welt, oder jedenfalls der mit Berlin verbundene Teil derselben, erwartet von Deutschland mannigfache Beteiligungen an der Lösung von Konflikten, diplomatische, finanzielle, wirtschaftliche – und eben militärische, und zwar auch solche, die sich nicht im von Deutschland bislang bevorzugten Bereich Logistik und Sicherung erschöpfen. Aktives Krisenmanagement eröffnet Deutschland den Weg in eine Zukunft mit Partnern und Verbündeten, und es bewahrt das Mitspracherecht Berlins in internationalen Zusammenhängen.

Um diesen Erwartungen von außen, die letztlich auch Folgerungen aus der eigenen Staatsraison darstellen, überhaupt gerecht werden zu können, bedarf es jedoch erheblicher Anstrengungen. Das bezieht sich im engeren Sinne auf die deutschen Streitkräfte, die – chronisch unterfinanziert – erhebliche Probleme haben, die neuen Vorgaben weltweiter Einsetzbarkeit zu erfüllen. Andererseits beinhalten diese Anforderungen aber auch den Zwang, Wissenschaft und öffentliche Meinung verstärkt in den Prozeß deutschen Konfliktmanagements einzubeziehen: Erst die Einbeziehung von Experten für die jeweils in Frage kommende Region gestattet es, ein realistisches Lagebild des zu lösenden bzw. einzudämmenden Konflikts zu entwerfen, wobei der Begriff „Experte“ weit auszulegen ist (Historiker, Religions- und Sprachwissenschaftler, Politologen, Wirtschaftsexperten, Juristen). Eine Verengung der Betrachtung, etwa auf wirtschaftliche oder politische Beratung, dürfte einem ganzheitlichen oder, dem neueren Sprachgebrauch nach, „nachhaltigen“ Lösungsansatz kaum Chancen geben. Das schwierigste Problem bei der Verwirklichung eines rational durchaus erforderlichen deutschen Krisenmanagements mit militärischer Unterfütterung wird jedoch kurz- und mittelfristig in der Position bestehen, die die öffentliche Meinung dazu einnimmt. Solange weite Teile der Medien, vor allem die, die von einem gebildeten Publikum konsumiert werden, deutsches außenpolitisches Handeln eher unter dem Gesichtspunkt einer von historischer Schuld genährten Ethik denn unter dem heutiger und zukünftiger Realpolitik betrachten, dürfte der objektiv gebotenen Ausweitung deutschen Engagements eine enge Grenze gezogen sein.



# **Krieg im Frieden? Die Bundesrepublik Deutschland und die innergesellschaftliche Bewältigung von Konflikten im Rahmen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr**

Deutschland hat vor über 65 Jahren zum letzten Mal wirklich Krieg geführt, den Zweiten Weltkrieg – eine weltgeschichtliche Katastrophe ungeheuren Ausmaßes, die sich nicht allein durch den Schrecken der Kampfhandlungen, sondern auch und gerade durch in deutschem Namen begangene Verbrechen tief in das Gemüt der Deutschen eingegraben hat. Das Ende dieses Krieges galt in Deutschland lange als Niederlage, als Untergang, bis ab etwa 1985 eine andere Sichtweise vorherrschend wurde: Seitdem gilt das Jahr 1945 als das Jahr der Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, als Beginn einer neuen, friedlichen und demokratischen Zukunft Deutschlands (jedenfalls im Westen).

In den Jahrzehnten nach 1945 hatte Deutschland in Gestalt zweier Staaten zwar wieder die internationale Bühne betreten, aber mit stark begrenzter Souveränität. An die Formulierung einer eigenständigen Außenpolitik war nicht zu denken, einerseits wegen vertraglicher Beschränkungen, andererseits, weil die deutschen

Staaten in Blöcke eingebunden waren, deren Politiken in ihren Grundzügen in Washington und Moskau festgelegt wurden. Die Konfrontation dieser beiden Blöcke schuf zwar eine latente Bedrohung, den Kalten Krieg. Das zum großen Teil durch Atomwaffen erzwungene Patt verhinderte jedoch effektiv das Ausbrechen eines wirklichen Krieges in Europa. Andernorts, in Asien, Afrika und Südamerika ausgetragene kriegerische Konflikte galten als Angelegenheit der beiden Supermächte, jedenfalls nicht als Ziel deutschen militärischen Engagements.

Die Bundesrepublik Deutschland bezog gleichwohl Stellung, sowohl im Kalten Krieg als auch in den übrigen Auseinandersetzungen. Die Regierungen seit Konrad Adenauer bauten eine neue deutsche Armee auf, die Bundeswehr, eine Armee, die mit fortschreitender Zeit immer weniger als eigentliches Instrument zum Kampf begriffen wurde, sondern als ein Teil der Abschreckung und damit der Bewahrung des Friedens. Große Teile der deutschen Öffentlichkeit dagegen vermochten die dem innewohnende Logik – Kämpfen zu können um nicht Kämpfen zu müssen – nicht nachzuvollziehen. Der Friede unter amerikanischer Atomglocke wurde zur Selbstverständlichkeit, zu einer Selbstverständlichkeit, die Raum bot für Pazifismus und die Idee eines ewigen Friedens, der durch Militär und Waffen nur gefährdet schien. Moral wurde für weite Kreise der Öffentlichkeit zum Maßstab von Außenpolitik.

Die von der deutschen Öffentlichkeit mit Bangen beobachtete Ost-West-Konfrontation löste sich ab 1989/90 in rasantem Tempo auf. Der eben bereits angesprochene ewige Friede schien angebrochen, das Relikt der Abschreckung entbehrlich, in einem durch zahlreiche Vertragswerke vernetzten Europa Krieg undenkbar. Die Bundeswehr verlor ihre bis dahin einzige Aufgabe, die Abschreckung im Rahmen der Landesverteidigung. Deutschland war nunmehr wieder vereint, souverän, hatte diese neue Selbständigkeit jedoch umgehend erneut beschränkt und deutlich gemacht, auch in Zukunft keine eigenständige Großmachtspolitik treiben zu wollen – eine Großmachtspolitik, die in unterschiedlichen Ausprägungen immerhin von den wichtigsten Partnern (USA, Großbritannien, Frankreich, in Grenzen Spanien, Italien und der Türkei) verfolgt wurde. Die militärische Unterfütterung von Außenpolitik schien demnach für Deutschland nicht in Frage zu kommen, zumal Deutschland auch keinen Anspruch auf mehr oder weniger exklusive Interessensphären in Europa oder anderswo erhob. Zur Grunddoktrin der deutschen Außenpolitik wurde die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen und damit einhergehend die Zurückdrängung des eigenständig handelnden Nationalstaats als Grundbaustein der internationalen Ordnung.

Zur Überraschung der deutschen Öffentlichkeit stellte sich heraus, daß der Frieden weder weltweit noch in Europa wirklich gesichert war. Zahlreiche, im Kalten Krieg durch die beiden Blöcke kanalisierte Konflikte brachen wieder auf, diesmal nicht zwischen Ideologien, sondern zwischen Völkern, Nationen und vor

allem Religionen. Die Vereinigten Staaten als einzig verbliebene Weltmacht waren gefordert, blutige Exzesse einzudämmen – aus deutscher Sicht freilich kein Königsweg, wurde damit doch der Daseinszweck der großen internationalen Vertragswerke (VN, EG/EU, NATO, KSZE/OSZE) zweifelhaft. Wer an internationalen Lösungsmechanismen mitarbeiten oder diese stärken wollte, der mußte auch bereit sein, ihnen Machtmittel zur Verfügung zu stellen, also diplomatische Beziehungen, Geld – und letzten Endes auch Militär. Die deutschen Regierungen erkannten dieses Problem, und sie verschlossen sich nicht den Zwängen, die die USA, aber auch andere Staaten und nicht zuletzt die internationalen Organisationen an Deutschland herantrugen. Obwohl verfassungsrechtlich darauf kaum vorbereitet, entsandte Deutschland immer wieder Kontingente der Bundeswehr in Gebiete, die bislang für die alte Bundesrepublik allenfalls Länder diplomatischen Engagements gewesen waren.

Deutschland wurde auf diese Weise zum Geber von Truppen für Einsätze internationaler Organisationen. Aber es bewahrte eine Zurückhaltung, die der deutschen Befindlichkeit entsprach: Man stellte Logistik, Sanitäter, gegebenenfalls Aufklärungsmittel. Und all das in manchmal beachtlichen Kontingenten. Was Deutschland lange zu vermeiden suchte, war die Entsendung von Kämpfern, die wirklich kämpfen sollten. Die Einsätze der Bundeswehr wurden so vor der deutschen Öffentlichkeit zu Friedenseinsätzen: Deutsche Soldaten bauten Brunnen, errichteten Krankenhäuser, setzten Straßen und Häuser instand. Zur Geltung kamen Nebenfähigkeiten einer Armee, aber nicht die Hauptfähigkeit: Zu Töten und zu Zerstören. Diese Aspekte der jeweiligen Einsätze blieben, zumindest vor den Augen der deutschen Bevölkerung, Aufgabe der verbündeten Staaten.

Deutschland – seine Politiker ebenso wie seine Bevölkerung und die verschiedenen Glieder der öffentlichen Meinung – mußte sich in den ersten zehn Jahren nach der Wiedervereinigung kaum mit wirklichem Krieg auseinandersetzen: Deutsche Beteiligungen an Missionen der VN, der NATO und der EG/EU beschränkten sich, wie bereits angedeutet, auf das, was man Stabilisierung nennt. Krieg, Kampf, Töten und im Kampf Sterben blieben Aspekte militärischer Einsätze, mit denen sich die Deutschen kaum zu beschäftigen hatten. Bis zum Jahr 2001, dem Jahr, in dem der fundamentalistische Islam mit ungeheurer Breitenwirkung das Herz der sogenannten westlichen Kultur angriff. In dem seitdem von den USA erklärten *Krieg gegen den Terror* engagierte sich auch Deutschland. Diesmal handelte es sich nicht um Nachsorge bei bereits eingedämmten Konflikten, sondern um den offensiven Kampf gegen die Basen des islamistischen Terrors. Die Regierung Schröder/Fischer erklärte sich bereit, auch Kampftruppen zu entsenden – allerdings nur ein begrenztes Kontingent an Spezialeinheiten, dessen Einsatz größtenteils geheim war und folglich in der Öffentlichkeit nicht recht wahrgenommen wurde. An der zunächst umfangreichsten amerikanischen Unternehmung, dem Irak-Krieg, beteiligte sich Deutschland dagegen demonstrativ nicht. Erst der zunächst recht zögerlich

angelaufene Afghanistan-Einsatz sollte angesichts der sich immer weiter zuspitzenden Lage dort die Frage aufwerfen, wie denn die deutsche öffentliche Meinung sich zur Frage des Tötens und Sterbens in concreto positionieren würde. Zunächst waren nur deutsche Verluste zu verzeichnen, entweder durch Sprengstoff-Anschläge oder aber durch Unfälle. Das beunruhigte zwar die deutsche Öffentlichkeit, wurde jedoch nicht zum Scheidepunkt der Debatte. Dieser kam erst, als die Bundeswehr in direkte Gefechte verwickelt wurde, erneut Verluste erlitt – und selbst gezielt tötete, und das nicht immer nur in eng begrenzter Selbstverteidigung, sondern auch bei offensiven Aktionen, wobei auch afghanische Zivilisten ums Leben kamen. Das war kein Brunnenbauen mehr, kein humanitärer Einsatz, sondern militärische Kriegführung.

Führt Deutschland nun Krieg oder nicht? Was dürfen deutsche Truppen im Einsatz, vor allem, dürfen sie töten? Wie ist mit getöteten Zivilisten umzugehen? Soll Deutschland überhaupt kriegerische, von Kampf geprägte Einsätze durchführen? Wie viele Verluste muß und kann Deutschland ertragen? Und wofür, also: für welche Ziele genau wird die Bundeswehr ins Ausland entsandt? All das sind Fragen, die zwischen Regierung und Öffentlichkeit, aber auch in der Bevölkerung kontrovers diskutiert werden.

### ***Die deutsche Politik und das Militär im Einsatz***

Zentrale politische Instanz für den Einsatz der Bundeswehr ist die Bundesregierung. Zwar gehen die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland aus Parteien hervor. Gleichwohl bilden sie als Staatsführung einen eigenständigen Faktor, in dessen Handeln parteipolitische Vorstellungen, individuelle Einstellungen der Regierungsmitglieder sowie Einflüsse aus der eigenen Verwaltung und von auswärtigen Akteuren zusammenfließen. Regierungsarbeit ist deshalb niemals die vollkommene Umsetzung von Parteiprogrammen, ja sie steht zuweilen sogar im Dissens zu diesen.

Alle Regierungen des wiedervereinigten Deutschland waren gezwungen, Entscheidungen über den Einsatz der Bundeswehr im Ausland zu treffen: Die schwarz-gelben Kabinette unter Helmut Kohl und Angela Merkel ebenso wie die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder und die Koalitionen unter Angela Merkel. Auf diese Weise waren Repräsentanten ganz unterschiedlicher politischer Strömungen federführend an den Entscheidungen über die Auslandseinsätze beteiligt, nämlich alle im Bundestag vertretenen Parteien außer der PDS bzw. Linkspartei.

Die Regierungen seit 1990 hatten erhebliche Probleme, Auslandseinsätze vor der eigenen Gesellschaft zu rechtfertigen. Der in manchen anderen Staaten mögliche Rückgriff auf explicit nationalstaatliche Interessen in der jeweils in Frage kommenden Region blieb der deutschen Administration verschlossen – schließlich hatte man seit dem Zweiten Weltkrieg keine exklusiv deutschen Interessensphären definiert, vor allem nicht solche, die auch mit militärischen Mitteln zu verteidigen oder zu unterstützen wären. Die regierungsseitig angeführte Begründung für die Existenz der Bundeswehr, also die Landesverteidigung, war angesichts von den deutschen Grenzen weit entfernter Konfliktherde auch nur mit erheblichen Verrenkungen zu bemühen. Und eine Debatte um Zonen und Ziele deutscher Interessen in der Welt mußte angesichts der innenpolitischen Voraussetzungen schwammig bleiben. So kristallisierten sich letztlich drei Begründungsmuster für Auslandseinsätze heraus:

*Erstens* der Zwang, im Rahmen der deutschen Staatsraison Multilateralität zu verfolgen und internationale Organisationen zu stärken. Diese Argumentation versuchte, Auslandseinsätze über das Engagement von UNO, EU und NATO zu erklären, mit der Begründung, diese Organisationen würden bei deutscher Verweigerung erheblich geschwächt.

*Zweitens*, namentlich unter rot-grüner Regierung, der Rückgriff auf die deutsche Geschichte. Dieser hatte auf Seiten der deutschen Linksparteien bis dahin (bis zum Kosovo-Krieg) dazu gedient, deutsches militärisches Engagement abzulehnen, wurde unter der Regierung Schröder aber gleichwohl zum Argument *für* ein militärisches Eingreifen umgestaltet – es gälte, einen Völkermord zu verhindern bzw. zu beenden, mit anderen Worten, eine sich andeutende Wiederholung der Exzesse des Zweiten Weltkriegs zu bekämpfen.

*Drittens* blieb das Begründungsmuster des humanitären Notstandes, der zu lindern wäre, ein Gesichtspunkt, der bei nahezu allen Auslandseinsätzen Verwendung fand.

Alle Begründungen der jeweiligen Regierungen hatten ein entscheidendes Problem: Sie waren nicht geeignet, in der Bevölkerung und der öffentlichen Meinung allgemein akzeptiert zu werden. Ursächlich für diesen Glaubwürdigkeitsmangel war das strikte Festhalten der Regierungen an den eben angesprochenen Begründungsmustern, die entweder von der Bevölkerung nicht verstanden (wegen ihrer Komplexität, besonders im Fall der internationalen Organisationen) oder aber von der öffentlichen Meinung als vorgeschoben oder jedenfalls nicht konsequent verfolgt gebrandmarkt wurden (beim Rückgriff auf die Geschichte und dem humanitären Notstand).

Die deutschen Regierungen steckten und stecken in einem Dilemma: Die konkrete Ausgestaltung der Auslandseinsätze erfolgt im Regelfall in enger Abstimmung, zuweilen auch auf Druck wichtiger Partnerstaaten und -organisationen. Erst dieser Umstand vermag zu erklären, weshalb deutsche Truppen z.B. in Afghanistan und nicht im Sudan eingesetzt werden, zu welchem Zeitpunkt eine

Operation beginnt und beendet wird, welche Taktik verfolgt wird und welche eben nicht. Gerade personal- und materialintensive Bundeswehreinätze folgen oft außenpolitischen Schwerpunkten der Vereinigten Staaten, die nun einmal die Schutzmacht Deutschlands und zugleich der wichtigste Verbündete sind. Würden die Regierungen jedoch vor der deutschen Öffentlichkeit zugeben, die Bundeswehr käme eigentlich als amerikanische Hilfstruppe zum Einsatz, wäre die politische Durchsetzung vor der eigenen Bevölkerung kaum möglich. Also bemühten sich die deutschen Regierungen immer, genau diesen (vielleicht wichtigsten) Aspekt der Auslandseinsätze herunterzuspielen, nach Möglichkeit auch hinter verschlossenen Türen zu klären. Damit aber verbleibt die Begründungslast bei der deutschen Regierung selbst: Die rot-grüne Administration Schröder sah sich gezwungen, für die serbische Politik im Kosovo den Vergleich mit Auschwitz zu bemühen, und diese und andere Regierungen stellten den humanitären Zweck der Einsätze in den Vordergrund. Nur konnten sie damit nicht hinreichend erklären, warum die geographische Auswahl der Einsatzorte eben so und nicht anders erfolgte – warum also im Kosovo ein neues Auschwitz drohte, gegen das auch die Bundeswehr angehen müßte, in Ruanda, im Kongo und im Sudan (um nur einige Beispiele zu nennen) aber nicht. Oder warum Brunnen- und Straßenbau, Mädchenschulen und Demokratisierung in Afghanistan so wichtig sind, daß tausende deutscher Soldaten dabei helfen müssen, die gleichen Dinge aber anderswo ausschließlich mit diplomatischen und finanziellen Mitteln vorangetrieben werden, wenn überhaupt.

Ähnlich diffizil gestaltet sich das Verhältnis der Regierungen zur Anwendung tödlicher, militärischer Zwangsmittel. Da die Begründung der Auslandseinsätze auf dem eben skizzierten Fundament ruht, erscheint die Anwendung tödlicher Gewalt nur in Notwehr oder Nothilfe gerechtfertigt, nicht aber zur Durchsetzung bestimmter Ziele gegen einen sich widersetzenden Gegner. Daraus resultieren komplexe und der Öffentlichkeit nur schwer erklärbare Einsatzregeln (*Rules of Engagement*, ROE) – wie etwa das Verbot, einem aggressiven Gegner bei dessen Flucht hinterher zuschießen oder des Waffenschmuggels verdächtige Schiffe auch gegen den Willen der Besatzung zu entern, Aktionen, die dann zuweilen von den Streitkräften verbündeter Staaten durchgeführt werden müssen. Dieser unbedingte Wille, Opfer zu vermeiden, schwächt die Position der Regierung in der innenpolitischen Debatte ganz enorm, wird er doch von der Bevölkerung nicht verstanden und in den Medien als nicht konsequent kritisiert.

Aus rechtlichen, besonders aber aus den angedeuteten politischen Gründen vermieden und vermeiden die deutschen Regierungen Begriffe wie *Krieg*, *Kampf*, *Schlacht*, *Tapferkeit*, *Held*, lange Zeit auch den Terminus *Gefallene*. Natürlich steht die Bundesregierung auf rechtlich einwandfreiem Grund, wenn sie die Einsätze und ihre Folgen mit korrekten Begriffen aus der Rechtswissenschaft umschreibt – aber sie wird damit nicht dem Erfordernis gerecht, ihre Handlungen und die der Bundeswehr und Verbündeten der Bevölkerung verständlich zu beschreiben. Die

Unmöglichkeit, eine angemessene Diskussion zwischen Regierung und Öffentlichkeit zu führen, liegt zum großen Teil an Begriffen: *Friedens erzwingende Maßnahme* statt *Krieg*, *Stabilisierung* statt (u.U.) *Partisanenkampf*, *Pflichterfüllung* statt *Tapferkeit*, *Opfer* statt *Gefallener*. Der Verzicht auf solche – zur Zeit des Nationalsozialismus überstrapazierte und deshalb heute suspekten – Begriffe ist zwar geeignet, eine überbordende Opposition innerhalb der deutschen Öffentlichkeit zu vermeiden, aber er verhindert auch die Solidarisierung der Deutschen mit ihrer Armee im Einsatz und die verbal korrekte Beschreibung dessen, was die Bundeswehr nun einmal im Ausland tut und gemäß Regierungsauftrag tun muß. Andererseits dürften die Regierungen einer solchen Solidarisierung auch aus anderen Gründen skeptisch gegenüberstehen – schließlich besteht die Gefahr einer Nationalisierung der deutschen öffentlichen Meinung, vor allem aber der Bevölkerung, die die politische Gesamtlage in der Bundesrepublik verändern könnte und wichtige Elemente des bundesrepublikanischen Grundkonsenses in Frage stellen dürfte.

Die Parteienlandschaft der Bundesrepublik Deutschland trägt in hohem Maße zur Formung praktischer Politik bei, übernimmt aber gleichzeitig auch eine Scharnierfunktion zu anderen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen. In Parteien werden Grundvorstellungen von Politik entwickelt, die dann in die Arbeit von Exekutive und Legislative einfließen. Solche Grundvorstellungen werden im Regelfall in Gestalt von Partei- oder Grundsatzprogrammen formuliert, die den gemeinsamen Nenner der zuweilen weit auseinanderdriftenden Flügel, Gruppierungen und Interessengemeinschaften innerhalb der Parteien bilden. Dem grundsätzlichen Charakter entspricht, daß die Ausführungen in den Programmen oft recht allgemein gehalten werden – also in Bezug auf das hier zu erörternde Thema wenig Aussagekraft entfalten.

Die *Christlich-Demokratische Union* (CDU) sieht die Auslandseinsätze der Bundeswehr im größeren Zusammenhang eines Konzeptes der „vernetzten Sicherheit“, in dem zivile Auf- und Ausbaumaßnahmen und militärisch erzeugte Sicherheit eng ineinandergreifen. Die deutschen Streitkräfte werden als Instrument der Krisen- und Konfliktbewältigung verstanden, nicht mehr nur als ein solches der Landes- und Bündnisverteidigung.<sup>1</sup>

Ebenso wie die CDU vertritt auch deren Schwesterpartei, die *Christlich-Soziale Union* (CSU), die Vorstellung von einer vernetzten Sicherheit, also die Ansicht, daß erst über das Militärische hinausgehende Ansätze Krisen lösen, eindämmen oder beenden können. Besonders betont wird im Parteiprogramm der CSU die Notwendigkeit zur Kooperation mit EU(-Partnern), den Vereinigten Staaten (NATO) und anderen internationalen Institutionen und Organisationen. In einem eigenen Abschnitt geht das Parteiprogramm auch auf die Bundeswehr ein. Für

---

<sup>1</sup> CDU-Parteiprogramm von 2007 (<http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf>), §§ 358-361.

Auslandseinsätze werden vier Forderungen aufgestellt, ohne deren Erfüllung Deutschland nach CSU-Vorstellungen keine Soldaten einsetzen sollte: Erstens die Völkerrechts- und Grundgesetzkonformität, zweitens die Orientierung an den Werten Deutschlands, drittens die sicherheitspolitische Notwendigkeit (was auch die Stärkung internationaler Organisationen einschließen kann) sowie viertens Eingrenzung hinsichtlich von Raum, Zeit und Umfang bei gleichzeitiger optimaler Ausrüstung und Ausbildung der eingesetzten bzw. einzusetzenden Soldaten.<sup>2</sup>

Generelle Aussagen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr finden sich ebenfalls im Programm der *Freien Demokratischen Partei* (FDP) für die Bundestagswahl 2009. Militärische Maßnahmen werden von der FDP erst dann in Erwägung gezogen, wenn friedliche Mittel des Konfliktmanagements sich als wirkungslos erwiesen haben. Der Einsatz in Afghanistan sei fortzuführen, bis das Konzept der vernetzten Sicherheit dort greifen könne – also für eine überschaubare Zukunft. Piraterie gelte es entschlossen und aktiv zu bekämpfen. Für zwingend notwendig hält die FDP klare völkerrechtliche Grundlagen einer jeden äußeren Bundeswehroperation, die Multilateralität aller Einsätze (Ablehnung nationaler Alleingänge) sowie die Optimierung der Bundeswehrstrukturen in Bezug auf die wahrscheinlichsten Konfliktszenarien der näheren Zukunft.<sup>3</sup>

Die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (SPD) geht in ihrem 2007 aufgestellten Grundsatzprogramm nicht näher auf die Einsätze der Bundeswehr im Ausland ein. Das 79-seitige Dokument behandelt folglich nur an wenigen Stellen Belange der Sicherheitspolitik. Demnach wird Krieg als Mittel der Politik generell abgelehnt und der Einsatz militärischer Gewalt als *Ultima Ratio* begriffen, vor allem bei der Bekämpfung von Terrorismus. Um überhaupt militärischen Operationen im Ausland zustimmen zu können, nennt die SPD drei Bedingungen: Legitimierung durch die Vereinten Nationen, Zustimmung des Bundestages und das deutsche Interesse, das hier als Weltfrieden und „Wohlfahrt der Nation“ begriffen wird. Deutschland und Europa werden als Friedensmächte definiert, wobei der Europäischen Union sicherheitspolitisch ein hoher Stellenwert zukommt.<sup>4</sup>

Die Partei *Bündnis 90/Die Grünen* (kurz: Grüne) sieht in jeglicher Form militärischer Gewalt ein „großes Übel“, gleichgültig, welche Beweggründe oder Ziele mit dem jeweiligen Einsatz verbunden sind. Folglich treten die Grünen auch für den absoluten Vorrang nicht-militärischer Konfliktlösungsstrategien ein. Aber sie akzeptieren, daß Militär im Völkerrecht legitimiert ist. Für die Bundeswehr gelte, daß alle auswärtigen Operationen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht

---

<sup>2</sup> CSU-Grundsatzprogramm von 2007

(<http://www.csu.de/dateien/partei/gsp/grundsatzprogramm.pdf>), S. 161-163 und 170-171.

<sup>3</sup> FDP-Programm zur Bundestagswahl 2009 ([http://www.fdp-](http://www.fdp-bundespartei.de/files/653/Deutschlandprogramm09_Endfassung.PDF)

[bundespartei.de/files/653/Deutschlandprogramm09\\_Endfassung.PDF](http://www.fdp-bundespartei.de/files/653/Deutschlandprogramm09_Endfassung.PDF)), S. 72-74.

<sup>4</sup> Hamburger Programm ([http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Hamburger-](http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Hamburger-Programm_final.pdf)  
[Programm\\_final.pdf](http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Hamburger-Programm_final.pdf)), S. 20, 23, 25-26 und 29-30.

geschehen sollten – und getragen von einem Mandat der Vereinten Nationen. Alle Einsätze sind, so die Grünen 2002, in internationaler Kooperation durchzuführen, reine Bundeswehroperationen ohne die Beteiligung von Bündnispartnern abzulehnen. „Klassische Interventionen“ dürften nicht stattfinden, ebensowenig Einsätze, die auf rein nationale Interessen abheben (wenn diese anders definiert werden als Frieden, allgemeingültige Werte usw., also etwa für Rohstoffe und Handelswege).<sup>5</sup>

Die *Linke* verfügt zur Zeit noch über kein verabschiedetes Parteiprogramm, sondern nur über einen von einer Kommission vorbereiteten Entwurf dazu. Demnach soll Deutschland alle Kampfeinsätze (auch mandatierte gem. Kap. VII UN-Charta) unverzüglich abbrechen und in Zukunft nicht mehr durchführen. Anders als viele andere Parteien lehnt die Linke Vorstellungen von einer vernetzten Sicherheit, also das Ineinandergreifen und die Verbindung militärischer und ziviler Lösungsmechanismen strikt ab. Allgemein sind, so die Linke, stets zivile Konfliktmanagementstrategien anzuwenden, militärische Auslandseinsätze der Bundeswehr dagegen als Option zu verwerfen.<sup>6</sup>

Die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) verfolgt zwar keine pazifistische Grundlinie, lehnt aber aus anderen Gründen die momentan laufenden Auslandseinsätze ab: Die von den meisten anderen Parteien positiv bewertete und für Deutschland als existentiell wichtig bezeichnete Multilateralität deutscher Einsätze unter dem Dach von VN bzw. NATO gilt der NPD als „internationale Großmachtspolitik“, die abzulehnen sei – im Falle der VN zumindest solange, bis die sogenannte Feindstaatenklausel aus der VN-Charta gestrichen sei. Generell wird ein Einsatz deutscher Streitkräfte an eng auszulegende nationale Interessen gebunden, an nationale Interessen, die nicht wie bei den meisten übrigen Parteien als die Einbettung der Bundesrepublik in Multilateralität und internationale Vertragsstrukturen definiert werden.<sup>7</sup>

Alle fünf Parteien, die in den letzten Jahren Regierungsverantwortung getragen haben (CDU, CSU, FDP, Grüne, SPD), sind also unter gewissen Voraussetzungen bereit, die Bundeswehr in Auslandseinsätze zu führen. Parteiübergreifend gehören zu diesen Voraussetzungen die Völkerrechtskonformität und Multilateralität der jeweiligen Operation. Die weitestgehenden Einschränkungen formuliert die aus der Friedensbewegung hervorgegangene Grünen-Partei, die Einsätze zur Durchsetzung eng definierter nationaler Interessen vermeiden möchte – eine Option, die wenigstens die bürgerlichen Parteien nicht ausschließen wollen. Die noch nicht auf Bundesebene in Regierungsverantwortung gewesenen Parteien am rechten

---

<sup>5</sup> Grünen-Programm von 2002 ([http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/68/68425.grundsatzprogramm\\_die\\_zukunft\\_ist\\_gruen.pdf](http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/68/68425.grundsatzprogramm_die_zukunft_ist_gruen.pdf)), S. 159-163.

<sup>6</sup> Programmentwurf der Linken von 2010 ([http://die-linke.de/fileadmin/download/programmdebatte/100320\\_programmentwurf\\_final.pdf](http://die-linke.de/fileadmin/download/programmdebatte/100320_programmentwurf_final.pdf)), S. 21-22.

<sup>7</sup> NPD-Parteiprogramm von 1996 ([http://medien.npd.de/dateiablage/Parteiprogramm\\_2010.pdf](http://medien.npd.de/dateiablage/Parteiprogramm_2010.pdf)), Abschnitt 15.

und linken Rand des politischen Spektrums (Linke und NPD) lehnen beide aus unterschiedlichen Gründen die derzeit laufenden und in Zukunft denkbaren Auslandseinsätze nachdrücklich ab.

Nun sagen die Parteiprogramme, das wurde bereits angedeutet, nur wenig aus über die tatsächliche Positionierung einer Partei zu konkreten Fragen der Gestaltung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Im politischen Tagesgeschäft sind es eher die Positionen von Spitzenpolitikern und Fraktionen, die in diesem Zusammenhang zählen, manchmal bereichert um Parteitagsbeschlüsse zu bestimmten Themen. Abgesehen von der Linken und der NPD tragen alle angesprochenen Parteien Auslandseinsätze generell mit – solange diese Einsätze sich im bislang üblichen Rahmen bewegen, also keinen Schwerpunkt auf die offensive Bekämpfung eventueller Gegner legen und durch die VN und andere obligatorische Instanzen mandatiert sind. Aktuelle, vergangene und zukünftige Konfliktlinien in der politischen Landschaft Deutschlands liegen genau bei diesen Themen: Kampf und Mandatierung.

Die Unionsparteien CDU und CSU neigen seit Jahren dazu, rechtliche Hürden für Einsätze der Bundeswehr abzubauen bzw., nach Diktion der beiden Parteien, Bundeswehreinsätze praxis- und realitätsnäher zu gestalten: Im Fall der Bundestagszustimmung stehen zumindest Teile der Union für vereinfachte Verfahren und die Möglichkeit, Auslandseinsätze unter bestimmten Bedingungen auch begrenzte Zeit ohne Parlamentsbeschluß, also nur auf Initiative der Regierung durchführen zu können. Realitätsnähe heißt für die Union, Einsätze in multinationaler Kooperation – andere, rein nationale der Bundeswehr sind ohnehin nicht vorgesehen – nach den Regeln und Verfahren planen, starten und durchführen zu können, nach denen auch die militärischen Partner Deutschlands handeln. Deutschland soll, so die Union, auf längere Sicht seine sicherheitspolitische, auf einem System von Selbstbeschränkungen basierende Sonderrolle im Bündnissystem aufgeben und sich zumindest in gewissen Bereichen anderen Staaten angleichen. Das gilt für viele Aspekte von Bundeswehreinsätzen: Solche sollen im Inland möglich werden, nicht zwangsweise an VN-Mandatierungen gebunden sein, in bestimmten Fällen ohne Beteiligung des Bundestages starten können – und auch den offensiven Kampf mit militärischen Mitteln beinhalten dürfen. Gleichzeitig ringt die Union darum, die als unzureichend beklagte Rechtssicherheit für deutsche Soldaten im Auslandseinsatz zu verbessern, etwa durch das Eingeständnis, in Afghanistan herrsche Krieg, aber auch durch die Errichtung bestimmter Staatsanwaltschaften zur Untersuchung von Vorfällen während eines Auslandseinsatzes. Insgesamt stehen die Unionsparteien in ihrer breiten Mehrheit in ihrem Selbstverständnis der im Ausland eingesetzten Bundeswehr zur Seite, sehen ihre Aufgabe weniger in Kontrolle denn in Unterstützung. Das Verhältnis von CDU und CSU zur Bundeswehr und deren Auslandseinsätzen ist ein unverkrampftes, im Grunde positives, das von Vertrauen geprägt ist. Im politischen Alltagsgeschäft tritt diese insgesamt positive Einstellung zu Bundes-

wehr und Auslandseinsätzen freilich nicht immer hervor, etwa dann nicht, wenn Unionspolitiker sich bemühen, als unangenehm empfundene oder der Bevölkerung vermeintlich schwer vermittelbare Facetten von Einsätzen durch verharmlosende Wortwahl zu relativieren oder zu leugnen.<sup>8</sup>

SPD und Grüne stehen im Vergleich dazu Gewalt anwendenden Auslandseinsätzen und auch der Bundeswehr allgemein erheblich kritischer gegenüber. Beide Parteien vereinen in sich verschiedene Flügel, deren sicherheitspolitische Grundeinstellungen sich stark voneinander unterscheiden. Beide Parteien verfügen über Gruppierungen, die die Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik akzeptieren. Durch die enge Verzahnung mit der Friedensbewegung gibt es jedoch in beiden Parteien auch große Lager, die den Einsatz von Militär generell ablehnen, zumindest aber militärische Gewalt nicht anzuwenden bereit sind.

Diese Gespaltenheit der eigenen Partei führt zu außerordentlichen Begründungszwängen, wenn in Regierungsverantwortung, ja sogar in der Oppositionsrolle gewaltanwendende Bundeswehreinätze parlamentarisch bzw. propagandistisch getragen werden sollen. Als gutes Beispiel kann das Vorgehen der rot-grünen Regierung zu Zeiten der Krise im Kosovo dienen: Einerseits erklärten Außenminister Fischer (Grüne) und Verteidigungsminister Scharping (SPD) die Interventionen der NATO zu einem moralischen Imperativ, indem sie zwei wichtige Lehrsätze der bundesrepublikanischen Geschichte in eine ganz neue Beziehung brachten: „Nie wieder Krieg!“ und „Nie wieder Auschwitz!“ als eigentlich problemlos nebeneinander stehende Dogmen deutscher Politik wurden neu gewichtet – Fischer und Scharping definierten „Nie wieder Auschwitz!“ als eindeutig wichtiger.<sup>9</sup> Allerdings reichte selbst die maßlose Überzeichnung des Gegners nicht aus, um die Fraktionen von SPD und Grünen vollständig auf Regierungskurs zu bringen, von den Parteien ganz zu schweigen. Erst die Verknüpfung mit dem weiteren Fortbestehen der Koalition durch Bundeskanzler Schröder garantierte eine eigene rot-grüne Mehrheit, 2001 – bei einer erneuten Abstimmung über deutsches Engagement im Rahmen des *Krieges gegen den Terror* – gipfelnd in der Vertrauensfrage. Wie stark auf Seiten der politischen Linken die Tradition der Friedensbewegung verwurzelt ist und wie mobilisierend demonstrative Verweigerung von Militäreinsatz sein kann, bewies die Regierung Schröder/Fischer 2002, als sie die deutsche Nicht-Beteiligung am Irak-Krieg in den Mittelpunkt ihres Bundestagswahlkampfes stellte – und diesen gewann.

---

<sup>8</sup> Siehe z.B. Weiland, Severin, Der weichgespülte Kampfeinsatz, in: Der Spiegel vom 10.01.2008 (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,527869,00.html>), und ders., Das böse Wort vom Kampfeinsatz, in: Der Spiegel vom 04.09.2006 (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,435022,00.html>).

<sup>9</sup> Vgl. die Betrachtungen dazu bei Erler, Gernot, Mission Weltfrieden – Deutschlands neue Rolle in der Weltpolitik, Freiburg/Basel/Wien 2009, S. 45-46.

Natürlich begleitet auch die deutsche Medienlandschaft die Auslandseinsätze der Bundeswehr ebenso wie das Phänomen militärischer Gewaltanwendung in all seinen Ausprägungen. Diese Medienlandschaft ist von gewaltiger Bandbreite: Fernsehsender, Radioprogramme, reine Internetauftritte und natürlich gedruckte Zeitungen und Zeitschriften – die zum Teil auch über das Internet verfügbar sind. Hier sollen, aus Gründen der Übersichtlichkeit, die gedruckten Medien im Vordergrund stehen. Der Fokus liegt auf wenigen großen deutschlandweit verbreiteten Zeitungen und Magazinen, die die Führung hinsichtlich der Meinungsbildung übernommen haben und die auch in der Lage sind, mit einem eigenen journalistischen Apparat relativ selbständig Positionen und Standpunkte herauszubilden – was bei vielen regionalen Medien nicht der Fall ist. Gleichwohl leiden auch die großen Druckmedien unter dem Problem, Recherche gerade dort, wo gefährliche Bundeswehreinätze stattfinden, nur eingeschränkt betreiben zu können.

Große Druckmedien sind im Regelfall in der politischen und gesellschaftlichen Landschaft Deutschlands mehr oder weniger eindeutig zu verorten. Sie schreiben für eine bestimmte Klientel, von deren Abonnements und Käufen sie leben und die deshalb nicht dauerhaft verprellt werden darf. Das wirkt sich aus: Am wenigsten noch bei der knappen Darstellung von Fakten, die oft von Nachrichtenagenturen übernommen werden, wenngleich auch hier eine gewisse Auswahl stattfinden kann. Wichtiger sind jedoch wertende Äußerungen in solchen Meldungen, vor allem aber Kommentare, die bestimmte Entwicklungen und Ereignisse erst in einen größeren Zusammenhang bringen und in Handlungsempfehlungen für die Politik gipfeln.

Hier soll, um die Druckmedienlandschaft halbwegs repräsentativ abzubilden, auf folgende Blätter eingegangen werden: Auf die *Junge Freiheit* als Medium für eher rechte Leser, auf die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) als staatstragende konservative Tageszeitung, auf die *Zeit* und den *Spiegel* als linksliberale Wochenorgane, auf die *Tageszeitung* (taz) als tendenziell den Grünen nahestehendes Blatt sowie auf das *Neue Deutschland* als Zeitung ausgesprochen linker Provenienz.<sup>10</sup>

Alle der genannten Blätter beobachten die Auslandseinsätze der Bundeswehr und vor allem in Zusammenhang damit stehende militärische Gewalt überaus kritisch – allerdings mit bemerkenswerten Unterschieden in der Akzentuierung. Ebenso zieht sich als roter Faden durch alle die Forderung an Politik und Gesellschaft, endlich ein Konzept zu erarbeiten, das schlüssig militärisches Engagement der Bundesrepublik zu erklären und auszugestalten vermag.

---

<sup>10</sup> Die Zahl der in den letzten Jahren zu den Themen Bundeswehr, Auslandseinsatz und militärische Gewaltanwendung erschienener Artikel in den genannten Druckmedien ist so hoch, daß sie hier nicht einzeln zitiert werden können. Vgl. die jeweiligen Online-Auftritte: *Junge Freiheit* (<http://www.jungefreiheit.de/>), FAZ (<http://www.faz.net/s/homepage.html>), *Die Zeit* (<http://www.zeit.de/index>), *Spiegel* (<http://www.spiegel.de/>), *Tageszeitung* (<http://www.taz.de/>), *Neues Deutschland* (<http://www.neues-deutschland.de/>).

Eine Sonderposition nimmt das Neue Deutschland ein, das, angelehnt an die Linkspartei, Auslandseinsätze und militärische Gewalt der Bundeswehr strikt ablehnt. Alle anderen der genannten Blätter akzeptieren die Einsätze als solches, wengleich auch nicht in all ihren Aspekten. Häufig bemängelt wird der Ausrüstungszustand der Bundeswehr, auch werden Widersprüche zwischen Realität und Einsatzregeln aufgedeckt. Militärische Gewaltanwendung wird am ehesten noch von der FAZ gutgeheißen, während die liberalen und linken Blätter das Töten durch deutsche Soldaten öfter aus der Perspektive (vermeintlich) unschuldiger ziviler Opfer betrachten und damit die Legitimität der Bundeswehrhandlungen anzweifeln.

Die von allen der genannten Presseorgane angemahnte Suche nach einem sicherheitspolitischen Grundkonsens in der Bundesrepublik ist freilich nicht immer weiterführend, weil die jeweils von den Zeitungen verfochtenen Zielvorstellungen in diesem Bereich zu stark auseinanderliegen: Während die Junge Freiheit tendenziell eine stärkere Berücksichtigung eng definierter nationaler Ziele fordert und die FAZ prinzipiell bereit ist, eine Anpassung deutscher Verfahrensweisen an die der Verbündeten hinzunehmen, stehen die übrigen Blätter zu derart drastischen Veränderungen im sicherheitspolitischen Konsens der Bundesrepublik in weitaus kritischerer Position. Damit aber dürfte sich die Chance, einen auch für die mittel- und langfristige Zukunft tragbaren Kompromiß zum Thema Sicherheitspolitik herauszuarbeiten, extrem verringern und die unsichere politische Lage der Jetzt-Zeit auch in Zukunft fortbestehen – mit der Folge, daß in der öffentlichen Meinung jedesmal wieder aufs Neue um die Anwendung militärischer Gewalt gerungen werden muß.

Die gesamte Presse leidet – wie auch alle anderen Medien – darunter, daß für Berichte über (mit Kampf verbundene) Auslandseinsätze der Bundeswehr nur höchst unzureichende Quellen zur Verfügung stehen. Offizielle Pressemeldungen der Bundeswehr bzw. der jeweiligen Kommandobehörden von NATO, EU oder VN sind kaum ausreichend, um dem Publikum ein wirklichkeitsgetreues Bild der Lage zu vermitteln. Eine Recherche in den Einsatzländern selbst ist für Journalisten oft nur im Gefolge der Bundeswehr bzw. ihrer Verbündeten durchführbar. Eine Ergänzung dazu können höchstens Interviews mit einzelnen Soldaten oder aber mit bestimmten Gewährsleuten des Einsatzlandes bieten – letzteres eine gefährliche und auch unzuverlässige Option, weil kaum ein Journalist in der Lage sein dürfte, seinen Gesprächspartner genau im jeweiligen lokalen Netzwerk zu verorten. Die Folge dieses Quellenmangels sind immer wieder Berichte, die die Situation verzerrt oder gänzlich falsch darstellen, was gleichzeitig Vermutungen und Interpretationen Raum gibt.

Neben Parteien und Medien sind an der öffentlichen Meinungsfindung auch noch andere Akteure beteiligte, solche, die zwar als eigentlichen Zweck ihres Bestehens keine schwerpunktmäßig allgemeinpolitische Aufgabe definiert haben, die aber

dennoch einen gewissen Platz im politischen Spektrum Deutschlands einnehmen und sich darin engagieren. Dazu zählen namentlich die Gewerkschaften (des DGB) sowie zahlreiche Gruppen innerhalb der Friedensbewegung.

Der *Deutsche Gewerkschaftsbund* (DGB) hält zwar in seinen Positionspapieren grundsätzlich auch den Einsatz militärischer Mittel im Ausland für vertretbar, vor allem bei der Bekämpfung des Terrorismus. Andererseits schränkt der DGB jedoch ein, durch militärische Gewalt dürften auf keinen Fall Zivilisten zu Schaden kommen – eine hohe Hürde, die faktisch militärische Kampfeinsätze unmöglich macht. Den eindeutigen Schwerpunkt bei der Auswahl von Mitteln zur Krisenbekämpfung setzt der DGB auf zivile Lösungsmechanismen.<sup>11</sup>

Von großer Öffentlichkeitswirksamkeit sind die Aktionen der im linken politischen Spektrum beheimateten Gruppen der *Friedensbewegung*. Als Mittel außerparlamentarischen Protests nutzt sie Demonstrationen, aber auch spektakuläre Einzelaktionen. Sie dienen dazu, die radikale Ablehnung alles Militärischen in die Öffentlichkeit zu tragen und Druck auf politische Entscheidungsträger auszuüben, wobei die relativ geringe Zahl an Sympathisanten durch außerordentliche Agilität aufgewogen werden soll. Dazu dient auch, nach Möglichkeit Unterorganisationen linker Parteien (SPD und Grüne), Kirchen und Gewerkschaften einzubinden, was durch die gemeinsame Vergangenheit in Zeiten der bundesdeutschen Friedensbewegung der siebziger und achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts erleichtert wird.<sup>12</sup>

## Akteure am Rande und außerhalb der Politik

In der politischen Diskussion um die Auslandseinsätze der Bundeswehr dominieren – wie in nahezu allen Politikfeldern – Kräfte, die in ihrer Gesamtheit die sogenannte öffentliche Meinung bilden. Das allerdings wirft die Frage auf, wie sich die nicht-organisierte, nicht in der Öffentlichkeit äßernde Bevölkerung in diesem Zusammenhang positioniert, will sagen, ob es eine Diskrepanz zwischen öffentlicher Meinung und den Ansichten der Bevölkerung oder, definiert man diese enger, dem deutschen Staatsvolk gibt. Nun besteht eine gewisse Schwierigkeit, den Meinungen innerhalb der Bevölkerung überhaupt auf die Spur zu kommen: Private Diskussionen im Familienkreis, unter Freunden und Kollegen und sonstige Meinungsbildung finden der Natur der Sache nach keinen Niederschlag in der Forschung irgendwie zugänglichen veröffentlichten Quellen. Es

---

<sup>11</sup> Erklärung des DGB vom 14. November 2001

(<http://www.einblick.dgb.de/hintergrund/2001/20/text01/>).

<sup>12</sup> Vgl. z.B. den Aufruf zur Demonstration gegen Afghanistan 2010

(<http://www.afghanistandemo.de/>).

bleiben letztlich nur Zeugnisse der Meinungsforschung, vor allem Umfragen, und in gewissem Rahmen Leserbriefe in Zeitungen – wobei die Meinungsforschung durch die jeweils formulierten Fragen im Regelfall bereits bestimmte Antworten vorgibt, also nicht alle denkbaren Ansichten erfaßt. Leserbriefe (und mehr noch Kommentare im Internet) dagegen geben an der Grenze zur öffentlichen Meinung nur solche Meldungen wieder, die von Autoren stammen, die überhaupt in dieser Hinsicht politisch interessiert sind – also wahrscheinlich keinen wirklichen Querschnitt durch die Bevölkerung. Auch die Anonymität spielt hier eine Rolle: So ist nicht nachzuvollziehen, wer hinter den oft wenig fundierten Einträgen in den Internet-Kommentarseiten der einzelnen Zeitungen steht. Daher fließen Leserbriefe und die zahlreichen nicht bestimmten Personen zurechenbaren Kommentare im Internet hier nicht in die Betrachtung ein.

Im Rahmen der Demoskopie veranstalten mehrere Institutionen regelmäßig oder sporadisch Umfragen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen. Besonders engagiert ist in dieser Hinsicht das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr, das periodisch Umfragen zum die Bundeswehr betreffenden Meinungsklima in Deutschland veranstaltet und kommentiert veröffentlicht.<sup>13</sup> Die Daten des Sozialwissenschaftlichen Instituts werden in Medien und Literatur vielfach aufgegriffen – so daß sie letztlich eine Beinahe-Monopolstellung erhalten bei der Beantwortung der Frage, wie denn nun die deutsche Bevölkerung über Bundeswehr und Auslandseinsätze, ja über Militärisches überhaupt denkt und befindet. Das ist durchaus problematisch, weil die Ergebnisse von Umfragen selbst bei methodisch gründlicher Durchführung der Befragungen stark voneinander abweichen können. So kann z.B. die genaue Wortwahl bei der Fragestellung das Ergebnis ebenso beeinflussen wie die Abstufung der Antwortmöglichkeiten.<sup>14</sup> Wenngleich also Umfragewerte manchmal große Unterschiede aufweisen, lassen sich doch gewisse Grundtendenzen erkennen, die die Meinung der deutschen Bevölkerung zum Thema Auslandseinsatz (und damit auch zum Töten und Sterben) beschreiben:

- Als erstes Faktum wäre die generelle Uninformiertheit der Bevölkerung über komplizierte sicherheitspolitische Zusammenhänge anzuführen. Meinungen basieren also zum großen Teil nicht auf Kenntnissen bzw. Wissen, sondern auf Emotionen, Eindrücken und generellen Einstellungen zu deutscher Politik.<sup>15</sup>

---

<sup>13</sup> Siehe z.B.: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (Hg.), Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland – Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2007 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Strausberg 2008 (Forschungsbericht 86).

<sup>14</sup> Rehmann, Heiko, Eine öffentliche Meinung, die es eigentlich nicht gibt, in: *Loyal – Magazin für Sicherheitspolitik* 01/2008, S. 28-29.

<sup>15</sup> Jonas, Alexandra, Internationales Engagement Deutschlands, in: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (Hg.), Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der

- Der Grad an Informiertheit schlägt sich im Grad der Bejahung internationalen Engagements der Bundeswehr nieder. So befürworten gut informierte Befragte ein solches in erheblich höherer Prozentzahl als schlecht informierte.<sup>16</sup>
- Zustimmung von befragten Bürgern zum Bundeswehreinsatz ist nicht automatisch identisch mit der Zustimmung zu Kampf und Einsatz militärischer Gewalt im Ausland. So genießt unter den verschiedenen (denkbaren) Aufgaben der Bundeswehr die Landesverteidigung breiten Rückhalt in der Bevölkerung, dicht gefolgt von der Bündnisverteidigung (NATO). Auswärtige, nicht in direktem Zusammenhang damit stehende Einsätze dagegen werden skeptischer beurteilt, wobei das Maß an Ablehnung mit der Zunahme zweier Faktoren korreliert: Mit der Wahrscheinlichkeit, daß Gewalt angewendet wird – und mit der inhaltlichen Entfernung des Einsatzziels von eng definierten nationalstaatlichen Interessen.<sup>17</sup>

Militärische Gewaltanwendung – Töten und Sterben im Bundeswehrdienst – unterliegt also innerhalb der deutschen Bevölkerung starken Ressentiments. Und das vor allem deshalb, weil im Diskurs zwischen Politik und Bevölkerung bzw. in dessen Scharnier, den Medien, bestimmte Zusammenhänge nicht hinreichend vermittelt werden bzw. weil die deutsche Bevölkerung in ihrer Masse nicht in der Lage oder nicht willens ist, komplizierte Begründungen anzunehmen. Eine Reduzierung der Einsatzbegründung auf Schlagworte dagegen wird von der Masse der Bürger nicht akzeptiert und mit anderen Simplifizierungen beantwortet („Wieso müssen deutsche Soldaten sterben, wenn sich die verschiedenen Clans in Afghanistan nicht auf eine stabile Regierung einigen können?“<sup>18</sup>).

Politische Relevanz gewinnt die Meinung der Bevölkerung nicht zuletzt dadurch, daß nicht alle Schichten und Kreise der Einwohnerschaft in gleichem Maße Auslandseinsätze der Bundeswehr – und auch Gewaltanwendung – gutheißen oder ablehnen. Die Tatsache, daß darüber gut informierte Personen tendenziell eher zur Zustimmung neigen, ist bereits angeklungen. „Gut informiert“ ist jedoch nicht automatisch identisch mit einer guten Schulbildung.

Da die momentanen Auslandseinsätze der Bundeswehr in muslimischen Staaten stattfinden, lohnt es sich, einen Blick auf die Einstellung der in Deutschland lebenden Muslime zu werfen – eine Gruppe von vermutlich weniger als fünf Prozent der Gesamtbevölkerung, die aber gleichwohl in ständigem Wachstum

---

Bundesrepublik Deutschland – Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2007 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Strausberg 2008 (Forschungsbericht 86), S. 33-46, hier S. 42-45.

<sup>16</sup> Jonas, Internationales Engagement, S. 44.

<sup>17</sup> Biehl, Heiko, Die Bundeswehr – Ihre Aufgaben im sicherheitspolitischen Meinungsbild der deutschen Bevölkerung, in: Reader Sicherheitspolitik, Erg.-Lfg. 6/2007, S. 9-16, hier S. 13-15.

<sup>18</sup> Bredow, Wilfried von, Militär und Demokratie in Deutschland – Eine Einführung, Wiesbaden 2008, S. 258.

begriffen ist und deren Ansichten in Zukunft vermutlich an Bedeutung gewinnen werden, zumal sie durch Einbürgerung auch verstärkt zur vollberechtigten Wählerschaft Deutschlands gehören wird. In jedem Fall stehen die Muslime in Deutschland den gegenwärtigen Einsätzen erheblich kritischer gegenüber als die Masse der Bevölkerung, was aber möglicherweise mit dem Charakter der gegenwärtigen Missionen zu tun hat – einem Charakter, der manchen Muslimen als gegen den Islam und für die Verbreitung einer christlich-westlichen Weltsicht erscheint. Möglicherweise würden die Anhänger des Islam in Deutschland Einsätze mittragen und gutheißen, die zum Schutz muslimischer Gemeinschaften vor nicht-islamischen Bedrohungen erfolgten.

Eine Sonderposition zwischen Bevölkerung und öffentlicher Meinung nimmt die eigentlich schwer zu definierende Gruppe der Prominenten ein – zumindest, wenn Politiker und Verbandsfunktionäre diesem Kreis hier nicht zugeordnet werden. Nun ist es schwer, die große Anzahl von Literaten, Schauspielern, Sängern und sonst irgendwie bekannt gewordenen Persönlichkeiten hinsichtlich ihrer Meinungen zu Auslandseinsätzen und militärischer Gewaltanwendung auch nur halbwegs totaliter zu erfassen. Generell scheint jedoch in diesem Kreis die Ablehnung militärischer Gewalt stark zu überwiegen. Gerade Schriftsteller und in Theater, Film und Fernsehen engagierte Personen neigen dazu, die momentanen (und zukünftigen) Bundeswehreinsätze eher unter grundsätzlichen moralischen denn unter realpolitischen Gesichtspunkten zu beurteilen, und sie neigen auch dazu, ein positives Bild von zivilen Lösungsmechanismen für Krisen zu entwerfen. Und sie zeigen oft eine bemerkenswerte Verwurzelung in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, was im Endeffekt eine besonders kritische Distanz zu allem Militärischen hervorruft. Augenfällige Ausnahmen zu diesem Phänomen finden sich öffentlichkeitswirksam allenfalls bei jungen Interpreten, die z.B. bereit sind, in Feldlagern der Bundeswehr aufzutreten – allerdings ohne, daß damit politische Meinungsäußerungen verbunden wären.

Auch unterhalb der Ebene politischer Entscheidungsfindung fand und findet in der Bundesrepublik Deutschland eine breite Debatte über Militärisches statt. Darunter namentlich über die Auslandseinsätze, die in den letzten Jahren das Bild der Bundeswehr in der Öffentlichkeit zunehmend bestimmen. Diese Debatte ist nur eine von vielen, und wohl nicht die wichtigste in Deutschland, aber sie ist geeignet, mehr Emotionen zu entfachen als viele andere Themen. Militärische Gewalt gilt als äußerste Form staatlicher Machtausübung und findet deshalb besondere Beachtung, zumal vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, die in öffentlicher Selbstwahrnehmung durch verbrecherische Exzesse von Staat und Militär zumindest im Zweiten Weltkrieg, vielleicht aber auch davor gekennzeichnet ist. Krieg als Mittel der Außenpolitik ist in Deutschland diskreditiert, das Töten für nationale (und auch andere) Interessen gilt gemeinhin als nicht

akzeptabel. Diese Einschätzung findet sich fast durchgehend in der gesamten deutschen öffentlichen Meinung.

War eben schon von den im engeren Sinn an politischer Entscheidungsfindung beteiligten Akteuren die Rede und danach von der hinsichtlich ihrer Meinung schwer faßbaren Bevölkerung, ist nun auf den theoretischen Unterbau einzugehen: Dazu gehören einmal die Kirchen, die die Politik begleiten und an den Normen christlicher Ethik messen, die aber zugleich auch innere Prozesse der Meinungsfindung und -veränderung durchlaufen. Und natürlich die Wissenschaft, hier insbesondere die Disziplinen der Politologie und der Sozialwissenschaften. Die Rechtswissenschaft ist zwar auch mit dem Problem militärischer Gewaltanwendung befaßt. Doch sie entwickelt weniger Breitenwirkung, was auch daran liegt, daß ein Großteil ihrer Äußerungen im Rahmen von höchstrichterlichen Urteilen erfolgt, die dann zwar von der öffentlichen Meinung hingenommen, zuweilen auch kritisiert werden, aber ansonsten eher dem Bereich regierungsamtlichen Handelns zugeordnet werden.

Die Politologie bzw. Sozialwissenschaft betrachtet die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Regelfall unter eher grundsätzlichen Gesichtspunkten. Leitfragen berühren die außenpolitische Orientierung und das Selbstverständnis der Bundesrepublik, auch die Einordnung Deutschlands in die internationale Staatenwelt und das Problem der Identifizierung spezieller Interessen der Bundesrepublik Deutschland.

Bereits in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung 1990 versuchten namhafte Wissenschaftler, die Stellung des nunmehr souveränen Deutschlands in der Welt zu beschreiben und Zielvorstellungen für die Zukunft zu formulieren. In Bezug auf die hier zu behandelnden Auslandseinsätze der Bundeswehr lassen sich in holzschnittartiger Vereinfachung zwei generelle Richtungen der Forschung identifizieren: Die erste sieht Deutschland als sogenannte Zivilmacht, ein Status, der auch für die Zukunft kennzeichnend für deutsche Außenpolitik sein sollte. Die zweite stellt eine angeblich international festzustellende Normalität in den Mittelpunkt, begreift den Einsatz von Militär als unter Umständen legitimes Mittel staatlicher Politik, erkennt diese Auffassung bei vielen anderen Staaten der Welt und möchte Deutschland an solche Positionen heranzuführen.

Das Konzept der Zivilmacht bzw. der Zivilisierung von Beziehungen diente vor 1990 eigentlich der Beschreibung innerstaatlicher, gesellschaftlicher Prozesse, bevor es ab 1990 namentlich durch Hanns W. Maull auf die internationaler Politik und das wiedervereinigte Deutschland angewandt wurde – in den Jahren der ersten Diskussionen um Auslandseinsätze der Bundeswehr. Maull und andere

beobachteten im internationalen Vergleich ungewöhnliche Tendenzen der deutschen Außenpolitik, die sie mit dem Wort „Zivilmacht“ zusammenfaßten:<sup>19</sup>

- Das Streben nach der Verrechtlichung internationaler Politik,
- den Versuch, eine solche Verrechtlichung durch Supranationalität, also multi- und internationale Kooperation zu erreichen,
- die internationale Kooperation (v.a. VN und EG/EU) und damit die Überwindung isoliert nationalstaatlichen Handelns als wichtiges, wenn nicht wichtigstes Ziel nationaler deutscher Außenpolitik zu begreifen (Außenpolitik als Weltinnenpolitik),
- die Ablehnung militärischer Ansätze und vor allem massiver Gewalt bei der Lösung von Konflikten und damit einhergehend
- das Vertrauen, solche Konflikte mit den Mitteln von Politik (Verhandlungen), Sanktionen und Subventionen (Gewährung wirtschaftlicher Vorteile) entschärfen zu können.

Prinzipiell sahen bis Mitte der neunziger Jahre die Vertreter der Zivilmacht-Theorie keinen Grund, warum innergesellschaftliche Befriedungs- und Zivilisationsprozesse nicht auch in internationalen Systemen funktionieren sollten. Die deutsche (und auch generell europäische) Selbstdefinition als Rolle einer Zivilmacht wurde folglich als gangbarer Weg die Zukunft gesehen, zumal eine solche Rollenzuweisung auch von außen (z.B. durch die Vereinigten Staaten) vorgenommen wurde. Das deutsche Konzept der Zivilmacht wurde dabei durchaus als international einzigartig begriffen (vielleicht abgesehen von dem ähnlich gelagerten Beispiel Japan), auch deshalb, weil ihm keine rein realpolitische Grundlage, sondern eine solche aus ethisch-politischen Werten und historischer Erfahrung – also eine emotionale – unterstellt wurde.<sup>20</sup>

Nun findet das Zivilmachtkonzept auch heute noch Anhänger, ja, eine ganze Reihe der darin getroffenen Annahmen unterliegen einem breiten Konsens in der wissenschaftlichen Debatte. Es sind eher graduelle Verschiebungen, die als Veränderung bemerkenswert sind. In der Masse der politikwissenschaftlichen Arbeiten rücken seit Jahren praktische Aspekte der Auslandseinsätze in den Vordergrund – der auswärtige Einsatz von Militär wird also in gewissem Maß als etwas „Normales“ hingenommen, das nicht eigens hinterfragt werden müsse. Die kritische Distanz zu allem Militärischen, die die Vertreter der Zivilmacht-These auszeichnete, ist mittlerweile weitgehend zum Merkmal der Friedensforschung geworden.

Die neuere Forschung definiert die gegenüber dem Kalten Krieg neuen Aufgaben der Bundeswehr im Ausland mit Schlagworten wie „Übergang von einer

---

<sup>19</sup> Vgl. z.B. Maull, Hanns W., *Zivilmacht Deutschland*, Opladen 2006 (<http://www.univ-trier.de/fileadmin/fb3/POL/Maull/pubs/zivilmacht.pdf>).

<sup>20</sup> Kirste, Knut und Hanns W. Maull, DFG-Projekt „Zivilmächte“ – Fallstudie, 1994-1997 (<http://www.deutsche-aussenpolitik.de/resources/conferences/zib.pdf>).

Verteidigungs- zu einer Interventionsarmee“.<sup>21</sup> Die Bundeswehr des beginnenden 21. Jahrhunderts wird in diesem Zusammenhang als politisches Instrument der deutschen Führung verstanden, als „Spielgeld der internationalen Politik“, dessen Einsatz nicht vorrangig mit militärischen Zweckmäßigkeiten begründet wird, sondern mit der Positionierung der Bundesrepublik im internationalen sicherheitspolitischen Kontext.<sup>22</sup> Auf Kritik stößt insbesondere das Fehlen einer nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesrepublik Deutschland, einer Sicherheitsstrategie, die freilich auf Grund mangelnden Konsenses innerhalb der deutschen Bevölkerung nur schwer zu erarbeiten wäre.<sup>23</sup> Die meisten Betrachtungen stehen unter der Überschrift der Normalisierung, d. h. der Angleichung außenpolitischer Instrumente und Verfahren Deutschlands an die seiner engsten Verbündeten seit der Regierung Schröder/Fischer.<sup>24</sup>

Nun bleiben Politologie und Soziologie bei der Befassung mit Auslandseinsätzen, wie angedeutet, zumeist auf einer eher grundsätzlichen, staatstheoretischen Ebene, angereichert durch Betrachtungen zu technischen Details. Die essentielle Frage des Tötens und Getötetwerdens, die den eigentlichen Hintergrund gesellschaftlicher Auseinandersetzung um militärische Auslandseinsätze der Bundeswehr bildet, bleibt oft merkwürdig verschwommen. Antworten erschöpfen sich in Hinweisen auf das Gebot der Verhältnismäßigkeit des Waffeneinsatzes und den Wunsch, zivile Opfer möglichst zu vermeiden. Eine Diskussion darüber, ob und in welchem Rahmen die Bundeswehr in näherer oder fernerer Zukunft offensiv einzusetzen sei, etwa bei dem Vorgehen gegen Massenvernichtungsmittel produzierende Staaten, unterbleibt – jedenfalls in der Öffentlichkeit.

Eine Ausnahme innerhalb dieser weitverbreiteten Sprachlosigkeit bildet u. a. Jens Warburg,<sup>25</sup> der eine Reihe vom Paradoxien immerhin thematisiert: So verschiebe sich in gefährvollen Auslandseinsätzen das Selbstbild der Soldaten (weg vom sicher im Inland lebenden *Staatsbürger in Uniform* hin zum *Einsatzprofi* in Krisengebieten) mit dem Ergebnis eines sich auftuenden Grabens zwischen dem Selbstbewußtsein und Weltbild der eingesetzten Bundeswehrsoldaten einerseits und der militärfernen deutschen Gesellschaft andererseits. Die von der politischen und militärischen Führung so oft gelobte Auftragstaktik werde in der diffizilen

<sup>21</sup> Siehe z.B. Biehl, Heiko, Von der Verteidigungs- zur Interventionsarmee. Konturen eines gehemmten Wandels, in: Kümmel, Gerhard (Hg.), *Streitkräfte im Einsatz: Zur Soziologie militärischer Interventionen*, Baden-Baden 2008 (Militär und Sozialwissenschaften Bd. 42), S. 9-20, hier S. 9.

<sup>22</sup> Biehl, Von der Verteidigungs- zur Interventionsarmee, S. 13-14.

<sup>23</sup> Biehl, Von der Verteidigungs- zur Interventionsarmee, S. 16-19.

<sup>24</sup> Wagner, Martin, Auslandseinsätze der Bundeswehr. Normalisierung statt Militarisierung deutscher Sicherheitspolitik, in: Maull, Hanns W., Sebastian Harnisch und Constantin Grund (Hg.), *Deutschland im Abseits? Rot-grüne Außenpolitik 1998-2003*, Baden-Baden 2003, S. 33-48, hier S. 33.

<sup>25</sup> Warburg, Jens, *Das Militär und seine Subjekte – Zur Soziologie des Krieges*, Bielefeld 2008, S. 320 ff.

Realität des Auslandseinsatzes nicht selten zugunsten von Befehl und Gehorsam zurückgedrängt – weil die politisch-militärische Führung die Auslegung komplizierter und international aufwendig ausgehandelter Einsatzregeln (*rules of engagement*) angesichts politischer und medialer Sprengkraft schlechter Nachrichten kaum einfachen Soldaten oder niedrigen Dienstgraden und Führungsebenen anvertrauen könne. In früheren Jahrzehnten kaum beachtete Verstöße gegen Vorschriften und Verhaltensregeln könnten in der öffentlichen Meinung zur einsatzgefährdenden politischen Katastrophe werden, das Anforderungsprofil an Soldaten erhöhe sich soweit, daß es eine unmöglich zu erreichende Fülle von Fähigkeiten und Eigenschaften in sich vereinen müßte (Kämpfer und Sozialarbeiter, Helfer und Gewaltanwender, Polizist und Soldat, tapfer und verständnisvoll, nachdenklich und zu blitzschnellem Handeln befähigt, emotional einerseits und unbeeindruckt von den umgebenden furchtbaren Eindrücken andererseits). Durch militärische Auslandseinsätze entstehe eine gefährliche Diskrepanz zwischen den Bewußtseinswelten der Bundeswehr (Krieg und Schrecken, Töten und Sterben) und der zivilen Gesellschaft Deutschlands (Krieg allenfalls als mediales Ereignis).

Wie die Parteien Grundsatz- und Parteiprogramme als Dokumente gemeinsamen Konsenses erarbeiten, präsentieren auch die Kirchen<sup>26</sup> in gewissen zeitlichen Abständen Zusammenfassungen ihrer Positionen zu politischen Themen – darunter zur Frage der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Diese Dokumente sind Ausdruck manchmal komplizierter Kompromisse und – ähnlich den Parteiprogrammen – in vielen Fällen eher allgemein gehalten. Innerkirchliche Diskussion findet daher auch weiterhin und in Ergänzung der gemeinsam formulierten Positionen statt.<sup>27</sup>

Die *Evangelische Kirche in Deutschland* (EKD), genauer: der Rat der EKD als aus kirchlichen Würdenträgern und Laien bestehendes evangelisches Leitungsgremium, hat 2007 versucht, die Anschauungen des Protestantismus in Deutschland zum Thema Sicherheitspolitik in einer Grundsatzschrift auf einen Nenner zu bringen.<sup>28</sup> Nach einer recht treffenden Beschreibung der generellen weltweiten sicherheitspolitischen Situation entwickeln die Mitarbeiter der EKD eine Strategie des evangelisch-christlichen Umgangs mit dieser Welt: Eine Strategie, die

---

<sup>26</sup> Erhebungen zu den sicherheitspolitisch relevanten Prozessen in islamischen, jüdischen, freikirchlichen Gemeinschaften und sonstigen religiösen Gruppierungen wurden angesichts spärlicher Quellenlage bzw. der geringen Kopfzahl der jeweils bekennenden Gläubigen hier nicht integriert.

<sup>27</sup> Vgl. z.B. die Haltung der Deutschen Bischofskonferenz zum Afghanistaneinsatz im Februar 2010 ([http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/bischofskonferenz-keine-einheitliche-meinung-zum-afghanistan-einsatz\\_aid\\_483537.html](http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/bischofskonferenz-keine-einheitliche-meinung-zum-afghanistan-einsatz_aid_483537.html)).

<sup>28</sup> Aus Gottes Frieden Leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland a. d. J. 2007 ([http://www.ekd.de/download/ekd\\_friedensdenkschrift.pdf](http://www.ekd.de/download/ekd_friedensdenkschrift.pdf)).

theologisch begründet den allgemeinen Gewaltverzicht anstrebt und auf friedliche Lösungsmechanismen setzt – die aber auch die Notwendigkeit einschließt, in einer faktisch friedlosen Welt unter Umständen Gewalt mit Gegengewalt zu beantworten.<sup>29</sup> Demnach ist auch ein Auslandseinsatz der Bundeswehr für evangelische Christen denkbar, nämlich dann, wenn er bestimmten Prämissen dient, so dem Schutz von Leben, der internationalen Rechtsordnung, und wenn es zum äußersten Mittel des Militäreinsatzes keine realistischen Alternativen gibt.<sup>30</sup> Der kritische Blick des Protestantismus auf militärische Gewalt wird dort sichtbar, wo sich die EKD von der eineinhalb Jahrtausende vertretenen christlichen Lehre vom „gerechten Krieg“ löst und im Rahmen einer heute eingetretenen Verrechtlichung internationaler Beziehungen statt dessen das Wort vom „gerechten Frieden“ einführt.<sup>31</sup> Die Paragraphen, in denen die Friedensschrift auf die Bundeswehr eingeht,<sup>32</sup> bleiben hingegen an manchen Stellen merkwürdig – oder für die komplizierte Konsensfindung innerhalb der EKD bezeichnend – unentschieden. Im Hinblick auf die Auslandseinsätze wird vor allem das Fehlen einer nationalen, friedensethisch begründeten Strategie bemängelt, ein Fehlen, das Auslandseinsätze nicht selten als zwar bündnis-, nicht aber friedenspolitisch motiviert erscheinen läßt. Im Detail fordert die EKD allerdings bestmögliche Schutzausrüstung für die Soldaten der Bundeswehr im Einsatz sowie eine angemessene Ausbildung – wobei sie den Konflikt zwischen den Erfordernissen des Kampfes und denen des Aufbaus nicht zu lösen vermag, gipfelnd in der Frage, ob denn dieselben Soldaten zu beidem geeignet seien.

Nun ist die kritische, immerhin zum Teil bejahende Position der EKD-Friedensdenkschrift innerhalb des Protestantismus durchaus nicht unumstritten. Während der Theologe Dieter Baumann sich in einem vielbeachteten Werk zur Militär-ethik<sup>33</sup> mit einer Verschärfung der Kriterien für den Armeeinsatz begnügt, etwa, wenn er die „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ für deutsche Streitkräfte fordert, sind der Friedenbewegung nahestehende Teile des Protestantismus in ihren Ansichten erheblich weitgehender, und das auf überaus öffentlichkeitswirksame Weise. Besonders beachtet wurde Anfang 2010 die Neujahrsansprache der EKD-Ratsvorsitzenden und Bischöfin Margot Käßmann, eine Predigt, die zwar gar nicht Afghanistan als Kernthema hatte, in der die Bischöfin aber gleichwohl ihre kritische Sicht auf (solche) Militäreinsätze effektiv zum Ausdruck brachte: „Nichts ist gut in Afghanistan. All diese Strategien, sie haben uns lange darüber hinweggetäuscht, daß Soldaten nun einmal Waffen benutzen und eben auch Zivilisten getötet werden. Das wissen die Menschen in Dresden besonders gut!

---

<sup>29</sup> Ebd. § 60.

<sup>30</sup> Ebd. § 64.

<sup>31</sup> Ebd. §§ 99 ff.

<sup>32</sup> Ebd. §§ 148 ff.

<sup>33</sup> Baumann, Dieter, *Militäretik – Theologische, menschenrechtliche und militärwissenschaftliche Perspektiven*, Stuttgart 2007 (Theologie und Frieden Bd. 36), S. 553 ff.

Wir brauchen Menschen, die nicht erschrecken vor der Logik des Krieges, sondern ein klares Friedenszeugnis in der Welt abgeben, gegen Gewalt und Krieg aufbegehren und sagen: Die Hoffnung auf Gottes Zukunft gibt mir schon hier und jetzt den Mut von Alternativen zu reden und mich dafür einzusetzen.“<sup>34</sup>

Katholischerseits entstand im Jahr 2000 unter Federführung der Deutschen Bischofskonferenz die Schrift „Gerechter Friede“<sup>35</sup>, in der die katholisch-christlichen Positionen zu Militär und dem Einsatz desselben zusammengefaßt wurden, freilich noch ohne die erst später gesammelten Eindrücke mit den Missionen in Afghanistan verarbeiten zu können. Das Soldatenbild der katholischen Kirche darin ist durchaus nicht von solcher Skepsis und Ferne gekennzeichnet wie das der Protestanten: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“ – eine bemerkenswerte, dann auch durch Dank erweiterte Aussage, deren Diskrepanz zu evangelischen Äußerungen allerdings verständlicher wird, wenn man die Entstehung beider berücksichtigt. So fußen die evangelischen Positionen vornehmlich auf deutschen Erfahrungen, während die katholischen auf dem zweiten Vatikanischen Konzil beruhen, also nicht nur (durch den Zweiten Weltkrieg eventuell diskreditiertes) deutsches Militär im Blick haben, sondern die Streitkräfte aller Länder. In seiner inhaltlichen Ausgestaltung entspricht das katholische Hirtenwort gleichwohl in großen Zügen der evangelischen Friedensschrift, so daß die Unterschiede mehr in Stil und Wortwahl zu suchen sind.

## ***Die Zukunft?***

Militärische Auslandseinsätze sind in der Bundesrepublik Deutschland umstritten, besonders dann, wenn damit genuin militärische Maßnahmen verbunden sind: Gewaltanwendung, mit anderen Worten das Töten von Menschen. Weder der Bundesregierung noch der eigentlich damit befaßten Institution, der Bundeswehr, gelingt es, in öffentlicher Meinung und Bevölkerung hinreichend Akzeptanz für kriegsrische Auslandseinsätze der deutschen Streitkräfte einzuwerben. Das liegt vor allem daran, daß innerhalb der deutschen Bevölkerung, vor allem aber innerhalb der politisch relevanten Schichten derselben kein Grundkonsens darüber vorhanden ist, welche Ziele die deutsche Außenpolitik denn nun im Detail verfolgen solle. Im politischen und gesellschaftlichen Raum dominiert eine stark

---

<sup>34</sup> Käßmann, Margot, Neujahrspredigt 2010

([http://www.unserekirche.de/kirche/aktuell/nichts-ist-gut-in-afghanistan\\_4853.html](http://www.unserekirche.de/kirche/aktuell/nichts-ist-gut-in-afghanistan_4853.html)).

<sup>35</sup> Deutsche Bischofskonferenz, Das neue Bischofswort *Gerechter Friede*

([http://www.alt.dbk.de/gerechter-friede/dbk\\_data/html/sets/set\\_tx.html](http://www.alt.dbk.de/gerechter-friede/dbk_data/html/sets/set_tx.html)), besonders Kapitel II.7.

an Moral orientierte Haltung, eine Haltung, die unmittelbar zwischen Gut und Böse zu unterscheiden sucht und dabei – bei aller Weltgewandtheit – nicht in der Lage ist, die schwierige Differenzierung nachzuvollziehen, die sich manchmal zwischen guten Zielen und dazu auf den ersten Blick verwerflichen, aber gleichwohl notwendigen Mitteln ergibt.

Ein besonderes Problem für die Rechtfertigung militärischer Gewalt besteht in der Staatsdoktrin der Bundesrepublik Deutschland: Die ganz bewußte Abkehr von allem militärisch geprägten Denken, von Gewalt überhaupt ist ein Reflex auf die Exzesse des Nationalsozialismus. Von diesem im Übermaß an Anspruch genommene Werte sind heute gebrandmarkt, und nicht nur Werte, sondern auch Begriffe – wobei gerade Begriffe von enormer Wichtigkeit für jeglichen Diskurs sind. Nur ist es – das zeigen allein die Ereignisse der Jahre seit 2009 – nicht möglich, alle militärische Begrifflichkeit aus dem deutschen Diskurs zu verbannen. Worte wie: Gefallener, Krieg, Tapferkeit und Held ziehen wieder ein in den deutschen Sprachgebrauch, und zwar deshalb, weil die aus Zivilgesellschaft und Rechtswissenschaft kommenden Begriffe ebensowenig zur Verständigung zwischen Politik, Militär und Bevölkerung geeignet sind wie die kollektive Beschimpfung mit Worten wie Mörder, Kriegstreiber usw.

Was aber folgt daraus für die Zukunft? Ist überhaupt ein kompletter Wechsel der politischen Kultur denkbar? Das ist sicherlich nicht der Fall – und wohl auch nicht wünschenswert. Vor dem Hintergrund seiner Geschichte kann Deutschland keine Außenpolitik mit den Instrumenten betreiben, wie sie die wichtigsten Verbündeten Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten verfolgen, ganz zu schweigen von der Methodik, die andere Partner wie China und Rußland umsetzen. Doch bestimmte Dinge müssen sich ändern, soll Deutschland sein Mitspracherecht auf internationaler Ebene nicht marginalisieren wollen: Dazu gehört vor allem der Einsatz von Militär als demokratisch legitimes Machtmittel – und die entsprechende Anerkennung des Engagements der Soldaten durch die Gesellschaft.

## **Die Renaissance der Söldner? Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols im Verteidigungsbereich – eine Entwicklung und deren Folgen**

Die in den Medien und in der Forschung vor einiger Zeit breit diskutierte Zusammenarbeit der US-Streitkräfte mit privaten Sicherheitsfirmen im Irak<sup>36</sup> lenkt den Blick auf ein sich in den letzten Jahren immer weiter ausbreitendes, nicht nur im Fall der Vereinigten Staaten zu bemerkendes Phänomen – auf das Vordringen von Privatunternehmen in Bereiche, die vor einigen Jahrzehnten noch als klassische Staatsaufgaben und mithin als das Metier staatlicher Streitkräfte und Sicherheitsbehörden angesehen wurden.<sup>37</sup> Wie sind diese Privatunternehmen zu begreifen?

---

<sup>36</sup> Vgl. dazu z.B. Graeme, C. S. Steven, Shield or safety: The role of private security companies, in: *Janes's Intelligence Review* 12/2007, S. 44-47; Azzelini, Dario, Der Krieg im Irak und die Armee der Privaten, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 3/2005, S. 334-339; Babayigit, Gökalp, Die Kriegs-Dienstleister (24.10.2007, <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/562/139273/>, zuletzt aufgerufen am 17.03.2008).

<sup>37</sup> Dazu u.a. Singer, Peter Warren, *Corporate warriors: The rise of the privatized military industry*, Ithaka 2003 und Avant, Deborah Denise, *The Market of Force. The Consequences of Privatizing*

Handelt es sich um Söldner, womöglich sogar um solche der schlimmsten Sorte, die ihre Macht zu Töten an den Meistbietenden verschachern – oder um moderne Dienstleister in einer sich immer weiter diversifizierenden Welt? Wie verhalten sich die neuen Unternehmen und ihre Angestellten und Mitarbeiter zu den traditionellen staatlichen Organen der Sicherheitspolitik, mit anderen Worten: ist das neue Söldnerwesen die Fortsetzung althergebrachter Staatlichkeit mit anderen Mitteln, oder bröckelt hier etwa das staatliche Gewaltmonopol? Was bringt uns die momentan ablaufende Entwicklung in absehbarer Zukunft: Riesige Söldnerheere, die Regionen oder womöglich sogar die Welt durch ihr ungeheures Potential flutwellenartig überschwemmen – oder bleibt alles so, wie es ist? Diese Fragen sind nur einige aus einem breiten Bündel, die sich in Anbetracht des Themas stellen ließen. Viele Aspekte dieser Problematik sind in den Medien bereits angesprochen, vor allem solche, die sich mit der Verwendung Privater durch die stets im Mittelpunkt des Interesses befindliche Supermacht USA befassen. Wenig behandelt wurde dagegen die Relevanz von Söldnern und privaten Dienstleistern für Deutschland und die sich nunmehr seit vielen Jahren im Ausland engagierende Bundeswehr.

An dieser Stelle scheint es angebracht, einige Vorüberlegungen anzustellen zu der Frage, wie den der Begriff „Söldner“ überhaupt zu definieren ist. Naheliegend ist in diesem Zusammenhang die Beschreibung in den Genfer Konventionen von 1949. Demnach ist Söldner,

- wer im Inland oder Ausland zu dem besonderen Zweck angeworben ist, in einem bewaffneten Konflikt zu kämpfen,
- wer tatsächlich unmittelbar an Feindseligkeiten teilnimmt,
- wer an Feindseligkeiten vor allem aus Streben nach persönlichem Gewinn teilnimmt und wer von oder im Namen einer am Konflikt beteiligten Partei tatsächlich die Zusage einer materiellen Vergütung erhalten hat, die wesentlich höher ist als die den Kombattanten der Streitkräfte dieser Partei in vergleichbarem Rang und mit ähnlichen Aufgaben zugesagte oder gezahlte Vergütung,
- wer weder Staatsangehöriger einer am Konflikt beteiligten Partei ist noch in einem von einer am Konflikt beteiligten Partei kontrollierten Gebiet ansässig ist,
- wer nicht Angehöriger der Streitkräfte einer am Konflikt beteiligten Partei ist und

---

Security, New York 2005. Starke Betonung des Wandels (Rückzug staatlicher Streitkräfte aus sicherheitspolitischen Zusammenhängen, Vordringen nicht-staatlicher Akteure) bei Lindner, Peter, Die Front ist überall (22.10.2007, <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/78/138792/>, zuletzt aufgerufen am 17.03.2008).

- wer nicht von einem nicht am Konflikt beteiligten Staat in amtlichem Auftrag als Angehöriger seiner Streitkräfte entsandt worden ist.<sup>38</sup>

Nun enthalten die Genfer Konventionen mit ihren sechs Bedingungen hohe Hürden, wenn es gilt, Kriegs- oder Konflikteilnehmer als Söldner zu definieren. Dem normalen Sprachgebrauch angemessener ist eine erheblich allgemeiner gehaltene Definition, wie sie etwa von Meyers Lexikon geboten wird.<sup>39</sup> Diese Definition hebt lediglich auf die Aspekte Anwerbung, Zahlung von Entgelt (Sold), zeitliche Befristung des Dienstverhältnisses sowie Vertragsgebundenheit ab. Die Unterschiede beider Definitionsansätze sind immens – so fallen unter die lexikalische Erklärung auch Verbände wie z.B. die französische Fremdenlegion. Andererseits ist selbst das Kriterium des für Sold Dienens nicht unbedingt prägend für alle Arten von Söldnern, auch wenn der Begriff an sich solches nahelegt. So ist vor allem im Hinblick auf die Motivation des einzelnen Kämpfers zu konstatieren, daß ein hoher Verdienst zuweilen weniger attraktiv ist als das Ausbrechen aus einem gesicherten und langweiligen Alltag, als Abenteuer und vielleicht idealistische Verwirklichung von Weltbildern.<sup>40</sup> Hinzu kommt, daß der Begriff „Söldner“ im deutschen Sprachgebrauch negativ besetzt ist. Unter Umständen werden in fremden Armeen dienende oder nicht ihr Heimatland verteidigende Kämpfer folglich je nach Position des Betrachters auch mit dem Begriff „Freiwillige“ bezeichnet.<sup>41</sup>

Nun hat sich seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts das Aufgabenspektrum von Söldnern so weit verändert, daß der negativ besetzte Begriff „Söldner“ kaum noch angemessen scheint, alle Facetten des Phänomens zu beschreiben. Vor allem tritt der in Antike, Mittelalter und früher Neuzeit beherrschende Grund zur Aufstellung von Söldnerformationen, nämlich die Gewinnung von kriegsentscheidenden Kampfverbänden durch den Auftraggeber, immer mehr in den Hintergrund. Das Söldnertum des 20. und 21. Jahrhunderts hat in staatlichen Armeen, lokalen Milizen und überregional tätigen fundamentalistischen Netzwerken eine übermächtige Konkurrenz – eine Konkurrenz, die den offensiven Kampf dominiert und private Akteure eher in die Rolle von Unterstützern drängt: Die heutigen privaten Sicherheits- und Militärfirmen wirken in Ausbildung und Beratung, sichern Konvois und Infrastruktur, übernehmen Aufgaben im Per-

---

<sup>38</sup> Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte, Artikel 47

([http://www.admin.ch/ch/d/sr/0\\_518\\_521/a47.html](http://www.admin.ch/ch/d/sr/0_518_521/a47.html), zuletzt aufgerufen am 14.03.2008).

<sup>39</sup> Meyers Lexikon online (<http://lexikon.meyers.de/meyers/S%C3%B6ldner>), zuletzt aufgerufen am 10.03.2008.

<sup>40</sup> Westenfelder, Frank, Fahrende Ritter II – Von den Militärtouristen des Imperialismus zu den Rambos in Bosnien (<http://www.kriegsreisende.de/krieger/irrende-ritter.htm>, zuletzt aufgerufen am 14.03.2008).

<sup>41</sup> Weingärtner, Georg, Krieg als Geschäftszweig. Private Sicherheitsdienstleister und Söldner im Lichte des Kriegsvölkerrechts, in: ÖMZ 2/2004, S. 149-156, hier S. 154.

sonenschutz, aber sie kämpfen – momentan jedenfalls – nur in Ausnahmefällen selbständig.

Die Bedeutung von Söldnern für Militär und Kriegführung war in der Geschichte starken Schwankungen unterworfen. Zumeist bildete das Söldnerwesen nur einen ergänzenden Teil der jeweiligen Wehrverfassung, so in der Antike etwa bei der vielfältigen Staatenwelt Griechenlands (mazedonische Söldner) und im Persischen Reich (griechische Hopliten). Im Mittelalter war die Aufstellung von Streitkräften eigentlich durch das Lehenssystem geregelt bzw. in Städten durch eine allgemeine Dienstpflicht der Bürger und in Byzanz durch die Themenverfassung (Wehrbauern). Gleichwohl gab es daneben auch einen Markt für Söldner, vor allem, um bestimmte, mit den regulären Instrumentarien der Wehrverfassung kaum zu generierende Spezialfähigkeiten bereitzustellen (z.B. Bogen- und Armbrustschützen).

Andererseits setzte noch im Mittelalter der Aufstieg des Söldnerwesens zur tragenden Säule der Kriegführung ein. In wirtschaftlich fortschrittlichen, administrativ gut organisierten Gebieten (Italien, Byzanz) entzogen sich die eigentlich wehrdienstpflichtigen Teile der Bevölkerung (die Bürger der italienischen Städte und die Wehrbauern der byzantinischen Themen) in immer stärkerem Maße dem Militärdienst, der abgelöst wurde durch die Zahlung von Steuern. Mit den auf diese Weise verfügbaren Finanzmitteln gingen die politischen Führungen dazu über, ausländische Truppen gegen Sold anzuwerben. Zum Teil waren es historische Zufälle, die diese Entwicklung begünstigten: Beispielsweise wurde 1313 durch den Tod des römisch-deutschen Königs Heinrich VII. dessen deutsches Heer in Italien aufgelöst – mit der Folge, daß die mit dem König verbündete Stadt Pisa einen Teil der nunmehr beschäftigungslosen Streitmacht zum eigenen Schutz gegen Sold anwarb. Der militärische Erfolg dieser Kämpfer war so durchschlagend, daß alsbald auch alle anderen norditalienischen Staaten ihre Bürgeraufgebote durch Söldner – zunächst deutsche, später vermehrt italienische – ersetzen.<sup>42</sup> Grundlegend für den zukünftigen Einsatz von Soldtruppen auch außerhalb Italiens waren Parameter, die im 14. Jahrhundert überhaupt zum Entstehen der Söldnerheere und zur Existenzberechtigung ihrer Führer („condottieri“ – frei übersetzt etwa „Vertragspartner“) geführt hatten:

1. Der Rückzug des Bürger- bzw. Lehensaufgebots aus der Wehrverfassung (also dessen, was man heute als Wehrpflicht bezeichnen würde).
2. Die Fragmentierung der politischen Landschaft in eine größere Anzahl von Kleinstaaten, aus Söldnersicht also in eine Vielzahl möglicher Auftraggeber.

---

<sup>42</sup> Zum Beginn des Söldnerwesens in Italien vgl. Selzer, Stephan, *Deutsche Söldner im Italien des Trecento*, Tübingen 2001. Zur weiteren Entwicklung u.a. Blastenbrei, Peter, *Die Sforza und ihr Heer. Studien zur Struktur-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Söldnerwesens in der italienischen Frührenaissance*, Heidelberg 1987.

3. Wirtschaftliche Prosperität, die die adäquate Bezahlung größerer Söldnerkontingente überhaupt erst ermöglichte.

4. Zahlreiche Kriege.

Hinzu kommt in Italien ein weiterer Aspekt, der vermutlich das Aufblühen des Söldnerwesens gefördert hat: Die Tatsache, daß eine ganze Reihe lokaler Herrscher ihre Macht in Form einer nicht legitimierten, auf Gewalt beruhenden Tyrannis ausübte – und nicht, wie in vielen anderen Regionen Europas üblich, im Rahmen erblicher Monarchien oder ständisch begründeter Herrschaftssysteme. Fehlende rechtliche Legitimation dieser Herrscher schlug sich in drei Facetten der Militärverfassung nieder, nämlich erstens im Mißtrauen gegenüber Bürgeraufgeboten (die leicht dazu übergehen konnten, den Gewaltherrscher zu stürzen – und deren Motivation zum Kampf für den Gewaltherrscher nicht immer stark genug ausgeprägt war), zweitens im Versuch, Akzeptanz und Legitimation durch kriegerische Erfolge nach außen zu erreichen und drittens in der militärischen Absicherung der eigenen Stellung nach innen.

Im 15. und 16. Jahrhundert begann sich auch nördlich der Alpen die Organisation der Streitkräfte zu verändern. War das Lehenssystem, innerhalb dessen der Vasall dem Lehnsherrn Heeresfolge zu leisten hatte, bereits im Spätmittelalter gewissen Veränderungen ausgesetzt gewesen (so wurde eigentlich unentgeltlich zu leistender Heeresdienst der Vasallen zum Teil mit Aufwandsentschädigungen vergütet), gingen auch deutsche Fürsten nunmehr zum Einsatz kampferprobter Söldner in großen Verbänden über – bis schließlich im Rahmen des Dreißigjährigen Krieges Soldtruppen und ihre Führer, darunter eine Reihe schillernder Persönlichkeiten, die Heere aller wichtigen beteiligten Staaten dominierten.<sup>43</sup> Der Dreißigjährige Krieg bildete in Europa den Höhepunkt der Kriegführung mit großen Söldnerkontingenten, läutete zugleich aber auch ihr Ende ein. Der sich verstärkt fortsetzende Ausbau moderner Staatlichkeit, gepaart mit Änderungen in Waffentechnik und militärischer Taktik,<sup>44</sup> schlug sich nicht zuletzt in der Etablierung stehender Heere nieder, ein Phänomen, das dem Lavieren von Söldnerführern und -truppen zwischen verschiedenen Auftraggebern ein Ende setzte. Zwar dienten auch die Angehörigen stehender Heere zum

---

<sup>43</sup> Zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges vgl. u.a. Wedgwood, Cicely Veronica, *Der Dreißigjährige Krieg*, München 1967.

<sup>44</sup> Begonnen hatte die Etablierung stehender Heere bereits in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, also zu einem Zeitpunkt, als Söldnerheere noch weitgehend die Wehrverfassungen bestimmten. In den Niederlanden hatten Veränderungen hinsichtlich der Taktik die Anforderungen an kontinuierliche Ausbildung und Disziplin dermaßen erhöht, daß der notwendige Drill in fallweise zusammenstretenden Söldnerscharen nicht mehr zu gewährleisten war. Folglich ging die niederländische Führung dazu über, ab 1580 im Rahmen der Oranischen Heeresreform ein stehendes Heer aufzustellen (vgl. Oman, Charles, *The History of the Art of the War in the sixteenth Century*, London 1991). Staatsphilosophisch hatte zu Beginn des 16. Jahrhunderts bereits Machiavelli stehenden Heeren den Vorzug vor Söldnerverbänden gegeben (Machiavelli, Niccoló, *Der Fürst*, übersetzt von Ralf Löffler, Neuenkirchen 2007).

Teil gegen Sold – kennzeichnend für die neue Zeit, die im 18. und 19. Jahrhundert zum Nationalstaat führte, blieb aber die Ausschaltung der Söldnerführer als freie Vertragspartner.

Der Nationalstaat des 19. und 20. Jahrhunderts mit seinem Beharren auf einem staatlichen Gewaltmonopol ließ für Söldner allenfalls in Randbereichen von Staatlichkeit Raum, etwa in den außereuropäischen Besitzungen der Kolonialmächte. Vor allem Afrika wurde zum Tätigkeitsfeld sich gegen Sold, manchmal aber auch aus Abenteuerlust verpflichtender Kämpfer fremder Staatsangehörigkeit, so im Kongo-Privatstaat des belgischen Königs, im türkisch-ägyptischen Sudan<sup>45</sup> und natürlich in den französischen und spanischen Gebieten (französische bzw. spanische Fremdenlegion).

Die Welt des Kalten Krieges mit hoch aufgerüsteten Blöcken auf beiden Seiten bot der Entfaltung eines Söldnerwesens nur sehr geringe Ansatzpunkte, und zwar genau dort, wo sie auch schon vor dem Zweiten Weltkrieg gelegen hatten: In den Kolonien und ehemaligen Kolonien der europäischen Staaten, vor allem auf dem afrikanischen Kontinent. Manchmal auf eigene Rechnung, manchmal als verlängerter Arm europäischer Regierungen (z.B. Frankreichs) etablierte sich eine Söldnerszene, die, geführt von oft exotischen und verwegenen Persönlichkeiten, ihr eigentlich zahlenmäßig geringes personelles Potential in der schwach entwickelten Staatlichkeit Schwarz-Afrikas zur Geltung brachte. Gleichzeitig behielten einige europäische Staaten Ausländer-Verbände in ihren regulären Armeen, so Spanien und Frankreich (Fremdenlegionen<sup>46</sup>) sowie Großbritannien (Gurkhas).

Die eigentliche Sternstunde des modernen Söldnerwesens kam mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und der damit einhergehenden Beendigung des Kalten Krieges. Dabei waren es mehrere Momente, die von erheblicher Wichtigkeit für die neue Entwicklung waren:

1. Der Zusammenbruch des Ost-West-Konflikts und der damit einhergehende allmähliche Zuwachs an Sicherheit. So ist seit Ende der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts kein Staat der NATO mehr einer derart massiven militärischen Bedrohung des eigenen Territoriums ausgesetzt wie in den Jahren des Kalten Krieges. Heutzutage auftretende Krisen und Konflikte berühren zwar in unterschiedlichem Maß die Interessen der USA sowie der Europäer, sie sind aber nicht mehr unmittelbar existenzbedrohend. Die Akzeptanz für militärische

---

<sup>45</sup> Westenfelder, Frank, Im Reich des Mahdi. Europäische Paschas im Dienste der Khediven (<http://www.kriegsreisende.de/imperialismus/slatin.htm>, zuletzt aufgerufen am 17.03.2008).

<sup>46</sup> Überblickartig und zusammenfassend zur französischen Fremdenlegion: Zimmermann, Martina, Abenteuer mit Pensionsanspruch. Mythos und Missionen der französischen Fremdenlegion, in: Dokumente – Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 4/2006, S. 20-24.

Einsätze, zumal dann, wenn eigene, aber auch fremde Verluste zu erwarten sind, ist in den westlichen Gesellschaften eher gering.<sup>47</sup>

2. Die sogenannte *Revolution in Military Affairs* (RMA), die momentan Struktur und vor allem Umstrukturierung zahlreicher moderner Armeen prägt. Unter Nutzung neuartiger Techniken und damit einhergehend einem bislang nicht gekannten Grad von Vernetzung und Verknüpfung erreichen Streitkräfte nach Durchlaufen dieser Revolution eine immens gesteigerte weltweite Einsatzbereitschaft und Schnelligkeit in der Wirkung bei erheblich vermindertem Personalaufwand. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist, daß manche Streitkräfte für Aufgaben, die nicht in das neue Spektrum hochtechnisierter Kriegführung fallen, nicht mehr genügend Ressourcen vorhalten (z.B. bei Logistik und Sicherung).

3. Die Verfügbarkeit von Personal und Material. Nachdem eine Vielzahl von Staaten nach 1990 ihre Verteidigungsausgaben zum Teil drastisch zurückgefahren und auch ihr militärisches Personal entsprechend vermindert hatten, wuchs weltweit ein quantitativ und von der militärischen Ausbildung her auch qualitativ bedeutender Personalpool auf, der einerseits unterbeschäftigt und andererseits in der Lage war, ad hoc und weltweit sowie ohne größere Vorausbildung Aufgaben im Sicherheitsbereich zu übernehmen. Gleichzeitig schuf die Reduzierung von Streitkräften im Westen, vor allem aber auf dem Gebiet des ehemaligen Warschauer Pakts Berge von Material an militärischem Gerät (besonders Kleinwaffen), die zum Verkauf anstanden oder auf manchmal dunklen Kanälen dem Weltmarkt und damit einer interessierten Nutzerschicht zugeführt wurden.<sup>48</sup>

4. Eine allgemein zu bemerkende Privatisierungswelle („schlanker Staat“),<sup>49</sup> zu bemerken bei einer Reihe infrastruktureller Aufgaben des Staates (Post, Fernmeldewesen, Energieversorgung), aber auch in hoheitlichen Bereichen (Flugsicherung). Letztlich sind auch zahlreiche Streitkräfteformationen von Auslagerungen in die Privatwirtschaft betroffen (Logistik, Fuhrparkbetreuung, Bewachung).

5. Die Tatsache, daß nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation viele traditionelle, manchmal aber auch neue Konfliktlinien auf der Welt neu aufbrachen – Konfliktlinien, die zuvor durch zum Teil massive Einflußnahme der beiden Blöcke überdeckt worden waren. Zwar hatte es auch im Kalten Krieg Kriege, meist Bürgerkriege, gegeben, die manche Staaten an den Rand des Zerfalls rückten

---

<sup>47</sup> Zum Spannungsfeld zwischen moralisch motiviertem Handlungsdruck und „Demokratischem Frieden“ bei der Entscheidung demokratischer, einer medialen Öffentlichkeit verantwortlicher Regierungen über den Einsatz von Militär vgl. Binder, Martin, Private Sicherheits- und Militäranbieter im Dienste westlicher Demokratien: Die Bürgerkriege in Bosnien-Herzegowina und Sierra Leone, in: Die Friedens-Warte 1-2/2005, S. 131-151, Hier S. 133.

<sup>48</sup> Uessler, Rolf, Neue Kriege, neue Söldner. Private Militärfirmen und globale Interventionsstrategie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2005, S. 323-333, hier S. 326.

<sup>49</sup> Wulf, Herbert, Internationalisierung und Privatisierung von Krieg und Frieden, Baden-Baden 2005, S. 51-54.

(Mosambik, Angola, Kongo/Zaire, Südostasien). Ein völliger Zusammenbruch jeglicher Staatlichkeit bildete jedoch die Ausnahme, so daß auch der Spielraum für Privatarmeen und Söldner eher gering blieb. Das änderte sich in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts, als der einigende und befriedende Deckel der Supermächte wegfiel. Die ehemalige Supermacht UdSSR (bzw. das nachfolgende Rußland) hatte keine Möglichkeit mehr, ihren einstigen Machtbereich stabilisierend zu verteidigen, die verbleibende Supermacht USA dagegen empfand solches im Gegenzug nicht mehr als notwendig, war doch der antikomunistischen Domino-Theorie nunmehr die Grundlage entzogen – man mußte gegnerischer Agitation nicht mehr ständig und frühzeitig entgegenreten, weil es eben keinen weltweiten Konkurrenten mehr gab. Folge war das Auftreten zahlreicher Konflikte, die nunmehr nicht mehr ausschließlich von staatlichen Armeen geführt werden, sondern oft auch von ethnischen Gruppierungen, lokalen Warlords, mafiösen Strukturen, religiösen Eiferern. Mit anderen Worten: Die Kriege wurden häufiger, und sie wurden unübersichtlicher.

Vor diesem Hintergrund wandelten sich einerseits bereits bestehende (Söldner-) Firmen, andererseits wuchsen im Bereich Logistik, Sicherung, Beratung und Ausbildung eine Fülle neuer Unternehmen auf, die einesteils unter der Bezeichnung *Private Military Companies* (PMCs) firmieren, die andernteils aber auch simple Servicegesellschaften darstellen.<sup>50</sup> Es ist eine Vielzahl von Auftraggebern, die sich die Dienste der neuen Dienstleister sichern: Regierungen und Streitkräfte westlicher Staaten ebenso wie größere Unternehmen der Privatwirtschaft sowie Regimes und Gruppierungen in schwachen Staaten der Dritten Welt. Die dadurch gewonnenen Vorteile sind ganz unterschiedlicher Natur: Während die reichen und hochtechnisierten Staaten auf diese Weise sich Ressourcen jenseits bestimmter militärischer Kernfähigkeiten sichern, können mächtige international tätige Wirtschaftsunternehmen so erst die Möglichkeit zur Tätigkeit in zerfallenden und brüchigen Staaten der Dritten Welt erschließen und bewahren, falls ein Schutz durch die dortigen staatlichen Sicherheitskräfte nicht in ausreichendem Maße gewährleistet werden kann. Schwachen Regimen und Bürgerkriegsparteien dagegen wird über PMCs oft überhaupt erst der Zugang zu modernen militärischen Fähigkeiten wenigstens in Ansätzen geschaffen, ein Zugang, den sie mit eigenen Mittel dauerhaft nicht erreichen könnten.

Von Forschung, Medien und Öffentlichkeit diskutiert werden in den letzten Jahren – und wohl auch in absehbarer Zukunft – die Vor- und Nachteile der Nutzung von PMCs und sonstigen (teil-) privaten Dienstleistern, wobei die Definition von „Vorteil“ bzw. „Nachteil“ stark vom Standpunkt des Betrachters abhängen kann.

---

<sup>50</sup> Zur Strukturierung der PMCs vgl. die Klassifizierung bei Uessler, *Neue Kriege*, S. 328-329.

So wird von regierungsnahen Befürwortern des Einsatzes von PMCs im Regelfall der Kostenfaktor angeführt:<sup>51</sup> Private könnten zahlreiche Leistungen kostengünstiger erbringen als staatliche Streitkräfte, ein Aspekt, der allerdings von Teilen der Forschung bestritten oder doch zumindest relativiert wird.<sup>52</sup> Von weniger den Regierungen verpflichteten Betrachtern wird dagegen ein anderer Aspekt in den Vordergrund gerückt, nämlich die Tatsache, daß der Einsatz von PMCs die Handlungsperspektiven demokratischer Administrationen auf zweierlei Weise erweitere: Erstens, weil der Einsatz von auf Vertragsbasis gewonnenen PMCs mit weniger demokratischen Hürden verbunden sei als der regulärer Streitkräfte (Kontingenzstärken), zweitens, weil Handlungen und Verluste auf Seiten der PMCs nicht von den Regierungen zu verantworten seien. Die PMCs werden also gewissermaßen als Hintertürchen einer regierungsseitigen Außenpolitik betrachtet, die der demokratischen Legitimation wenigstens teilweise entbehrt und in den jeweiligen Öffentlichkeiten und Parlamenten so nicht durchsetzbar wäre.<sup>53</sup> Die Frage nach der Verantwortlichkeit für das Handeln der PMCs verweist übrigens auch in das Gebiet des Rechts.<sup>54</sup> So operieren zahlreiche private Dienstleister in einer rechtlichen Grauzone, die ihren Einsatz manchmal in Sinne des humanitären Völkerrechts und des Kriegsvölkerrechts als illegal erscheinen läßt:

- Die Einhaltung des Kriegsvölkerrechts wird im Falle staatlicher Armeen durch eine entsprechende Militär-, Straf- und Disziplinargerichtsbarkeit durchgesetzt. PMCs sind in dieses System nicht mit eingebunden, eine Durchsetzung entsprechender Normen ist folglich mit erheblichen Schwierigkeiten behaftet (vor allem dann, wenn den PMCs im Einsatzgebiet Immunität vor Strafverfolgung zugesichert wurde).
- Unklar ist auch die Frage, ob Angehörige von PMCs als Kombattanten anzusehen sind oder nicht. So wird durch die Genfer Konventionen Söldnern der völkerrechtliche Kombattantenstatus streitig gemacht. Sind Angehörige von PMCs aber Zivilisten, dürfen sie eigentlich weder zur Bedienung militärischen Geräts eingesetzt werden noch zur Sicherung

---

<sup>51</sup> Zum Teil auch von der Forschung: Kümmel, Gerhard, Die Privatisierung der Sicherheit. Private Sicherheits- und Militärunternehmen in den internationalen Beziehungen, in: ZIB 1/2005, S. 141-169, hier S. 157.

<sup>52</sup> Z.B. von Schneiker, Andrea, Privatisierung des Militärischen? Private Militärfirmen als Akteure der US-Außenpolitik, in: WeltTrends 49/2005, S. 135-143, hier S. 138-139.

<sup>53</sup> Ebd. S. 140.

<sup>54</sup> Zur rechtlichen Stellung von nichtstaatlichen Gewaltakteuren: Schaller, Christian, Humanitäres Völkerrecht und nichtstaatliche Gewaltakteure. Neue Regeln für asymmetrische bewaffnete Konflikte?, SWP-Studie 2007 ([http://www.swp-berlin.org/de/common/get\\_document.php?asset\\_id=4581](http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4581), zuletzt aufgerufen am 14.03.2008).

militärisch interessanter Objekte und auch nicht für die Aufrechterhaltung einer für reguläre Truppen erforderlichen Logistik.<sup>55</sup>

- Eine besondere Facette erhält unter rechtlichen Gesichtspunkten der Einsatz Privater durch die Tatsache, daß nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Kriege nicht mehr erklärt werden und gerade in den letzten Jahren die offiziellen Verlautbarungen der meisten Regierungen der Welt bei der Definition eventueller Gegner nicht mehr von kriegsrechtlichen Feinden ausgehen. Vielmehr erscheint der militärische Widerpart meist als krimineller Terrorismus, verbrecherische Vereinigung usw., was nahelegt, daß kriegsvölkerrechtliche Regeln (darunter nicht zuletzt das Recht des Gegners auf eine gewisse moralische Akzeptanz) einen drastischen Bedeutungsverlust hinzunehmen haben.<sup>56</sup>

Bemerkenswert ist allerdings, daß bei aller Berechtigung, die der Kritik am Einsatz vom PMCs innewohnt, die Forschung kaum praktikable und vor allem über Allgemeines hinausgehende Vorschläge zur Behebung der Probleme macht. Dies gilt vor allem für die rechtliche Kontrolle und die Einbindung der PMCs in staatliche Verantwortungsstränge.

Eine zuweilen diskutierte Frage ist auch die, wie sich das Auftreten von PMCs mit dem staatlichen Gewaltmonopol verträgt. Die wohl herrschende Meinung in der Literatur geht von einer Schwächung dieses Gewaltmonopols aus,<sup>57</sup> wobei das Gewaltmonopol als notwendige und konstituierende Eigenschaft moderner Staatlichkeit gesehen wird.<sup>58</sup> So garantiere das staatliche Gewaltmonopol (jedenfalls im Inneren von Staaten) theoretisch die gleichmäßige Verteilung des öffentlichen Gutes Sicherheit, während der Einsatz privater Sicherheitsunternehmen Sicherheit lediglich für zahlende Kunden produziere – mithin der Staat seiner Schutzpflicht für alle Einwohner nicht mehr nachkomme. Möglicherweise geht diese herrschende Meinung aber von einer falschen Prämisse aus, nämlich davon, daß PMCs tatsächlich relativ frei und lediglich betriebswirtschaftlich inspiriert auf einem offenen Markt agierten. Im Falle einiger wichtiger Unternehmen (wie etwa MPRI/USA und Sandline International/Großbritannien) dürfte genau das aber nicht immer der Fall sein. So bestehen beide Firmen, wie auch eine ganze Reihe wichtiger Konkurrenten, in ihrer Führung aus ehemaligen amerikanischen bzw. britischen Offizieren<sup>59</sup>, was zumindest eine gewisse Nähe zu

<sup>55</sup> Schaller, Christian, Zur Auslagerung militärischer Aufgaben: humanitär-völkerrechtliche Aspekte des Einsatzes Privater in bewaffneten Konflikten, in: Jahrbuch der Clausewitz-Gesellschaft Bd. 2 2006, S. 120-130.

<sup>56</sup> Clausen, Christian, Die Entstaatlichung von Kriegshandlungen, in: ÖMZ 2/2004, S. 175-180, hier S. 176.

<sup>57</sup> Z. B. Kümmel, Die Privatisierung, S. 160-161. Ebenso: Wulf, Internationalisierung, S. 49.

<sup>58</sup> Voigt, Rüdiger, Zwischen Leviathan und Res Publica. Der Staat des 21. Jahrhunderts, in: ZfP 3/2007, S. 259-271, hier S. 270.

<sup>59</sup> Oft auch im Generals- bzw. Admiralsrang.

den Verteidigungsministerien in London und Washington nahelegen dürfte. Die Einbindung in staatliche Politik aber wiederum läßt sich auch als eine Wahrung des staatlichen Gewaltmonopols mit anderen Mitteln begreifen.

Hinsichtlich ihres Personals rekrutieren sich die PMCs auf Spezialistenebene zum Großteil aus ehemaligen Soldaten, oft Spezialkräften (französische Fremdenlegion, aber auch andere westliche Eliteverbände wie SAS usw.; daneben und quantitativ vielleicht wichtiger ehemalige Militärs aus armen, verarmenden oder in erheblichem Maß Militär abbauenden Staaten und Gegenden, etwa GUS/Osteuropa, Nepal, Südafrika). In konkreten Einsätzen dagegen wird der Stamm an ausländischen Spezialisten meist durch einheimisches Personal erheblich verstärkt.

Auch die Bundesrepublik setzt seit einigen Jahren auf Privatisierung in einigen Bereichen der Bundeswehr, wobei neben die bereits traditionsreiche Bewachung von Kasernen und Liegenschaften durch private Sicherheitsfirmen auch Aufgaben im Bereich der Logistik (Bekleidung, Fuhrpark, Verpflegung, zum Teil Liegenschaften) getreten sind und natürlich solche, die mit der Wartung und dem Betrieb hochtechnisierter Geräte und IT-Verbindungen befaßt sind. Allerdings ist die Privatisierung in Teilbereichen lediglich unvollständig, weil der Staat mittelbar noch erhebliche Anteile an den nunmehr offiziell privatwirtschaftlich organisierten Firmen hält. Außerdem ist die Relevanz der bisher von der Bundeswehr im Inland betriebenen Privatisierungsprojekte für das hier zu behandelnde Thema allenfalls in Ansätzen gegeben – etwa wenn die Einsatzbereitschaft von Material im Auslandseinsatz nur durch ziviles Personal gewährleistet werden kann. Von einer derart umfangreichen, über den Logistikbereich hinausgehenden Einbindung von PMCs in Auslandseinsätzen, wie sie etwa die Vereinigten Staaten im Irak praktizierten, kann auf deutscher Seite nicht die Rede sein. Die Frage stellt sich allerdings, ob das in Zukunft so bleiben soll oder muß und welche Rahmenbedingungen erkennbar sind, die Einfluß der künftigen Entwicklung haben könnten.<sup>60</sup> Zuvorderst aber gilt es, verschiedene Einsatzformen Privater zu identifizieren.

---

<sup>60</sup> Anders als zum Einsatz von PMCs allgemein bzw. auf amerikanischer Seite liegen zur Beziehung zwischen deutschen Sicherheitsorganen und PMCs kaum Studien vor, abgesehen von den eher allgemeinen Ausführungen bei: Boemcken, Marc von, Die Internationalisierung und Militarisierung der deutschen Sicherheitsindustrie, in: Friedensgutachten 2006, S. 275-283. Die Dramatik des Titels findet sich im Inneren des Aufsatzes nicht wieder, vielmehr kommt von Boemcken zu dem Ergebnis, daß zwar die private Sicherheitsindustrie in Deutschland in den letzten Jahre eine enorme Vergrößerung erfahren habe, andererseits aber erstens keine international bedeutenden PMCs von deutschem Boden aus operierten und zweitens überhaupt die deutschen PMCs in ihrer Entwicklung über Ansätze nicht hinausgekommen seien. Die Fragestellung, in wieweit PMCs in Einsätze der Bundeswehr eingebunden seien oder künftig einzubinden seien, spielt in dem Artikel keine Rolle.

Denkbar – für Deutschland – ist prinzipiell eine Reihe verschiedener, sich ergänzender Einsatzszenarien Privater im Rahmen und in Ergänzung staatlicher Machtmittel:

1. Auf unterster Ebene sind hier die Bereiche Logistik/Versorgung sowie Eigen-sicherung zu nennen. Im Inland bereits praktiziert, stehen Ansätze dazu auch für deutsche Truppen im Auslandseinsatz zur Diskussion. Zum Teil (bei der Sicherung des damaligen Feldlagers Faizabad) sind sie auch schon umgesetzt worden.<sup>61</sup> Eine Ausweitung auf andere Einsatzorte und eine Vergrößerung des Umfangs solch privater Dienstleistungen scheint in Zukunft möglich.

2. In Erweiterung dieser Art privater Unterstützung bestünde die Möglichkeit, die Herstellung öffentlicher Sicherheit in einem größeren Maß privaten PMCs anzuvertrauen, etwa nach Art des US-amerikanischen Vorgehens im Irak. Demnach würde der Sicherungsauftrag für Privatfirmen über die bloße Bewachung von Bundeswehrkasernen und Feldlagern ausgedehnt auf wichtige Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur, auf die allgemeine Sicherung von Transportwegen, Industrieanlagen usw. Unter Umständen ist in diesem Zusammenhang auch an selbständige Patrouillentätigkeit Privater zu denken sowie daran, ihnen zusätzlich Teile der Aufklärung und Nachrichtengewinnung zu übergeben.

3. Ein weiterer, gänzlich anderer Ansatz könnte in der Art und Weise liegen, wie die Bundeswehr überhaupt Personal rekrutiert. Einige wichtige Verbündete haben ihre Streitkräfte, vor allem aber einzelne Verbände ganz ausdrücklich für Staatsbürger anderer Nationen geöffnet (Frankreich: Fremdenlegion, Großbritannien: Gurkha-Einheiten, USA: Versprechen der Einbürgerung von ausländischen Armee-Angehörigen). Die Verbände, in denen Ausländer dienen, werden von den in Frage kommenden Staaten erfahrungsgemäß erheblich bereitwilliger für risikoreiche Einsätze herangezogen als solche, die sich überwiegend aus eigenen Staatsbürgern zusammensetzen. Die Bundeswehr könnte so eventuell einen angesichts der demographischen Entwicklung auftretenden Mangel an neuen Soldaten mindern (zumal die Wehrpflicht nunmehr ausgesetzt ist).

4. Schließlich wäre bei einer erheblichen Ausweitung von Auslandseinsätzen und einer damit verbundenen Überdehnung der deutschen militärischen Fähigkeiten daran zu denken, PMCs mit nahezu allen Aspekten einer Operation zu betrauen und eine deutsche Beteiligung auf Führung einerseits und Bezahlung der PMCs andererseits zu beschränken.

Ob und in welchem Umfang die eben genannten vier Einsatzszenarien für Private Wirklichkeit werden, hängt in starkem Maße von Rahmenbedingungen ab, die es hier immerhin anzureißen gilt.

---

<sup>61</sup> Reimann, Anna und Severin Weiland, „Bundeswehr-Mandat überdenken“ vom 07.06.2006, (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,419419,00.html>, zuletzt aufgerufen am 13.03.2008).

Deutsche Staatlichkeit, mithin die deutsche politische Kultur beruht auf Grundlagen, die nicht zuletzt die deutsche Sicherheitspolitik prägen. Tragendes Moment dieser Kultur sind die Erfahrungen aus den beiden Weltkriegen und aus der nationalsozialistischen Herrschaft, vor allem zum Ausdruck kommend in

- einer Skepsis gegenüber allem Militärischen, zumindest soweit es originär militärische Aufgaben betrifft (Gewaltanwendung, Töten, Kampf),
- einem außenpolitischen Multilateralismus, der die Entstehung eigener Isolierung im Konzert der weltweiten Staatenlandschaft vermeiden soll,
- dem Drang nach Verrechtlichung von Politik mit dem Ergebnis, daß Außenpolitik weniger als das Spiel souveräner Staaten betrachtet wird denn als Weltinnenpolitik unter dem Dach internationaler Organisationen (UN, EU),
- einer relativen Geringachtung eigener kultureller Errungenschaften, nicht zuletzt der Geschichte (erkennbar etwa in unregelmäßigen Debatten über „Leitkultur“, „Verfassungspatriotismus“ usw.) und damit einhergehend einem im Vergleich zu anderen Staaten eher schwach ausgeprägten Selbstbewußtsein,
- sowie einem generellen Mißtrauen gegenüber einer selbständigen, starken Exekutive, die im Rahmen außen-, aber auch innenpolitischer Zwänge von Öffentlichkeit und Parlamenten weitgehend unkontrolliert Maßnahmen ergreifen könnte, die dem Geist der vorigen Punkte widersprechen.

Wenngleich alle diese Punkte deutscher Politik eine tendenziell pazifistische, eher auf wirtschaftspolitische Ansätze bauende Grundtendenz geben, führt der Multilateralismus zuweilen auch in eine entgegengesetzte Richtung, sichtbar daran, daß Deutschland sich zusammen mit seinen wichtigsten Verbündeten auch militärisch engagiert.<sup>62</sup> Dieses Spannungsfeld zwischen Druck zu militärischem Engagement von außen und zögerlicher Zurückhaltung im Inneren dürfte auch in mittelfristiger Zukunft eine Grundkonstante deutscher Sicherheitspolitik bilden. Veränderungen in dieser Hinsicht und eine Anpassung an die politische Tradition anderer Staaten (wie etwa der USA oder Frankreichs) werden nur eintreten, wenn die Erinnerung an die Staatsgrundlagen der Bundesrepublik und damit an die nationalsozialistische Aggression verblassen sollte oder aber sich die politisch und öffentlich bestimmenden Schichten Deutschlands grundlegend wandeln, etwa durch Aufnahme zahlreicher Zuwanderer, denen der Bezug zur jüngeren deutschen Geschichte fehlt. Beides ist jedoch angesichts des dezidierten Bemühens der deutschen Bildungspolitik um Weitergabe des jetzigen Staats- und Geschichtsbildes allenfalls in ferner Zukunft zu befürchten.

---

<sup>62</sup> Und in der ersten Hälfte der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts von den NATO-Partnern mühsam dazu gedrängt werden mußte.

Direkt bezogen auf militärische Einsätze ergeben sich aus diesen Grundkonstanten der deutschen Gesellschaft verschiedene Folgen. So werden deutsche Politik und Öffentlichkeit auch weiterhin Privatisierungen im Bundeswehrbereich positiv gegenüberstehen, allerdings nur solchen, die gemeinhin nicht zu den Kernaufgaben des staatlichen Gewaltmonopols gezählt werden, also in den Bereichen Logistik, Sicherung, Beratung usw. Hier liegt auf absehbare Zeit auch die einzige Möglichkeit für die Bundeswehrführung, personelle und vielleicht auch materielle Ressourcen für militärische Kernaufgaben freizumachen, da ohne das – nicht zu erwartende – Aufwachsen einer massiven konventionellen äußeren Bedrohung mit einer Erhöhung des Personalbestands der deutschen Streitkräfte nicht zu rechnen ist (eher noch mit einer Verminderung). Mit einiger Wahrscheinlichkeit werden solche Privatisierungen auch Auswirkungen auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben. Sie geben der militärischen Führung die Möglichkeit, unter Vermeidung oder jedenfalls Begrenzung innenpolitischer Debatten militärische Fähigkeiten im Ausland zu erweitern, etwa dann, wenn Erhöhungen der vom Bundestag beschlossenen Kontingenzstärken politisch nicht durchsetzbar sind.

Etwas anders sieht es bei den später angerissenen Erweiterungen des Aufgabenspektrums von PMCs in deutschen Diensten aus. Die deutsche Öffentlichkeit dürfte einem solchen Prozeß überaus kritisch gegenüberstehen, vor allem dann, wenn die direkte Verantwortlichkeit für Handlungen der PMCs nicht geklärt oder die Geltung deutscher Gesetze für sie nicht geregelt ist. Kriegsverbrechen oder solche gegen die Menschlichkeit, begangen von in deutschem Auftrag tätigen PMCs, würden, wenn sie analog zum Verhalten einiger PMCs im Irak stattfänden, von Seiten der deutschen Öffentlichkeit nicht akzeptiert werden und die jeweilige Mission als Ganzes gefährden.

Für die letzten Punkte sind momentan wie auch in absehbarer Zukunft keine Chancen zur Umsetzung in Sicht. Während der letzte einer weitgehenden Aufgabe des staatlichen Gewaltmonopols und einem Verlust der Einflußnahme von Gesellschaft und Parlament auf militärisches Engagement gleichkommt, ist der davorgehende mit dem traditionellen Selbstverständnis der deutschen Zivilgesellschaft nicht zu vereinbaren. Eine Rekrutierungspraxis, die – etwas verkürzt formuliert – auf das Schlagwort „Blut gegen Staatsbürgerschaft“ hinauslief, würde dem ideellen Wert der deutschen Staatsbürgerschaft eine Bedeutung geben, die dem bundesrepublikanischen Selbstverständnis zutiefst fremd ist. Sie würde zudem die militärische, aber auch die politische Führung dem ständigen Verdacht aussetzen, wichtige Verfassungsgüter (wie etwa das Gleichbehandlungsgebot) zu mißachten, und sie würde die seit Gründung der Bundeswehr immer wieder herausgestrichene Einbindung der Bundeswehr in die deutsche Gesellschaft („Staatsbürger in Uniform“) beenden, zumindest dann, wenn der Einsatz von Ausländern in halbwegs geschlossenen Einheiten oder Verbänden erfolgte.

Private Militärdienstleister drängen immer weiter in Bereiche vor, die noch vor wenigen Jahren als klassische Aufgabengebiete des Staates beschrieben wurden. Dieser Prozeß wird sich in absehbarer Zukunft fortsetzen, und zwar so lange, wie die herrschenden Staats- und Volkswirtschaftstheorien vom Ziel des „schlanken Staates“ ausgehen, wie das globale Mächtesystem nicht in der Lage ist, der Entstehung und Ausbreitung von Konflikten Herr zu werden, wie westliche Streitkräfte im Rahmen der RMA sich angesichts knapper Finanzmittel auf Kernfähigkeiten konzentrieren müssen und wie die Gewinnung von Rohstoffen international tätige Unternehmen vor die Aufgabe stellt, eigenes Engagement in krisen- und konfliktgeschüttelten Regionen der Welt zu praktizieren. Mit Blick auf Deutschland und seine wichtigsten Verbündeten ergeben sich daraus einige Konsequenzen:

Die wichtigsten Partner der Bundesrepublik (USA, Frankreich, Großbritannien) werden erheblich selbstverständlicher als die Deutschen PMCs, aber auch Ausländer in ihre sicherheitspolitischen Anstrengungen einbinden, vor allem die staatsrechtlich und wirtschaftlich eher liberal orientierten anglo-amerikanischen Staaten. Sie können dazu auf eine in der westlichen Welt breit aufgestellte Sicherheitsindustrie zurückgreifen, die in Teilen als verlängerter Arm der Regierungen zu begreifen ist. Das Aufgabenspektrum der PMCs dürfte sich dabei ausweiten und allenfalls militärische Kernfähigkeiten unberührt lassen.

Deutschland mit seiner ihm eigenen, historisch begründeten ganz besonderen politischen Kultur dürfte sich demgegenüber der Privatisierung von äußerer Sicherheit lediglich in den Bereichen Logistik, Beratung und Sicherung anschließen, zumindest, wenn Berlin sich bei multinationalen Einsätzen durchsetzen kann oder aber einen eigenen, national geführten geographischen Aufgabenbereich verantwortet. Eine Öffnung der Bundeswehr für Ausländer mit dem Angebot eines Erwerbs der Staatsbürgerschaft scheidet in absehbarer Zukunft ebenso aus wie ein von PMCs getragener und von der Bundeswehr allenfalls geführter Einsatz.

Die von der Öffentlichkeit weithin befürchtete Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols wird auf absehbare Zeit so nicht eintreten. Bei dieser Beurteilung ist zu berücksichtigen, daß *staatliches Gewaltmonopol* zuvorderst die Ausübung von Gewalt im Inneren von Staaten meint – ein Aspekt, der in den entwickelten westlichen Demokratien den Einsatz von PMCs nicht betrifft. Zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit in Deutschland und bei seinen wichtigsten Verbündeten kommen zwar auch private Sicherheitsunternehmen zum Einsatz, etwa im weiten und ständig expandierenden Bereich der sogenannten Wach- und Schließgesellschaften. Unter den Begriff „Militär“ lassen sich solche Unternehmen aber nicht einmal unter größten Anstrengungen subsumieren. Der Einsatz von PMCs im Inneren betrifft im Westen hauptsächlich die (originär für äußere Sicherheit zuständigen) Streitkräfte, wobei eine enge Abstimmung mit den Streitkräfteführungen erfolgt – ein wie auch immer

geartetes, gegen die staatliche Kontrolle der Machtmittel gerichtetes Eigenleben der PMCs kann sich unter diesen Umständen nicht entfalten. Außerhalb westlicher oder überhaupt funktionierender Staaten kommen PMCs und Söldner dagegen als Akteure nur dann in Frage, wenn sie sich

1. in die militärischen Konzeptionen westlicher Staaten einbinden lassen, also gewissermaßen eine privatwirtschaftliche Verlängerung regulärer westlicher Streitkräfte bilden, oder

2. als Auftraggeber entweder die private Industrie oder aber eine Regierung/Parteiung eines schwachen Staates auftritt.

Im ersteren Fall bleibt das Gewaltmonopol der auftraggebenden Regierung auch im Äußeren gewahrt (nicht dagegen die durchgehende Jurisdiktion von der Regierung bis zum untersten Kämpfer, was aber immerhin über die öffentliche Meinung in Ansätzen kompensiert werden kann), im zweiten existiert ohnehin in der Realität kein Gewaltmonopol, das durch die PMCs gefährdet werden könnte.

## **Die Bundesrepublik Deutschland und der Islam – Sicherheitspolitische Herausforderungen im nationalen und globalen Kontext**

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer Rechtsstaat, der im Herzen Europas eingebettet liegt in eine Staatenlandschaft friedlicher, sogar verbündeter Nachbarn. Die deutsche Verfassungsordnung schützt und fördert die religiöse Betätigung seiner Einwohner ebenso wie sie es ablehnt, bestimmte Glaubensrichtungen zu bevorzugen. Deutsche Soldaten befinden sich zwar in Auslandseinsätzen, aber sie führen dort keinen Krieg, oder wenn, wie manchmal in Übernahme des US-amerikanischen Sprachgebrauchs behauptet wird, nicht gegen einen Staat, ein Volk, eine wie auch immer fest strukturierte Gemeinschaft oder gar Religion – sondern gegen „den“ Terrorismus. Was also sollte den Islam überhaupt zum Gegenstand einer Betrachtung werden lassen, die sich mit sicherheitspolitischen Belangen Deutschlands beschäftigt? Vor allem, weil es sich um eine *Religion* handelt, also einen Aspekt menschlichen Daseins, dem die Bundesrepublik generell wohlwollend gegenübersteht?

Es ist keine Diskussion um religiöse Inhalte, wie sie das aufgeklärte und gottesferne Europa aus den Beziehungen zu seinen verschiedenen christlichen

Konfessionen kennt. Es ist vielmehr die unentwirrbare Gemengelage aus Religion, Kultur und Politik, die das Stichwort Islam zu einem lohnenden Aufhänger sicherheitspolitischer Gedankengänge werden läßt. Etwa 1,4 Milliarden Menschen gelten weltweit als Muslime – das macht bei einer Gesamtbevölkerung der Erde von rund 6,75 Milliarden einen Anteil von knapp 21 Prozent aus. Schon heute ergibt allein die schiere Zahl der Muslime auf der Erde die Notwendigkeit, die Beziehungen Deutschlands zum Islam und seinen Anhängern einer Betrachtung zu unterziehen, eine Notwendigkeit, die durch aktuelle politische Prozesse noch klarer zutage tritt: Erinnert sei an die Debatten der letzten Jahre um Migration, Integration, religiösen Extremismus, an die oben angesprochenen Auslandseinsätze der Bundeswehr, aber nicht zuletzt auch an die immer wieder aufbrechende Diskussion um den Stellenwert des nun einmal in erheblichem Maß in muslimischen Ländern gewonnenen Erdöls.

Hier sind mehrere sich zum Teil berührende Aspekte zu betrachten, nämlich erstens der Islam als Religion mit besonderer Berücksichtigung der für die Sicherheit Deutschlands relevanten Seiten, zweitens die Stellung der Bundesrepublik Deutschland zum Islam im Inneren und drittens die außenpolitischen Berührungspunkte. Einen Schwerpunkt bildet das Thema Sicherheit, will sagen: Die Aufrechterhaltung deutscher Staatlichkeit im Inneren und die Durchsetzung deutscher Interessen nach außen. Das beinhaltet einen (eng begrenzten) Blick in die Geschichte, eine Analyse des Ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts sowie – besonders problematisch – den Versuch, Prognosen für die Zukunft bis etwa zum Jahr 2050 zu erstellen. Die Zukunft ist schwierig zu bearbeiten, vor allem deshalb, weil, was in der Natur der Sache liegt, kein auch nur halbwegs belastbares Datenmaterial vorliegt. Vielmehr beruhen in diesem Zusammenhang alle Zahlen auf einer Fortschreibung bestimmter Parameter der Jetztzeit bzw. der näheren Vergangenheit. Als gutes Beispiel dafür können Daten zur Bevölkerungsentwicklung dienen, die etwa im Fall Deutschlands davon ausgehen, die Gesamtfruchtbarkeitsrate werde bis zum Jahr 2050 bei konstant 1,3 Kindern pro Frau liegen – eine immerhin gewagte Annahme über einen Zeitraum von gut vierzig Jahren. Ähnlich kompliziert gestaltet sich selbst die Erhebung mancher Daten zur Jetztzeit bzw. Vergangenheit. So wäre es z.B. schon interessant, zu wissen, ob sich innerhalb Deutschlands die autochthone Bevölkerung genauso entwickelt wie die aus der Türkei zugewanderte. Allerdings gibt es dazu keine veröffentlichten Daten – wichtige Grundlagen für die Entwicklung der auf dem deutschen Staatsgebiet lebenden Bevölkerung können also lediglich vermutet werden, ohne daß ein Beweis erbracht werden könnte.

Ein besonderes Problem bildet der Forschungsstand – weil nämlich auch die Forschung in vieler Hinsicht unter den angesprochenen Datenmängeln leidet, vor allem aber, weil die Beschäftigung mit sicherheitsrelevanten Aspekten des Islam oft polemisch erfolgt und manchmal Zielsetzungen gehorcht, die in größere

politische Zusammenhänge eingebettet sind. Alarmismus auf der einen Seite und abwiegelndes „es ist ja gar nicht so schlimm“ auf der anderen stehen sich gegenüber, jeweils geprägt von Weltanschauungen, die auf dem Wege der Diskussion kaum zu beeinflussen sind.

### ***Der Islam und die westliche Verfassungskultur – Eine spannungsreiche Beziehung***

Der Islam ist ein Phänomen, das westliche Gesellschaften – vielleicht nicht in Amerika, aber jedenfalls in Europa – kaum verstehen können. Wie ist es in einer Zeit, in der die Genetik die DNA des Menschen entschlüsselt, in der Nukleartechnik zum Einsatz kommt, in der die Menschheit den Schritt in den Weltraum tut, möglich, daß ein erheblicher Teil der Weltbevölkerung, eben die Muslime, sich in aller Inbrunst zu einem Gott bekennt und aus einem Buch aus dem siebten Jahrhundert Gesetze für das heute Leben gewinnt?

Es ist genau dieses Bekenntnis zu Allah und seinem Propheten Mohammed, das den Dialog zwischen Deutschland und dem Islam so schwer macht. Auf der einen Seite stehen entchristlichte Deutsche der Mehrheitsgesellschaft, deren Kirchen Mühe haben zu definieren, was denn überhaupt christlich sei, und die den Bogen manchmal soweit schlagen, daß vom eigenen, doch eigentlich durch Bibel und Theologie facettenreich herausgearbeiteten Gottesbild nicht viel mehr übrig bleibt als die Existenz eines höheren Wesens – wenn überhaupt. Die Religion wird in diesem Zusammenhang zu einer philosophischen Grundlage von vielen, der Alltag dagegen und auch die Politik im Größeren werden geprägt von einem Verfassungsbild und einem sozialen Regelwerk, die Platz lassen für jede erdenkliche Form der Selbstverwirklichung von Individuen und Gruppen – mit einer Ausnahme: Außerhalb des in Deutschland und Europa tolerablen Bereiches bleibt das wohlwollende Anknüpfen an die eigene Geschichte als Ordnungsmuster, also etwa die offensive Besinnung auf die eigene Nation oder auch die eigene, traditionelle (christliche) Religion, und zwar aus gutem Grund: Dieses Zurückgehen würde, praktizierte es eine größere Gruppe der Bevölkerung, die politische und soziale Kultur total verändern und zum Zusammenbruch des momentanen, pluralistischen Systems führen.

Ein solches Maß an Freiheit für Einzelne und Gruppen kann es, das ist eben bereits angekommen, nur dann geben, wenn Regierung und Gesellschaft Kompromisse leben, wenn also allgemein akzeptiert wird, daß die jeweils eigene Meinung und Weltsicht wohl subjektiv richtig sein mag, auf keinen Fall aber Anspruch auf exklusiven Besitz der Wahrheit beinhaltet. Es entsteht ein „leben

und leben lassen“, mit anderen Worten, eine pluralistische Gesellschaft, die sich demokratisch organisiert und Toleranz zum Grundwert erhebt.

Eine ganz andere Form staatlicher und gesellschaftlicher Organisation entsteht, wenn erhebliche Gruppierungen innerhalb des Gemeinwesens, womöglich sogar die herrschende Schicht, Anspruch darauf erheben, exklusiv im Besitz von Wahrheit, Welterkenntnis und Moral zu sein. Eine pluralistische und demokratische Gesellschaft ist dann nicht mehr zu verwirklichen – oder, im Fall relevanter Minderheiten, jedenfalls nicht mehr überall (in allen Gruppen der Bevölkerung oder auf allen Teilen des Staatsgebiets) durchsetzbar.

Der Islam als funktionierende und nicht durch einen langen Prozeß von Aufklärung und Verwissenschaftlichung relativierte Religion bildet eine solche soziale und weltanschauliche Entität, die sich kraft göttlicher Legitimation im Besitz einer alle Lebensbereiche bestimmenden Wahrheit glaubt. Zwar ist innerhalb der muslimischen Welt durchaus umstritten, wie diese Wahrheit zu verstehen und auszulegen ist, man denke in diesem Zusammenhang nur an die Trennung zwischen Sunniten und Schiiten, an die unterschiedlichen Rechtsschulen und ebenso an die ethnische und kulturelle Dimension, die voneinander abweichende Ausprägungen des Islam hervorbringt. Allgemein jedoch einigen sich all diese Strömungen auf einen gewissen Wertekanon – wer davon zu stark abweicht, wie etwa die Aleviten, wird von der Masse der sunnitischen und schiitischen Gläubigen aus der islamischen Weltgemeinschaft, der Umma, ausgeschlossen.

Nun ist es weniger der religiöse Kernbereich (Monotheismus, Prophetenschaft Mohammeds, fünf Säulen des Islam<sup>63</sup>), der für Konflikte innerhalb des Islam, vor allem aber mit der nicht-islamischen Umwelt sorgt. Vielmehr ist es die Umsetzung einer Fülle weiterer islamischer Normen, die von der überwältigenden Zahl der gläubigen Muslime gefordert wird und die das Verhältnis zu nicht-islamischen Bevölkerungen und Akteuren belastet. Diese Normen basieren auf dem Koran und der außer-koranischen Überlieferung zu Mohammed und einigen frühen Kalifen.<sup>64</sup> Sie entstanden wesentlich zwischen dem siebenten und dem neunten Jahrhundert, werden zusammengefaßt unter dem Begriff Scharia und erhalten ihre Verbindlichkeit durch den koranischen Grundsatz „gebieten, was recht ist, und verbieten, was verwerflich ist“. Die genaue Auslegung und Anpassung an konkrete Lebenssituationen erfolgt durch muslimische Rechtsgelehrte oder -schulen, die auf

---

<sup>63</sup> Glaubensbekenntnis, Gebet, Almosen, Fasten, Pilgerfahrt.

<sup>64</sup> Zur Scharia vgl. die Aufsätze von Werner Ende (Gerechtigkeit als politisches Prinzip im Islam) und Birgit Krawietz (Gerechtigkeit als Leitidee im islamischen Recht), beide in: Krawietz, Birgit und Helmut Reifeld (Hg.), Islam und Rechtsstaat – Zwischen Scharia und Säkularisierung, St. Augustin/Berlin 2008, S. 19-52.

diesem Weg freilich eine erhebliche Bandbreite innerhalb des weltweit praktizierten islamischen Rechts geschaffen haben.

In der Beziehung zum Westen und damit auch zu Deutschland sind es immer wieder bestimmte Inhalte der Scharia bzw. des islamischen Weltverständnisses, die für Spannungen und gegenseitiges Nicht-Verstehen sorgen. Sie lassen sich in drei Komplexen zusammenfassen:

1. Das *Verständnis der Menschenrechte*. Der Westen hat ein auf das Individuum konzentriertes Verständnis von Rechten entwickelt, von Rechten, die den Menschen kraft ihres Menschseins zukommen.<sup>65</sup> Nach vorherrschender islamischer Auffassung dagegen basieren Menschenrechte ausschließlich auf der Scharia, mit anderen Worten, sie beruhen auf göttlichem Gesetz, sind göttliches Gebot:<sup>66</sup> Demnach kommt dem Islam eine herausgehobene Stellung in der Welt zu, Normen wie Religions- und Meinungsfreiheit gelten nur, soweit sie dem Islam dienen und zu seiner Verbreitung beitragen, das Verhältnis zwischen Mann und Frau ist kein gleichberechtigtes – die Liste der von der westlichen Auffassung abweichenden Punkte ließe sich noch weiter fortsetzen. Träger der Menschenrechte sind in vollem Umfang nur Muslime in ihrer Eigenschaft als gläubige Anhänger Allahs, nicht aber alle Menschen als Individuen.<sup>67</sup>

2. Die Frage der *Religionsfreiheit*. Während nach westlichem und auch deutschem Verständnis Religionsfreiheit dem Individuum die Möglichkeit einräumt, seinen Glauben frei zu wählen und gegebenenfalls auch zu wechseln oder aufzugeben, geht die islamische Lehre davon aus, Religionsfreiheit betreffe ausschließlich die Freiheit der Muslime, ihre Religion zu praktizieren und zu verbreiten. Ein Ausscheiden von Individuen aus der Umma durch Übertritt zu einer anderen Glaubensgemeinschaft ist nicht vorgesehen und wird mit erheblichen Sanktionen bedacht.<sup>68</sup> Mission ist nur den Muslimen erlaubt, nicht aber konkurrierenden Religionen. Leben in einem muslimisch beherrschten Staat oder Gemeinwesen mehrere Religionsgemeinschaften zusammen, gelten volle Rechte zur Praktizierung des Glaubens nur für den Islam – Christentum, Judentum und Zoroastrismus (Schriftreligionen) werden in die Position von minderberechtigten Schutzbefohlenen gedrängt, deren Stellung darauf ausgerichtet ist, ihre Stärkung zu vermeiden und auf lange Sicht ihr Aufgehen im Islam herbeizuführen.

---

<sup>65</sup> Zusammengefaßt etwa in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 (<http://www.unhcr.ch/udhr/lang/ger.htm>).

<sup>66</sup> Zusammengefaßt wurde das islamische Verständnis von Menschenrechten auf der Kairoer Konferenz der Islamischen Konferenz im Jahr 1990. Sie genoss die Unterstützung von nicht weniger als 45 Außenministern muslimischer Staaten (Text in deutscher Sprache: <http://www.soziales.fh-dortmund.de/Berger/Forschung/islam/Kairoer%20Erkl%C3%A4rung%20der%20OIC.pdf>).

<sup>67</sup> Zum Islam im muslimischen Familienleben vgl. Breuer, Rita, Familienleben im Islam – Traditionen, Konflikte, Vorurteile, überarbeitete Neuausgabe Freiburg/Basel/Wien 2008.

<sup>68</sup> Im Extremfall mit der Todesstrafe (vgl. NZZ am Sonntag vom 26.02.2006, <http://www.nzz.ch/2006/02/26/il/articleDM3ZP.html>).

3. Die *Beziehung zwischen Staat und Religion*. In der westlichen Welt hat sich, selbst wenn einzelne Länder noch über bevorrechtigte Staatskirchen verfügen, im Verfassungsrecht und vor allem in der Verfassungswirklichkeit eine fast vollständige Trennung zwischen Staat und Religion durchgesetzt – so daß Regierung und Administration keine Glaubensrichtung bevorzugen dürfen. Im Islam ist das anders: Hier bildet die Regierung den Garant für die Durchsetzung islamischer Normen, Staat und Islam bilden also optimalerweise eine Einheit. In der Umma hat der Begriff „Staatsreligion“ folglich eine erheblich umfassendere und verpflichtendere Bedeutung als im modernen Europa der Terminus „Staatskirche“.

Die genannten Charakteristika des Islam werden keineswegs nur von Fundamentalisten und Islamisten vertreten – sie sind Konsens in weiten Teilen der islamischen Welt, auch wenn einzelne Dissidenten oder weltliche Muslime gelegentlich abweichende Auffassungen propagieren. Aus muslimischer Sicht läßt sich die Beziehung zur nicht-islamischen Welt auch mit Begriffen von Krieg und Frieden umschreiben: So gilt der Bereich der Welt, in dem sich der Islam als dominierende Religion durchgesetzt hat, als „Gebiet des Islam“ („Dar al-Islam“) oder auch „Gebiet des Friedens“, während die übrige Welt als „Gebiet des Krieges“ bezeichnet wird, wobei gelegentlich eine Zwischenform („Gebiet des Vertrages“ oder „Gebiet mit Sicherheitsgarantie“) eingeschoben wird, um die Auswanderung (bzw. den Verbleib) muslimischer Bevölkerungen unter nicht-muslimische(r) Herrschaft zu rechtfertigen (was eigentlich im Koran und nach den Überlieferungen zu Mohammed nicht vorgesehen ist: Demnach dürfen Muslime nur in muslimischen Gemeinwesen leben – aus allen anderen müssen sie entweder auswandern oder aber dort die Herrschaft erringen).<sup>69</sup> Besonders schwierig ist nach islamischer Vorstellung die Situation, wenn muslimische Bevölkerungsteile außerhalb des Dar al-Islam verfolgt oder in ihrer religiösen Entfaltung behindert werden: In diesem Fall sind auch Täuschung und Verstellung erlaubt, um die gegnerische Staatsmacht bzw. Gesellschaft irrezuführen und den Muslimen ein Weiterbestehen zu ermöglichen – eine Facette im Umgang des Islam mit anderen Religionen, die im interreligiösen und politischen Dialog immer wieder für Irritationen sorgt.

Insgesamt stehen also eine Reihe von Inhalten des Islam mit den Gebräuchen und Werten europäisch-aufgeklärter Gesellschaften in einem kaum auflösbaren Widerspruch. Das zeigt sich auch in der momentanen politischen Wirklichkeit: Kein einziger Staat mit überwiegend muslimischer Bevölkerung ist in Form einer

---

<sup>69</sup> Zu den Auslegungen über die Bedeutung dieser völker- und religionsrechtlichen Praxis vgl. Khalil, Ahmed, *Dar Al-Islam and Dar Al-Harb. Its Definition and Significance* (<http://english.islamway.com/bindex.php?section=article&id=211>).

pluralistischen Demokratie organisiert – nicht einmal die Türkei, die zwar (wie auch einige andere Staaten) freie Wahlen kennt, aber eben auch die Unterdrückung ethnischer und religiöser Minderheiten, und deren Westorientierung durch eine relativ kleine, nicht zuletzt auf das Militär gestützte kemalistische Elite erzwungen wird. Der Beweis, daß Islam und westliche Verfassungskultur, sprich pluralistische Demokratie, auch dann vereinbar sind, wenn die Muslime in bestimmten Landesteilen oder auch im gesamten Staat die überwältigende Mehrheit stellen, konnte in der Geschichte noch nicht erbracht werden, obwohl sich eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Völker und Kulturen mit zum Teil stark voneinander abweichenden kulturellen und politischen Traditionen zur Umma zählen.

### ***Die islamische Staatenwelt***

Wie ein breites Band grenzt eine lange Kette mehrheitlich muslimischer Staaten an den Süden und Südosten Europas – von West- und Nordafrika bis über die arabische Halbinsel, die Türkei, den gesamten Nahen und Mittleren Osten bis nach Zentralasien. Andere regionale Schwerpunkte des Islam liegen in Ostasien und Indonesien, in Ostafrika (Somalia) sowie in Südosteuropa. Insgesamt verfügen heute 47 Staaten der Welt über eine muslimische Bevölkerungsmehrheit, und in 18 weiteren Ländern bilden die Anhänger Mohammeds eine Minderheit, die mehr als ein Zehntel der Gesamtbevölkerung ausmacht (vgl. die Tabellen im Anhang). In allen dieser 65 Staaten ist der Islam in Ausbreitung oder Konsolidierung begriffen, und zwar auf verschiedene Weise:

- In den bereits stark muslimisch geprägten Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, Nordafrikas, in der Türkei sowie in Indonesien ist eine Rückbesinnung auf islamische Werte, gewissermaßen ein innerer Ausbau, zu verzeichnen. Bei aller (zum Teil durch die Globalisierung bedingten) wirtschaftlichen und technologischen Modernisierung führt das auf kulturellem, religiösem und oft auch juristischem Gebiet zur Zurückdrängung von als nicht-islamisch empfundenen Parametern der Gesellschaft – sichtbar am Ausgreifen der Scharia, aber auch an dem Druck, der auf anderen Religionsgemeinschaften und auf weltlich bzw. westlich lebenden Muslimen lastet.
- Muslimische Gesellschaften, in denen die Religionsausübung lange Zeit erschwert war (also vor allem in den einst sozialistischen Staaten der GUS, aber auch im Nahen und Mittleren Osten), neigen dazu, sich wieder auf Werte des Islam zu stützen – und zwar zumindest teilweise auf solche Werte, die in der lokalen muslimischen Kultur geschichtlich eher weniger

verwurzelt sind. Die neue muslimische Ethik ist in vielen Fällen eine importierte, eine, die als „wirklich“ muslimisch verstanden wird (im Gegensatz zu den oft Jahrhunderte zuvor entstandenen lokalen Interpretationen des Islam).

- In afrikanischen, zum Teil auch asiatischen Staaten gelingt es den Muslimen, ihre Basis durch Mission zu verbreitern – weniger gegenüber Christentum und Hinduismus, mit Macht aber gegenüber animistischen Naturreligionen.
- In Europa und Rußland wirkt die muslimische Mission bislang weniger. Hier sind es vor allem demographische Faktoren, die zur Erhöhung des Anteils der muslimischen Bevölkerung beitragen, manchmal gepaart mit Migrationsbewegungen.

Mehrheitlich muslimische Gesellschaften, aber auch muslimische Minderheiten zeichnen sich in nahezu allen Fällen durch ein vergleichsweise hohes Bevölkerungswachstum aus – zumindest dann, wenn als Maßstab die Reproduktionsrate (nicht-muslimischer) europäischer Staaten gewählt wird. Das wiederum führt in nahezu allen in Frage kommenden Staaten und Minderheiten zu einem Überschuß an jugendlicher Bevölkerung – an jugendlicher Bevölkerung, die wirtschaftlich, kulturell und familiär versorgt sein will, die aber außerdem noch begeisterungsfähig ist für religiöse und politische Bewegungen – und die sich in diesem Zusammenhang nicht immer so abwägend und kompromißbereit verhält wie eine alternde Bevölkerung.

Hinsichtlich der politischen Organisationsform bilden die meisten mehrheitlich muslimischen Staaten formell Demokratien, in denen die Regierung durch das Volk gewählt wird. Gleichwohl ist kaum einer dieser Staaten als pluralistisch und in religiösem bzw. kulturellem Sinn als tolerant zu bezeichnen – jedenfalls nicht in der Weise, die das aufgeklärte Europa als erstrebenswert erachtet. Dabei ist vor allem hervorzuheben, daß religiöse (allerdings eben nicht politische) Toleranz im Regelfall von Regimen praktiziert wird, die nach euro-atlantischem Maßstab eher als diktatorisch zu bezeichnen sind oder waren: So in Syrien und einigen post-sozialistischen Staaten der GUS, vor einigen Jahren aber auch noch im Irak und in der Türkei. Im Rahmen der allgemein zu verzeichnenden Selbstfindung des Islam führt eine von außen erzwungene Demokratisierung von Staaten, wie momentan etwa im Irak, aber auch in Palästina, meist durchaus nicht zu einer pluralistischen, im europäischen Sinn toleranten Gesellschaft, sondern lediglich zum Vormarsch des Islam – was übrigens auch für die Türkei gilt.

Nahezu alle mehrheitlich muslimischen Staaten und die Masse der muslimischen Minderheiten basieren in Bezug auf ihre interne Struktur nicht auf einer Vielzahl von Individuen. Vielmehr sind zwischen die Organisationsebene des Staates und

die Einzelperson starke Zwischeninstanzen eingebettet – die Familie, der Clan, der Stamm. Diese Zwischeninstanzen erschweren dem jeweiligen Zentralstaat die Durchsetzung als un-islamisch empfundener Gesetze, Verordnungen und Verträge ganz enorm, und sie sorgen dafür, daß eine gewisse Zwiespältigkeit entstehen kann: Wenn sich nämlich einerseits staatliche oder auch religiöse Institutionen im Dialog mit dem Westen auf bestimmte Standards an Menschenrechten einigen, andererseits aber die faktische Umsetzung derselben vor Ort und in concreto unterbleibt.

In wirtschaftlicher Hinsicht gehören manche muslimische Staaten der Dritten Welt an, sind also ökonomisch relativ schwach. Andererseits verfügen eine Reihe islamisch dominierter Länder über wichtige Rohstoffe, die ihnen den Zugang zur Weltwirtschaft und erhebliche Einnahmen verschaffen. Zu nennen sind hier insbesondere Erdöl und Erdgas, die für zahlreiche muslimische Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, der GUS, aber auch Ostasiens die Grundlage jeglicher international beachteter Existenz bilden.

Außenpolitisch verfolgen die meisten muslimischen Staaten eine eher zurückhaltende Strategie, zumindest was die Formulierung und Durchsetzung weltweiter oder überregionaler Interessen betrifft.<sup>70</sup> Außenpolitik dient im Regelfall

- erstens der Absicherung des eigenen Staatswesens und der Bewahrung bestehender Grenzen gegenüber unmittelbaren Nachbarn,
- zweitens als Instrument zur Ablenkung innerstaatlicher Probleme, etwa dann, wenn islamische oder auch arabische Solidarität gegenüber dem Erzfeind Israel bekundet wird,
- und drittens natürlich zur Durchsetzung wirtschaftlicher und kulturell-religiöser Interessen, etwa im Rahmen inter- und multinationaler Organisationen.

Eine Sonderposition nehmen Staaten ein, die sich für dem eigenen Staatsvolk angehörende Minderheiten im Ausland verantwortlich fühlen und gegenüber den Gastländern versuchen, zum Sprachrohr der Minderheit zu werden oder jedenfalls einen gewissen Schutz durchzusetzen.

Die Zahl der muslimischen Staaten, die eine über die eigene Region und Nachbarschaft hinausreichende Außenpolitik betreiben, ist sehr gering. Letztlich handelt es sich nur um Saudi-Arabien, den Iran sowie die Türkei – also Länder, die aus historischen und/oder religiösen Gründen eine herausgehobene Bedeutung für die islamische Staatenwelt besitzen.

---

<sup>70</sup> Einen zusammenfassenden Überblick über die Außenpolitiken zahlreicher muslimischer Staaten bietet Gieler, Wolfgang (Hg.), Außenpolitik in Konfliktregionen: Der Nahe und Mittlere Osten, Berlin 2006.

*Saudi-Arabien* begreift sich als Hüter der heiligen Stätten des Islam und gleichzeitig als Wahrer und Verbreiter eines als ursprünglich und unverfälscht angesehenen islamischen Systems.<sup>71</sup> Gepaart mit den durch die Ölförderung gewonnenen wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen und einem religiös-absolutistischen Regierungssystem setzt das einen Großteil der arabischen Halbinsel beherrschende Land eine Vielzahl an Kräften frei, die weit über die eigenen Grenzen hinaus zur Förderung des Islam zum Einsatz kommen. Dabei ist es durchaus nicht immer der Staat, der in diesem Zusammenhang die Initiative ergreift: Das saudi-arabische System basiert letztlich auf der politischen Entmachtung der gesamten traditionellen (weltlichen) Führungsschicht zugunsten des Königs, ein Prozeß, der sich aber eben nur auf die Teilhabe an der staatsführenden politischen Macht bezog und bezieht. Die einstige, nun politisch entmachtete Führungsschicht – Prinzen des Königshauses ebenso wie Scheichs und Stammesführer – bleibt beteiligt an den finanziellen Erfolgen des Landes, also am Handel mit Öl und Gas. Folglich gibt es in Saudi-Arabien eine Fülle von Personen und Familien, die über ein immenses Kapital verfügen, das eingesetzt werden kann zum Kauf von Schlössern in Frankreich, zum Unterhalt ganzer Flotten von Luxuslimousinen, für kostspielige Yachten – aber eben auch zur Unterstützung muslimischer Anliegen. Ein extremes Beispiel mag in diesem Fall Osama bin Laden sein, der aus einer wirtschaftlich überaus potenten Familie Arabiens stammte und sich dem heiligen Krieg gegen die aus seiner Sicht Ungläubigen verschrieben hatte. Die Diskrepanz zwischen politischer Stärke (auf Seiten des Königtums) und finanzieller Potenz (auf Seiten von Adel und Stammesführern) erklärt auch die manchmal ambivalente saudi-arabische Außenpolitik: Während der König und seine Regierung am Erhalt des Systems und an der Bewahrung seiner wirtschaftlichen Grundlagen arbeiten, etwa durch eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, sind die politisch entmachteten reichen Eliten in der Lage, ohne Rücksicht auf bi- und multilaterale Beziehungen auch religiöse, eigentlich gegen die Staatsraison verstoßende Projekte zu verfolgen.<sup>72</sup>

Der *Iran* befindet sich in der islamischen Welt in einer Außenseiterposition, und zwar vor allem deshalb, weil er der einzige bedeutende Staat ist, in dem die Schia als Staatsreligion gepflegt wird. Allein daraus ergibt sich für den Iran eine Pflicht, andere schiitische Gruppierungen, etwa im Libanon oder im Irak, zu unterstützen – einerseits in der Frontstellung gegen den in der islamischen Welt überwiegenden sunnitischen Islam, andererseits aber auch gegen Nicht-Muslime. Allerdings ist die Schia nicht der einzige Grund, der den Iran zum einem überregional, ja vielleicht

---

<sup>71</sup> Zu Geschichte und Gedankenwelt des Wahabismus in Saudi-Arabien vgl. u.a. Brunold, Georg, Kampf gegen das Fremde, in: Die Zeit 2001 Nr. 47 ([http://www.zeit.de/2001/47/200147\\_wahabismus-kaste.xml?page=1](http://www.zeit.de/2001/47/200147_wahabismus-kaste.xml?page=1)).

<sup>72</sup> Zur saudi-arabischen Außenpolitik insgesamt: Ataman, Muhittin, Saudi-Arabien, in: Gieler, Wolfgang (Hg.), Außenpolitik in Konfliktregionen: Der Nahe und Mittlere Osten, Berlin 2006, S. 141-149.

weltweit handelnden Akteur werden läßt. Ein zweiter Punkt ist das Selbstverständnis des iranischen Systems – das sich als eine der wenigen wirklich islamischen Staatsordnungen weltweit begreift und somit seit der Revolution von 1979 eine Verantwortung für die Religion Mohammeds trägt wie kaum ein anderer Staat. Drittens kommt hinzu, daß der Iran auf eine durchaus imperiale Geschichte zurückblicken kann, was sich in politischer Kultur und Selbstbewußtsein niederschlägt. Und viertens ist eine, allerdings auf die nähere Umgebung beschränkte, ethnische Komponente nicht zu vernachlässigen, also die Verbundenheit mit anderen, den Iranern verwandten Völkern, etwa in Aserbeidschan und Afghanistan, aber auch im Irak.

Die *Türkei* als dritter international aktiver muslimischer Staat ähnelt in manchen Belangen dem Iran, so in seiner Geschichte (als einstiges Großreich), aber auch hinsichtlich seiner ethnischen und/oder historischen Verbundenheit mit außerhalb der eigenen Grenzen wohnenden Völkern (auf dem Balkan und im asiatischen Raum). Andererseits nimmt die Türkei auch eine Sonderstellung in der islamischen Welt ein, erstens durch die Tatsache, daß das Land eine zumindest in Grenzen funktionierende Demokratie bildet, zweitens durch die enge institutionelle Verbundenheit mit Europa und den Vereinigten Staaten (durch die NATO), eine Verbundenheit, die zukünftig noch durch die Mitgliedschaft in der EU verstärkt werden soll. Hinzu kommt die Verantwortung für durch Gastarbeitermigration aufgewachsene türkischstämmige Bevölkerungsgruppen in mehreren europäischen Staaten.

Ein erhebliches Problem für die meisten muslimischen Staaten bildet, das ist schon angeklungen, die Diskrepanz zwischen dem (außenpolitischen) Handeln des jeweils eigenen Regimes und der manchmal durch die Medien, meist aber eher informell zum Ausdruck gebrachten Volksmeinung. Protagonisten westlicher Kultur und Lebensart, aber auch der politischen Verbindung mit Europa oder Amerika haben es schwer, in dieser Hinsicht zu wirken. Deshalb sind zahlreiche Regierungen muslimischer Staaten einer latenten Bedrohung ausgesetzt, nämlich der Gefahr, durch islamistische, von mehr oder weniger breiten Massen des Staatsvolks zumindest mit Sympathie betrachtete Gruppierungen angegriffen oder gar gestürzt zu werden – ein Grund dafür, daß die Verwirklichung rechtsstaatlicher Prinzipien in der muslimischen Welt weit hinter dem europäischen Standard hinterherhinkt. Das wiederum zwingt die besagten Regierungen zuweilen in Frontstellungen, die außenpolitisch eigentlich nicht erwünscht sind und die auch nicht der Staatsraison des jeweiligen Regimes entsprechen, also zum Beispiel zu einem in Einzelfällen dezidiert anti-westlichen Kurs.

Obwohl der Islam als religiöses Fundament der muslimischen Welt von der Theorie her der Umma den Frieden sichern sollte, ist als Kontinuum der Geschichte islamischer Staaten gleichwohl vor allem die Existenz von Kon-

kurrenz, Konflikt und Krieg zwischen den verschiedenen Regimen zu erkennen, ein Kontinuum, das auch heute die Beziehungen vieler muslimischer Staaten zu ihren oft ebenfalls muslimischen Nachbarn prägt. Nicht umsonst ist es, vielleicht abgesehen von den Vereinigten Arabischen Emiraten, nirgendwo dauerhaft gelungen, ethnische Spannungen oder auch solche zwischen den verschiedenen staatsbeherrschenden Eliten wirklich aufzulösen. Das scheint lediglich unterhalb der staatlichen Ebene möglich zu sein, nämlich im sich in den letzten Jahrzehnten entwickelten islamistischen Fundamentalismus, der es schafft, Gläubige ganz unterschiedlicher Provenienz zu vereinigen und andere Aspekte des menschlichen Selbstbewußtseins, wie etwa die ethnische oder nationale Herkunft, in den Hintergrund drängt, der aber auch nicht dem Zwang unterliegt, geschlossene Gebiete zu regieren und Volkswirtschaften zu organisieren. In den wenigen Fällen, in denen islamistische Organisationen staatliche Herrschaftssysteme komplett übernahmen (Iran, Sudan), stellten sich alsbald alte Frontstellungen zu den Nachbarn wieder ein.

Erfahrungen aus der Vergangenheit ebenso wie die Analyse des heutigen Zustands erlauben eine wenn auch mit vielen Fragezeichen behaftete Prognose zur Entwicklung der islamischen Welt. In diesem Zusammenhang kristallisieren sich mehrere Parameter heraus, die von herausgehobener Bedeutung für das muslimische Staatensystem sind:

1. Das *Bevölkerungswachstum*. Alle von der Forschung bereitgestellten Szenarien gehen von einer erheblichen Erhöhung der Bevölkerungszahl der muslimischen Staatenwelt aus. Das schließt für nahezu alle betroffenen Länder einen erheblichen Überschuß an jugendlicher und junger Bevölkerung ein.
2. Der *Klimawandel*. Betroffen sind nahezu alle muslimischen Länder, und zwar in einem zum Teil existenzbedrohenden Ausmaß. Die Erderwärmung führt in dem an Europa angrenzenden, ohnehin trockenen muslimischen Staatengürtel zu verstärkter Wasserknappheit – ein Phänomen, das sich noch weiter ausweiten dürfte angesichts der Bevölkerungszunahme. In den südostasiatischen muslimischen Staaten wird darüber hinaus noch eine Bedrohung durch den Anstieg des Meeresspiegels hinzukommen.<sup>73</sup>
3. Die *Globalisierung*. Wirtschaftlicher, aber auch kultureller Austausch zwischen Ländern und Regionen wird auch zukünftig weiter zunehmen. Das beinhaltet einerseits einen fortgesetzten, wahrscheinlich steigenden Druck westlicher Kultur auf traditionelle bzw. konservative islamische Gemeinschaften, dem diese angesichts der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Rohstoffexport nicht aus-

---

<sup>73</sup> Zu den nach dem momentanen Stand der Forschung zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels vgl. den vierten Sachstandsbericht der VN-Arbeitsgruppe für Klimaveränderungen, auszugsweise veröffentlicht in:  
[http://www.bmu.de/klimaschutz/internationale\\_klimapolitik/ipcc/doc/39274.php](http://www.bmu.de/klimaschutz/internationale_klimapolitik/ipcc/doc/39274.php) (zuletzt aufgerufen am 15.01.2009).

weichen können. Andererseits wird die fortschreitende Vernetzung durch Kommunikationsmittel und Medien in der islamischen Welt selbst die von Saudi-Arabien und dem Iran, aber auch Pakistan ausgehende Selbstfindung und Radikalisierung der Muslime verstärken, mit der Folge, daß lokale und regionale andere Lesarten des Islam weiter in die Defensive geraten – eventuell bis zu ihrer Auflösung.

4. Die *Expansion des Islam*. Zwar ist sehr fraglich, ob zu der Liste von 47 mehrheitlich muslimischen Staaten noch weitere hinzukommen (denkbar wären etwa Nigeria und Äthiopien, vor allem aber Kasachstan). Unterhalb der Ebene international anerkannter Staaten dürfte der Islam jedoch durch das Aufwachsen von Minderheiten und die weitere Konsolidierung von Mehrheiten eine beträchtliche Stärkung erfahren, wobei mehrere Faktoren dafür ausschlaggebend sein werden: Migrationsbewegungen, die höhere Fertilität muslimischer Bevölkerungsgruppen und der mit der Ausbreitung des Wahabismus verbundene vergrößerte Druck auf nicht-muslimische Teile der Einwohnerschaft. So dürften in den mehrheitlich muslimischen Staaten autochthone christliche oder jedenfalls nicht-islamische Minderheiten vermutlich stark zusammenschmelzen (entweder durch Konversion zum Islam, durch Verfolgung und Tötung oder aber durch Emigration), zumindest aber in der Ausübung ihres Glaubens noch weiter eingeschränkt werden als bisher. Muslimische Minderheiten werden in zahlreichen Staaten (in Europa und Rußland, aber auch in einigen afrikanischen Ländern) durch ihr Anwachsen bislang gültige Verfassungs- und Herrschaftsordnungen zu ihren Gunsten verändern, unter Umständen auch Teile des jeweiligen Staatsterritoriums dem Einfluß nicht-muslimischer Staatlichkeit ganz oder teilweise entziehen.

5. Das *Fortbestehen latenter Krisen*. So ist zu erwarten, daß der bereits Jahrzehnte andauernde Konflikt zwischen Israel und der arabisch-islamischen Welt auch weiterhin weite Teile der muslimischen Weltbevölkerung polarisieren wird. Gleiches gilt für die seit einigen Jahren verschärfte Auseinandersetzung um Ethik und Religion, die das Verhältnis zwischen dem Islam und der sogenannten westlichen Welt so kompliziert macht. Ein häufig wenig berücksichtigter Aspekt von Krisen ist dagegen das Ringen um den richtigen Weg, das den Islam selbst in verschiedene Lager teilt – eine Teilung, die auch in Zukunft verhindern wird, daß die muslimischen Staaten und Gemeinschaften zu einer Einheit finden und oft blutige Konflikte zur Folge hat.

Diese fünf Punkte fassen eine weitgehend pessimistische Grundhaltung weiter Teile von Presse und Forschung zusammen – pessimistisch insoweit, als die Hoffnung auf ein gedeihliches Zusammenleben zwischen westlicher und muslimischer Welt als wünschenswertes Ziel betrachtet wird. Demgegenüber existiert allerdings auch eine Gegenmeinung, die dem Islam einerseits viele der die westliche Kultur bedrohenden Eigenschaften abspricht und andererseits in der

muslimischen Staatenwelt selbst Ansätze zu einer Art Aufklärung zu erkennen vermeint.<sup>74</sup> Solche optimistischen Tendenzen betonen z.B. das Stattfinden einer demographischen Wende auch in der muslimischen Staatengemeinschaft und Bevölkerung<sup>75</sup>, einer Wende, die – hervorgerufen durch (Frauen-)Bildung – zum nachhaltigen Zusammenschmelzen der Bevölkerungsüberschüsse und damit auch eines Teils des Konfliktpotentials zwischen Westen und Islam führen würde. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß die dort ausgemachten Entwicklungen lediglich eine Verlangsamung der weiter oben geschilderten Prozesse bewirken und die gesamte Sichtweise dieses Forschungsansatzes eher einem Wunschdenken denn einer realistischen Analyse entspricht.

### *Der Islam in Deutschland*

Die Bundesrepublik Deutschland verzeichnet seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts den Zuzug sogenannter Gastarbeiter. Ein Teil dieser Gastarbeiter stammte aus muslimischen Ländern bzw. Gebieten, so aus Bosnien (damals Teil Jugoslawiens), Marokko, Tunesien und – zahlenmäßig am wichtigsten – aus der Türkei. Die Arbeitskräfte aus dem Ausland waren in der bundesdeutschen Wirtschaft hoch geschätzt für die Verrichtung einfacher Arbeitsprozesse, zu denen deutsche Arbeiter seit etwa 1960 angesichts einer Vollbeschäftigung nicht in ausreichender Zahl mehr zur Verfügung standen. Andererseits darf die Einreise von Gastarbeitern, gestützt auf Entsendeverträge, nicht als Initiative der deutschen Wirtschaft oder Arbeitsmarktpolitik mißverstanden werden. Vielmehr handelte es sich zuvorderst um einen von den Entsendestaaten ausgehenden Prozeß, die sich von ihren nunmehr in Deutschland arbeitenden Staatsbürgern wirtschaftliche Vorteile und damit einhergehend die Lösung innerer Probleme erhofften. Mit anderen Worten: Zumindest in der Anfangsphase bildete die Aufnahme von Gastarbeitern ein Instrument deutscher Außenpolitik, gerichtet auf Stärkung und Stabilisierung von Verbündeten (Türkei, Portugal, Italien, Griechenland) oder als strategisch interessant empfundenen Staaten (Spanien, Jugoslawien, Marokko, Tunesien, Südkorea, Philippinen).<sup>76</sup>

---

<sup>74</sup> So u.a. Courbage, Youssef und Emmanuel Todd, *Die unaufhaltsame Revolution. Wie die Werte der Moderne die islamische Welt verändern*, München 2008.

<sup>75</sup> Vgl. ebd. S. 89.

<sup>76</sup> Zum außenpolitischen Hintergrund der Gastarbeiteranwerbung vgl. den neuen Forschungsansatz von Knortz, Heike, *Diplomatische Tauschgeschäfte. Gastarbeiter in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953-1973*, Köln 2008.

In den ersten Jahren wurde die neue Existenz von zahlreichen Menschen nicht-deutscher Kultur und nicht-christlichen Glaubens nicht als Herausforderung begriffen, weil sowohl die deutsche politische Öffentlichkeit als auch die Gastarbeiter selbst davon ausgingen, sie würden nach Ablauf der Verträge in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehren – selbst dann noch, als sich im Verlauf der sechziger und spätestens der siebziger Jahre herausstellte, daß erstens das zunächst angedachte Rotationsprinzip bei der Arbeiteranwerbung nicht umgesetzt werden würde und zweitens den nunmehr in Deutschland arbeitenden Ausländern die Möglichkeit des Familiennachzuges eingeräumt wurde. Die Schwierigkeiten, sich dem Thema Zuwanderung zu nähern, werden allein daran deutlich, daß die gesellschaftliche und politische Diskussion darum bislang nicht einmal einen Begriff entwickeln konnte, unter dem die zu betrachtenden Gruppen zu subsumieren wären.<sup>77</sup>

Allerdings scheint sich spätestens seit 2001 ein allgemeiner Trend herauszubilden, die langfristige Einwanderung nach Deutschland als Phänomen anzuerkennen und verstärkt Überlegungen zur Beziehung zwischen den Zuwanderern, ihren Nachkommen und der alteingesessenen, autochthonen deutschen Bevölkerung anzustellen. Dabei ist bemerkenswert, daß die Debatte weitgehend fokussiert ist auf die Muslime in Deutschland – obwohl diese 2006 von insgesamt 15,1 Millionen „Personen mit Migrationshintergrund“<sup>78</sup> lediglich einen Anteil von 3,1<sup>79</sup> bis 3,5<sup>80</sup> Millionen stellen. Die vergleichbare Betrachtung anderer Zuwanderergruppen, aber auch generell von Religionen (etwa die tendenzielle Verschiebung der religiösen Verhältnisse in Deutschland vom Protestantismus zum Katholizismus und das Vordringen von Freikirchen) unterbleibt in der öffentlichen Diskussion fast völlig – ein wichtiges Indiz dafür, daß Politik, Medien, Forschung und Bevölkerung den Eindruck teilen, lediglich der Islam und seine Anhänger dürften sich auf Dauer als „schwer verdaulich“ für Deutschland und seine traditionelle politisch-gesellschaftliche Kultur erweisen, während anderen, zumal europäischen Zuwanderergruppen ein solches Bedrohungspotential offensichtlich nicht zugeschrieben wird.

---

<sup>77</sup> Die verschiedenen Ansätze (etwa „Ausländer“, „Deutsche ausländischer Herkunft“, „Personen mit Migrationshintergrund“) treffen alle nur sehr bedingt den Kern des Problems. Die ZEIT hat deshalb eine Kategorie „gefühlte Ausländer“ in die Diskussion eingebracht, ohne sie allerdings genau zu definieren ([http://www.zeit.de/2006/19/Fragen\\_Wer](http://www.zeit.de/2006/19/Fragen_Wer)).

<sup>78</sup> Zur Definition des Begriffs „Person mit Migrationshintergrund“, aber auch zur Zahl 15,1 Millionen vgl. die Ergebnisse des Mikrozensus 2006, erstellt durch das Statistische Bundesamt (<https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1021763>).

<sup>79</sup> Vgl. den Artikel von Johannes Kandel ([http://www.bpb.de/themen/G1RPNN,0,0,Was\\_ist\\_Islam.html](http://www.bpb.de/themen/G1RPNN,0,0,Was_ist_Islam.html)).

<sup>80</sup> Islamische Nachrichten des Islam-Archivs Deutschland vom 17.08.2008 (<http://www.islamarchiv.de/>).

Was zeichnet nun die muslimische Bevölkerungsgruppe in Deutschland aus, namentlich unter Berücksichtigung der übrigen Bevölkerung? Zusammengefaßt lassen sich, bei aller Ungenauigkeit der Quellen, verschiedene Eckdaten und Aspekte nennen:

- Die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland lebenden Muslime bilden in *religiöser Hinsicht* keinen einheitlichen Block. Die Masse betrachtet die Sunna als wichtigen Grundpfeiler des Glaubens und religiösen Selbstverständnisses. Schiiten dürften rund 200.000 Personen sein. Eine Sonderstellung nehmen die Aleviten ein – dieser geschichtlich und von der Glaubenspraxis her eher der Schia zuzuordnenden Gruppe wird von zahlreichen anderen Muslimen die Zugehörigkeit zum Islam bestritten. Vermutlich bekennen sich etwa 400.000 Personen in Deutschland zum Alevitentum. Daneben existiert noch eine Reihe weiterer muslimischer Konfessionen und Gruppierungen (Ahmadiyya, Charidschiten, Drusen, Sufismus) mit geringerer Anhängerzahl.
- Hinsichtlich der *ethnischen Herkunft* folgt die Gliederung der Muslime größeren politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen.<sup>81</sup> Die Mehrzahl kommt aus der Türkei, wobei allerdings nur ein Teil der (z.T. einstigen) türkischen Staatsbürger ethnische Türken sind. Exakte Zahlen sind nicht zu ermitteln: Das Bundesamt für Statistik nennt zwar für 2005 knapp 2,5 Millionen „Personen mit Migrationshintergrund“, deren Wurzeln in die Türkei reichen, unterscheidet aber weder zwischen Kurden und Türken noch zwischen sich heute noch ihrer türkischen Herkunft Verpflichteten und solchen, die (etwa in Mischehen) keinerlei Beziehung mehr zwischen sich und dem Türkentum bzw. Islam sehen. Für die Anzahl der Kurden in Deutschland werden Zahlen um die 600.000 Personen genannt, Zahlen, die allerdings nicht nach Herkunftsländern aufgeschlüsselt sind und auch nicht unterscheiden zwischen Muslimen und Jeziden. Letztlich bleibt die Größenordnung der Präsenz kurdischer und türkischer Muslime in Deutschland nur zu schätzen – einschließlich der Aleviten könnte es sich um etwa 1,7 Millionen ethnisch dem türkischen Volk verbundene Personen handeln sowie um etwa 500.000 Kurden. Die nächst größere Gruppe bilden Araber (aus einer Fülle von Staaten, mehrheitlich aber wohl aus Marokko, dem Irak und Palästina) mit rund 200.000 Muslimen, eine Größenordnung, die möglicherweise auch die

---

<sup>81</sup> Wie der oben erwähnten Anwerbung bzw. Zulassung von Gastarbeitern (Türkei, Tunesien, Marokko), aber auch Kriegen, die entsprechende Flüchtlingswellen hervorbrachten (Bosnien, Iran, Irak, Kurdengebiet, Afghanistan). Ebenso von Bedeutung für die Einwanderung war verstärkte Repression gegen einzelne Bevölkerungsgruppen durch bestimmte Regime (Iran, Irak, Kurdengebiet, Afghanistan).

Bosniaken erreichen. Muslime mit ethnisch iranischem Hintergrund stellen eine Gruppe von ca. 60.000 Menschen.

- Zur *Demographie* liegen kaum Zahlen vor, einzig zusammenfassend für die Personen mit Wurzeln in der Türkei: Dazu läßt sich feststellen, daß diese Gruppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik einen erheblich höheren Anteil an jungen Menschen besitzen (30,8 % im Alter zwischen Geburt und 20 Jahren) als die autochthone Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (17,6 %). Hinsichtlich der durch Eheschließungen erfolgenden Vermischung von Migranten und Deutschen weisen aus der Türkei stammende, verheiratete Männer einen Anteil von 6,6 Prozent auf, aus der Türkei stammende Frauen einen solchen von 2,4 Prozent. Das ist wenig im Vergleich etwa mit Italienischstämmigen (Männer 31 %, Frauen 16,4 %), aber auch mit Personen aus Polen (Männer 12,8 %, Frauen 23,4 %). Zumindest die in Deutschland lebende Gruppe mit Wurzeln in der Türkei scheint also eine größere ethnische Homogenität aufzuweisen als Zuwanderer anderer Nationalität, und sie scheint diese Homogenität vor allem über das Heiratsverhalten ihrer weiblichen Mitglieder auch weitgehend bewahren zu können.
- Die *soziale Lage* der Muslime in Deutschland ist weitgehend geprägt durch die ethnische Herkunft und damit verbunden durch die Umstände der Einreise nach Deutschland. So ist bei der Mehrzahl der Ethnien der jeweilige Anteil an den ärmeren und schulisch weniger gebildeten Schichten (oft erheblich) größer als in der deutschen Gesamtbevölkerung – ein Faktum, das sich immer dann konstatieren läßt, wenn es sich entweder um große (einstige) Gastarbeiterpopulationen, wie etwa im Fall der aus der Türkei Stammenden, handelt oder aber um Kriegsflüchtlinge (Bosniaken, Kurden). Demgemäß bilden die iranischstämmigen Immigranten in diesem Zusammenhang eine Ausnahme: Innerhalb der aus dem Iran nach Deutschland gekommenen Personenschar stellt die vor dem islamistischen Khomeini-Regime geflohene persische Elite des Schah-Reiches einen hohen Anteil, mit anderen Worten, die Iraner sind gegenüber den übrigen großen Gruppen muslimischer Ethnien überdurchschnittlich gebildet. Es fällt ihnen leichter, innerhalb der deutschen Gesellschaft angesehene Positionen zu erringen und zu behalten. Das hat zur Folge, daß die Iraner, anders etwa als Türken, Kurden und zum Teil Arabischstämmige, auch weniger zur sogenannten *Ghettobildung* in den Städten neigen – oder vielleicht besser: gezwungen sind. Ähnliches gilt aus anderen Gründen für die Bosniaken, die trotz aller Verwerfungen innerhalb der jüngeren Geschichte noch eng mit anderen, eine der ihren ähnliche Sprache sprechenden Einwanderergruppen verbunden sind (Kroaten und Serben).

Nun sollte man meinen, daß die Existenz einer über viele deutsche Städte und Gemeinden verstreuten Schar von gut drei Millionen Muslimen die 78 Millionen übrigen Einwohner nicht beunruhigen sollte – schließlich handelt es sich um gerade einmal vier Prozent der Gesamtbevölkerung. Dem ist aber nicht so, und zwar aus verschiedenen Gründen:

1. Die Deutschen stehen zum wohl ersten Mal in ihrer über tausendjährigen Geschichte vor dem Phänomen, daß in ihrer Mitte eine größere Minderheit aufgewachsen ist, die sich nicht – wie in den letzten Jahrhunderten die Hugenotten oder auch die Polen – mit hoher Wahrscheinlichkeit assimilieren wird, die also vermutlich über lange Zeit hinweg einen eigenständigen Faktor in der bundesrepublikanischen Gesellschaft bilden wird.

2. Die Muslime sind Angehörige einer Religion, die die Entwicklung des deutschen und europäischen Wertekanons nicht oder jedenfalls nur sehr unvollkommen mitgemacht hat. Folglich gibt es zwischen dem Islam und dem Christentum, vor allem aber der sogenannten westlichen Kultur, die sich aus christlichen Wurzeln und angestoßen durch Humanismus und Aufklärung über die letzten Jahrhunderte in Europa entwickelt hat, erhebliche Unterschiede – Unterschiede, die sich heute vor allem an der Präsenz von Religion und Göttlichem in der Gesellschaft zeigen. Bei allem durch zahllose Individuen auf beiden Seiten vertretenem Abwechlertum ist zu konstatieren, daß Muslime und Nicht-Muslime in Deutschland, aber auch weltweit nach unterschiedlichen Ethiken leben.

3. Besondere Brisanz erfährt die Existenz der Muslime in Deutschland durch demographische Gesichtspunkte. Wenngleich die jeweiligen Größenordnungen in Forschung und öffentlicher Meinung sehr umstritten sind, ist es gleichwohl Konsens, daß die Anhänger des Islam in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zahlenmäßig mehr werden dürften, während die übrige, westlich oder christlich geprägte Bevölkerung eher abnehmen wird. Der Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung wird also steigen, und zwar nicht unerheblich. Das wird vor allem in bestimmten Städten Westdeutschlands, aber auch in Teilen Berlins dazu führen, daß die Muslime lokal in einigen Gegenden ihren Status als Minderheit verlieren und im Gegenzug zur Mehrheit aufwachsen werden.

4. Die neu aufwachsende – oder, je nach Definition, bereits aufgewachsene – Minderheit der Muslime ist nicht, wie etwa die sorbische oder die dänische, eine, die ihr Zentrum im Inland oder einem näheren, gleichwohl nicht besonders wirkungsmächtigen Ausland (Dänemark) findet. Vielmehr begreifen sich zahlreiche bekennende Muslime in Deutschland in religiöser und auch kultureller Hinsicht als Teil der Umma, also als Mitglied der nun einmal von der muslimischen Staatenwelt geprägten Gemeinschaft der Anhänger Mohammeds. Hinzu kommt die nationale bzw. ethnische Verbindung zu Völkern im Ausland, etwa zur Türkei – eine Verbindung, die durch Familiennachzug, den Konsum von Presse und Medien, aber auch auf vielfältige andere Weise weiter erhalten wird, nicht

zuletzt mit massiver Unterstützung durch auswärtige Regierungen und Systeme. In gewisser Weise eröffnen also die muslimischen Minderheiten fremden Systemen und Regierungen einen Zugang zur deutschen Innenpolitik, der im Umkehrschluß den Minderheiten ein Gewicht verleiht und zukünftig noch viel mehr verleihen dürfte, das ihrem Bevölkerungsanteil nicht entspricht.

## ***Der Islam als Herausforderung für die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland***

### **Innenpolitik**

Die deutsche Innenpolitik beschäftigt sich auch heute schon mit muslimischen Gruppierungen, aber auch mit dem Islam an sich als Teil der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Die Anschläge vom 11. September 2001 in Amerika, dazu die von London und Madrid haben deutlich gemacht, daß in Europa und damit auch in Deutschland Muslime leben, die bereit sind, sich gegen westliche Politik und Lebensart mit Gewalt einzusetzen. Die Diskussion der letzten Jahre hat gezeigt, daß viele Muslime in Deutschland weitgehend in einer eigenen Gesellschaft und Gemeinschaft leben – verbunden mit der Mehrheitsbevölkerung in vielfältiger (wirtschaftlicher, administrativer, institutioneller) Hinsicht, getrennt dagegen durch einen breiten kulturellen, sozialen und religiösen Graben („Parallelgesellschaften“).

Die deutsche Mehrheitsbevölkerung, der Staat und verschiedene kulturelle und kirchliche Institutionen haben auf diese Erkenntnis reagiert, einerseits mit verschärfter Beobachtung und Verfolgung gewaltbereiter Islamisten, andererseits aber auch mit einem breiten Dialog, der helfen soll, die eingewanderten Muslime an das Grundgesetz und seine Werte heranzuführen und so auf Dauer den inneren Frieden für die Bundesrepublik Deutschland zu bewahren.<sup>82</sup> Das ent-

---

<sup>82</sup> Dabei ist der Dialog zwischen Vertretern der Bundesrepublik und denen christlicher Kirchen auf der einen Seite und den Repräsentanten muslimischer Organisationen oft von Missverständnissen geprägt, die Gespräche auf Augenhöhe praktisch unmöglich machen. Westlicher Relativismus stößt hier auf muslimischen Absolutheitsanspruch – mit der Folge, daß bestimmte Begriffe (wie Religionsfreiheit und Toleranz) mit ganz unterschiedlichen Inhalten unterlegt werden. Selbst der Sinn des Dialogs wird von beiden Seiten verschieden definiert: Handelt es sich auf regierungsamtlicher und christlicher Seite meist darum, ein wie auch immer geartetes friedliches Zusammenleben mit einer aufstrebenden Minderheit zu erreichen (selbst um den Preis der Aufgabe eigener Positionen), verstehen die Vertreter des Islam solche Prozesse als Chance zur Ausbreitung ihrer Religion, weshalb ein wirkliches Zugehen der Muslime auf die Positionen der Gegenseite selten erfolgt; vgl. Spuler-Stegemann, Ursula, ...denn sie wissen, was sie tun. Zum Verhältnis der Muslime

scheidende Schlagwort in diesem Zusammenhang heißt „Integration“ – für die staatliche Kultur der Bundesrepublik ein wichtiger Begriff, weil eben nicht die „Assimilation“ gefordert wird.

Eine erhebliche Schwierigkeit erwächst dem Dialog mit dem Islam daraus, daß die Muslime in Deutschland keine verfaßte Gemeinschaft bilden, es also keine Institution gibt, die für den gesamten islamischen Bevölkerungsteil sprechen kann. Vielmehr werden die Muslime in der Bundesrepublik durch eine Fülle von Organisationen und Vereinen betreut und vertreten – darunter auch solchen, die eng mit den Regierungen anderer Staaten verbunden sind.<sup>83</sup> Unklar ist daneben aber auch die Frage, inwieweit die muslimischen Organisationen, ihre Mitglieder, außerdem die Masse der nicht-organisierten Muslime in Deutschland überhaupt an Integration interessiert sind und wenn ja, was in diesem Zusammenhang unter dem Begriff Integration verstanden wird. Selbst die Bundesregierung gibt in der 2006 entstandenen Schrift „Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen“<sup>84</sup> keine genaue Definition des Begriffs: Sowohl Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch die für Integration zuständige Staatsministerin Maria Böhmer, aber auch die Autoren des Gesamtdokuments vermeiden eine umfassende Beschreibung und heben lediglich einen wichtigen Aspekt hervor: Die Anerkennung des Grundgesetzes als Grundlage der Gesellschaft. Ansonsten bleiben die in Deutschland verbreiteten Vorstellungen denkbar schwammig – Rückgriffe auf die Geschichte legen zwar nahe, daß als Optimum eine Assimilation verstanden wird, aber genau das wird eben nicht explicit ausgedrückt (zumal die Assimilation im Hinblick auf die Muslime unter Berücksichtigung der Religionsfreiheit im Rahmen der deutschen Verfassungsordnung durch staatliche Stellen kaum propagiert werden dürfte). Folglich wird das Wort „Integration“ zu einem Objekt der Interpretation – wobei gerade muslimische Gruppierungen zum großen Teil zwar auf eine entschiedene Gleichberechtigung mit der deutschen Mehrheitsbevölkerung pochen, diese Gleichberechtigung aber auf wirtschaftliche, soziale und politische Aspekte begrenzt sehen wollen. Wenig Anhängerschaft findet das eindeutige Bekenntnis zum Grundgesetz in Fallkonstellationen, bei denen die deutsche Verfassungsordnung mit Werten der Scharia in Widerspruch gerät. Hier beharren die muslimischen Gemeinschaften auf dem Prinzip der (muslimisch verstandenen, s.o.) Religionsfreiheit. Bestimmte Punkte der Diskussion, etwa zur

---

in Deutschland zu den christlichen Kirchen, in: dies. (Hg.), Feindbild Christentum im Islam. Eine Bestandsaufnahme, Bonn 2006 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 573), S. 173-183.

<sup>83</sup> Besonders hervorzuheben in diesem Zusammenhang: Die DITIB (Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion) als Instrument der türkischen Regierung, die von Saudi-Arabien finanzierte König-Fahd-Akademie (Schule in Bad Godesberg, die allerdings vornehmlich nur vorübergehend in Deutschland lebende Schüler ansprechen soll) und das von der schiitischen Führung im Iran gelenkte Islamische Zentrum Hamburg.

<sup>84</sup> <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/07/Anlage/2007-10-18-nationaler-integrationsplan.property=publicationFile.pdf>.

Rolle der Frau in der Gesellschaft und zur Zulassung von Konversionen vom Islam zum Christentum, scheinen daher kaum einem Konsens zuzuführen sein.

Bei allem Dissens zwischen deutscher Mehrheitsgesellschaft und den Anhängern des Islam in der Bundesrepublik bilden die Muslime in Deutschland doch momentan kein Sicherheitsrisiko, das den Bestand des Staates und die Geltung des Grundgesetzes in Frage stellen könnte. Aktionen militanter Islamisten können wohl empfindliche Schäden, auch viele Tote verursachen – sie werden aber heutzutage und in den nächsten Jahren kaum zur existenziellen Bedrohung werden. Gleiches gilt für das Fortbestehen muslimischer Parallelgesellschaften, denen immerhin nur wenige Prozent der Gesamtbevölkerung angehören.

Allerdings gilt diese Analyse nur für die Jetzt-Zeit.<sup>85</sup> Bezieht man die erwartete demographische Entwicklung Deutschlands und der Welt bis etwa zum Jahr 2050 n.Chr. in die Berechnung ein, dürften sich aller Wahrscheinlichkeit nach die Relationen zwischen Minderheit und Mehrheit, zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen in Deutschland stark zugunsten der ersteren verschieben. Die momentan von der Forschung bereitgestellten und von Michael Blume zusammengefaßten Zahlen<sup>86</sup> gehen von einer Erhöhung des muslimischen Bevölkerungsanteils in verschiedenen Größenordnungen aus:

1. Das Islam-Archiv Soest, bemerkenswerterweise eine muslimische Organisation, geht von einem Kippen der Mehrheitsverhältnisse in Deutschland um das Jahr 2045 aus (mehr als 50 Prozent Muslime).
2. Eine Fortschreibung der Daten aus der Volkszählung 1987 in Verbindung mit einer Stellungnahme der Bundesregierung von 2001 legt nahe, daß die Stärke der Muslime 2030 um die 12 bis 14 Millionen betragen könnte, 2050 sogar über 20 Millionen (was einem Anteil von rund 30 Prozent an der Gesamtbevölkerung entspräche).
3. Blume selbst kommt durch eigene Berechnungen zu einem Anwachsen der Muslime bis 2030 auf etwa 7,7 Millionen (also etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung). Zur Situation 2050 äußert er sich nicht.

Vor allem die Zahlen der Punkte 1. und 2. sind geeignet, die Diskussion um die Zukunft der Bundesrepublik durchaus zu verschärfen. Denn in der Tat herrscht sowohl auf Seiten der heutigen Mehrheitsbevölkerung als auch auf der der Muslime die Erwartung vor, daß eine solche Verschiebung der Relationen auch die Machtverteilung im Land verändern würde – mit anderen Worten, daß das Grundgesetz und die nunmehr jahrzehntelang eingeübten Formen des deutschen politischen und gesellschaftlichen Alltags einer Islamisierung von Recht und

---

<sup>85</sup> Eine optimistische Perspektive für die das Verhältnis zwischen Westen/Christentum und Islam gibt dagegen: Lüders, Michael, Allahs langer Schatten. Warum wir keine Angst vor dem Islam haben müssen, Freiburg 2007, S. 212-223.

<sup>86</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des namhaften Religionswissenschaftlers Michael Blume: <http://www.blume-religionswissenschaft.de/pdf/WirdDeutschlandislamischBadBollBlume2007.pdf>.

Kultur weichen könnten, ein Prozeß, der – was allerdings selten herausgestellt wird – nicht unbedingt friedlich ablaufen müßte.

Nun gibt es aus den islamischen Institutionen heraus bislang wenige Vorschläge, wie denn in Zukunft die Vereinbarkeit von Scharia und Grundgesetz erreicht werden könnte. Einzig muslimische Dissidenten und Einzelpersonen formulieren Strategien für diesen Weg, etwa der Göttinger Professor Bassam Tibi, der in zahlreichen Werken<sup>87</sup> eine von den Medien viel beachtete, unter den deutschen Muslimen gleichwohl bislang kaum angenommene Forderung aufgestellt hat: Die Entwicklung eines Euro-Islam. Tibi geht von einem die Geschichte bestimmenden Gegensatz zwischen christlich geprägter europäischer und islamischer Zivilisation aus. Er wird nicht müde, die Unvereinbarkeit westlicher Werte mit denen des Islam zu betonen und zu beklagen, daß der Rückzug des Religiösen aus der Lebenswelt der Europäer diesen die Möglichkeit genommen habe, den Konflikt überhaupt in all seinen Dimensionen zu verstehen – z.B. die Tatsache, daß für religiöse Menschen (in diesem Fall die Muslime) Absolutes, Göttliches nicht verhandelbar sei.<sup>88</sup> Angesichts der demographischen Entwicklung sieht Tibi für Europa, und damit auch für Deutschland, nur zwei Alternativen: Entweder die langfristige Islamisierung Europas (verbunden mit Krieg und Gewalt) oder aber eben die Entwicklung eines Euro-Islam – eines Islam ohne Scharia, ohne Mission und ohne Heiligen Krieg (Djihad). Ein Konzept, das allerdings von den meisten Führern muslimischer Organisationen sowie von nahezu allen islamischen Theologen und Rechtsgelehrten abgelehnt wird und daher kaum zur Durchsetzung gelangen wird, zumal der Relativismus und die Offenheit europäischer Gesellschaften dem Islam keinen wirklichen Zwang schaffen, zum eigenen Weiterbestehen in Deutschland und Europa traditionelle Werte aufzugeben und neue des Aufnahmelandes anzunehmen.

Gleichwohl gibt es zu diesem Konzept keine Alternative. Die Bundesrepublik Deutschland muß zur Wahrung der Verfassung und zur Fortführung ihrer Kultur darauf hinwirken,

- einerseits die Anbindung der hier lebenden und in Zukunft noch einwandernden oder geboren werdenden Muslime an die deutsche Gesellschaftskonzeption zu verstärken und
- andererseits die so zu erprobende Integrationsfähigkeit der Mehrheitsbevölkerung nicht überzustrapazieren, was nur möglich ist, wenn das Wachstum der muslimischen Gemeinschaften in Deutschland (vor allem in Relation zur Gesamtbevölkerung) verlangsamt wird.

---

<sup>87</sup> Vgl. z.B. Tibi, Bassam, Die islamische Herausforderung. Religion und Politik im Europa des 21. Jahrhunderts, Darmstadt 2007.

<sup>88</sup> Ebd. S. 25.

Dazu ist es erforderlich, auch in den stark familiär geprägten muslimischen Bevölkerungsgruppen den auf Individuen zugeschnittenen Grundrechtskatalog kompromißlos durchzusetzen – kompromißlos deshalb, weil jedes Zugeständnis in dieser Frage zwar die Rechte der jeweils bestimmenden Muslime stärkt, die Selbstverwirklichung der von ihnen bestimmten Familienangehörigen gleichwohl erheblich beschneidet. Im Detail handelt es sich dabei hauptsächlich um drei Themenbereiche: Religionsfreiheit, sexuelle Selbstbestimmung und die Rolle der Frau.

Die Durchsetzung der Religionsfreiheit – wohlbemerkt in westlichem, nicht in muslimischem Sinn – ist essentiell, um die Ausbreitung des Islam in der autochthonen deutschen Bevölkerung nicht zur Einbahnstraße werden zu lassen. Schließlich stehen jährlichen Konversionen zum Islam in der Größenordnung von bis zu viertausend Personen<sup>89</sup> nur wenige Einzelfälle gegenüber, die vom Islam zum Christentum übertreten<sup>90</sup> – ein Phänomen, das durchaus nicht nur eine Frage der spirituellen und heimatgebenden Qualität der verschiedenen Religionen ist. Vielmehr handelt es sich um das Ergebnis massiven Drucks, den muslimische Gemeinden und Familien, ja die gesamte Umma ausüben, wenn ein ihnen zugehöriges Individuum die islamische Gemeinschaft verlassen möchte.<sup>91</sup>

Grundsätzlich dürfte auch in Zukunft die Umsetzung der Menschenrechte und des grundgesetzlichen Wertekatalogs unter den Muslimen in Deutschland auf dem Weg erfolgen müssen, den die Bundesregierung im Nationalen Integrationsplan bereits 2006 vorgegeben hat.<sup>92</sup>

Als besonders problematisch wird sich voraussichtlich die Begrenzung von Zuwanderung gestalten.<sup>93</sup> Zwar ist die legale Einreise nach Deutschland auch jetzt schon stark reglementiert; in diesem Zusammenhang besteht die Gefahr größerer

---

<sup>89</sup> Zur Größenordnung der Konversionen zum Islam s. Ehrhardt, Christoph, Ick bin ein Muslim geworden, F.A.Z. vom 06.09.2007

(<http://www.faz.net/s/RubF359F74E867B46C1A180E8E1E1197DEE/Doc~E1AA3F13334DF48468316AD2A6AE87BF9~ATpl~Ecommon~Scontent.html>).

<sup>90</sup> Telefonische Erhebungen bei den katholischen Pfarrämtern der Stadt Regensburg, den evangelisch-lutherischen Pfarrämtern der Stadt Göttingen sowie zahlreichen evangelischen, z.T. auch freikirchlichen Gemeinden Berlin haben ergeben, daß in all diesen Gebieten zusammengenommen in den Jahren 2006 bis 2008 gerade einmal eine Muslimin zum Christentum übergetreten ist (Türkin aus Neukölln, zu den Baptisten). Andere, in der Presse zuweilen herausgestellte Gemeinden (meist freikirchlicher Provenienz) mit vielen Konvertiten erweisen sich bei näherem Hinsehen als überaus klein und durchaus nicht wachsend (z.B. die türkisch-baptistische Gemeinde Kreuzberg mit rund zwanzig Mitgliedern, die größtenteils schon seit vielen Jahren Christen sind).

<sup>91</sup> Zu den Folgen von Konversionen zum Christentum in muslimisch geprägten Gesellschaften vgl. Breuer, Rita, *Wie du mir so ich dir? Die Freiheit des Glaubens zwischen Christentum und Islam*, in: Spuler-Stegemann, Ursula, (Hg.), *Feindbild Christentum im Islam. Eine Bestandsaufnahme*, Bonn 2006 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 573), S. 35-53.

<sup>92</sup> <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/07/Anlage/2007-10-18-nationaler-integrationsplan.property=publicationFile.pdf>.

<sup>93</sup> Zu den gesetzlichen Regelungen zum Zuzug von Ausländern in die Bundesrepublik vgl. die entsprechenden Seiten des Bundesinnenministeriums (<http://www.zuwanderung.de/>).

Einwanderungswellen allenfalls im Auftreten von Flüchtlingsströmen. Als bedeutender dürfte sich die illegale Einwanderung gestalten, zumal sie zum Teil eingebettet ist in legale Reiseströme (Tourismus, Visa für Besuche). Hier kommt es darauf an, einerseits bereits im Vorfeld der Europäischen Union illegale Zuwanderer zu stoppen und andererseits in Deutschland aufgegriffene illegale Migranten konsequent abzuschieben.<sup>94</sup>

## **Außenpolitik**

In mancher Beziehung berühren sich äußere und innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, nicht zuletzt in Hinblick auf den Umgang mit dem Islam. Gerade die eben angesprochene Problematik von Migrationen zeigt, daß die immens wachsende Bevölkerung der muslimischen Staaten außerhalb Europas auf diesem Feld zu einer Bedrohung von innerer wie äußerer Sicherheit werden kann – und vermutlich auch werden wird.

Das gewaltige Bevölkerungswachstum (s. Abbildung 1 im Anhang mit einigen Beispielen) wird zahlreiche muslimische Staaten vor Herausforderungen stellen, die dort auf dem Wege der Innen- und Wirtschaftspolitik nur schwer zu lösen sein werden. Erinnert sei hier an die Stichworte Wassermangel, Ernährung, schwache bzw. einseitig auf den Öl-Export ausgerichtete Volkswirtschaften, Arbeitsplatzmangel, durch religiöse und staatliche Einflüsse zunehmende Behinderung persönlicher oder kollektiver Entfaltung – zusammenfassend: an die Perspektivlosigkeit, die sich für weite Teile der Unter- und Mittelschichten der betroffenen Länder ergibt. Hinzu kommt, als Folge eines Überschusses an junger Bevölkerung, die Anfälligkeit der muslimischen Gesellschaften für radikale Ideen, charismatische Führer und die damit verbundene Unfähigkeit, interne (und auch äußere) Konflikte durch Diskussion und Kompromiß zu lösen: Ein ständiger Druck auf die herrschenden Eliten, die, um dem zu entinnen und gleichzeitig neue wirtschaftliche Ressourcen zu erschließen, mit der Förderung von Auswanderung reagieren könnten. Das aber berührte die Sicherheit und Existenz Deutschlands direkt, denn als Ziele von Auswanderung dürften noch auf lange Zeit bevorzugt die als vergleichsweise reich und sicher geltenden Staaten des Westens dienen. Um dem zu begegnen, wird die deutsche Regierung eine Strategie mit mehreren Ansätzen fahren müssen:

---

<sup>94</sup> Zur Zuwanderung allgemein, aber auch den rechtlichen Konsequenzen und Möglichkeiten der Steuerung vgl. vor allem die Seiten 19-20 bei Hillebrand, Ernst, *Zu viele oder zu wenige? Demographische Entwicklung und internationale Migration*, Berlin 2007 (Schriftenreihe „Kompass 2020“ der Friedrich-Ebert-Stiftung).

- Erstens kommt es darauf an, im Rahmen des Schengener Abkommens und im Zusammenwirken mit der EU die illegale Einreise nach Europa zu erschweren.
- Zweitens sind Ressourcen bereitzustellen, um Flüchtlingsströme bereits in ihren Entstehungsländern oder jedenfalls in der unmittelbaren Nachbarschaft aufzufangen und so am Weiterzug nach Europa zu hindern.
- Drittens ist es erforderlich, über nationale und internationale Programme Bildung, auch Frauenbildung in den betreffenden Ländern zu fördern: Bildung gilt als Schlüssel zur Verlangsamung von Bevölkerungswachstum und befördert gleichzeitig das wirtschaftliche Fortkommen.
- Viertens sind die muslimischen Regime dazu zu drängen, ihren Bevölkerungen Anteil zu geben an den Einnahmen aus dem Verkauf von Rohstoffen.
- Und fünftens muß die deutsche Regierung sich dafür einsetzen, daß auch in muslimischen Staaten bestimmte Menschenrechte gewahrt werden, mithin zumindest die großangelegte Verfolgung und Unterdrückung von Minderheiten bzw. Teilen der Bevölkerung unterbleibt.

Abgesehen von der Bevölkerungsentwicklung dürfte in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiterhin die Versorgung Deutschlands mit Öl und Gas auf möglichst sicheren Wegen im Zentrum der deutschen Außenpolitik gegenüber zahlreichen muslimischen Staaten stehen. Es wird in diesem Zusammenhang darauf ankommen, die Landschaft der Exportstaaten möglichst breit gefächert zu erhalten, um eine zu große Abhängigkeit von einzelnen Regimen zu vermeiden. Gleichzeitig gilt es, die Transportwege offenzuhalten – sowohl vor Sperrungen durch einzelne Staaten als auch gegen Piraten. Hier werden auf Dauer nur Verfahren erfolgversprechend sein, die land-, luft- und seegestützte Ansätze beinhalten, etwa vergleichbar den momentanen US-amerikanischen Plänen gegenüber Somalia.

Eine vor dem Hintergrund des Grundgesetzes und der westlichen politischen Kultur allgemein überaus problematische Herausforderung stellt die Frage der Demokratisierung muslimischer Systeme dar, vor allem weil die meisten der betreffenden Staaten traditionell und eben auch heute nicht einmal in Ansätzen als pluralistische, rechtsstaatliche Demokratien zu bezeichnen sind.<sup>95</sup> Die Außenpolitik der westlichen Staaten leidet schon seit Jahren an dem moralischen Makel, für viele Weltgegenden demokratische Reformen zu fordern und gleichzeitig mit autoritären, manchmal auch totalitären (Saudi-Arabien) Regimen der islamischen Welt in vielfältiger Weise zusammenzuarbeiten und sogar verbündet zu sein.

---

<sup>95</sup> Fokussiert auf die amerikanische Außenpolitik zum Thema Demokratisierung muslimischer Staaten: Byman, Daniel, *Fighting terrorism with democracy?*, in: Frisch, Hillel und Efraim Inbar (Hg.), *Radical Islam an International Security. Challenges and Responses*, London/New York 2008, S. 189-203.

Allerdings wird auch in Zukunft die politische Vernunft dafür sprechen, un-demokratische Regierungssysteme zu erhalten – jedenfalls dann, wenn ein Umsturz, womöglich gepaart mit demokratischen Wahlen, das Risiko in sich birgt, ein unberechenbares, islamistisch-totalitäres Regime an die Macht zu bringen (wie es z.B. bei freien Wahlen in den Palästinensergebieten der Hamas gelungen ist). Überhaupt bilden islamistische Revolutionen eine der Hauptgefahren für die Stabilität in der muslimischen Staatenwelt – ein Umsturz in Saudi-Arabien, Ägypten oder Pakistan dürfte dezidiert anti-westlichen Kräften eine Fülle an wirtschaftlichen, militärischen und politischen Ressourcen zukommen lassen, die rasch zur Bedrohung für Nachbarn, aber auch für die Weltordnung an sich werden könnten.

Als Konstante dürfte für die muslimische Staatenwelt die Existenz verschiedener inner- und zwischenstaatlicher Konflikte auch in Zukunft erhalten bleiben. Zu nennen sind beispielsweise

- die bislang ungelöste Einbettung Israels in die Staatenwelt des Nahen Ostens,
- die ungeklärten Machtfragen im Sudan,
- das Streben des Iran (eventuell auch anderer Staaten) nach weitreichenden (Nuklear-) Waffen,<sup>96</sup>
- das Dringen der Kurden auf Unabhängigkeit,
- der indisch-pakistanische Streit um Kaschmir,
- die Stabilisierung des Iraks und Afghanistans, aber auch
- viele, zum Teil ethnisch begründete Konflikte in der gesamten muslimischen Welt.

Für die meisten dieser Konflikte ist kein wie auch immer gearteter, wirklich tragfähiger Lösungsansatz für die nähere und mittlere Zukunft in Sicht. Gleichwohl dürfte die internationale Gemeinschaft versuchen, wenigstens akute Ausbrüche der Krisen zu verhindern bzw. gegebenenfalls einzudämmen, abzumildern oder zu beenden. Das wiederum wird auch die Forderung nach finanzieller und/oder militärischer Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland beinhalten – Ansinnen, die in Gänze und auf Dauer kaum zurückzuweisen sein werden. Die deutsche Regierung wird sich also ebenso wie die Bundeswehr darauf einstellen müssen, einerseits die bereits begonnenen Einsätze in der muslimischen Staatenwelt noch über viele Jahre fortsetzen zu müssen und andererseits neue militärische, unter Umständen personalintensive Vorhaben in Angriff nehmen zu müssen (etwa in den Palästinensergebieten, im Sudan). Eine besondere Bedrohungslage würde sich hingegen ergeben, sollte Pakistan zerfallen

---

<sup>96</sup> Zum Hintergrund von Nuklearprogrammen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika s. Kerzel, Michael und Oliver Thränert, Von der friedlichen Nutzung der Kernenergie zum Bau der Atombombe? Die Gründe für das „nukleare Erwachen“ im Nahen Osten und die damit verbundenen Gefahren, Diskussionspapier der SWP, Berlin 2009.

oder der Iran den Schritt zur Erlangung von Kernwaffen tut. In diesen Fällen, vor allem im letzteren ist damit zu rechnen, daß die internationale Gemeinschaft unter Führung der USA militärische Großeinsätze etwa im Stil des letzten Golfkriegs durchführen wird, mit der Folge, daß im Rahmen westlicher Solidarität auch von der Bundesrepublik militärische Beiträge in einer Größenordnung gefordert werden, die bislang unüblich war.

Ein weiteres hier anzusprechendes Risikopotential in der islamischen Welt resultiert aus der Ungleichheit der Waffen zwischen dem Westen und den muslimischen Gesellschaften, mithin aus der asymmetrischen Bedrohung durch Terrorismus und Guerillakampf. Akteure werden in diesem Zusammenhang weniger muslimische Staatsführungen sein, wenn man von der finanziellen und logistischen Unterstützung islamistischer Gruppen etwa durch den Iran oder pakistanische und saudi-arabische Eliten absieht. Vielmehr dürfte es sich in absehbarer Zukunft ähnlich wie heute um Gruppen und Organisationen unterhalb der regierungsamtlichen Ebene handeln, von denen die größten Herausforderungen ausgehen.<sup>97</sup> Es wird sich, wie momentan im Fall Pakistans, die Frage stellen, ob und inwieweit der Westen solche Bewegungen bekämpfen kann, wenn sie denn ihre Rückzugsgebiete und Basen in eigentlich unbeteiligten muslimischen Staaten unterhalten, in Staaten, deren Regierungen nicht willens oder nicht in der Lage sind, die fraglichen Kämpfer und ihre Unterstützer effektiv zu bekämpfen oder an der Fortsetzung ihrer Aktivitäten zu hindern. Für diese Fälle sollte die deutsche Politik klären, inwieweit der Grundsatz der Souveränität solche Staaten vor Eingriffen von außen, eventuell auch durch die Bundeswehr, schützen sollte bzw. mit welchen Strategien solchen Bedrohungen zu begegnen ist.<sup>98</sup>

## ***Zusammenfassung***

Die Welt befindet sich schon seit Jahren in einem Umbruch, der die politische und kulturelle Stellung Deutschlands und Europas enorm verändert. Am deutlichsten sichtbar ist dieser Umbruch, wenn der Blick auf die demographische Entwicklung gerichtet wird: Einer zusammenschmelzenden autochthonen Bevölkerung in Mitteleuropa stehen wachsende, oft sogar quantitativ explo-

---

<sup>97</sup> Zur momentanen Struktur des islamischen Glaubenskrieges gegen den Westen und zu der Wahrscheinlichkeit, daß die Träger desselben in Zukunft Staaten sein könnten vgl. Singer, Max, The potential dangers of a „real“ jihad, in: Frisch, Hillel und Efraim Inbar (Hg.), Radical Islam an International Security. Challenges and Responses, London/New York 2008, S. 171-179.

<sup>98</sup> Eine gute Darstellung zum Umgang mit zerfallender Staatlichkeit findet sich bei: Schneckener, Ulrich, Fragile Staatlichkeit als globales Sicherheitsrisiko, in: APuZ 28-29/2005, S. 26-31.

dierende Einwohnerschaften jenseits der südlichen und südöstlichen Grenzen Europas gegenüber. Begleitet wird dieses Phänomen von in erheblichem Maß aufwachsenden Minderheiten in Deutschland selbst, aber auch in anderen europäischen Staaten. Gleichzeitig sinkt durch die Erstarkung wirtschaftlich und militärisch potenter Akteure (China, Indien, Brasilien u.v.a.) die relative politische Bedeutung der europäischen Staaten in der Welt – mit der Folge, daß schon jetzt Deutschland, Frankreich und Großbritannien militärische Zwerge sind, kaum in der Lage, außerhalb ihrer eigenen Grenzen einen Konflikt mit einer auch nur halbwegs gerüsteten Macht ohne amerikanische Hilfe erfolgreich bestehen zu können.

Das Entstehen bevölkerungsreicher Regionen in Afrika und Asien sowie die damit einhergehende Erstarkung dortiger Staaten führt jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht automatisch dazu, daß dort auch eine wirtschaftliche Potenz aufwächst, die in der Lage wäre, den wachsenden Volksmassen ein nach modernen Maßstäben adäquates Leben mit Ressourcen aus der Region selbst zu sichern. Das hinsichtlich Bildung, Infrastruktur und Technik in nahezu allen Bereichen überlegene Europa dagegen dürfte seine Stellung als „Insel der Reichen“ auch bei politischem Bedeutungsverlust noch über lange Zeit behalten – ein Graben, zu dessen Vertiefung nicht zuletzt der Klimawandel beitragen wird, durch den lebenswichtige Güter wie Trinkwasser und Nahrungsmittel in Nordafrika und Südwestasien noch knapper werden, als sie momentan ohnehin schon sind. Die weitgehend auf den Export von Rohstoffen wie Öl und Gas gestützten dortigen Volkswirtschaften werden kaum in der Lage sein, ihren Bedarf zur Gänze auf einem freien Weltmarkt zu decken.

Demographie, Politik und Wirtschaft als „harte“ Fakten bilden nur eine Seite der Lage. Eine andere – in nüchternen europäischen Analysen oft weniger beachtete – wird geprägt von „weichen“ Einflußfaktoren wie Kultur, Geist und Religion. Hier steht eine weitgehend areligiöse, relativierende, pluralistische und im Diskurs oft auf sich selbst beschränkte europäische und deutsche Gesellschaft von Individuen muslimischen Gemeinschaften gegenüber, die dezidiert andere Positionen vertreten: Statt Areligiosität herrscht in weiten Bevölkerungsschichten Religiosität, Relativismus weicht dem Glauben, die Wahrheit erkannt zu haben (ein Aspekt, der auch Pluralismus verhindert), und der Vielzahl von Individuen in europäischen Gesellschaften entsprechen relativ intakte Familien-, Clan- und Stammesstrukturen mit gelebten und weitergetragenen Identitäten. Dabei ist zu konstatieren, daß sich der Islam momentan keineswegs in Rückzug oder Zerfall befindet, sondern vielmehr bereits seit einigen Jahrzehnten eine innere Konsolidierung und äußere Expansion erfährt.

Zukunftsfähige deutsche Sicherheitspolitik muß lernen, all diese Facetten der zu erwartenden Entwicklung in einem stets anzupassenden Lagebild zu würdigen.

Dazu gehört vor allem, die These von der Weltgeltung westlicher Werte einer kritischen Betrachtung zu unterziehen – einer Betrachtung, die vielleicht nicht notwendig war, als Europa (bzw. die letztlich europäisch geprägten Blöcke in Ost und West) große Teile der Erde politisch, wirtschaftlich, militärisch und auch kulturell dominierte. Die großen, für uns so anziehend wirkenden Ideen von individuellen Menschenrechten, persönlicher Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft konnten ganz offensichtlich selbst in Phasen eindeutiger globaler Dominanz Europas und Amerikas allenfalls bruchstückhaft auf Gesellschaften übertragen werden, die außerhalb der christlichen bzw. abendländischen Geistesgeschichte stehen. Mit anderen Worten: Vermutlich befindet sich die Ausbreitung westlichen Gedankenguts eher auf dem Rückzug denn auf dem Vormarsch – attraktiv bleibt für andere Kulturen zwar das Muster wirtschaftlichen Erfolgs einschließlich technischer Errungenschaften, nicht aber das westliche Wertesystem in Gänze.

Die Erkenntnis von der Relativität westlicher und damit auch deutscher Werte im globalen Zusammenhang und im Verhältnis zum Islam kann nicht ohne Folgen für die deutsche Sicherheitspolitik bleiben – weder im Inneren wie im Äußeren, da sich spätestens seit dem Aufwachsen starker muslimischer Bevölkerungsgruppen in Deutschland und verstärkt durch die Globalisierung beide Bereiche eng berühren.

Im Inneren bedeutet das, die Existenz einer vermutlich wachsenden muslimischen Minderheit zu akzeptieren, die nicht, wie im Fall früherer Einwandererströme des 18. und 19. Jahrhunderts (Polen und Hugenotten), im Verlauf der nächsten Jahrzehnte und Jahrhunderte einfach im deutschen Volk aufgehen wird. Ein solches Aufgehen wäre nur möglich bei großer kultureller und geistiger Nähe im Verhältnis von autochthonen Deutschen und muslimischen Zuwanderern, ein Faktum, das augenscheinlich momentan nicht gegeben ist und sich in naher Zukunft wohl auch nicht einstellen wird. Folglich muß, soll die gewachsene verfassungsmäßige Ordnung Deutschlands nicht nur nominell, sondern auch in der Lebenswirklichkeit der Gesamtbevölkerung bewahrt werden, eine Strategie erarbeitet werden zum Umgang mit einer muslimischen Bevölkerungsgruppe, die wichtige Grundüberzeugungen der altansässigen Bevölkerung nicht teilt und versucht, ein an gegensätzlichen Werten orientiertes inneres Leben in Form von sogenannten Parallelgesellschaften zu führen.

Eine solche Strategie kann nicht in einer einzelnen Handlung bestehen, sie muß vielmehr an mehreren Eckpunkten ansetzen:

1. Deutsche Staatlichkeit muß versuchen, das Wachstum der muslimischen Minderheit in Deutschland nach Möglichkeit zu vermindern. Zu diesem Zweck ist zuvorderst eine restriktive Einwanderungspolitik gegenüber Muslimen zu betreiben. Vor allem ist Deutschland (in enger Zusammenarbeit mit den umgebenden europäischen Partnern) gegen illegale Zuwanderung konsequent abzuschotten.

2. Es ist kompromißlos gegen die Bildung sogenannter Parallelgesellschaften vorzugehen. Das bedeutet, den Grundrechtekanon allen Einwohnern Deutschlands zu eröffnen – und das nicht nur als theoretische Möglichkeit, sondern strafbewehrt auch als Pflicht für Minderheiten. Es darf nicht sein, daß bestimmte, in diesem Fall muslimische Minderheiten gestützt auf die durch die Verfassung garantierte Religionsfreiheit andere Menschenrechte unterlaufen, darunter nicht zuletzt das Recht auf den Wechsel der Religion und die Freiheit der Individuen, ihren Lebensweg (einschließlich der Heirat) autonom zu verwirklichen.

3. Es ist darauf hinzuwirken, daß innerhalb Deutschlands möglichst wenige Gebiete entstehen, in denen innerlich das Grundgesetz ablehnende Muslime die Bevölkerungsmehrheit bilden. Das beinhaltet angesichts der Unmöglichkeit, Muslime mit deutscher Staatsangehörigkeit zu reglementieren, nur den Ausweg, wenigstens Zuwanderern in mehrheitlich von autochthonen Einwohnern besiedelten Gebieten eine Heimstatt zu gewähren.

Das Entscheidende ist, in Deutschlands den Frieden innerhalb einer funktionierenden Zivilgesellschaft zu bewahren, also ein friedliches Miteinander der nunmehr existierenden unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu sichern. Das aber würde unmöglich, sollte die Toleranz (der autochthonen Bevölkerung) der Intoleranz (muslimischer Minderheiten) in Teilen des Staatsgebietes unterliegen – oder, anders gesagt, sollten Muslime mit islamisch motivierter Ideologie die Herrschaft über gewisse Räume Deutschlands beanspruchen oder sogar etablieren.

Der außenpolitische Handlungsspielraum Deutschlands im Hinblick auf die muslimische Staatengemeinschaft ist relativ gering. Es wird nicht möglich sein, Krisen innerhalb der islamischen Welt zu lösen, und es wird auch nicht möglich sein, als für unser Weltbild und unsere Interessen schädlich betrachtete Entwicklungen total zu verhindern – also weder die fundamentalistische Re-Islamisierung der muslimischen Welt noch den Klimawandel und die Fortdauer bestimmter Konflikte. Gleichwohl gibt es verschiedene Möglichkeiten, die Folgen des oben beschriebenen Wandels wenigstens zu kanalisieren und ihre Gefahren für Deutschland zu begrenzen:

1. Die politischen und militärischen Kräfte Deutschlands sind mit denen anderer Partner, namentlich der EU und NATO, zu bündeln, was enge Koordinierung erfordert. Es ist eine Strategie für den Umgang mit der islamischen Welt zu erarbeiten, die im konkreten Einzelfall auch konsequent umgesetzt werden muß, um eigene Positionen nicht ins Leere laufen zu lassen. Das bedeutet, letztlich die momentane Aufgabenteilung zwischen den USA und den Europäern – amerikanische Zuständigkeit für Kampfeinsätze und militärische Abschreckung, europäische für Friedenssicherung und wirtschaftlichen Aufbau – abzuschaffen zugunsten einer wirkungsvolleren Beteiligung gerade Europas und Deutschlands

an militärischen Maßnahmen aller Dimensionen. Nur so ist der politische Bedeutungsverlust Europa nachhaltig und auf Dauer zu minimieren.

2. Flüchtlingsströme im muslimischen Raum sind entweder bereits in ihrer Entstehung zu verhindern oder aber jedenfalls in der jeweiligen Region zu belassen, ein Einströmen nach Europa zu unterbinden.

3. Krisenherde von überregionaler Bedeutung sind möglichst unterhalb der Schwelle einer militärischen Eskalation zu halten. Das gilt besonders für Konflikte, bei denen der Einsatz (nuklearer) Massenvernichtungsmittel zu befürchten ist – also die Differenzen zwischen Indien und Pakistan, die Auseinandersetzungen zwischen Israel und seinen islamischen Nachbarn sowie für die vermuteten Bestrebungen des Iran, Atomwaffen zu erwerben.

4. Nicht-fundamentalistische Regime der muslimischen Welt sind zu stabilisieren, selbst wenn sie nicht allen demokratischen Werten des Westens nachkommen. Insbesondere ist auf diese Weise zu verhindern, daß weitere Staaten islamistische Regierungen bekommen.

5. Auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe sollte Deutschland gezielt dazu übergehen, die schließlich nur begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen als politisches Instrument zu begreifen, will sagen als Belohnung für und zur Förderung von Entwicklungen, die grundsätzlich dem Interesse Deutschlands nutzen. Das kann z.B. geschehen durch Unterstützung von Frauenbildung – (aus-)gebildete Frauen und die von ihnen geprägten Gesellschaften haben in aller Regel einen geringeren Geburtenüberschuß als solche Gemeinschaften, die die Frau lediglich in ihrer Funktion als Mutter achten und verstehen. Auf diese Weise dürfte es möglich sein, das drastische Bevölkerungswachstum in der islamischen Welt wenigstens zu verlangsamen. (Weltliche) Bildung allgemein kann auch der Schlüssel zum Entstehen von Zivilgesellschaften sein, die weniger anfällig sind gegenüber den Verlockungen wahabitischer oder schiitischer Fundamentalismen.

6. Im Fall der Türkei, Bosniens, des Kosovo, Mazedoniens und Albaniens ist, sollte es zu Beitrittsverhandlungen mit der EU kommen bzw. sollten diese (wie bei der Türkei) in die Phase der Entscheidung über die Mitgliedschaft gelangen, genau darauf zu achten, daß in den betreffenden Staaten nicht nur die Gesetze nominell den Anforderungen genügen, sondern auch darauf, wie die jeweiligen Bevölkerungen unterhalb der staatlichen Ebene europäisches Gedankengut umsetzen – namentlich in den besonders kritischen Punkten der gelebten Religionsfreiheit und der Gleichberechtigung aller im Staat lebenden Individuen einschließlich der Frauen.

Die wichtigste Grundregel für eine angemessene Durchsetzung deutscher Sicherheitsinteressen gegenüber dem islamischen Ausland dürfte allerdings darin bestehen, deutschen Einfluß und deutsche Machtmittel, weiche wie harte, nicht zu überschätzen und folglich auch nicht überzustrapazieren: Erfolge werden nur zu erzielen sein, wenn das deutsche Potential in Koordination mit den Partnern aus

EU und NATO gebündelt an bestimmten Schwerpunkten zur Geltung gebracht wird, also gegenüber Ländern und Regionen, die

- entweder von herausgehobener wirtschaftlicher Bedeutung sind,
- von denen besondere sicherheitsrelevante Bedrohungen ausgehen (militärisch, aber auch durch Förderung von Terrorismus oder über organisierte Kriminalität) oder
- die als (potentielle) Herkunftsländer von Flüchtlingen und illegalen Migrationsströmen massiven Einfluß auf die Bundesrepublik Deutschland nehmen könnten.

## **Die Umbrüche in der islamischen Welt Nordafrikas und des Nahen Ostens – Sicherheitspolitische Implikationen für Deutschland**

Die islamische Welt Nordafrikas und des Nahen Ostens ist durch die Demonstrationen, Aufstände und Umbrüche der letzten Zeit in den Fokus der deutschen Öffentlichkeit und Politik gelangt. Dabei hat sich gezeigt, daß es auf deutscher Seite an Konzepten mangelt, wie denn mit den Konflikten umzugehen ist.

Eine Betrachtung der sicherheitspolitischen Implikationen für Deutschland beginnt sinnvollerweise damit, die Strukturen des islamischen Raumes herauszuarbeiten: Staat, Gesellschaft, Religion und Wirtschaft. Dadurch wird klar, auf welchen Feldern es Konstanten gibt, die vermutlich auch nach der Umbruchphase weiterbestehen werden, und ebenso, in welcher Hinsicht überhaupt Veränderungen eintreten können. Danach sind die Beziehungen zu definieren, die zwischen Deutschland und dem islamischen Raum bestehen – und folglich die Gebiete, auf denen die Bundesrepublik von Umbrüchen getroffen werden kann. Den Schluß bilden Gedanken über Instrumente, die der deutschen Regierung zur Verfügung stehen, um auf Umbrüche, Konflikte und ihre Folgen zu reagieren.

## *Der islamische Raum*

Der islamische Raum in Nordafrika sowie im Nahen Osten umfaßt zwanzig Staaten bzw. Staatenbünde, die von arabischer Sprache und Kultur geprägt sind. Einen Sonderstatus haben West-Sahara, dessen Staatsgebiet zum größten Teil von Marokko besetzt ist und das deshalb als internationaler Akteur weitgehend ausscheidet, Palästina als ein in zwei Gebiete geteiltes Territorium mit begrenzter Souveränität sowie der Iran, der als wichtiger Akteur hier in die Betrachtung einfließt, jedoch nicht dem arabischen Sprach- und Kulturbereich zuzuordnen ist. Diese zwanzig Staaten erstrecken sich über ein Territorium von über zwölf Millionen Quadratkilometern. Die Bevölkerung besteht aus nahezu 380 Millionen Menschen, die ein Bruttosozialprodukt von 3559 Milliarden US-Dollar erwirtschaften. Im internationalen Vergleich übertreffen die islamischen Staaten dieser Region die Vereinigten Staaten von Amerika hinsichtlich Fläche und Bevölkerung um etwa ein Fünftel. Die Wirtschaftskraft dagegen beträgt nur etwa ein Viertel der US-amerikanischen.<sup>99</sup>

Die zwanzig – oder neunzehn, wenn man das kaum handlungsfähige West-Sahara abzieht – Staaten der Region vom Atlantik bis zu den innerasiatischen Hochgebirgen verfügen über eine beträchtliche Bandbreite politischer Systeme. Sieben Staaten sind Erbmonarchien,<sup>100</sup> einer, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), ist ein Zusammenschluß mehrerer Monarchien zu einem Bundesstaat unter Führung eines gewählten Oberherrn. In sechs Staaten herrschte bis zu den Unruhen 2011 ein auf Sicherheitskräfte bzw. Militär gestützter Diktator.<sup>101</sup> Die übrigen Staaten zeichnen sich durch Besonderheiten ihres politischen Systems aus, die eine Klassifizierung enorm erschweren: Der Iran erscheint als islamisches Präsidialregime unter Kontrolle eines geistlichen Wächterrats, Libyen bis zum Herbst 2011 als einzigartiges revolutionäres Experiment unter dem Staatschef Muammar al Gaddafi. Der Libanon, der Irak und Palästina sind als Gesamtstaaten nur begrenzt handlungsfähig, weil in ihnen verschiedene politische Kräfte immer noch um die Vorherrschaft ringen und die Schaffung eines Konsenses nur sehr unzureichend gelingt.

In keinem Staat der Region existiert eine funktionierende pluralistische Demokratie, selbst wenn einige Länder in unterschiedlichem Umfang demokratische Mechanismen in die Legitimation von Herrschaft einzubinden versuchen. Die Gründe dafür liegen einerseits in der Geschichte der Region, andererseits in Gesellschaftsstruktur und Religion.

---

<sup>99</sup> The World Factbook der CIA (<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html>, zuletzt aufgerufen am 21.02.2011); s. auch die Tabelle 3 im Anhang.

<sup>100</sup> Bahrain, Jordanien, Katar, Kuwait, Marokko, Oman und Saudi-Arabien.

<sup>101</sup> Ägypten, Algerien, Jemen, Mauretanien, Syrien und Tunesien.

Staatlichkeit funktioniert in den islamischen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie in Nordafrika anders als im abendländischen Europa. Das liegt vor allem daran, daß – im Gegensatz zu z.B. Europa – zwischen den Staat als Herrschaft ausübender Institution und den Staatsbürger als Individuum Zwischeninstanzen eingebettet sind, die mit dem Staat hinsichtlich des Anspruchs auf Loyalität der Bürger konkurrieren und oft nach patriarchalischen Prinzipien funktionieren.<sup>102</sup> Solche Zwischeninstanzen können je nach Region und Land Familien, Großfamilien (Clans), Stämme oder Glaubensgemeinschaften sein, wobei oft mehrere dieser Instanzen neben- und übereinander bestehen.<sup>103</sup>

Stämme und Clans bilden in vielen islamischen Staaten der Region das Rückgrat der Gesellschaft.<sup>104</sup> Sie gewähren ihren Angehörigen Schutz und Hilfe, vermitteln und sanktionieren bei einer Reihe rechtlicher Streitigkeiten und bewahren traditionelle kulturelle Werte – manchmal weit über die jeweiligen Staatsgrenzen hinaus. Damit verhindern sie den direkten Zugriff des Staates auf seine Bürger. Andererseits dienen die Stämme und Clans oft auch als Stütze staatlicher Macht. In den meisten Fällen können sich die regierenden Eliten der jeweiligen Staaten auf einzelne (oder mehrere) Stämme bzw. Clans stützen, die in die Herrschaftsarchitektur an entscheidenden Stellen eingebunden werden und im Gegenzug Vorteile genießen, nicht zuletzt solche wirtschaftlicher Natur.<sup>105</sup> Im Vergleich zur europäischen Gesellschaft bemerkenswert ist, daß sich der Zusammenhalt von Stämmen und Clans generationenlang auch nach dem Umzug in Städte nicht verliert, also selbst den kompletten Wechsel wirtschaftlicher und infrastruktureller Lebensumstände aushalten kann.<sup>106</sup>

Die Grenzen der heutigen arabisch-islamischen Staatenwelt sowie des Irans resultieren nur zum Teil aus gewachsenen historischen Traditionen, außerdem stimmen sie keineswegs mit ethnischen, religiösen und Stammesgrenzen überein. Vielmehr ist die Grenzziehung meist ein Produkt des zwanzigsten Jahrhunderts, aus den Jahren der europäischen bzw. türkischen Kolonialherrschaft und der Zeit der Befreiung davon. Ähnlich verhält es sich mit den Nationen. Weite Bevölkerungsteile

---

<sup>102</sup> Kreitmeyr, Nadine und Oliver Schlumberger, *Autoritäre Herrschaft in der arabischen Welt*, in: APuZ 24/2010, S. 16-22, hier S. 18-19.

<sup>103</sup> Suleiman, Sander Samir, *Elitenwechsel und gesellschaftliche Transformation in der arabisch-islamischen Welt – Eine vergleichende Untersuchung zu Jordanien und Marokko*, Diss. München 2009, S. 42.

<sup>104</sup> Singh, Nagendra Kumar und Abdul Mabud Khan (Hg.), *Encyclopaedia of the World Muslims – Tribes, Castes and Communities*, Band 1, New Delhi 2001 (Nachdruck 2002), S. IX.

<sup>105</sup> Suleiman, Sander Samir, *Elitenwechsel und gesellschaftliche Transformation in der arabisch-islamischen Welt – Eine vergleichende Untersuchung zu Jordanien und Marokko*, Diss. München 2009, S. 42.

<sup>106</sup> Singh, Nagendra Kumar und Abdul Mabud Khan (Hg.), *Encyclopaedia of the World Muslims – Tribes, Castes and Communities*, Band 1, New Delhi 2001 (Nachdruck 2002), S. IX.

der arabisch-islamischen Welt verstehen sich zuerst als Araber und dann als Teil ihres Stammes bzw. Clans (oder umgekehrt). Erst weit dahinter rangiert in der Regel das Bekenntnis zum eigenen Staat, also das Selbstverständnis, beispielsweise Libyer, Jordanier oder Saudi-Araber zu sein. Eine Ausnahme davon bildet die Bevölkerung des Iran, die aber eben auch nicht arabisch ist und außerdem auf die imperialen Traditionen eines historischen Großreiches (Persien) zurückblicken kann.

Als einigende Klammer der arabischen Staaten dient also weniger die Zustimmung der Gesamtbevölkerung als vielmehr die Herrschaft einer Elite. Diese Eliten müssen nicht unbedingt mit den Stammes- und Clanführungen identisch sein (wie es zum Teil bei den Monarchien der Fall ist), sie können vielmehr auch – bei fortbestehender Einbindung in die Stammes- und Clanlandschaft – technokratische oder militärische Ursprünge haben. Der Einfluß der Staatsführungen ist in jedem Fall auf bestimmte Politikfelder begrenzt: Sicherheit und Verteidigung, Infrastruktur und Wirtschaft, Finanzen, oft auch Bildung. Das in Europa so wichtige Gebiet der Gesellschafts- und Familienpolitik dagegen bleibt dem Zugriff der Regierungen entzogen und im konservierenden Verantwortungsbereich der Stämme und Clans. Gleiches gilt für die Religionspolitik: Der muslimische Klerus bildet nicht selten eine Art Gegenregierung, die bedeutenden Einfluß auf moralische und religiöse Fragen für sich reklamiert – manchmal auch auf allgemeinpolitische. Auf umfassende Veränderung abzielende Initiativen des Staates in diesen Bereichen würden die Legitimation der Regierung vor der Bevölkerung arg schwächen und im Extremfall zu einer Ablösung der staatlichen Eliten führen. Folglich besteht auch die Machtbasis der den Staat regierenden Eliten bzw. Personen meist in bestimmten Ausdrucksformen von Staatlichkeit: Streitkräfte, Polizeien, Geheimdienste, gelenkte Medien und Bildungssystem. Die Regime sind autoritär, die staatlichen Institutionen dienen dazu, den Staat an sich und vor allem die regierende Elite zu erhalten.

Saudi-Arabien und der Iran sind in der Konstruktion ihres Herrschaftsgefüges anders aufgestellt als die übrigen Staaten. In beiden fungiert die muslimische Geistlichkeit als wichtige Stütze des Systems. Dem Militär dagegen stehen die Eliten beider Staaten aus Angst vor Staatsstreichern eher skeptisch gegenüber.<sup>107</sup> Der Iran hat sogar neben der regulären Armee mit den Pasdaran noch eine besonders regimetreue Sonderstreitmacht geschaffen.<sup>108</sup>

---

<sup>107</sup> Steinberg, Guido, Saudi-Arabien als Partner deutscher Nahostpolitik, SWP-Studie, Berlin 2008, S. 15.

<sup>108</sup> Avenarius, Tomas, Schlagkräftige Stütze des Regimes – Revolutionswächter im Iran, Süddeutsche Zeitung vom 18.06.2009 (<http://www.sueddeutsche.de/politik/revolutionswaechter-in-iran-schlagkraeftige-stuetze-des-regimes-1.440524>, zuletzt aufgerufen am 28.03.2011).

Ein weiteres Charakteristikum, das alle Staaten der hier zu untersuchenden Region kennzeichnet, besteht in der Tatsache, daß es sich um sogenannte Rentierstaaten handelt: Die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft sowie das wirtschaftliche Überleben der Bevölkerung beruht in hohem Maß auf einem ständigen Geldzufluß von außen, der teilweise von den herrschenden Regimes im Sinne der Systemstabilisierung ausgeschüttet wird. In den Golfstaaten und den nordafrikanischen Ländern Libyen und Algerien stammen diese Einnahmen zum großen Teil aus dem Export von Erdöl und -gas. Rohstoffärmere Staaten wie Ägypten, Tunesien, der Jemen und Marokko sind wirtschaftlich auf die Überweisungen von Gastarbeitern angewiesen, die entweder in Europa oder aber in den Öl produzierenden Staaten der Region arbeiten. Im Fall Ägyptens kommen noch die Gebühren aus der Suezkanalverwaltung hinzu. Einige Staaten (Tunesien, Ägypten, Marokko, z.T. Jordanien) konnten zudem über Einnahmen aus Tourismus verfügen.<sup>109</sup> Ein besonderes Problem der Rentenwirtschaften Nordafrikas und des Nahen Ostens besteht allerdings darin, daß die Einnahmen nur sehr ungleichmäßig an die Bevölkerungen ausgeschüttet werden. Im Regelfall sichert sich eine herrschende Elite den Löwenanteil, was zu einer Diskrepanz zwischen reichen Ober- und armen Unterschichten führt und somit auf Dauer den sozialen Frieden bedroht.<sup>110</sup>

Die Bevölkerung der zwanzig Staaten von West-Sahara bis zum Iran bekennt sich überwiegend zum Islam. Bedeutende christliche Minderheiten unterschiedlicher Konfession existieren lediglich in Ägypten (ca. 10 %), Syrien (15 %), dem Libanon (39 %), Jordanien (5 %) und Palästina (8 % im Westjordanland). Das Christentum im Irak (noch 3 %) ist in jüngster Zeit durch Verfolgung und Auswanderung nahezu zusammengebrochen. Nicht-christliche Minderheiten finden sich noch in Ansätzen im Irak sowie im Iran (Jesiden, Mandäer und Zoroastrier).<sup>111</sup>

Der Islam zerfällt in zwei große Richtungen, Sunna und Schia, die sich auch theologisch unterscheiden, vor allem aber durch Wertungen zur Nachfolge Mohammeds. Sie stehen sich schon seit Jahrhunderten gewaltbereit gegenüber. Allerdings sind weder Sunna noch Schia in sich homogen. Beide haben eine Reihe von Untergruppen herausgebildet, die entweder lokale Auslegungen des Islam darstellen oder aber größer theologische Strömungen.

---

<sup>109</sup> Mayer, Florian, Zur Bedeutung von Renteneinnahmen für die politische und ökonomische Entwicklung der MONA-Region: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, Papier der Friedrich-Ebert Stiftung, ohne Ort und ohne Jahr [um 2006/07] (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04276.pdf>, zuletzt aufgerufen am 28.03.2011).

<sup>110</sup> Schumacher, Tobias, Wohlstand für wenige – Die arabische Welt fordert mehr Wohlstand und soziale Gerechtigkeit, IP März/April 2011, S. 30-35.

<sup>111</sup> Anderson, Ewan William, The Middle East – Geography and Geopolitics, London/New York 2000, S. 142-143.

Eindeutiges Zentrum der Schiiten ist der Iran, in dem die schiitische Auslegung des Islam Staatsreligion und zugleich Glaube von rund neunzig Prozent der Bevölkerung ist. Alle anderen Staaten Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens werden von sunnitischen Eliten regiert – mit vier Ausnahmen: Der Libanon bildet ein multireligiöses Staatswesen, in dem religiös-konfessionelle Parität herrscht. Der Irak besitzt eine schiitische Bevölkerungsmehrheit, die in letzter Zeit auch an der Regierung beteiligt ist, ein Novum, denn traditionell herrschten im Irak sunnitische Eliten über eine multireligiöse und multi-konfessionelle Einwohnerschaft. Syrien wird durch die Familie Assad regiert, die einer schiitischen Sekte, den Alawiten, angehört. Die Bevölkerungsmehrheit Syriens bekennt sich gleichwohl zur sunnitischen Auslegung des Islam, weshalb die syrische Führungsschicht immer sehr zurückhaltend darin ist, ihren Glauben zu offenbaren. Und im Jemen schließlich gehört der Diktator Salih ebenfalls einem schiitischen Stamm an – regiert aber wie die Assad in Syrien eine sunnitische Bevölkerungsmehrheit.

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung befinden sich die Schiiten im Iran, im Irak und in Bahrain in der Mehrheit, bedeutende Minderheiten leben in einigen Monarchien am Persischen Golf (Kuweit, Vereinigte Arabische Emirate, Katar, Saudi-Arabien), im Jemen und im Libanon, sowie, zählt man die Alawiten zu den Schiiten, auch in Syrien.

Der Bogen, den schiitische Mehr- und Minderheiten vom Iran und dem Persischen Golf im Osten über den Irak bis in den Libanon formen, wird in Teilen der sunnitischen Glaubensgemeinschaft Arabiens als *schiitischer Halbmond* bezeichnet und als Bedrohung sunnitischer Rechtgläubigkeit und Vorherrschaft in der Region aufgefaßt. Dabei wird häufig übersehen, daß auch die Sunna durchaus nicht homogen und vor allem auch in Bewegung ist. So geraten zahlreiche lokale Glaubensstraditionen in den letzten Jahren und Jahrzehnten unter Druck, sich in fundamentalistischem Sinn zu verändern. Dieser Druck geht nicht zuletzt von Saudi-Arabien aus, in dem die islamisch-puristische Auslegung der Wahhabiya dominiert und mit Hilfe saudischen Geldes und durch die Herrschaft über die heiligen Stätten in Mekka und Medina zunehmend in andere Staaten exportiert wird.

Zwar verstehen sich alle Staaten der Region – abgesehen vom Libanon – als muslimisch. Die Rolle der Religion in Staat und Gesellschaft ist jedoch durchaus unterschiedlich. Das bezieht sich vor allem auf den Einfluß, der der muslimischen Geistlichkeit sowie streng gläubigen Bevölkerungskreisen auf die Politik zukommt. Dieser ist lediglich in Saudi-Arabien und im Iran institutionalisiert. In den übrigen Staaten herrschen mehr oder weniger laizistische Eliten mit der Folge, daß sich große streng-islamische Bevölkerungsgruppen (u.a. die Muslimbruderschaft und ihre Ableger) in Opposition zum Staatsapparat befinden und von diesem als latente Bedrohung wahrgenommen werden.

Die Volkswirtschaften Nordafrikas sowie des Nahen Ostens sind abhängig vom Erdöl- bzw. Erdgasexport.<sup>112</sup> Diese Abhängigkeit ist entweder direkt (bei den wichtigen Förderländern Algerien, Bahrein, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Oman, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate) oder indirekt über Gastarbeiterrücküberweisungen (Ägypten, Jemen, Jordanien, Libanon, Marokko, Palästina, Syrien, Tunesien).

Allerdings ist in den letzten Jahren zu bemerken, daß die Erdölproduzenten ihre Arbeitsmärkte in unterschiedlichem Maß nationalisieren und versuchen, Gastarbeiter wenigstens teilweise durch eigene Arbeitskräfte zu ersetzen. Das kann erhebliche Auswirkungen auf die Volkswirtschaften der Entsendestaaten haben. Ein weiteres Problem der direkten oder indirekten Abhängigkeit vom Öl- bzw. Gasexport liegt in der trotz Preissteigerungen und Erhöhung der Fördermengen nicht endlos möglichen Steigerung der Einnahmen. Verschärfend kommt hier das Bevölkerungswachstum in allen Staaten der Region hinzu, das dazu führt, daß die Exporterlöse auf eine erheblich größere Zahl an Personen aufgeteilt werden müssen. Tendenziell sind also die Perspektiven des Rohstoffexports begrenzt, eine Erkenntnis, auf die die Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens bislang vor allem mit der Bildung von Rücklagen reagieren. Ein zweiter, von den Staaten des Maghreb (Marokko, Algerien, Tunesien) begangener Weg ist der Aufbau von Gastarbeiterpopulationen in Europa, die eine begrenzte Teilhabe am Wirtschaftserfolg namentlich Frankreichs, Italiens und Spaniens garantieren.

Abgesehen von Sondereinnahmen, die einige Staaten aufgrund geographischer Lage oder politischer Besonderheiten erzielen (Tunesien: Erdgaspipeline von Algerien nach Italien; Ägypten: Suezkanal; Palästina: Entwicklungshilfe), bietet bislang einzig der Tourismus eine Möglichkeit, unabhängig vom Ölgeschäft Deviseneinnahmen zu erzielen. Allerdings waren in der Vergangenheit angesichts politischer Unsicherheiten nur Tunesien, Ägypten und in begrenztem Umfang Jordanien in der Lage, eine relevante Tourismuswirtschaft auszubauen. Eine Ausnahmestellung nehmen die Vereinigten Arabischen Emirate ein: Dort erzielen nur drei der sieben Emirate hohe Einnahmen aus dem Ölgeschäft, die übrigen vier haben sich als Wirtschafts- und Tourismuszentren etabliert (und erlangen zusätzlich Subventionen der Öl-Emirate).

Außer dem Libanon und den Palästinensergebieten zeichnet alle Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens eine überaus ungleichmäßige Siedlungsstruktur aus. Die naturräumliche Gliederung (riesige Wüstengegenden, im Falle des Iran und im Maghreb auch Gebirgsregionen) erzwingt die Konzentration der Einwohnerschaft in vergleichsweise kleinen Landstrichen. Auf diese Landstriche ist dann auch die intensive Landwirtschaft begrenzt, andernorts ist – wenn

---

<sup>112</sup> Siehe Tabelle 4 im Anhang.

überhaupt – allenfalls extensive Viehhaltung möglich. Hauptursache dafür ist die unzureichende Verfügbarkeit von Süßwasser,<sup>113</sup> ein Problem, das sich angesichts des rasanten Bevölkerungswachstums verschärft und mit einer drückenden Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten einhergeht. Die Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens versuchen zunehmend, Investitionen im Ausland zur Linderung dieser Versorgungsmisere einzusetzen.<sup>114</sup>

Durch den nordafrikanischen und nah-östlichen Raum führen für die Weltwirtschaft enorm wichtige Versorgungswege. Einerseits die großen Schifffahrtsrouten aus Atlantik und Mittelmeer in den Indischen Ozean und nach Ostasien, andererseits Drehkreuze der Telekommunikation und drittens Versorgungsleitungen zum Transport von Erdgas. Neurgalgische Punkte, an denen sich der Schiffsverkehr konzentriert und die daher von besonderer strategischer Bedeutung sind, finden sich vor allem vor Marokko (Straße von Gibraltar), in Ägypten (Suezkanal), zwischen Ägypten, Saudi-Arabien und dem Jemen (Rotes Meer mit der Meerenge Bab al-Mandab) sowie zwischen dem Iran, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Oman (Straße von Hormus). Über Ägypten (Alexandria und Sues) verlaufen Kabelstränge (SEA-ME-WE) für die Kommunikation zwischen Europa, dem Nahen und Mittleren Osten sowie Ostasien. Erdölpipelines zwischen den Ölfördergebieten am Persischen Golf bzw. in Nordafrika und den Abnehmerländern existieren momentan nicht, da Öl größtenteils per Schiff transportiert wird. Allerdings fließt Erdgas aus Algerien und Libyen über Pipelines nach Italien (Libyen-Italien und Algerien-Tunesien-Italien) und nach Spanien (Algerien-Marokko-Spanien).

Innerhalb der islamischen Staatenwelt Nordafrikas und des Nahen Ostens sind größere Konflikte zwischen Staaten selten, weil die Regimes der einzelnen Länder keine expansiven Außenpolitiken verfolgen, sondern auf Selbsterhalt und Stabilität im eigenen Staat bedacht sind. Von diesem Prinzip gibt es in jüngerer Zeit nur wenige Ausnahmen:

1. Die Besetzung weiter Teile von West-Sahara durch Marokko. Angesichts der geringen Bevölkerungszahl West-Saharas, der Dauer und des Umfangs der marokkanischen Besatzung und der Masseneinwanderung von Marokkanern ist der Konflikt zwischen Marokko und der Frente Polisario abgesehen von aller staatsrechtlichen Wertung heute faktisch eher als innerstaatliche Auseinandersetzung in Marokko denn als internationaler Konflikt einzuordnen.<sup>115</sup>

---

<sup>113</sup> Zur Wasserknappheit allgemein s. Anderson, Ewan William, *The Middle East – Geography and Geopolitics*, London/New York 2000, S. 72-82.

<sup>114</sup> Böll, Martin, Arabische Golfstaaten investieren weltweit in Landwirtschaft (<https://www.gtai.de/fdb-SE,MKT201101198018,Google.html>, zuletzt aufgerufen am 29.03.2011).

<sup>115</sup> Döring, Till, *Der Konflikt um die Westsahara. Die MINURSO – eine „Mission Impossible“?*, München 2010, S. 3-10 und 17ff.

2. In Nordafrika und dem Nahen Osten kam und kommt es immer wieder zu Spannungen wegen nicht hinreichend geklärter Grenzziehungen zwischen den Staaten. Sie beruhen meist auf Widersprüchen zwischen historischer Zugehörigkeit, kolonialer Grenzziehung und heutigem Grenzverlauf. Die Masse dieser Grenzstreitigkeiten hat keine strategische Bedeutung. Ausnahmen in dieser Hinsicht stellen der Streit zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem Iran über einige Inselgruppen in der Straße von Hormus<sup>116</sup> sowie der zwischen dem Iran und dem Irak um die Nutzung des Schatt al-Arab (Meereszugang des Irak) dar.<sup>117</sup>

3. Die bedeutendste Quelle von Spannungen zwischen den muslimischen Staaten der Region ist die Auseinandersetzung zwischen dem Iran als schiitischen, nicht-arabischer Regionalmacht und den arabisch-sunnitischen Regimes des Nahen Ostens. Dafür gibt es mehrere Ursachen: So versteht sich der Iran als Vormacht der schiitischen Welt, die sich in der Pflicht sieht, die schiitischen Bevölkerungen des Nahen Ostens gegen ihre sunnitischen Führungen zu unterstützen. Hinzu kommt die Konkurrenz mit Saudi-Arabien um die Kontrolle über Mekka und Medina, die sowohl für die Sunna als auch für die Schia von herausragender Bedeutung sind. Der Iran fordert das Recht für die Schiiten, die heiligen Stätten ohne Auflagen durch die saudische Wahhabiya aufsuchen zu dürfen – was wiederum dem saudischen Selbstverständnis widerspricht. Und schließlich betrachtet sich der Iran als einzig wirklich revolutionäres islamisches System der Region, mit der Folge, daß von Teheran aus immer wieder islamistische Volks- und Widerstandsbewegungen unterstützt werden. Der Ausbau von schiitischen Machtpositionen im Irak und dem Libanon (Hisbollah) wird daher von den autoritären sunnitischen Eliten der Region als Bedrohung gesehen.<sup>118</sup>

Weitere Spannungsfelder für die islamische Welt Nordafrikas und des Nahen Ostens ergeben sich aus Interessenkollisionen mit nicht-muslimischen Staaten:

1. Von immenser Bedeutung für das Selbstverständnis der muslimischen Bevölkerungen ist der Konflikt mit Israel und – zum Teil daraus resultierend – ein angespanntes Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika und Teilen Europas. Israel gilt als Fremdkörper in der islamischen Staatenwelt, der durch militärische Stärke und internationale Unterstützung in der Lage ist, Jerusalem zu beherrschen und außerdem die Kontrolle über wichtige Ressourcen der Umgebung (Wasser) zu behaupten. Hinzu kommen die Vertreibung großer Teile der

---

<sup>116</sup> White, Stephen, Iran claims UAE has agreed to Gulf island talks, Construction Week vom 22.03.2011 (<http://www.constructionweekonline.com/article-11503-iran-claims-uae-agreed-to-gulf-island-talks/>), zuletzt aufgerufen am 30.03.2011).

<sup>117</sup> Zand, Bernhard, Pulverfaß am Schatt al-Arab, Der Spiegel vom 28.03.2007 (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,474342,00.html>), zuletzt aufgerufen am 30.03.2011).

<sup>118</sup> Yaron, Gil, Der schiitische Halbmond wird rund – Und der Westen verliert seine ehemaligen Verbündeten, IP März/April 2011, S. 38-43.

arabischen Bevölkerung Palästinas und die Verelendung der verbliebenen Palästinensergebiete.

2. Wirtschaftliche Abhängigkeit und ein seit Jahren fortschreitender Prozeß der (kulturellen und wirtschaftlichen) Globalisierung bedrohen nach Auffassung großer Teile der muslimischen Welt die islamische Gesellschaftsordnung und deren Kultur durch das Eindringen „westlicher“ Werte. Als Hauptgegner gelten in diesem Zusammenhang die USA als westliche Führungsmacht.

3. Latente Spannungen bestehen zwischen Spanien und Marokko um den Besitz der spanischen Exklaven Ceuta und Melilla sowie um einige kleinere Inseln vor der marokkanischen Küste bzw. in der Straße von Gibraltar.

Die jüngsten Aufstände in zahlreichen Staaten der Region haben einmal mehr deutlich werden lassen, daß sich kaum ein muslimisches Regime Nordafrikas und des Nahen Ostens der generellen Zustimmung aller Bevölkerungsteile sicher sein kann. In nahezu allen gab es im Jahr 2011 Demonstrationen und Aktionen gegen die regierenden Eliten, in einigen sogar gewaltsame Auseinandersetzungen (Tunesien, Jemen, Ägypten, Bahrain) bis zum Bürgerkrieg (Libyen, Syrien). Verlauf und Motivation des Aufbegehrens sind dabei ebenso verschieden wie die Identität der sich gegen die Herrschaft Auflehrenden. Doch existieren einige Gemeinsamkeiten, die Entstehung und Verlauf der Bewegungen erklären können:

- Alle islamischen Staaten der Region verzeichnen schon seit Jahren ein gewaltiges Bevölkerungswachstum. Als dessen Folge gibt es in allen Staaten eine Vielzahl junger Menschen, vor allem Männer, die die regionalen Arbeitsmärkte nicht aufnehmen können und die folglich auf absehbare Zeit keine Chance haben, eine gesellschaftlich anerkannte Lebensperspektive (u.a. Heirat) zu verwirklichen. Dieses Problem verschärft sich, wenn ölproduzierende Staaten ihre Arbeitsmärkte nationalisieren und damit einhergehend die Beschäftigungsmöglichkeiten für Gastarbeiter aus bevölkerungsreichen Ländern wie z.B. Ägypten reduzieren.
- Bei den Revolten in Ägypten und Tunesien spielte das Internet eine wichtige Rolle. Es diente als Medium, mit dem große Menschenmassen, vor allem aber die politisch interessierten jungen Menschen rasch Netzwerke bilden und weitgehend unbeeinflusst von den Regierungen kommunizieren konnten. Verstärkt wurde die Wirkung des Internets durch das Fernsehen, das – u.a. durch Sender wie Al-Dschasira – über die Ereignisse berichtete und zu einer Solidarisierung der die Protestbewegung tragenden Kräfte beitrug.

Allerdings ist momentan nicht abzusehen, wie die islamische Welt Nordafrikas und des Nahen Ostens aussehen wird, wenn die Aufstände und Proteste einmal

beendet sein werden.<sup>119</sup> Das Ergebnis wird sich aber an den hier skizzierten Grundbedingungen gesellschaftlichen und staatlichen Lebens im islamischen Raum orientieren müssen: So wird die starke Stellung der Religion sich erhalten, vielleicht sogar noch weiter verfestigen. Stammes- und Clanstrukturen werden sich nicht auflösen, sondern auch zukünftig eine tragende Rolle bei der Organisation der islamischen Gesellschaften spielen. Und auch die Bedeutung der wichtigsten Ressourcen (Erdöl bzw. -gas, Wasser) wird sich nicht vermindern. Vor diesem Hintergrund ist die Entstehung pluralistischer Demokratien, in denen die Menschenrechte nach europäischem Verständnis in vollem Umfang allgemein anerkannt werden, kaum zu erwarten.

### ***Deutschland und die islamische Welt Nordafrikas und des Nahen Ostens***

Die Bundesrepublik Deutschland ist in hohem Maße auf den Import von Erdöl und -gas angewiesen. Dieser Import bewegte sich zwischen Dezember 2008 und November 2009 in der Größenordnung von nahezu 100 Millionen Tonnen (nach rund 105 Millionen Tonnen im Jahr davor). Die direkte Abhängigkeit von Erdöllieferungen aus Nordafrika und dem Nahen Osten war im Vergleich zu anderen Industrieländern allerdings gering.<sup>120</sup> Insgesamt kamen etwa 18 Prozent der Importe aus Ländern dieser Region, wobei Libyen mit 8,7 Millionen Tonnen die eindeutig wichtigste Position einnahm. Die ölreichen Golfstaaten erreichten lediglich einen Lieferanteil von etwa sechs Prozent.<sup>121</sup>

Diese Zahlen dürfen jedoch nicht den Blick dafür verstellen, daß das Öl aus Nordafrika und dem Nahen Osten von zentraler Bedeutung für die Weltwirtschaft ist. Eventuelle Unsicherheiten bei Förderung oder Export dürften sich auch auf Deutschland auswirken, einerseits durch den Ausfall von eben bis zu 18 Prozent des Liefervolumens, andererseits aber auch durch Preisanstiege und die Tatsache, daß in diesem Fall die übrigen Ölimporteure vermehrt auf die Lieferländer

---

<sup>119</sup> Zur Unsicherheit über die künftige Entwicklung vgl. Khalifa Isaac, Sally, Enthusiastisch ins Ungewissen – Was kommt nach Hosni Mubarak?, IP März/April 2011, S. 10-17 und Schäfer, Isabel, Von der Revolution ins Reformlabor – Wer gestaltet den Übergang in Tunesien?, IP März/April 2011, S. 20-25.

<sup>120</sup> China importierte um 2006 rund 60 Prozent seines Öls aus den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens, vgl. Steinhilber, Jochen, Öl für China: Pekings Strategien der Energiesicherung in Nahost und Nordafrika, IPG 4/2006 (<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipg/03933.pdf>, zuletzt aufgerufen am 30.03.2011), S. 84.

<sup>121</sup> Siehe Abbildung 2 im Anhang.

zugreifen müßten, aus denen Deutschland momentan den Hauptteil seines Rohöls bezieht.

Nun ist ein dauerhafter Ausfall von Rohöllieferungen aus Nordafrika und dem Nahen Osten ein sehr unwahrscheinliches Szenario, denn keine denkbare Regierung oder Elite der Region wird angesichts des Fehlens anderer Einnahmequellen zur Versorgung der Bevölkerung auf den Verkauf des Erdöls an die verbrauchenden Industriestaaten verzichten können. Möglich sind allenfalls kurzzeitige oder räumlich begrenzte Lieferausfälle durch Krieg, Unruhen oder Bürgerkrieg.

Erheblich größere Risiken bestehen für die Verkehrswege, die durch die Region führen. Während die Straße von Gibraltar und die Meerenge Bab al-Mandab zwischen dem Jemen, Eritrea und Dschibuti von regulären See- oder Luftstreitkräften der Nachbarstaaten kaum auf Dauer erfolgreich zu sperren sind, liegt eine Schließung der Straße von Hormus oder des Suezkanals durchaus im Bereich des Denkbaren, zumal es historische Beispiele gibt: Der Schiffsverkehr im Persischen Golf und durch die Straße von Hormus war im Krieg zwischen dem Iran und dem Irak durch Luft- und Seekriegsoperationen starken Beeinträchtigungen ausgesetzt,<sup>122</sup> der Suezkanal im Verlauf der Suezkrise 1956/57 und – bedingt durch die Auseinandersetzungen zwischen Israel und Ägypten – zwischen 1967 und 1975 für die Schifffahrt gesperrt worden. Eine Sperrung der Straße von Hormus würde dazu führen, daß die großen Erdölproduzenten am Persischen Golf kein Öl mehr exportieren können – was bei längerer Dauer schwerwiegende Folgen für die Volkswirtschaften der verbrauchenden Industrieländer haben würde. Der Ausfall des Sueskanals dagegen würde zwar zu erhöhten Kosten und verlängerten Transportwegen führen, sich jedoch nicht so dramatisch auswirken wie die Schließung der Straße von Hormus.

Die Folgen einer Unterbrechung der Kommunikationsverbindungen zwischen Europa und Asien sind nicht klar zu definieren, weil nicht ermittelt werden kann, ob und in welchem Umfang Ausweichverbindungen bestehen. Die Gefahr einer Unterbrechung durch Ägypten – dem einzigen Land, in dem das möglich wäre – ist jedoch eher gering.

Die Bundesrepublik Deutschland besitzt im islamischen Raum Nordafrikas und des Nahen Ostens keine Bündnispartner im Sinne großer Vertragswerke (EU und NATO). Auch historisch bzw. kulturell begründete Sonderbeziehungen – wie sie z.B. Frankreich mit seinen ehemaligen Kolonien Marokko, Algerien und Tunesien unterhält – existieren nicht.

---

<sup>122</sup> Anonymus, Fünf Millionen Schlüssel für das Paradies, Der Spiegel vom 04.01.1988 (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13525738.html>, zuletzt aufgerufen am 31.03.2011).

Die einzige Ausnahme von diesem Prinzip bildet das Verhältnis zum Staat Israel. Obwohl Deutschland mit Israel keinen formellen Bündnisvertrag abgeschlossen hat, gilt nach den Verbrechen des Nationalsozialismus die fördernde Partnerschaft mit Israel als Teil der deutschen Staatsraison.<sup>123</sup> Diese Partnerschaft beinhaltet zwar keine direkten militärischen oder diplomatischen Beistandsverpflichtungen, begrenzt aber gleichwohl den Handlungsspielraum der Bundesrepublik Deutschland bei der Ausgestaltung ihrer Beziehungen zur islamischen Staatenwelt (z.B. beim Handel mit Rüstungsgütern).

Deutsches Interesse an den politischen Verhältnissen im islamischen Nordafrika und im Nahen Osten bedeutet vor allem Stabilität. Stabile Regierungen, stabile Gesellschaften und stabile wirtschaftliche Entfaltung der islamischen Staaten garantieren, daß die Verkehrswege und Kommunikationslinien offen bleiben und daß der Handelsaustausch, im Wesentlichen also die Belieferung des Weltmarkts mit Öl und Gas, ungestört bleibt. Außerdem sorgt Stabilität dafür, daß die Bevölkerungen der Region vor Ort bleiben und sich dort entwickeln können – ohne nach Europa auswandern zu müssen.

Zu den politischen Interessen Deutschlands im Nahen Osten sowie in Nordafrika gehört außerdem, die Region von dem dominierenden Zugriff konkurrierender Großmächte frei zu halten. Der Einfluß der Vereinigten Staaten von Amerika fällt nicht in diese Kategorie, denn die USA sind wichtigster Verbündeter der Bundesrepublik Deutschland und gleichzeitig Garant der politischen Ordnung im Nahen Osten einschließlich der Existenz Israels. Vielmehr ist es nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1990/91 vor allem China, das als aufstrebende Wirtschaftsmacht versucht, weltweit Ressourcen und Einfluß zu sichern.

Soweit bislang erkennbar, versucht China momentan nicht, exklusive Interessensphären zu schaffen und weltweit als Ordnungsmacht aufzutreten. Allerdings unternimmt China erhebliche Anstrengungen, die für seine Volkswirtschaft enorm wichtige Frage der Energie- und Rohstoffversorgung sicher zu stellen. Das ist im von den USA und zum Teil Europa dominierten nordafrikanisch-nahöstlichen Raum schwierig. China versucht, in einen fremden Markt hineinzugelangen. Es nutzt dabei den Vorteil, keine politischen und ethischen Ordnungsvorstellungen durchsetzen zu müssen, kann also Beziehungen zu Staaten und Regimes auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit reduzieren – was den demokratisch-pluralistischen Demokratien des Westens so nicht möglich ist, da in denen eine mächtige Öffentlichkeit Politik auch als Mittel zur Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten begreift. Die Kontakte zu China können also den Regierungen Nordafrikas und des Nahen Ostens Alternativen zur ein-

---

<sup>123</sup> Dreßler, Rudolf, Gesicherte Existenz Israels – Teil der deutschen Staatsraison, APuZ 15/2005, S. 3-8.

seitigen Bindung an Amerika und Europa bieten, im Sinne des Machterhalts alter Eliten, aber auch bei der Etablierung neuer, vielleicht islamistischer Systeme. Für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik kommt es darauf an, einen solchen schleichenden Machtverlust des Westens zu vermeiden bzw. in seinen Auswirkungen zu begrenzen.

Damit einher geht das politische Interesse Deutschlands am Funktionieren seiner Bündnissysteme sowie der internationalen Vertragswerke (EU, NATO, VN). Der Umgang mit Veränderungen im islamischen Raum darf nicht zum Rückschlag für die deutschen Bemühungen werden, Konfliktlösungen zu verrechtlichen. So müssen sich EU und NATO bemühen, jeweils mit einer Stimme zu sprechen. Innerhalb dieser Institutionen sollte sich Deutschland als Mitgliedsstaat klar positionieren, aber auch Kompromißbereitschaft zeigen. Andernfalls droht eine außenpolitische Marginalisierung beider Institutionen und ein Erstarken nationaler Außenpolitiken, die nicht im Sinne deutscher Integrationsbemühungen auf europäischer und NATO-Ebene ist.

Die Umbrüche in Nordafrika und im Nahen Osten beinhalten zahlreiche Chancen auf Veränderungen in euro-atlantischem Sinn, aber auch eine Reihe von Risiken. Die direkt Deutschland berührenden Risiken betreffen vor allem die Versorgung mit Rohstoffen und insbesondere Erdöl und -gas, die Sicherheit der Transport- und Kommunikationswege nach Asien sowie das Auftreten umfangreicher Flüchtlings- und Migrantenströme in Richtung Europa. Es lassen sich mehrere, eventuell auch überlappend auftretende Szenarien entwerfen:

- *Bürgerkrieg einschließlich lang anhaltender Gewalt in einem oder mehreren Staaten.* Ein Bürgerkrieg mit wechselnden Frontverläufen birgt im Fall der Erdölproduzenten die Gefahr einer partiellen oder auch kompletten Einstellung der Rohstoffgewinnung. Im Fall Libyens brachte der Ausbruch der Kämpfe zwischen dem Gaddafi-Regime und der ost-libyschen Opposition die Erdölgewinnung nahezu zum Erliegen.<sup>124</sup> Die Folgen für das jeweilige Land sind dramatisch, da dann keine Exporterlöse mehr in die Rentierwirtschaften des jeweiligen Staates fließen können. Auf Dauer ebenfalls betroffen würden die Entsendestaaten von Gastarbeitern, in denen der volkswirtschaftliche Verlust der Transferleistungen schwer wettzumachen wäre. Hinzu käme für die europäischen Staaten die Zunahme illegaler Einwanderung und der moralische Zwang, gegebenenfalls aus humanitären Gründen Flüchtlinge aufzunehmen. Die ohnehin nur sehr beschränkt funktionierende Re-

---

<sup>124</sup> Reitz, Ulrich, Libyen geht das Öl aus, ZDF vom 26.03.2011 (<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/9/0,3672,8227561,00.html>, zuletzt aufgerufen am 05.04.2011).

gelung der Einwanderung von Afrikanern und Asiaten nach Europa würde mit dem Ausfall der nordafrikanischen Regierungen als Vertragspartner unmöglich werden. Eine mittelbare Folge des Zusammenbruchs von Staatlichkeit kann das Aufkommen von Piraterie darstellen (vor allem im Roten Meer und in den Gewässern um den Jemen).

- *Die Machtübernahme durch islamistische Gruppierungen.* Eine ruckartige, revolutionsartig stattfindende Islamisierung einzelner oder mehrerer Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens würde ebenfalls Flüchtlinge und Migranten produzieren. Zu denken ist in diesem Fall analog zu den Ereignissen im Iran (nach 1979) und im Irak (nach 2003) an die Auswanderung von Christen und liberalen muslimischen Intellektuellen bzw. von Personen, die einem säkularen Lebensstil anhängen.<sup>125</sup> Besonders im Fall bevölkerungsreicher Staaten wie Ägypten, Algerien oder Syrien umfaßt das Potential der dann für eine Migration nach Europa in Frage kommenden Größenordnungen von mehreren Millionen Menschen. Eine weitere Folge einer Islamisierung von Staaten dürfte in einer Verhärtung der Positionen im Nahostkonflikt mit Israel bestehen.<sup>126</sup>
- *Das Vordringen Chinas und anderer konkurrierender Mächte nach Nordafrika und in den Nahen Osten.* Die bislang noch begrenzten Chancen Chinas, in den politischen und wirtschaftlichen Raum der Region einzudringen, könnten sich im Zuge der Umbrüche erheblich vergrößern. China wird nicht dafür zurückschrecken, zur Erweiterung seines Einflusses und zur Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten mit allen sieg- und erfolgreichen Kräften der Region zusammenzuarbeiten. Sollte also der Westen Gewalt anwendende Diktatoren oder künftige islamistische Regime mit Sanktionen überziehen, ergäbe sich für China (und eventuell Indien) die Möglichkeit, mit seinen Ressourcen zur Systemstabilisierung beizutragen und sich im Gegenzug wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu sichern.

Die nachhaltigsten Folgen für Deutschland ergeben sich folglich aus dem Auftreten von Flüchtlings- und Migrantenströmen. Die größte Gefahr in diesem Zusammenhang sind die Machtübernahme durch islamische Fundamentalisten, lang anhaltender Bürgerkrieg und das Zerfallen von Staaten.

---

<sup>125</sup> Nach Meinung vieler Beobachter werden in Ägypten die Kopten nach einem eventuellen Wechsel zu einer demokratischen Regierungsordnung wegen des Erstarkens muslimischer Fundamentalisten rechtlich und sozial schlechter dastehen als noch unter Mubarak, selbst wenn keine islamistische Diktatur droht, siehe u.a. Lange, Michael A., Umbruch im Nahen Osten – Was folgt auf die Ereignisse in Tunesien und Ägypten, KAS-Auslandsinformationen, Sonderausgabe 22.02.2011, S. 7-33, hier S. 26.

<sup>126</sup> Yaron, Gil, Der schiitische Halbmond wird rund – Und der Westen verliert seine ehemaligen Verbündeten, IP März/April 2011, S. 38-43.

## *Handlungsmöglichkeiten deutscher Sicherheitspolitik*

Der Einfluß der Bundesrepublik Deutschland auf die Entwicklungen in Nordafrika und im Nahen Osten ist nicht groß. Es stehen weder finanzielle noch wirtschaftliche Ressourcen in ausreichendem Maß zur Verfügung, die es gestatten würden, entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung zu nehmen, von militärischen ganz zu schweigen. Dennoch ist es, vor allem im Zusammenspiel mit den Partnern in EU und NATO, durchaus möglich, die Entwicklung in deutschem Sinn zu begleiten. Ein besonderes Problem stellt dabei die Tatsache dar, daß im politischen Diskurs innerhalb der Bundesrepublik üblicherweise kaum materielle Interessen Deutschlands formuliert werden und die Ziele von Außenpolitik folglich wenig konkretisiert sind, abgesehen von dem Wunsch nach einer Wertebundenheit deutscher Politik.<sup>127</sup> Das macht es schwierig, im Einzelfall bestimmte Vorgehensweisen zu planen und später zu begründen.

Diese historisch bedingte Besonderheit Deutschlands führt im Bereich der Sicherheitspolitik dazu, daß der deutschen Regierung militärische Instrumente nicht im selben Ausmaß zur Verfügung stehen wie selbst engen Partnern, also etwa den USA, Großbritannien, Frankreich und Italien.<sup>128</sup> Wie im März 2011 die Debatte um die Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen gezeigt hat, ist keine relevante politische Richtung Deutschlands bereit, die Bundeswehr in weitere Kampfeinsätze (neben Afghanistan) im islamischen Raum zu entsenden. Daher verengt sich das Instrumentarium, mit dem Deutschland auf sicherheitspolitische Herausforderungen in Nordafrika und im Nahen Osten zurückgreifen kann, auf Maßnahmen unterhalb der Schwelle militärischer Gewaltanwendung – abgesehen von einer Ausnahme: Wenn nämlich medienwirksam Völkermord und schwerste Menschenrechtsverletzungen in die deutsche Öffentlichkeit kommuniziert werden und gleichzeitig VN, NATO und gegebenenfalls EU ein bewaffnetes Eingreifen zum Schutz der Bevölkerung erwägen würden. Diese Bedingungen waren jedoch in Libyen – bei aller Härte der dortigen Auseinandersetzungen – bis Anfang, in Syrien bis September 2012 nicht erfüllt.

---

<sup>127</sup> Siehe dazu u.a. die Einleitung zu Steinberg, Guido (Hg.), *Deutsche Nah- Mittelost- und Nordafrikapolitik – Interessen, Strategien, Handlungsoptionen*, SWP-Studie, Berlin 2009, S. 5-6.

<sup>128</sup> Gattermann, Claus Heinrich, *Krieg im Frieden? Die Bundesrepublik Deutschland und die innergesellschaftliche Bewältigung von Konflikten im Rahmen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr*, Berlin 2010 (<http://www.studia-historica.de/kriegimfrieden.pdf>, zuletzt aufgerufen am 06.04.2011).

Das vordringliche Ziel deutscher Sicherheitspolitik im islamischen Nordafrika und im Nahen Osten muß darin bestehen, die oben formulierten Risiken und Bedrohungen abzuwenden oder – sollte das nicht möglich sein – in ihren Auswirkungen zu Begrenzen. Positiv formuliert handelt es sich darum,

- die deutsche Energieversorgung und
- wichtige Transport- und Kommunikationswege offen zu halten sowie
- unkontrollierte Migration nach Europa und damit nach Deutschland zu verhindern.

Dazu stehen mit den oben erwähnten Einschränkungen verschiedene Instrumente zu Verfügung:

### Der zivile Ansatz

Der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland entsprechend stehen nicht-militärische Lösungsansätze im Vordergrund deutscher Verfahren der Sicherheitspolitik. Im Hinblick auf Nordafrika und den Nahen Osten ist vor allem an folgende Instrumente zu denken:<sup>129</sup>

- Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Bildung
- Stärkung von im humanitären Bereich arbeitenden Hilfsorganisationen (NGOs)
- Nationenbildung (*nation building*)<sup>130</sup>
- direkte humanitäre Hilfe
- diplomatische Initiativen
- Beobachtermissionen (z.B. bei Wahlen)
- politische und wirtschaftliche Sanktionen
- Aufnahme von Flüchtlingen

Die Konfliktlösung mit zivilen Mitteln hat den Vorteil, im innerdeutschen politischen Diskurs relativ leicht durchsetzbar zu sein – abgesehen von der Aufnahme umfangreicher Flüchtlingskontingente, die deshalb nur in Ausnahmefällen zur Anwendung kommen dürfte. Sie dient dazu, einerseits sich anbahnende Auseinandersetzungen zu entschärfen, andererseits nach Ausbruch von Konflikten Position zu beziehen. Herrschende Eliten und Konfliktparteien können – je nach Kooperationsbereitschaft – gestützt oder geschwächt, die Folgen von Gewalt gelindert werden. Schließlich ist es möglich, zivilgesellschaftliche

---

<sup>129</sup> Zur europäischen Ebene vgl. Möller, Almut, Neue Wege für Nordafrika – Was bei einer Reform der EU-Mittelmeerpolitik berücksichtigt werden sollte, IP März/April 2011, S. 46-49.

<sup>130</sup> Zur Bedeutung der Verhinderung des Zerfalls von Staaten vgl. Perthes, Volker, Nahöstliche Risikoszenarien...und Leitlinien für westliches Engagement, IP November/Dezember 2010, S. 82-88.

Verfahren der Krisenbewältigung zu entwickeln, die zur Stabilisierung des jeweiligen Landes bzw. der Region führen.

Zivile Instrumente der Konfliktlösung bzw. -verhütung sind im Regelfall nicht geeignet, sich schnell entwickelnde Vorgänge nachhaltig zu beeinflussen. Sie sind – abgesehen von direkter humanitärer Hilfe und der Aufnahme von Flüchtlingen – mittel- bis langfristig angelegt. Außerdem funktionieren einige von ihnen nur, wenn eine, möglichst aber alle Konfliktparteien generell bereit sind, Hilfe von außen, in diesem Fall also durch Deutschland, zu akzeptieren.<sup>131</sup>

Im Fall Libyens 2011 z.B. verfügte Staatschef Muammar al-Gaddafi über hinreichend Finanzmittel, um längere Zeit Sanktionen der internationalen Gemeinschaft aushalten zu können. Außerdem befand sich ein Großteil des Gerätes der libyschen Armee in seiner Hand. Prozesse der Nationenbildung, diplomatische Initiativen sowie die Zusammenarbeit bei Bildung und Forschung können in einer Phase der Konfliktverhärtung auch nicht zum Einsatz kommen – zumal das libysche Regime die politisch-moralischen Werte Deutschlands und Europas nicht teilte und nicht bereit war, über einen Abtritt zu verhandeln, so daß schließlich der Konflikt auf militärische Weise gelöst wurde. Ähnliche Beispiele, in denen zivile Konfliktlösungsstrategien einschließlich Sanktionen nicht zum Erfolg führten, bilden der Irak Saddam Husseins nach 1991, der Iran Khomeinis nach 1979, sowie außerhalb der Region Nordkorea, Serbien in den Zerfallskriegen Jugoslawiens u.a.

Sollten zivile Konfliktlösungsmechanismen nur dann wirken können, wenn generell die Bereitschaft der streitenden Parteien vorhanden ist, die Ziele dieser Mechanismen mitzutragen, lohnt es sich, einen Blick auf die Bedingungen zu werfen, die dazu erfüllt sein müssen.

Deutschland und Europa werden vom eigenen Selbstverständnis her kaum in der Lage sein, explicit islamisch-fundamentalistische Bewegungen zu unterstützen. Auch nach europäischen Begriffen archaisch organisierte Stammesbewegungen dürften kaum den Ansprüchen genügen, die das pluralistische Deutschland an zu fördernde Partner stellt. Letztlich kommen also für ein ziviles sicherheitspolitisches Engagement Deutschlands nur Gesellschaften in Frage, die zumindest in Ansätzen Chancen auf eine Verbesserung der Menschenrechts- und Sicherheitslage bieten. Das aber können nur solche sein, in denen städtische Schichten Prozesse der Individualisierung und Säkularisierung in Richtung einer Zivilgesellschaft durchlaufen haben. Allerdings ist in der islamischen Staatenwelt Nordafrikas und des Nahen Ostens kein Staat erkennbar, in dem sich solche

---

<sup>131</sup> Zu den engen Grenzen der Zusammenarbeit auch mit funktionierenden Staaten am Beispiel Saudi-Arabiens vgl. Steinberg, Guido, Saudi-Arabien als Partner deutscher Nahostpolitik: Problemstellung und Empfehlungen, SWP-Studie 35, Dezember 2008, S. 31.

Gruppen in nennenswertem Umfang gebildet haben – vielleicht abgesehen von Tunesien<sup>132</sup> und dem Libanon. Das Vertrauen, das manche deutsche Beobachter in die Wirksamkeit ziviler Maßnahmen setzen, muß also zumindest hinterfragt werden.<sup>133</sup> Vor allem muß sich die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik bemühen, nicht unbeabsichtigt das Maß an Stabilität und die Menschenrechtslage durch eigene Maßnahmen zu schwächen bzw. zu verschlechtern – wie es 1978/79 im Zusammenhang mit dem Sturz des Schahs und der islamischen Revolution im Iran geschah, als euro-atlantische Regierungen von der Ablösung des Schahs etwas vorschnell positive Effekte erwartet hatten. Die Unterstützung einer säkularen Diktatur kann humaner und damit den deutschen und europäischen Werten entsprechender sein als der unbedingte Kampf für Demokratisierung, wenn am Ende eine Herrschaft von Islamisten entsteht, die dann gewaltige Flüchtlingszahlen produziert. Zu warnen ist davor, Utopien – wie etwa die Verwirklichung einer pluralistischen, weltlichen Demokratie – im islamischen Raum zu verfolgen.

Ein wichtiger Aspekt bei der Bewältigung von Bürgerkriegsfolgen kann die humanitäre Hilfe sein. Sie kann mit dazu beitragen, daß sich Flüchtlings- und Migrantenströme erst gar nicht bilden bzw. nach ihrer Entstehung heimatnah und im regionalen Kontext verbleiben. Das wird jedoch nur bei Bürgerkriegen praktikabel sein. Die im Gefolge einer islamistischen Machtübernahme in bevölkerungsreichen Staaten wie Ägypten oder Syrien auftretenden Auswanderermassen lassen sich auch mit humanitärer Hilfe nicht in den jeweiligen Nachbarländern halten – zumal kaum ein muslimisch geprägtes Land bereit sein würde, Millionen von Christen und säkular denkenden Intellektuellen aufzunehmen.

### **Kleine Schritte – militärische Kooperation**

Militärische Kooperation zwischen Deutschland und den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens schafft prinzipiell die Möglichkeit, Einfluß auf einen wichtigen Teil von Staatlichkeit zu nehmen – oder, präziser formuliert, auf den Teil des Staatsapparats der meisten Staaten, der sicherheitspolitisch besonders relevant ist und dem bei der Verhinderung oder Beendigung gewalttätiger Konflikte eine herausgehobene Rolle zufällt. Die Bundesrepublik Deutschland bietet dafür – analog zu Bemühungen wichtiger Verbündeter wie Großbritannien und Frank-

---

<sup>132</sup> Zur speziellen Situation Tunesiens vgl. Asseburg, Muriel und Isabelle Werenfels, Tunesien: Einzelfall oder erster Dominostein? Vergleichbare Probleme – unterschiedliche Rahmenbedingungen, SWP-Aktuell 4, Januar 2011, S. 2.

<sup>133</sup> Siehe z.B. Asseburg, Muriel und Stephan Roll, Ägyptens Stunde null? – Akteure, Interessen, Szenarien, SWP-Aktuell 10, Februar 2011, S. 8.

reich – ein ausgewähltes Instrumentarium der internationalen Kooperation an: Militärische Zusammenarbeit, bilaterale Jahresprogramme, militärische Ausbildungshilfe, militärische Beratung, gemeinsame Übungen und materielle Unterstützungsmaßnahmen inklusive Ausstattungshilfe..

Ebenso wie im Fall der zivilen Konfliktlösungsinstrumente ist auch die militärische Kooperation nur dann erfolgreich umsetzbar, wenn die Regierungen und Armeen, gegebenenfalls auch zu fördernde Aufstandsbewegungen der islamischen Staaten zur Zusammenarbeit bereit sind. Das war und ist durchaus nicht immer gegeben. Eine weitere Einschränkung erfährt die Wirksamkeit militärischer Kooperation noch dadurch, daß die teilnehmenden Streitkräfte der islamischen Staaten mehr Interesse an der Vermittlung militärischer Fähigkeiten haben als daran, politische Werte und solche der Inneren Führung zu übernehmen. Eine umfassende Reform des Sicherheitssektors (*security sector reform*, SSR) ist unter solchen Bedingungen kaum umzusetzen.

Bislang existierten nur mit folgenden Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens Projekte der militärischen Kooperation: Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien und Saudi-Arabien. Die Zusammenarbeit mit Libyen und Saudi-Arabien liegt schon sehr lange zurück (1978 bzw. 2002). Mit Algerien findet Kooperation in geringem Rahmen statt, ebenso mit Marokko und Mauretanien. Vor allem Marokko scheint an der Vermittlung westlicher Werte an seine Streitkräfte kein Interesse zu haben. Intensiv ist die Zusammenarbeit mit Tunesien und Ägypten. Hier nicht zu klären ist, ob die Weigerung beider Armeen, die Aufstände zu Beginn des Jahres 2011 niederzuschlagen, auch mit der militärischen Kooperation mit Deutschland zusammenhängt.

Ähnlich wie der zivile Ansatz ist auch die militärische Kooperation – abgesehen von eventuellen materiellen Unterstützungsmaßnahmen – langfristig angelegt. Als Instrument zur Bewältigung akuter Krisen ist sie nicht geeignet.

### **„Hard Power“ – Die Projektion militärischer Machtmittel in den islamischen Raum Nordafrikas und des Nahen Ostens**

Nach den Erfahrungen mit dem Einsatz in Afghanistan wird die deutsche Politik auf absehbare Zeit nicht bereit und angesichts des Einflusses der öffentlichen Meinung auch nicht in der Lage sein, zur Durchsetzung sicherheitspolitischer Ziele in der islamischen Staatenwelt Nordafrikas und des Nahen Ostens in nennenswerter Größenordnung Bodentruppen einzusetzen, erst recht keine Kampfverbände. Der Einsatz militärischer Gewalt im Rahmen der Umbrüche in Nordafrika und des Nahen Ostens ist allenfalls in drei Szenarien denk- und durchführbar:

*Erstens* zur Überwachung und zum Schutz von Seewegen vor Piraten ähnlich den Operationen, die schon jetzt am Horn von Afrika durchgeführt werden. Beim Aufkommen eines Piratenwesens etwa im Jemen wäre an eine Ausweitung des jetzigen Engagements der Bundeswehr zu denken.

*Zweitens* zur Evakuierung von Deutschen und anderen in Frage kommenden Personen aus Krisengebieten bzw. akuten Gefahrensituationen. Unter nationaler Führung durch die Bundeswehr bzw. in Zusammenarbeit mit Großbritannien wurden in einer entsprechenden Operation bereits Personen aus Libyen ausgeflogen. Ebenfalls für Libyen hatte die EU mit der dann doch entfallenen Operation *Enfor Libya* die Weichen für ein Evakuierungsvorhaben gestellt,<sup>134</sup> an dem sich vermutlich auch die Bundeswehr beteiligt hätte. Ein ähnliches Vorgehen wäre auch bei Krisen in anderen Staaten der Region möglich.

*Drittens* kann es erforderlich sein, humanitäre Hilfsmaßnahmen militärisch abzusichern. Auch dabei wäre ein Einsatz von Bundeswehrkontingenten im Rahmen von VN, NATO oder EU denkbar.

Insgesamt wird es mit dem Einsatz militärischer Gewalt nicht möglich sein, die Umbrüche in der islamischen Welt nachhaltig in deutschem Sinn zu beeinflussen. Die einzige Ausnahme davon dürfte ein Konflikt zwischenstaatlicher Natur darstellen, etwa Schiitenaufstände großen Ausmaßes in den Golfstaaten mit einem Eingreifen des Iran auf schiitischer Seite. In diesem Fall dürfte jedoch die Projektion amerikanischer Macht entscheidend zur Bewältigung der Krise sein.

## ***Zusammenfassung***

Sicherheitspolitische Interessen Deutschlands in Nordafrika und im Nahen Osten bestehen vor allem auf drei Feldern: Versorgung mit fossilen Energieträgern, Verkehrs- und Kommunikationswege von Europa nach Asien und Migration. Diese drei Felder können durch Umbrüche im dortigen Raum sehr unterschiedlich betroffen werden:

Mit einer lang anhaltenden und mehrere Staaten betreffenden Reduzierung oder gar einem Ausfall der Gewinnung von Erdöl und -gas ist nicht zu rechnen, da jedes denkbare Regime, bestehende wie zukünftige, auf die Einnahmen aus dem Rohstoffexport angewiesen ist. Zu kalkulieren ist allenfalls mit kurzfristigen Engpässen, sollten wichtige Förderländer (etwa Saudi-Arabien) durch Unruhen oder Bürgerkrieg in Mitleidenschaft gezogen werden. Eine Nebenfolge kann das

---

<sup>134</sup> Europäischer Rat, Developments in Libya: An Overview of the EU's Response, updated 1 April ([http://www.european-council.europa.eu/home-page/highlights/événements-en-libye-un-aperçu-de-la-réaction-de-l'ue-\(mise-à-jour-1er-avril\).aspx?lang=de](http://www.european-council.europa.eu/home-page/highlights/événements-en-libye-un-aperçu-de-la-réaction-de-l'ue-(mise-à-jour-1er-avril).aspx?lang=de), zuletzt aufgerufen am 07.04.2011).

Eindringen chinesischer und anderer konkurrierender Staaten in die Strukturen der nahöstlichen und nordafrikanischen Rohstoffgewinnung sein.

Eine Sperrung von Verkehrswegen ist unter Inkaufnahme höherer Kosten und längerer Transportwege zu kompensieren. Kritisch wäre lediglich die langfristige Sperrung der Straße von Hormus im Falle eines zwischenstaatlichen Konflikts unter Beteiligung des Iran. In ihren Auswirkungen nicht genau zu ermessen ist die Unterbrechung von Kommunikationsverbindungen zwischen Europa und Asien. Diese ist lediglich in Ägypten möglich.

Das Aufkommen umfangreicher Migrationsströme ist zu erwarten bei längeren Bürgerkriegen, beim Zerfall von Staaten und bei der Machtübernahme islamisch-fundamentalistischer Gruppen in bevölkerungsreichen Staaten. Migration hätte in diesem Fall nachhaltige Auswirkungen auf die europäische (und deutsche) Einwanderungskontrolle und damit auf die ethnische Zusammensetzung der europäischen Bevölkerungen. Das in Frage kommende Potential liegt im Extremfall bei mehreren Millionen Menschen.

Das sicherheitspolitische Instrumentarium der Bundesrepublik Deutschland zur Bewältigung der Herausforderungen im islamischen Raum Nordafrikas und des Nahen Ostens ist eng begrenzt. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und dem Selbstverständnis Deutschlands als Zivilmacht ist militärische Machtprojektion nur in sehr bescheidenem Maß denkbar. Zivil-gesellschaftliche Maßnahmen und solche der militärischen Kooperation entfalten im Regelfall lediglich mittel- bis langfristig Wirkung. Sie taugen kaum zur akuten Krisenbewältigung. Das Aufkommen von Flüchtlingswellen ist nur dann kanalisierbar, wenn die Ursache in Bürgerkriegen besteht und es mit humanitärer Hilfe gelingt, die Menschenmassen in der Region zu halten. Bei islamistischen Machtübernahmen werden Deutschland und Europa umfangreiche Flüchtlingskontingente aufnehmen müssen.

Deutschland muß sich daher darauf konzentrieren, das beschränkte eigene Potential mit dem von Partnern zu bündeln, namentlich durch gemeinsames Vorgehen in EU, NATO und VN. Auf Alleingänge ist nach Möglichkeit zu verzichten, da auf diese Weise weder die Konflikte noch ihre Folgen bewältigt werden können, wohl aber Schäden in den deutschen Bündnissystemen auftreten würden. Dies wäre die sicherheitspolitisch bedenklichste Folge der Umbrüche im islamischen Nordafrika und Nahen Osten.

## **Bosnien-Herzegowina und das Kosovo – Herausforderungen für deutsche Sicherheitspolitik auf dem europäischen Kontinent**

Seit nunmehr rund zwanzig Jahren ist Deutschland militärisch in Südosteuropa engagiert. Es hat dazu beigetragen, zwei Kriege zu beenden, erhebliche Lasten für den Wiederaufbau der Länder – Bosnien-Herzegowina und Kosovo, aber auch Kroatien – mitgetragen und dauerhaft dem Ausbruch neuer Feindseligkeiten entgegengewirkt. Seit Jahren nimmt so die Gefahr militärischer Konflikte in der Balkanregion ab, so daß die Größe der eingesetzten Bundeswehrrkontingente seit Jahren stark vermindert werden konnte. Dennoch bleibt das Faktum bestehen, daß immer noch deutsche Soldaten auf dem Balkan im Einsatz stehen, nicht zu reden von den zahlreichen zivilen Anstrengungen, die Deutschland im Rahmen internationaler Organisationen unternimmt, um dem Frieden dort eine Chance zu bewahren.

In der Kurzlebigkeit der heutigen Welt, in der sich durch neue Medien Nachrichten von Tag zu Tag überschlagen, wächst in der öffentlichen Meinung das Unbehagen darüber, einen Konflikt jahre-, ja jahrzehntelang begleiten zu müssen. Doch selbst wenn man schnelle und abschließende Lösungen für tiefgreifende, historisch gewachsene Auseinandersetzungen von Völkern als wenig sachgemäßes

Wunschdenken abtut, muß die deutsche Politik, speziell die Sicherheitspolitik, einen Blick nach vorn richten – denn niemand wird behaupten wollen, daß die Einsätze der Bundeswehr in Bosnien und im Kosovo ewig dauern sollen. Was aber kommt danach?

Der Blick in die Zukunft erfordert, so sollte man meinen, prophetische Fähigkeiten. Folglich kann es sich hier nicht darum drehen, mit dem Anspruch auf Richtigkeit Voraussagen zu treffen, wie der Balkan in zehn, zwanzig oder gar fünfzig Jahren aussehen wird. Aber: Politik, also auch Sicherheitspolitik, muß versuchen, Determinanten zu erkennen, denen die Entwicklung bisher gefolgt ist und die vermutlich auch in absehbarer Zukunft die Länder der Region bestimmen werden. Erst dann ist es möglich, eine Strategie zu entwickeln, die den wahrscheinlichen Szenarien gerecht wird.

Aus deutscher Sicht gleicht der Balkan oft einem Chaos, zerrissen in vieler Hinsicht, unbeherrschbar, von Emotionen geprägt, die kaum zu verstehen sind. Da liegt der Schluß nahe, es gäbe nur zwei Alternativen: Entweder die mittel- und westeuropäische, also die Angleichung von Mentalitäten und Verhältnissen an die der nördlichen EU-Kernländer oder ein politischer Rückzug, der den Balkan sich selbst überläßt – oder eben anderen. Beide Verfahrensweisen wären jedoch wenig von Realitätssinn geprägt. Südosteuropa als geographisch Deutschland nahe gelegenes Gebiet verdient eine deutsche Strategie, die den örtlichen Verhältnissen gerecht wird. Nur so können auch die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland adäquat in Zukunft gewahrt werden. Und diese Strategie muß auf dem Ist basieren, nicht auf dem Soll.

## *Zur Lage in der Gegenwart*

### **Bosnien-Herzegowina**

Bosnien-Herzegowina (in Folgenden meist kurz: Bosnien) zählt auf einer Fläche von 51.197 km<sup>2</sup> geschätzt etwa 3,8 Millionen Einwohner. Die Einwohnerzahl ist in den letzten zwanzig Jahren drastisch zurückgegangen – so hatte die letzte amtliche Zählung 1991 noch 4.377.033 Einwohner ergeben. Ursächlich für diesen Verlust war der Bosnienkrieg zwischen 1992 und 1995 sowie die darauf folgende wirtschaftliche Perspektivlosigkeit.

Ein eigentümliches Merkmal Bosnien-Herzegowinas besteht in der Tatsache, daß das Land über keine konstituierende Staatsnation verfügt. Vielmehr existieren drei Nationalitäten von Verfassungsrang: Muslimische Bosniaken mit 48, Serben mit

37 und Kroaten mit 14 Prozent, wobei zu berücksichtigen ist, daß diese Zahlen die komplexen ethnischen Verhältnisse des Vielvölkerstaats Bosnien nur unzureichend wiedergeben. Denn einerseits drängt die politische Verfassung die Angehörigen von Minderheiten, zum Beispiel die der Roma, dazu, sich entgegen dem eigenen Selbstverständnis und zum Teil auch entgegen der Außenwahrnehmung der sozialen Umwelt einer der drei Staatsnationen zuzuordnen. Andererseits gibt es noch bzw. wieder einen nennenswerten Personenkreis (zum Teil aus Mischehen), der sich als *jugoslawisch* oder ganz allgemein als *bosnisch* bezeichnet.

Auch vor 1992 hatte es Siedlungsschwerpunkte der einzelnen Nationen gegeben. Im Zuge der sogenannten *ethnischen Säuberungen* während des Bosnienkrieges war es jedoch zu einer bis heute anhaltenden Konzentration der Nationen auf bestimmte Gebiete gekommen. Ein Zusammenwachsen der Ethnien zu einer einzigen Staatsnation ist vor diesem Hintergrund und angesichts der sonstigen Kriegserfahrungen in absehbarer Zukunft nicht zu erwarten.

In demographischer Hinsicht weist Bosnien-Herzegowina eine im Vergleich selbst für Europa geringe Geburtenrate auf. Nach aktuellen Prognosen wird sich die Einwohnerzahl des Landes auf 3,7 Millionen im Jahr 2025 vermindern – bis 2050 vielleicht sogar auf drei Millionen.<sup>135</sup> Politische Sprengkraft für den Staat Bosnien-Herzegowina entfaltet weniger das Wachstum (bzw. die zu erwartende Verminderung) der Gesamtbevölkerung als vielmehr die Tatsache, daß die drei Nationalitäten in unterschiedlichem Maß von Alterung und Rückgang betroffen sind. So liegt der Anteil der Kinder und Jugendlichen im Alter unter fünfzehn Jahren an der Bevölkerung im Fall der Serben bei rund 17 %, für die Kroaten bei unter 17,4 % und in der muslimischen Bevölkerung bei 18,2 %.<sup>136</sup> Vermutlich also wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten Bosnien-Herzegowina tendenziell stärker von Bosniaken geprägt, während Kroaten und Serben in Bezug auf ihre Anteile an der Gesamtbevölkerung Einbußen hinnehmen müssen.

Religion ist – wenn auch nicht immer als Gottesverehrung, sondern als wichtiger Teil von Kultur – ein konstituierender Aspekt der Identität aller bosnischen Nationen. Serben sind praktisch ausschließlich serbisch-orthodox, Kroaten

---

<sup>135</sup> Stiftung Weltbevölkerung, Datenreport der Stiftung Weltbevölkerung (<http://www.weltbevoelkerung.de/oberes-menue/publikationen-downloads/zu-unseren-themen/datenreport.html?gclid=CKmmsqC9hq8CFcG-zAod3WamAw>, zuletzt aufgerufen am 27.03.2012).

<sup>136</sup> Genaue Statistiken für die jeweiligen Nationen liegen nicht vor. Die Zahlen beziehen sich deshalb auf die Entität Serbische Republik, im Fall der Föderation dagegen auf Kantone und zum Teil auch auf Gemeinden. Ungenauigkeiten ergeben sich daraus, daß zumindest auf dem Gebiet der Föderation viele Kantone und Gemeinden eine gemischte Bevölkerung aufweisen. So liegt z.B. den Zahlen für die Kroaten eine Gesamtbevölkerung von 523.420 Personen in mehrheitlich kroatischen Kantonen und Gemeinden zugrunde – obwohl dort ebenso wie in zahlreichen bosniakischen Mehrheitskantonen und -gemeinden mehr oder weniger große Prozentsätze der jeweils anderen Nationalität leben.

römisch-katholisch und Bosniaken muslimisch, wobei diese Zuordnungen in kultureller Hinsicht sogar für bekennende Atheisten gültig bleiben. Nicht umsonst verstehen die beiden christlichen Kirchen sich als Nationalkirchen, die eng mit den politischen Eliten verflochten sind und sich zuvorderst als Vertretung der jeweils eigenen Ethnie sehen.

Kontrovers diskutiert wird die Frage, wie der bosnische Islam zu bewerten und in der weltweiten Gemeinschaft muslimischer Gläubiger zu verorten ist. Allgemein anerkannt ist, daß der bosnische Islam seit Jahrhunderten Übung im Umgang mit anderen Religionsgemeinschaften besitzt und sich durch den Einfluß Österreich-Ungarns und Jugoslawiens sowie lokaler Tradition (Sufismus) eine wenig auf Konfrontation ausgerichtete Form des mohammedanischen Glaubens entwickelt hat. Manche Beobachter sehen das als Vorbild für einen toleranten Euro-Islam in Ländern, die nach dem Zweiten Weltkrieg umfangreiche muslimische Immigrantengruppen aufgebaut haben. Andererseits ist zu bemerken, daß sich die muslimische Religiosität in Bosnien im Vergleich zur jugoslawischen Zeit vor 1992 erheblich verändert hat:<sup>137</sup>

So hat erstens das Scheitern des Modells Jugoslawien die Bosniaken entdecken lassen, wie stark ihre Identität doch vom Islam abhängig ist – Bosniaken ohne muslimischen Glauben würden, etwas verallgemeinernd formuliert, nach der Konversion zum Christentum entweder zu Serben oder Kroaten, zumal Vordenker dieser beiden Völker die Existenz einer bosniakisch-muslimischen Nation ohnehin immer wieder angezweifelt haben und noch immer anzweifeln.

Zweitens galt der Bosnienkrieg in den 1990er Jahren in Teilen der muslimischen Welt als ein Krieg, in dem der Islam von Ungläubigen – Christen und Kommunisten – bedroht wurde. Analog zu Afghanistan erschienen eine Menge freiwilliger Kämpfer aus anderen islamischen Staaten und Gesellschaften in Bosnien, um für ihren Glauben und ihre Glaubensbrüder zu kämpfen. Diese Mudschaheddin, die sich zum Teil nach Kriegsende im Land niederließen, trugen einen arabisch-fundamentalistisch geprägten Islam nach Bosnien.

Drittens schließlich ist Bosnien von der seit Jahren weltweit wachsenden Neufindung des Islam betroffen. Von Saudi-Arabien und aus dem Iran<sup>138</sup> dringen Interpretationen des Religiösen, vor allem aber Geld nach Bosnien, die das aus dem 20. Jahrhundert gewohnte Bild des bosnischen Islam verändern – sichtbar z.B. an monumentalen Großprojekten wie neuen Moscheen ebenso wie an dem

---

<sup>137</sup> Schubert, Gabriella, Verbindendes und Trennendes in den Alltagskulturen von Christen und Muslimen in Südosteuropa, in: Kahl, Thede und Cay Lienau (Hg.), Christen und Muslime. Interethnische Koexistenz in südosteuropäischen Peripheriegebieten, Wien 2009 (Religions- und Kulturgeschichte in Ostmittel- und Südosteuropa Band 11), S. 173-189, hier S. 188.

<sup>138</sup> Ströhm, Carl Gustav, Das Ziel der Moslems ist ein islamisches Bosnien, Die Welt vom 28.03.1996 (<http://www.welt.de/print-welt/article656042/Das-Ziel-der-Moslems-ist-ein-islamisches-Bosnien.html>, zuletzt aufgerufen am 28.03.2012).

Versuch, durch Geldzahlungen und Druck Frauen zum Tragen des Schleiers zu bringen.<sup>139</sup>

Vermutlich wird also der Islam in Bosnien wohl in absehbarer Zeit wichtiger werden, durch die relative Zunahme der Zahl seiner Anhänger im Vergleich zu den christlichen Kirchen ebenso wie durch innere Selbstfindung. In Gebieten mit christlichen Minderheiten dürfte das für diese Folgen im Hinblick auf die freie Gestaltung des eigenen Lebensweges haben, andererseits jedoch werden die Auswirkungen nicht so gravierend sein, die bosnische Gesellschaft insgesamt in Richtung eines muslimischen Fundamentalismus rücken zu lassen.

In kultureller Hinsicht lassen sich in Bosnien stark gegenläufige Tendenzen beobachten. So orientieren sich – abgesehen von der Übernahme *westlicher* Werte durch alle Nationen – Kroaten und Serben stark an ihren außerhalb Bosniens bestehenden Nationalstaaten (Serbien und Kroatien), was auch eine verminderte Bedeutung lokaler und regionaler kultureller Traditionen beinhaltet. Andererseits existieren (wieder) ausgeprägt *bosnische* Formen der Kultur, die Eigenständigkeit betonen, etwa auf dem Gebiet der durch Medien verbreiteten Filmkunst und vor allem Musik, aber auch im Sport.

Die Wirtschaft Bosnien-Herzegowinas läßt sich mit den Maßstäben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nur höchst unzureichend beschreiben, weil Schattenwirtschaft und illegale ökonomische Aktivitäten von großer Bedeutung sind. Nach der staatlichen Berechnung kommt das bosnische Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner gerade einmal auf 31 Prozent des EU-Durchschnitts, womit Bosnien selbst in der Region den vorletzten Platz vor Albanien, aber noch hinter Serbien einnimmt.<sup>140</sup> Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei rund vierzig Prozent.<sup>141</sup> Solch dramatische Werte sind jedoch nur bedingt geeignet, die bosnische Wirtschaft und die Finanzkraft der Einwohner zu beschreiben. Beide beruhen nämlich zum Großteil auf anderen Grundlagen:

Erstens auf den Rücküberweisungen von Auslandsbosniern. Schon seit den 1960er Jahren lebt ein Teil der arbeitsfähigen bosnischen Bevölkerung als Gastarbeiter im Ausland, vornehmlich in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Im Rahmen des Krieges von 1992 bis 1995 hatten noch einmal hundert-

---

<sup>139</sup> Schmidt-Häuer, Christian, Auf Seelenfang in Bosnien, Die Zeit 02/2002

([http://www.zeit.de/2002/12/200212\\_saudisinbosnien\\_xml](http://www.zeit.de/2002/12/200212_saudisinbosnien_xml), zuletzt aufgerufen am 28.03.2012).

<sup>140</sup> Agencija za statistiku Bosne i Hercegovine [Statistisches Amt von Bosnien und Herzegowina], Bruto domaći proizvod (BDP) i stvarna individualna potrošnja (SIP) u standardu kupovne moći (SKM) 2008-2010 [Bruttoinlandsprodukt und individuelle Lebenshaltungskosten nach Kaufkraft] ([http://www.bhas.ba/saopstenja/2012/BDP\\_PPP\\_2008-2010\\_bh.pdf](http://www.bhas.ba/saopstenja/2012/BDP_PPP_2008-2010_bh.pdf), zuletzt eingesehen am 28.03.2012).

<sup>141</sup> Fuster, Thomas, Bosnien - Ein Labyrinth für Investoren, NZZ vom 29.07.2009

([http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/bosnien\\_\\_ein\\_labyrinth\\_fr\\_investoren\\_1.3165510.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/bosnien__ein_labyrinth_fr_investoren_1.3165510.html), zuletzt eingesehen am 28.03.2012).

tausende Menschen ihre bosnische Heimat verlassen, so daß – selbst wenn ein Teil der Flüchtlinge zurückgekehrt ist – immer noch eine umfangreiche bosnische Diaspora existiert. Die Weltbank schätzt die Überweisungen der Auslandsbosnier auf eine Größenordnung von rund zwei Milliarden Dollar,<sup>142</sup> andere Quellen gehen sogar von bis zu 17 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus.<sup>143</sup>

Zweitens findet ein erheblicher Anteil der Bevölkerung Auskommen im Rahmen der Schattenwirtschaft, wodurch sich die offiziellen Arbeitslosenwerte mindestens halbieren werden.<sup>144</sup> Betroffen von Schwarzarbeit und nicht angemeldeter Selbständigkeit dürfte vor allem die Landwirtschaft sein, daneben auch Bereiche, in denen Familienangehörige und das nähere soziale Umfeld des Betreibers in Kleinbetrieben helfen.

Drittens verzeichnet Bosnien einen – allerdings rückläufigen – Zustrom von ausländischem Geld über internationale Institutionen. In diesem Zusammenhang sind auch zahlreiche, für örtliche Verhältnisse gut bezahlte Arbeitsplätze entstanden, außerdem werden Projekte in großer Zahl gefördert.

Viertens schließlich hat sich in Bosnien eine bis in die Führungsschichten reichende organisierte Kriminalität etabliert. Neben Delikten im Rahmen der inländischen Wirtschaft wirkt die organisierte Kriminalität auch nach außen, etwa durch den Export illegaler Güter, aber auch durch Menschen- und Drogenschmuggel in Richtung EU.

Die bosnische Volkswirtschaft hat mit überaus schlechten Ausgangsbedingungen zu kämpfen: Schon vor 1990 gehörte das Land zu den wirtschaftlich schwachen Gebieten Jugoslawiens. Der Weg in den Badetourismus, den Kroatien und andere Mittelmeerränder zum Devisengewinn erfolgreich beschreiten konnten, blieb und bleibt Bosnien mit seiner nur wenige Kilometer langen Adriaküste verwehrt. Der Krieg zwischen 1992 und 1995 hat gigantische Zerstörungen verursacht und außerdem ein Minenproblem hinterlassen. Vor allem aber sind es die politische Zerrissenheit des Landes, Korruption und – teils damit verbunden – rechtliche Unsicherheit, die ausländische Investitionen behindern und damit auch den Kapitalzufluß verhindern, der nötig wäre, um eine eigenständige und leistungsfähige industrielle Wirtschaft aufzubauen. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß es gerade europäischen Investoren schwerfällt, sich im komplizierten Beziehungsgeflecht Bosniens zu etablieren. Die wenigen Investitionen, die von

---

<sup>142</sup> Weltbank, Workers' remittances and compensation of employees, received (current US\$) (<http://data.worldbank.org/indicator/BX.TRF.PWKR.CD.DT>), zuletzt aufgerufen am 29.03.2012).

<sup>143</sup> Das entspräche etwa fünf Milliarden US-Dollar, siehe Brüggmann, Mathias, Krise erreicht den Balkan mit Wucht, Handelsblatt vom 19.03.2009 (<http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/angst-vor-ethnischen-spannungen-waechst-krise-erreicht-den-balkan-mit-wucht/3137932.html>), zuletzt aufgerufen am 29.03.2012).

<sup>144</sup> Fuster, Bosnien.

außerhalb erfolgen, geschehen deshalb zum Großteil aus anderen Staaten heraus, etwa in Gestalt von China und der Türkei.

Die politische Lage Bosniens wird bestimmt durch eine Reihe von Faktoren – die ethnischen und religiösen Verhältnisse, die Struktur und Verhaltensweise der gesellschaftlichen Eliten, durch das aus Geschichte, Kommunismus und Krieg überkommene politische Erbe sowie eine (verfassungs-) rechtliche Konstruktion des Staates, die weitgehend auf dem Vertrag von Dayton beruht.

Der Krieg zwischen 1992 und 1995 hat zu Gebieten geführt, die im Gegensatz zur Zeit davor weitgehend von ethnischer und damit auch religiöser Homogenität geprägt sind. Allem Anschein nach entspricht diese Verschiebung von Bevölkerungsgruppen generell auch dem Wunsch der Bevölkerung nach dem Leben in Mehrheiten der jeweils eigenen Nationalität. Rückkehrprogramme für Flüchtlinge, die zum isolierten Dasein von einst geflohenen Personen und Familien in von anderen Ethnien dominierten Landesteilen führen, erfreuen sich jedenfalls keines großen Zuspruchs. Die Erfahrung des Krieges – also das Verlassensein in feindlicher Umgebung – mag dafür ebenso ursächlich sein wie der Wunsch, im Alltag nach den jeweils eigenen kulturellen und religiösen Traditionen zu leben. Schmelztiegel, in denen die Völker und Religionen zusammenwachsen, sind rar in Bosnien, und wenn es sie gibt, etwa in Sarajevo und Tuzla, dann ist ihr Sog begrenzt auf eine intellektuelle, meist jugendliche Schicht. Ansonsten versucht jede Ethnie, in bestimmten Gebieten Dominanz zu entwickeln.

Bis etwa 1990 entstammten die Eliten Bosnien-Herzegowinas der kommunistischen Nomenklatura, im nicht-politischen Sektor ergänzt durch wenige Autoritäten aus dem religiösen Bereich. Der Zusammenbruch des noch aus der Tito-Zeit stammenden Regimes hat in den Jahren ab 1990 jedoch dazu geführt, daß sich neue Führungsschichten im Land konstituierten. Sie bestanden aus einstigen Dissidenten, alten kommunistischen Parteikadern (meist aus der mittleren Ebene), Auslandsbosniern und Menschen, die durch persönliche Fähigkeiten, Instinkt und Begabung in der Lage waren, die Führung in bestimmten Landesteilen zu übernehmen. Hinzu kamen Personen aus dem angrenzenden Ausland, namentlich aus Serbien, die sich für ihre Nation engagierten und damit zu Vorkämpfern der eigenen Sache wurden. Diese neue Elite besetzte alsbald alle wichtigen Posten in Staatsverwaltung und Militär, und sie teilte die Ressourcen der Volkswirtschaft zum großen Teil unter sich auf – durchaus nicht immer im Einvernehmen, aber doch so, daß die einstige, nach spezifisch titoistischen Vorgaben organisierte Wirtschaft beinahe in Gänze in die Hand der neuen Machthaber fiel. Um sich vor ihren Bevölkerungen zu legitimieren, verfolgten und verfolgen die jeweiligen Eliten einen ausgesprochen nationalistischen Kurs. Andererseits waren und sind sie bereit, selbst mit (einstigen) Kriegsgegnern gut zusammenzuarbeiten, wenn es der Sicherung der eigenen Position bzw. dem

Profit dient. In der Folge dieses Prozesses entstand ein Geflecht aus Beziehungen und Abhängigkeiten, das in seiner Funktionsweise und hinsichtlich seiner Auswirkungen in weiten Teilen nur mit dem Begriff *organisierte Kriminalität* zu beschreiben ist.

Ohne den Krieg und die Transformation der kommunistischen Wirtschaft in eine Privatwirtschaft hätte eine solche Elitenbildung nicht stattfinden können – und sie wäre vielleicht auch unmöglich gewesen ohne das auf Geschichtsbildern und Alltagserfahrung beruhende Weltbild der Bevölkerung. Ebenso wie zum Beispiel in Deutschland die Lehren aus dem Dritten Reich politikbildend wirken und in zahlreichen DrittWeltstaaten die Erfahrungen des Kolonialismus, ebenso wirken in Bosnien die jahrhundertelangen Erfahrungen der Ethnien miteinander fort. Kroaten und Serben erinnern sich einer langen, oft drückenden Herrschaft des Islam über ihr Land, die Serben der Untaten des kroatischen Ustascha-Regimes im Zweiten Weltkrieg, die Kroaten und Bosniaken der serbischen und kommunistischen Racheakte 1945. Zugleich konservieren alle Nationen ihr Bild von der jeweils eigenen Opferrolle im jüngsten Krieg zwischen 1992 und 1995. Der Weg in eine gemeinsame Zukunft mit Vertrauen und Wir-Gefühl ist dadurch verbaut.

Angesichts der Tatsache, daß der Krieg 1992-1995 ohne einen klaren Sieger durch ein Eingreifen auswärtiger Staaten und Organisationen zu Ende ging, kommt dem damals erzwungenen und im *Vertrag von Dayton*<sup>145</sup> festgehaltenen Kompromiß für die bosnische Verfassungssituation eine immense Bedeutung zu. Demnach blieb der Staat Bosnien-Herzegowina ungeteilt erhalten, allerdings mit einer vergleichsweise schwachen zentralstaatlichen Ebene und zwei starken, darunter stehenden Elementen: Den beiden sogenannten Entitäten *Serbische Republik* und *Föderation Bosnien und Herzegowina*. Die Föderation als Bundesstaat von Kroaten und Bosniaken wiederum ist unterteilt in zehn, nach ethnischem Proporz eingerichtete Kantone, die in der Föderation eine starke Machtstellung genießen. Hinzu kommt ein eigentlich als Kondominium beider Entitäten geplanter, faktisch aber direkt dem Zentralstaat unterstehender kleiner Distrikt um das strategisch wichtige Brčko. Ergänzend dazu ist durch die *Resolution 1031 des VN-Sicherheitsrates* mit dem *Hohen Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina* und seinem Büro ein internationales Ordnungselement in die bosnische Verfassungswirklichkeit eingeflossen, das die im Land selbst überaus umstrittene Verfassungskonstruktion überhaupt erst am Leben erhält.<sup>146</sup>

<sup>145</sup> Vertrag von Dayton, englische Fassung

([http://avalon.law.yale.edu/subject\\_menus/daymenu.asp](http://avalon.law.yale.edu/subject_menus/daymenu.asp), zuletzt aufgerufen am 23.04.2012).

<sup>146</sup> Wobei die Durchsetzungsfähigkeit des Hohen Repräsentanten nicht unwesentlich auf der Präsenz der EUFOR basiert, deren ständige Verminderung wiederum auch den Hohen Repräsentanten schwächt (Rolofs, Oliver, Bosnien-Herzegowina: Internationale Strategielosigkeit, in: Europäische Sicherheit: Politik, Streitkräfte, Wirtschaft, Technik 59/2010, S. 19-23, hier S. 20).

Die genannten Faktoren führen dazu, daß in Bosnien nur sehr schwache Kräfte bereit sind, Politik zum Wohl des Gesamtstaates zu gestalten. Im Fokus der Politik stehen vielmehr im Regelfall Teile des Staates – einzelne Entitäten, Kantone, Nationen, wenn nicht sogar einzelne Familien oder Netzwerke. Versuche, die Verfassung zu reformieren und z.B. die den Gesamtstaat stark einschränkenden Veto-Rechte der Entitäten zu beschneiden oder abzuschaffen, scheiterten daran, daß sich die relevanten politischen Kräfte, vor allem die Serben, nicht zu einem tragfähigen Kompromiß durchringen konnten (zuletzt bei der sogenannten Butmir-Initiative 2009).<sup>147</sup> Einigkeit zu bestimmten politischen Themenkomplexen erzielt die bosnische Politik nur dann, wenn immenser Druck auf sie einwirkt, etwa in der Frage der Visa-Freiheit für die Staaten der EU, die für die bosnische Bevölkerung mit ihrer starken wirtschaftlichen und kulturellen Anbindung an das Ausland von existentieller Bedeutung ist.

### **Kosovo**

Das Kosovo nimmt nur etwa ein Fünftel der Fläche Bosnien-Herzegowinas ein, ist aber andererseits mit rund zwei Millionen Einwohnern dichter besiedelt. Ähnlich wie in Bosnien haben sich ethnisch weitgehend homogene Landstriche gebildet – die Albaner, etwa 92 Prozent der Bevölkerung, besiedeln den Großteil des Landes, während sich im Norden die Serben (gut fünf Prozent der Gesamtbevölkerung) einige Gebiete erhalten haben. Minderheiten ohne größere geschlossene Siedlungsgebiete wie die manchmal unter dem Begriff Zigeuner zusammengefaßten Roma, Ägypter und Ashkali sowie die Kroaten haben das Land zum Teil verlassen.<sup>148</sup>

Das Kosovo steht in Bezug auf die Geburtenrate und den Anteil junger Menschen im europäischen Vergleich an der Spitze, ein Sachverhalt, der allerdings ausschließlich die albanischen Teile der Bevölkerung betrifft (und eventuell, wozu allerdings kaum Daten zur Verfügung stehen, Roma und andere Minderheiten). Die serbische Volksgruppe ist – ähnlich wie die meisten anderen europäischen Völker – einem zunehmenden Prozeß der Alterung ausgesetzt. Die schon seit Jahren bestehende Tendenz einer Marginalisierung der serbischen Minderheit setzt sich folglich auch durch die Geburtenlage fort, selbst wenn nach dem Ende

---

<sup>147</sup> Wölkner, Sabina, „Butmir 2“ bringt keine Besserung – Chancen für eine Verfassungsreform verdüstern sich, Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung von Oktober 2009 ([http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_17923-1522-1-30.pdf?091028163453](http://www.kas.de/wf/doc/kas_17923-1522-1-30.pdf?091028163453), zuletzt aufgerufen am 06.04.2012).

<sup>148</sup> Kiçmari, Sabri, Individuum und Gesellschaft im Kosovo, Bonn 2009 (Diss.), S. 77-79.

des Kosovokrieges ab etwa dem Jahr 2000 auch die Geburtenrate der Albaner stark eingebrochen ist.

Die gesellschaftlichen Strukturen des Kosovo sind, jedenfalls im Fall der albanischen Bevölkerungsmehrheit, grundlegend anders aufgebaut als die der Serben und auch die des restlichen Europa. Von zentraler Bedeutung sind nicht die jüngeren Individuen, sondern von Älteren geführte Gruppen – Familien, Großfamilien, Dorfgemeinschaften und Stämme. Demnach ist auch das Prinzip der Gleichheit aller Menschen im albanisch geprägten Kosovo nicht verwirklicht: Ältere entscheiden über Jüngere, Männer über Frauen und Mädchen. Die praktischen Auswirkungen dieser Gesellschaftsstruktur reichen bis in den politischen Bereich und die Rechtsfindung hinein.<sup>149</sup>

In religiöser Hinsicht zählen sich die Serben zum orthodoxen Christentum, die Albaner sind in überwältigender Mehrheit Muslime. Sie hängen zum großen Teil Sufi-Bruderschaften und Derwisch-Orden an, also Gemeinschaften, die vom puristisch geprägten sunnitischen Islam z.B. Saudi-Arabiens abgelehnt werden. Das Oberhaupt der Derwisch-Orden hat seinen Sitz im albanischen Tirana. Lediglich eine kleine Minderheit der Albaner bekennt sich zum römisch-katholischen Glauben oder zu evangelischen Freikirchen.

Ähnlich wie in Bosnien tritt der Islam im Kosovo in einer im Vergleich mit etwa Arabien eher kompromißbereiten und verweltlichten Form auf – solange nicht drastische Traditionsbrüche an seinen Grundfesten rütteln. Das geschieht u.a. im Fall von Konversionen zum Christentum, die kaum akzeptiert werden. Im Vergleich mit den Bosniaken ist der Islam für die Albaner kein konstituierendes Merkmal ihrer Nation, zumal zu dieser unbestritten in Albanien selbst auch große katholische und orthodoxe Gruppen gehören.

Die Wirtschaft des Kosovo beruht ebenso wie die Bosniens zu einem großen Teil auf dem Zustrom von Geld aus dem Ausland. Die inländische, international überwiegend auf Import ausgerichtete Wirtschaft ist schwach und stark kleinbäuerlich geprägt, Industriebetriebe gibt es kaum.<sup>150</sup>

Der Zustrom von Finanzen aus dem Ausland erfolgt auf drei Arten: Erstens durch die Überweisungen von im Ausland als Gastarbeiter lebenden Kosovaren, zweitens durch internationale Organisationen und andere Staaten,<sup>151</sup> drittens

<sup>149</sup> Kiçmari, Individuum, S. 123-137.

<sup>150</sup> Deutsche Botschaft Pristina, Wirtschaftsübersicht Kosovo ([http://www.pristina.diplo.de/Vertretung/pristina/de/05/Wi\\_20Uebersicht/\\_Wirtschafts\\_C3\\_BCbersicht\\_20Kosovo.html](http://www.pristina.diplo.de/Vertretung/pristina/de/05/Wi_20Uebersicht/_Wirtschafts_C3_BCbersicht_20Kosovo.html), zuletzt aufgerufen am 22.04.2012).

<sup>151</sup> Europäische Kommission, Kosovo gemäß der Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen Beziehungen EU - Kosovo ([http://ec.europa.eu/enlargement/potential-candidates/kosovo/relation/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enlargement/potential-candidates/kosovo/relation/index_de.htm), zuletzt aufgerufen am 20.04.2012).

durch die wirtschaftlichen Aktivitäten der lokalen und gleichzeitig international agierenden Oberschicht. An allen drei Formen hat die gesellschaftliche Oberschicht des Kosovo mittelbar oder unmittelbar teil. Das liegt vor allem an der schon erwähnten gesellschaftlichen Struktur des Landes: Selbständiges Wirtschaften ist für Einzelpersonen kaum möglich, und jegliche Zuweisung von Geld an Gruppen führt zur Beteiligung der Gruppenführungen.

Ökonomisches Agieren ist nur in diesem, also dem von der kosovarisch-albanischen Gesellschaft gesetzten Rahmen möglich. Investoren aus dem europäischen Ausland schreckt das oft ab, denn ein Engagement im Kosovo ist mit (Bestechungs-) Kosten verbunden, die sich angesichts anderer Alternativen kaum lohnen.

Ähnlich wie Bosnien ist das Kosovo erst nach einem militärischen Konflikt als Staat aus dem früheren Jugoslawien hervorgegangen – mit der zusätzlichen Bürde, international von mehreren wichtigen und vielen anderen Staaten nicht anerkannt zu sein. Ursächlich dafür ist die Tatsache, daß es sich bei dem Kosovo um eine Abspaltung von Serbien handelt, die gegen dessen Willen vorgenommen wurde. Mehrere Regierungen sehen das als gefährlichen Präzedenzfall und Verstoß gegen das Völkerrecht an.

Die Politik des Kosovo ist seit der Beseitigung der serbischen Herrschaft 1999 und auch nach der Unabhängigkeitserklärung 2008 einerseits darauf gerichtet, einen international anerkannten Nationalstaat zu errichten. Andererseits verfolgen die Regierungen des Kosovo das Ziel, die Staatsgewalt über das gesamte Staatsgebiet auszudehnen – was bislang nicht erfolgreich war, da die serbischen Gebiete im Norden des Landes ein faktisches, an Serbien angelehntes Eigenleben führen. Trotz der 2008 ausgerufenen Unabhängigkeit und der Anerkennung durch eine Reihe von Staaten besteht analog zu Bosnien mit der UNMIK und basierend auf der *VN-Resolution 1244* eine internationale Zivilverwaltung mit Zuständigkeit für nahezu alle Bereiche der Innenpolitik.<sup>152</sup> Obwohl sie eigentlich lediglich als Übergangsverwaltung mit dem Ziel der Verhinderung weiterer Gewaltausbrüche installiert worden war, überlagern die Befugnisse der UNMIK die der kosovarischen Regierung bis heute auf zahlreichen relevanten Politikfeldern.

Die kosovarische Politik weist im Vergleich zu anderen europäischen Staaten eine Reihe von Besonderheiten auf. Die wichtigste dieser Besonderheiten besteht darin, daß die albanische Gesellschaft des Kosovo nicht das ausschließliche Gegenüber von Staat und Individuum kennt, sondern daß vielmehr zwischen diesen beiden Polen der Gesellschaft noch andere, wirkungsmächtige Instanzen

---

<sup>152</sup> VN-Sicherheitsrat, Resolution 1244 von 1999 (<http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N99/172/89/PDF/N9917289.pdf?OpenElement>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2012).

bestehen – die oben beschriebenen Familien und Stämme. Der Staat mit seinen Gesetzen, Handlungen und Aufgaben entspricht in vieler Hinsicht dem west- und mitteleuropäischen Vorbild. Die einzelnen Personen jedoch sind in ihrer Lebenswirklichkeit angewiesen auf und abhängig von anderen Entscheidungsträgern, eben den Familien und sonstigen sozialen Gruppen unterhalb der Staatsebene. Der unterhalb staatlicher Ebene wirksame und diese nicht selten unterlaufende Kodex von Verhaltensanweisungen ist unter dem Begriff *Kanun* bekannt geworden – nicht oder nur teilweise verschriftlichtes Gewohnheitsrecht, das seit Jahrhunderten Gültigkeit besitzt und auch heute noch praktiziert wird.

Die Albaner des Kosovo waren über Jahrhunderte gezwungen, ohne ein eigenes, von ihnen selbst dominiertes Staatswesen auszukommen. Eigene staatliche Institutionen konnten sie – in Form eines Schattenstaates – erst in den letzten Jahren des jugoslawischen bzw. serbischen Regimes entwickeln, offizielle Staatlichkeit sogar erst seit dem Abzug der Serben 1999. Dennoch hat es immer albanische Eliten des Kosovo gegeben, nicht zuletzt die Oberhäupter der Familien und Stämme, von denen schon die Rede war.

Gerade die serbische Unterdrückung und der daraus resultierende Krieg Ende der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts hat in Verbindung mit der umfangreichen Auswanderung Netzwerke geschaffen, die überall, im Kosovo sowie außerhalb davon, die Durchsetzung albanischer Normen gewährleisteten. Diese oft auf alten Strukturen, manchmal aber auch auf der Durchsetzungsfähigkeit Einzelner beruhenden Gemeinschaften finanzierten den Unabhängigkeitskampf, und sie taten das zum Teil durch illegale Aktivitäten, bei denen sich Politik und Gewinnstreben vermischten. Es entstand ein Geflecht der *organisierten Kriminalität*, das mangels konkurrierender Kräfte unter den Albanern des Kosovo Wirtschaft, Politik und nicht zuletzt den Widerstand gegen die Serben dominierte.

Nach dem Abzug der Serben übernahmen die Führer dieser Gruppen die Herrschaft im neu gegründeten Staatswesen. Die seit 1999/2000 sich im Amt befindlichen Regierungen des Kosovo gehören zum Großteil dieser Schicht an, die zwar formell eine Demokratie eingerichtet hat, faktisch jedoch jeglichen Ausbruchsversuch aus dem herrschenden Machtgefüge mit drastischen Mitteln zu bestrafen in der Lage ist. Auch die Präsenz von UNMIK, ausländischen Militärs und internationalen Polizeieinheiten konnte daran nichts ändern.

## ***Politische Perspektiven aus der Sicht Bosnien-Herzegowinas und des Kosovos***

Sowohl Bosnien-Herzegowina als auch das Kosovo verfolgen gemäß offizieller Verlautbarungen einen Kurs, der die Länder langfristig als Vollmitglieder in die EU führen soll. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß bei aller Anziehungskraft der EU Bosnien und das Kosovo den Beitrittskurs nicht mit dem Enthusiasmus und Veränderungswillen verfolgen, der notwendig wäre, um das große Projekt des EU-Beitritts in überschaubarer Zukunft zum Erfolg zu führen.

Die Eliten beider Staaten sind sich über den einzuschlagenden Kurs nicht einig. Die Grundvoraussetzung für Politik im Sinne der jeweiligen Gesamtstaaten Bosnien und Kosovo, das Zusammengehen von serbischen, kroatischen und bosniakischen Führungskräften in Bosnien und analog dazu von Albanern und Serben im Kosovo, ist im Moment wenig realistisch. Vor allem die Serben propagieren in beiden Staaten ihre Zugehörigkeit zur serbischen Nation, und in beiden Fällen sind sie nicht bereit, auf Dauer eine Trennung vom serbischen Mutterland zu akzeptieren. Folglich gestaltet sich auch das Miteinander in gesamtstaatlichen Gremien äußerst schwierig. Möglicherweise spielen die serbischen Eliten Bosniens und des Kosovos auf Zeit, in der Erwartung, irgendwann wäre die internationale Staatengemeinschaft bereit, ihre Wünsche nach einer Sezession vom jeweiligen Staat zu dulden.

Zu vermuten bleibt, daß die momentan herrschenden Eliten Bosniens und des Kosovos am eigenen Machterhalt interessiert sind, was die Verfügungsgewalt über die errungenen Besitztümer beinhaltet und den Wunsch, für rechtlich anstößige Handlungen nicht von der Justiz belangt zu werden. Ein Beitrittsverfahren zur EU würde jedoch – nach den Lehren, die die EU aus den Erfahrungen mit Bulgarien und Rumänien gezogen hat und die zuletzt gegenüber Kroatien zur Anwendung kamen – in seinem Fortschritt die Stellung der Eliten erheblich verschlechtern. Folglich sind Zweifel daran angebracht, daß die bosnischen und kosovarischen Führungsschichten das Ziel des EU-Beitritts trotz aller Rhetorik ernsthaft verfolgen.

## ***Auswärtige Akteure***

Trotz – oder vielleicht auch wegen – geringer Wirtschaftskraft, Kleinheit des Staatsgebietes, militärischer Bedeutungslosigkeit und politischer Zerrissenheit stehen sowohl das Kosovo als auch Bosnien-Herzegowina im Fokus der Außenpolitik mancher Staaten. In diesem Zusammenhang ist eine Fülle nationaler Interessen zu erkennen, die oft im Widerstreit zueinander stehen.

In Südosteuropa selbst sind es vor allem Staaten mit starken historischen Bezügen und ethnischer Verbundenheit, die Sonderbeziehungen zu Bosnien und dem Kosovo bzw. zu einzelnen Volksgruppen dort pflegen. So verfügt Kroatien über Sonderbeziehungen zu den bosnischen Kroaten, Serbien zu seinen Volksgruppen in Bosnien und im Kosovo und Albanien zu der albanischen Mehrheit ebenfalls im Kosovo. Die Türkei als zwar nicht unmittelbarer Anrainer, aber als wichtiger Staat der Region stützt traditionell die muslimischen Bevölkerungsteile sowohl in Bosnien als auch im Kosovo. Allerdings unterscheidet sich Art und Weise, in der sich die interessierten Länder in die Politik der beiden hier untersuchten Staaten Kosovo und Bosnien einbringen, beträchtlich.

*Kroatien* hat schon in der Zeit des Krieges, aber auch danach noch die Rolle einer Schutzmacht für die bosnischen – und in geringerem Umfang auch für die wenigen kosovarischen – Kroaten wahrgenommen. Allerdings haben die kroatischen Regierungen nach dem Tod des Staatsgründers Franjo Tuđman 1999 im Zuge der Annäherung an EU und NATO ihre Versuche, direkt in Bosnien Einfluß auszuüben, stark heruntergefahren. Momentan nimmt Kroatien seine Interessen an den bosnischen Kroaten vor allem auf zwei Wegen wahr: Erstens gibt es an diese kroatische Pässe aus, zweitens stellt es (vor allem kroatischen, aber auch bosniakischen) Arbeitskräften Arbeitsplätze in Kroatien zur Verfügung – ohne die angesichts der prekären Wirtschaftslage in Bosnien dort das alltägliche Überleben erheblich schwieriger wäre. Darüber hinaus ist die kroatische Wirtschaft ein wichtiger Partner der bosnischen, was teilweise auch an alten Netzwerken zwischen den jeweiligen Eliten liegt. Ansonsten ist Kroatien die neue Heimat vieler aus Bosnien stammender Kroaten geworden, die in den letzten Jahrzehnten ihrem Land den Rücken gekehrt haben. Die bosnischen Kroaten stellen somit ein Wählerpotential dar, das auch in Zukunft das Engagement Kroatiens in Bosnien garantiert. Ernsthafte Bestrebungen, Teile Bosniens mit Kroatien zu vereinigen, bestehen allerdings in den herrschenden politischen Eliten nicht mehr.<sup>153</sup>

*Albanien* als ältester Nationalstaat der Albaner war als Basis für den Unabhängigkeitskampf der Kosovo-Albaner gegen Serbien von immenser Bedeutung. Befürchtungen im Ausland, Albanien könne eine Vereinigung mit dem Kosovo (und eventuell mit Teilen Mazedoniens) anstreben, haben albanische Regierungen immer wieder widersprochen.<sup>154</sup> Allerdings entspricht das nicht der Meinung von großen Teilen der Bevölkerung, und auch ansonsten gibt es Anzeichen dafür, daß Albanien und das Kosovo enger zusammenrücken. Ein Beispiel dafür mag ein großes Infrastrukturprojekt sein – eine Straße, durch die das Kosovo mit Albanien

---

<sup>153</sup> Gattermann, Claus Heinrich, *Kroatien. Zweitausend Jahre Geschichte an der Adria*, Hildesheim/Zürich/New York 2011, S. 162-163.

<sup>154</sup> So u.a. der albanische Ministerpräsident Sali Berisha (F.A.Z. vom 15.02.2008, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/f-a-z-interview-albanien-und-das-kosovo-sind-erst-in-der-eu-vereint-1513990.html>, zuletzt aufgerufen am 19.04.2012).

verbunden wird. Insgesamt jedoch wird Albanien, das Mitglied der NATO ist und auf längere Sicht der EU beitreten möchte, bis auf weiteres den Status quo akzeptieren, zumal das Hauptziel, die Beendigung der serbischen Herrschaft über das Kosovo, mittlerweile erreicht ist.

Die *Türkei* ist Heimatland zahlreicher Bosniaken und Kosovo-Albaner, die ihre Länder in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten verlassen haben. Außerdem fühlen sich viele Bosniaken und Albaner traditionell mit der alten muslimischen Vormacht Türkei verbunden – die ihre muslimischen Partner auf dem Balkan auch aus imperialer Tradition heraus stützt.<sup>155</sup> Nicht zuletzt gehörte die Türkei zu den jeweils ersten Staaten, die die Unabhängigkeit Bosniens und des Kosovos international anerkannten. Momentan – und in absehbarer Zukunft – zeigt die Türkei jedoch kein Interesse, politisch verändernd auf dem Balkan einzugreifen. Das Engagement beschränkt sich auf gute politische Kontakte und eine Intensivierung der Wirtschafts- und Kulturbeziehungen.<sup>156</sup> Hinzu kommt seit dem Antritt der AKP-Regierung in der Türkei ein verstärktes Bemühen um den Islam.

Der einzige Staat der Region, der mit der heutigen politischen Situation grundlegend hadert, ist *Serbien*.<sup>157</sup> Nach den verlorenen Kriegen der 1990er Jahre ist die einstige Regionalmacht Serbien zum wirtschaftlichen und politischen Außenseiter geworden, der – verglichen mit der Situation in Jugoslawien bis 1990 – die Kontrolle über einen Großteil seines Herrschaftsgebietes verloren und erhebliche Bevölkerungsteile an nunmehr unabhängige Nachfolgestaaten Jugoslawiens abgegeben hat. Zugleich haben die Kriege und Gebietsabtretungen eine große Zahl von serbischen Flüchtlingen produziert, deren Integration und Versorgung Serbien schwerfällt und die als Wähler immer wieder an diese Gebietsverluste erinnern. Vor allem aber ist es das serbische Selbstverständnis, das den Serben und ihren politischen Eliten die Akzeptanz der heutigen Situation enorm erschwert. So gilt das Kosovo, der Schauplatz einer dort 1389 verlorenen Schlacht, als nahezu heiliger Ort des Serbentums, ebenso wirken die Erfahrungen mit der verlorenen Staatlichkeit zur Zeit des Osmanischen Reiches und die prekäre Situation der Serben zur Zeit des Zweiten Weltkriegs nach. Serbien fühlt sich als leidendes Opfer – und zugleich als historisch berufene Ordnungsmacht auf dem Balkan. Eigene Schuld, etwa am Ausbruch der jugoslawischen Zerfallskriege und vor allem an den damals geschehenen Untaten, kann Serbien daher nicht

---

<sup>155</sup> Reljić, Dušan, Die Türkei weckt alte Lieben und Feindschaften im Westbalkan, SWP-Aktuell 2010/A 69, September 2010 ([http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2010A69\\_rlc\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2010A69_rlc_ks.pdf), zuletzt aufgerufen am 16.04.2012).

<sup>156</sup> Ebd.

<sup>157</sup> Zu Serbien insgesamt siehe Uhde, Peter E., Waffenruhe auf dem Brandherd Europas: Serbiens Ziel ist die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, in: Europäische Sicherheit: Politik, Streitkräfte, Wirtschaft, Technik 59/2010, S. 89-91.

akzeptieren und erst recht nicht zum Leitmotiv einer auf Wiedergutmachung ausgerichteten Politik gegenüber seinen Nachbarn machen. Die serbische Politik ist vor diesem Hintergrund darauf gerichtet, die serbischen Minderheiten in Bosnien und im Kosovo zu stärken und ihre Einbindung in die jeweiligen Staaten zu begrenzen, wenn nicht – wie im Fall des Kosovo – sogar unmöglich zu machen. Im Fall des Kosovo scheint sich allerdings die politische Führung Serbiens mit dem Verlust der kosovarischen Kerngebiete abzufinden. Sie lanciert seit kurzem Pläne, die serbischen Gebiete im Norden des Kosovo zu Serbien zu schlagen. Daß südserbische, mehrheitlich albanisch bewohnte Gemeinden im Gegenzug den Anschluß ans Kosovo fordern und damit einen albanischen Riegel zwischen Serbien und Mazedonien legen würden, wird allerdings in Belgrad weniger thematisiert. Vermutlich setzt die serbische Politik auf das eigene politische Gewicht als Schlüssel zur Lösung der aus dem Zerfall Jugoslawiens überkommenen Balkanprobleme und hofft, eigene Gebietsverluste so abwenden zu können.

Bosnien und das Kosovo sind jedoch nicht nur Objekte der Außenpolitik der Anrainerstaaten, sondern auch von Mächten mit globalen Interessen aus weit entfernten Regionen der Welt. Besonders hervorzuheben sind hier besonders China und Saudi-Arabien.

Für China bietet sich die Chance, über wirtschaftliches Engagement auf dem europäischen Kontinent aktiv zu werden und auf diese Weise in Bosnien, in Zukunft vielleicht auch im Kosovo einen Einfluß zu gewinnen, den es so einfach in den festgefühten Staaten der EU nicht erlangen könnte.<sup>158</sup>

Saudi-Arabien begreift Bosnien und das Kosovo als islamische Staaten, und es ist bestrebt, die muslimische Religion im Rahmen der Umma, der weltweiten Gemeinschaft aller Islam-Gläubigen, zu stärken. Dabei nimmt das saudische Konzept wenig Rücksicht auf traditionelle Ausformungen des Islam, sondern versucht, die puristische Auslegung durchzusetzen, die in Saudi-Arabien selbst vorherrscht.<sup>159</sup>

Im übrigen verfolgt ein wichtiger Teil der internationalen Staatengemeinschaft die Entwicklungen in Bosnien und im Kosovo weniger bezogen auf diese beiden Länder selbst denn im Hinblick auf den schwierigen Umgang mit Sessionen, Autonomien und Staatenzerfall. War noch 1992 der Austritt Bosniens aus Jugoslawien von der damaligen jugoslawischen Verfassung gedeckt und damit

---

<sup>158</sup> Konzett, Eva, China steigt in Europas Anlagenbau ein, Wirtschaftsblatt von 18.09.2011 (<http://www.wirtschaftsblatt.at/home/international/osteuropa/china-steigt-in-europas-anlagenbau-ein-488692/index.do>, zuletzt eingesehen am 07.04.2012).

<sup>159</sup> Peter, Elie, Wird das Kosovo der erste islamische EU-Staat?, Blick vom 18.02.2008 (<http://www.blick.ch/news/ausland/wird-kosovo-der-erste-islamische-eu-staat-id154277.html>, zuletzt aufgerufen am 23.04.2012).

allenfalls politisch, nicht aber rechtlich ein Problem für die internationale Ordnung, stellte sich die Lage im Kosovo schon ganz anders dar – weshalb Staaten, die sich selbst mit Sezessionswünschen konfrontiert sehen, dem Kosovo zumeist die Anerkennung verweigern (so allein fünf EU-Staaten). Folglich sind solche Staaten auch nicht daran interessiert, weitere Zerfallsprozesse wie etwa den Austritt der Serbischen Republik aus Bosnien zu tolerieren.

### ***Die Zukunft Bosnien-Herzegowinas und des Kosovos aus der Perspektive deutscher Sicherheitspolitik***

Sowohl das Kosovo als auch Bosnien-Herzegowina sind im europäischen Vergleich eher kleine und bevölkerungsarme Staaten – woran sich aus deutscher Sicht in absehbarer Zeit nichts ändern wird, selbst wenn in Deutschland die Bevölkerungszahl rückläufig ist und die des Kosovo zunimmt. Wirtschaftlich ist nicht zu erwarten, daß Bosnien und das Kosovo zu wichtigen Partnern oder Konkurrenten Deutschlands aufsteigen werden, gleiches gilt für den militärischen Bereich.

Gleichwohl sind das Kosovo und Bosnien für die deutsche Politik interessant, und zwar auch aus Gründen der Sicherheit für Deutschland und seine Verbündeten. Dabei sind es gerade die strukturellen Schwächen und Besonderheiten, die Deutschland berühren. Zu den Besonderheiten dürfte die Tatsache zählen, daß es sich in beiden Fällen um Länder mit einer autochthonen muslimischen Bevölkerung handelt, die im Fall des Kosovo die Mehrheit stellt, im Fall Bosniens eine starke Minderheit, die möglicherweise in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zur Mehrheit aufwachsen wird. Die wichtigste für Deutschland relevante Schwäche ist und bleibt mit hoher Wahrscheinlichkeit die unzureichend ausgeprägte (Rechts-) Staatlichkeit und damit einhergehend die Einbindung lokaler und regionaler Eliten in illegale Geschäfte wie Schmuggel aller Art – nicht zuletzt von Drogen und Menschen. Hinzu kommt, zumindest im Fall des Kosovo, eine Gesellschaftsstruktur, die mit der der meisten anderen europäischen Staaten kaum vergleichbar ist und damit einhergehend die Frage, ob eine auf dem Grundsatz der Gleichheit aller Menschen aufbauende Demokratisierung und damit auch Befriedung auch nur rudimentäre Chancen besitzt.

Die Konzepte, die Deutschland im Fall anderer ost- und südosteuropäischer Länder zur Verminderung von Sicherheitsrisiken erfolgreich verfolgt hat, nämlich die Einbindung der jeweiligen Staaten in große, westlich geprägte Vertragswerke wie NATO und EU, dürften vor diesem Hintergrund kaum greifen. Sie würden,

sollten die Aufnahmevoraussetzungen ähnlich wie im Fall Kroatiens definiert werden, eine Selbstentmachtung der örtlichen Eliten voraussetzen. Hinzu kommt, daß die Anziehungskraft namentlich der EU tendenziell abgenommen hat: Zwar stellt die EU immer noch einen beeindruckenden Block wirtschaftlicher, sozialer und auch militärischer Sicherheit in der Welt dar, doch haben die Finanz- und Wirtschaftskrisen deutlich gemacht, daß auch die Leistungsfähigkeit der EU und ihrer Mitglieder nur begrenzt ist. Außerdem haben überlange und von politischen Forderungen befrachtete Aufnahmeverfahren wie das für Kroatien ein zweifelhaftes Signal an die Staaten des westlichen Balkans gesetzt – nämlich das, daß jahrzehntelange Anpassungsprozesse schwere Opfer verlangen, ohne automatisch in überschaubarer Zeit zum gewünschten Ergebnis, also zur Aufnahme als Vollmitglied in die EU zu führen.

Bislang verfolgt Deutschland im Verbund mit seinen wichtigsten Verbündeten den Kurs, in Bosnien und im Kosovo die Situation in der Schwebe zu erhalten, ohne substantielle Entscheidungen für die Zukunft zu treffen: Finanzielle und wirtschaftliche Hilfen, das Locken mit einer europäischen Perspektive und vor allem eine nicht zuletzt militärisch unterfütterte Beschneidung der jeweiligen Souveränität durch internationale Organisationen begrenzen den politischen Handlungsspielraum der regionalen Eliten. Das Gerüst für das deutsche Handeln bilden völkerrechtliche Normen, so der Vertrag von Dayton und die einschlägigen VN-Resolutionen. Dieses Gerüst hat für die Bundesrepublik Deutschland einen eigenständigen Wert, ganz unabhängig von der tatsächlichen Umsetzbarkeit vor Ort – denn schließlich ist aus historischen Gründen kaum ein wichtiger Staat der Erde so an der Verrechtlichung internationaler Politik interessiert wie der deutsche.

Andererseits kommt irgendwann der Zeitpunkt, an dem Bilanz zu ziehen ist. Und diese Bilanz kann im Fall Bosniens und des Kosovo nur lauten, daß die staatsgründenden internationalen Verträge und Resolutionen zwar geeignet waren, den jeweiligen Krieg zu beenden, aber eben nicht dazu, eine dauerhafte, selbsttragende Friedensordnung zu errichten. In dieser Hinsicht ist die Politik Deutschlands ebenso gescheitert wie die der EU.

Deutsche Sicherheitspolitik hat angesichts der Unmöglichkeit, die Gesellschaften und Mentalitäten Bosniens und des Kosovos grundlegend zu verändern, nur die Wahl zwischen zwei Polen: Der erste ist das strikte Beharren auf dem verfassungsrechtlichen Status quo, auf der Unteilbarkeit der beiden Staaten. Der zweite ist die Zulassung eines kontrollierten Zerfalls beider Staatswesen.

Will Deutschland das Fortbestehen der jetzigen Grenzen nicht auf unabsehbare Zeit militärisch garantieren und den beiden in Frage kommenden Ländern eine eigenständige politische Zukunft eröffnen helfen, scheidet die Bewahrung der jetzigen Grenzen nahezu aus. Um dieses Ziel zu erreichen, müßten mentale Veränderungen in heute unvorstellbarer Größenordnung stattfinden – letztlich der Abschied der dortigen Völker von der eigenen Geschichte und Tradition. Dafür

gäbe es nur ein Mittel: Betäubenden Wohlstand durch rasanten wirtschaftlichen Aufstieg, der Verteilungskämpfe allenfalls auf hohem Niveau stattfinden ließe und die bislang als Kontrahenten auftretenden Völker zu einer Schicksalsgemeinschaft in positivem Sinn verbände. Diesen Effekt aber kann deutsche Politik nicht hervorrufen, auch nicht im Verbund mit der EU. Die auf Jahrzehnte angespannte Finanzlage läßt Programme in diese Richtung nicht zu. Denkbar wäre höchstens eine auf Konfrontation mit den Serben setzende Politik, die deren Vorrechte beseitigte und Bosnien wie auch das Kosovo zu Republiken machte, in denen keine Volksgruppe einen politischen Sonderstatus beanspruchen darf. Eine solche Entmachtungsstrategie setzt allerdings eine (auch militärische) Bereitschaft zum Konflikt voraus, die Deutschland auf absehbare Zeit nicht aufbringen wird. Außerdem ist auch nach einer Beseitigung der serbischen Autonomien nicht gewährleistet, daß die dann zentralistischer organisierten Staaten Bosnien und Kosovo mit dem Problem einer opponierenden serbischen Minderheit dauerhaft friedlich umgehen könnten.

Also bleibt nur die andere Alternative, das Zugehen auf die Bedürfnisse der Menschen auf dem Balkan – oder vielmehr auf die Bedürfnisse *der* Menschen in Bosnien und im Kosovo, die politische Macht haben und auch in Zukunft haben werden. In diesem Zusammenhang ist eine Abwägung erforderlich, denn nicht alle Nationalitäten der beiden Staaten haben die gleichen Interessen: Im Kosovo dringen die Albaner auf die Beibehaltung der Grenzen, in Bosnien die muslimischen Bosniaken. Die übrigen großen, in kompakten Siedlungsgebieten lebenden Völker dagegen erstreben mehr oder weniger offen die Abspaltung, namentlich die Serben. Wenn aber zwei – oder noch mehr – Nationalitäten sich nicht darüber eins werden können, in einem Staat zu leben, dann gilt es auf Dauer, die Position derer zu respektieren, die die Sezession wollen. Nur so kann eine dauerhaft stabile Situation entstehen. Das zentrale Problem in diesem Zusammenhang bildet Bosnien, denn die Lage der serbischen Minderheit im Kosovo wäre mit relativ geringen Grenzkorrekturen und Gebietsabtretungen an Serbien zu beruhigen. Für Bosnien jedoch wäre eine Sezession der Serbischen Republik, womöglich gefolgt von einem Austritt der Herzegowina-Kroaten, kaum zu verkraften – es entstünde ein zerrissenes und kaum lebensfähiges<sup>160</sup> muslimisches Restgebiet. So steht die Politik vor einem Dilemma: Bosnien ist weder mit den Serbengebieten, also ungeteilt, reformierbar noch ohne die Serbische Republik (und womöglich die Kroatengebiete) existenzfähig. An der Fortführung internationaler Kontrolle über Bosnien wird also kein Weg vorbei führen.<sup>161</sup>

---

<sup>160</sup> Wobei in der Geschichte schon oft über die Lebensfähigkeit von Staaten debattiert wurde – ginge es nach den Einschätzungen, die vor der Gründung mancher Staaten (u.a. Österreich) verbreitet wurden, dürften heute eine ganze Reihe von Staaten der Welt nicht (mehr) existieren.

<sup>161</sup> Renvert, Nicole, *Bremse oder Motor? Bosnien hat ohne internationale Führung wenig Chancen auf Stabilität*, in: *Internationale Politik* 66/2011, S. 80-86.

Angesichts der Gesellschaftsstrukturen im Kosovo und der starken Verwobenheit der Eliten beider Staaten mit der organisierten Kriminalität wird eine Aufnahme in die EU auf lange Sicht nicht in Frage kommen, was den Öffentlichkeiten im Kosovo und in Bosnien entsprechend kommuniziert werden muß. Andererseits gilt es zu vermeiden, daß sich im Gegenzug die beiden Staaten mit der EU konkurrierenden anderen Ordnungsmächten zuwenden – also etwa muslimischen Staaten wie der Türkei und Saudi-Arabien oder aber China, denen auf diese Weise letztlich auch machtpolitisch nutzbare Basen in Europa zufielen. Für deutsche Politik bleibt also nur die Möglichkeit, unterhalb der Ebene einer EU-Vollmitgliedschaft Anreize zu schaffen, die die Gesellschaften des Kosovos und Bosniens an Europa binden, auf diese Weise Druck auf die politischen Eliten erzeugen und damit ein Abdriften in andere politische Gruppierungen verhindern. Der einzige sich bietende Ansatzpunkt zu einer dauerhaften Konfliktlösung schließlich ist die Einbindung Serbiens – eine Einbindung, die sich nicht in völkerrechtlichen Verträgen erschöpft, sondern von Serbien auch im politischen und gesellschaftlichen Alltag mitgetragen wird. Das aber bedeutet, daß Serbien und die Serben lernen müssen, die Ergebnisse der Kriege der 1990er Jahre zu akzeptieren und in entsprechender Weise auf die serbische Minderheit in Bosnien einwirken. Ob sich ein solcher Mentalitätswandel durch einen Beitritt Serbiens zur EU einstellt, bleibt abzuwarten, ist aber jedenfalls nur dann realistisch, wenn der EU-Beitrittsprozeß zur wirtschaftlichen und geistigen Erfolgsgeschichte für Serbien wird.

## Schlußbetrachtung

Die Bundesrepublik Deutschland lebt momentan in einer Situation komfortabler Sicherheit. Die letztlich friedliche Beendigung des Kalten Krieges zu Beginn der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts hat dazu erheblich beigetragen, ebenso die seit Jahrzehnten gewachsene Einbindung in die NATO und die EU bzw. ihre Vorläuferorganisationen. Aber: Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit, wie sogar heute viele Weltregionen erfahren müssen.

Eben deshalb ist auch deutsche Politik vor Herausforderungen gestellt, und zwar vor solche, die sich von denen, die noch vor zwanzig Jahren bestimmend waren, erheblich unterscheiden. Galt es damals, sich ohne Krieg in demokratisch selbstbestimmter Freiheit gegenüber einem kommunistisch-diktatorischen Ostblock in der Mitte Europas zu behaupten, sind es heute weltweite Entwicklungen, die deutsches Augenmerk erfordern – im Inneren wie nach außen. Zu nennen sind vor allem das durch Weltöffnung und Globalisierung ermöglichte und vielleicht sogar erzwungene Hineinwachsen der NATO und in geringerem Umfang der EU in die Rolle weltweit agierender Ordnungsmächte, die Selbstfindung und Stärkung des Islam als auch politisch bestimmende Kraft, das Aufwachen politisch, wirtschaftlich und letztlich auch militärisch potenter Mächte in der früheren Dritten Welt sowie eigentlich im Inneren angesiedelte Momente, so die auf Bevölkerungsschwund hinauslaufende demographische Ent-

wicklung und die schon seit Jahrzehnten anhaltende Einwanderung von Nicht-Deutschen erheblich divergierender Kultur und Religion.

Wenngleich zu vielen dieser Problemkreise veröffentlichte – und für staatliche Institutionen auch unveröffentlichte bzw. geheime – Informationen bereitstehen, hinkt doch die sicherheitspolitische Debatte den Anforderungen der Zeit hinterher. Deutsche Politik und die deutsche öffentliche Meinung zögern, sich mit den Problemen der Zukunft zu beschäftigen. Dafür gibt es gute Gründe: Die deutsche Konsens- und Friedenskultur beruht auf den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus, unter dem zahllose Werte einer menschenwürdigen Zivilisation mit Füßen getreten wurden mit dem Ergebnis ungeheurer Verbrechen und gewaltiger Menschenverluste.

Andererseits ist zu bedenken, daß die Bewohner Deutschlands trotz der Bürde der Geschichte wohl den Anspruch an ihre politisch handelnden Eliten richten dürfen, daß Vorsorge für ihre Sicherheit getroffen werde. Das bedeutet, sicherheitsrelevante Entwicklungen der Welt zu verfolgen und ohne Scheuklappenmentalität in allen Bereichen von Politik auf erkannte Risiken zu reagieren. Dazu aber wiederum ist es erforderlich, erst einmal zu bestimmen, welche Risiken überhaupt bestehen – und vor allem, für wen es sich überhaupt um Risiken handelt. Sind Entwicklungen bedrohend für die Welt ganz allgemein, für bestimmte Weltgegenden oder womöglich nur für Deutschland? Und wie soll man verfahren, wenn es nicht möglich ist, in internationalem, womöglich weltweitem Konsens bestimmte Herausforderungen anzugehen?

Die obigen Aufsätze haben gezeigt, daß sich Deutschland und vor allem seine politisch maßgebenden Kräfte damit schwertun, spezifisch deutsche Interessen zu definieren. Zwar reichen die deutschen Kräfte – selbst gebündelt mit denen einiger interessierter Verbündeter – bei weitem nicht aus, auf der ganzen Welt Menschenrechte und menschenwürdige Lebensbedingungen zu garantieren. Gleichwohl kommt die deutsche politische Öffentlichkeit nicht in der Realität an, in einer Realität, die zu der Erkenntnis zwingt, daß bestimmte Rechte von Souveränität nun einmal am Staat, also am Nationalstaat hängen. Erst eng definierte nationalstaatliche Interessen schaffen überhaupt die Möglichkeit, mit anderen Nationalstaaten über bestimmte Dinge zu verhandeln. Die deutsche Position, den Nationalstaat mit all seinen Errungenschaften und auch heute zur Verfügung stehenden Machtmitteln als etwas gestriges zu betrachten, hilft in der weltweiten – und auch in der innerdeutschen – Diskussion nicht weiter. Die wichtigsten Partner in EU und NATO betrachten weiterhin den Nationalstaat als Träger der Souveränität, dessen Verantwortlichkeit für Krieg und Frieden, auch für Sicherheit im Inneren bei allen momentan diskutierten Kompetenzübertragungen an die EU nicht in Zweifel gezogen wird.

Bei der Nutzung machtpolitischer Ressourcen geht Deutschland einen Weg, den Staaten von vergleichbarer Bedeutung nicht einschlagen. Es setzt sein Militär nicht entsprechend der vorhandenen bzw. möglicherweise zu erwerbenden Fähigkeiten

ein, definiert keine geographisch eingrenzbaeren Weltregionen für eigene Machtprojektion. Vielmehr vertritt es die These, daß Außenpolitik weltweit zu verrechtlichen sei und damit der Nationalstaat als souverän handelndes völkerrechtliches Subjekt zurückzudrängen – nur, Deutschland ist auch nicht bereit, in Verfolg seiner Strategie internationalen Organisationen ohne wenn und aber die (auch militärischen) Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die nötig wären, um VN, EU oder NATO automatisch zu konsequentem Handeln in Krisensituationen zu befähigen.

Auf Dauer wird die deutsche Öffentlichkeit und die aus ihr hervorgehende Politik es lernen müssen, sich mit den Realitäten der Welt abzufinden – mit den Verfahrensabläufen innerhalb derselben ebenso wie mit den Mitteln, die in bestimmten Situationen anzuwenden sind. Andernfalls wird sich herausstellen, daß die Fixiertheit auf sich selbst und die eigene, teils so schreckliche Geschichte zur Katastrophe für Deutschland, seine Bevölkerung, Europa und vielleicht die Welt wird.



# Literaturverzeichnis

## *Gedruckte Literatur*

- Anderson, Ewan William, *The Middle East – Geography and Geopolitics*, London/New York 2000.
- Asseburg, Muriel und Isabelle Werenfels, Tunesien: Einzelfall oder erster Dominostein? Vergleichbare Probleme – unterschiedliche Rahmenbedingungen, SWP-Aktuell 4, Januar 2011.
- Asseburg, Muriel und Stephan Roll, Ägyptens Stunde null? – Akteure, Interessen, Szenarien, SWP-Aktuell 10, Februar 2011.
- Ataman, Muhittin, Saudi-Arabien, in: Gieler, Wolfgang (Hg.), *Außenpolitik in Konfliktregionen: Der Nahe und Mittlere Osten*, Berlin 2006, S. 141-149.
- Avant, Deborah Denise, *The Market of Force. The Consequences of Privatizing Security*, New York 2005.
- Azzelini, Dario, Der Krieg im Irak und die Armee der Privaten, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 3/2005, S. 334-339.

- Baumann, Dieter, *Militäretik – Theologische, menschenrechtliche und militärwissenschaftliche Perspektiven*, Stuttgart 2007 (Theologie und Frieden Bd. 36).
- Biehl, Heiko, *Die Bundeswehr – Ihre Aufgaben im sicherheitspolitischen Meinungsbild der deutschen Bevölkerung*, in: *Reader Sicherheitspolitik, Erg.-Lfg. 6/2007*, S. 9-16.
- Biehl, Heiko, *Von der Verteidigungs- zur Interventionsarmee. Konturen eines gehemmten Wandels*, in: *Kümmel, Gerhard (Hg.), Streitkräfte im Einsatz: Zur Soziologie militärischer Interventionen*, Baden-Baden 2008 (Militär und Sozialwissenschaften Bd. 42), S. 9-20.
- Binder, Martin, *Private Sicherheits- und Militäranbieter im Dienste westlicher Demokratien: Die Bürgerkriege in Bosnien-Herzegowina und Sierra Leone*, in: *Die Friedens-Warte 1-2/2005*, S. 131-151.
- Blastenbrei, Peter, *Die Sforza und ihr Heer. Studien zur Struktur-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Söldnerwesens in der italienischen Frührenaissance*, Heidelberg 1987.
- Boemcken, Marc von, *Die Internationalisierung und Militarisierung der deutschen Sicherheitsindustrie*, in: *Friedensgutachten 2006*, S. 275-283.
- Bredow, Wilfried von, *Militär und Demokratie in Deutschland – Eine Einführung*, Wiesbaden 2008.
- Breuer, Rita, *Familienleben im Islam – Traditionen, Konflikte, Vorurteile*, überarbeitete Neuausgabe Freiburg/Basel/Wien 2008.
- Dies., *Wie du mir so ich dir? Die Freiheit des Glaubens zwischen Christentum und Islam*, in: *Spuler-Stegemann, Ursula, (Hg.), Feindbild Christentum im Islam. Eine Bestandsaufnahme*, Bonn 2006 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 573), S. 35-53.
- Bundesministerium der Verteidigung (Hg.), *Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr*, Berlin 2006.
- Byman, Daniel, *Fighting terrorism with democracy?*, in: *Frisch, Hillel und Efraim Inbar (Hg.), Radical Islam an International Security. Challenges and Responses*, London/New York 2008, S. 189-203.
- Clausen, Christian, *Die Entstaatlichung von Kriegshandlungen*, in: *ÖMZ 2/2004*, S. 175-180.
- Courbage, Youssef und Emmanuel Todd, *Die unaufhaltsame Revolution. Wie die Werte der Moderne die islamische Welt verändern*, München 2008.
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (Hg.), *DSW-Datenreport. Soziale und demographische Daten zur Weltbevölkerung 2007*.

- Dörfler-Dierken, Angelika und Gerd Portugall (Hg.), *Friedensethik und Sicherheitspolitik – Weißbuch 2006 und EKD-Friedensschrift 2007 in der Diskussion*, Wiesbaden 2010 (Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr Band 8).
- Döring, Till, *Der Konflikt um die Westsahara. Die MINURSO – eine „Mission Impossible“?*, München 2010.
- Dostal, Walter, *Gesellschaft*, in: ders., *Tribale Gesellschaften der südwestlichen Regionen des Königreichs Saudi Arabien. Sozialanthropologische Untersuchungen*, Wien 2006 (Veröffentlichungen zur Sozialanthropologie Band 8), S. 23-88.
- Ders. (Hg.), *Tribale Gesellschaften der südwestlichen Regionen des Königreichs Saudi Arabien. Sozialanthropologische Untersuchungen*, Wien 2006 (Veröffentlichungen zur Sozialanthropologie Band 8).
- Dreßler, Rudolf, *Gesicherte Existenz Israels – Teil der deutschen Staatsraison*, APuZ 15/2005, S. 3-8.
- Ende, Werner, *Gerechtigkeit als politisches Prinzip im Islam*, in: Krawietz, Birgit und Helmut Reifeld (Hg.), *Islam und Rechtsstaat – Zwischen Scharia und Säkularisierung*, St. Augustin/Berlin 2008, S. 19-35.
- Erler, Gernot, *Mission Weltfrieden – Deutschlands neue Rolle in der Weltpolitik*, Freiburg/Basel/Wien 2009.
- Felberbauer, Ernst M. und Predrag Jureković (Hg.), *15 Years of Peace-Building in the Western-Balkans. Lessons Learnt and Current Challenges*, Wien 2010.
- Frisch, Hillel und Efraim Inbar (Hg.), *Radical Islam and International Security. Challenges and Responses*, London/New York 2008.
- Gattermann, Claus Heinrich, *Kroatien. Zweitausend Jahre Geschichte an der Adria*, Hildesheim/Zürich/New York 2011.
- Gieler, Wolfgang (Hg.), *Außenpolitik in Konfliktregionen: Der Nahe und Mittlere Osten*, Berlin 2006.
- Graeme, C. S. Steven, *Shield or safety: The role of private security companies*, in: *Janes's Intelligence Review* 12/2007, S. 44-47.
- Hillebrand, Ernst, *Zu viele oder zu wenige? Demographische Entwicklung und internationale Migration*, Berlin 2007 (Schriftenreihe „Kompass 2020“ der Friedrich-Ebert-Stiftung).
- Jonas, Alexandra, *Internationales Engagement Deutschlands*, in: *Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (Hg.), Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland – Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2007 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr*, Strausberg 2008 (Forschungsbericht 86), S. 33-46.

- Kahl, Thede und Cay Lienau (Hg.), *Christen und Muslime. Interethnische Koexistenz in südosteuropäischen Peripheriegebieten*, Wien 2009 (Religions- und Kulturgeschichte in Ostmittel- und Südosteuropa Band 11).
- Kerzel, Michael und Oliver Thränert, *Von der friedlichen Nutzung der Kernenergie zum Bau der Atombombe? Die Gründe für das „nukleare Erwachen“ im Nahen Osten und die damit verbundenen Gefahren*, Diskussionspapier der SWP, Berlin 2009.
- Khalifa Isaac, Sally, *Enthusiastisch ins Ungewisse – Was kommt nach Hosni Mubarak?*, IP März/April 2011, S. 10-17.
- Kıçmari, Sabri, *Individuum und Gesellschaft im Kosovo*, Bonn 2009 (Diss.).
- Knortz, Heike, *Diplomatische Tauschgeschäfte. Gastarbeiter in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953-1973*, Köln 2008.
- Krawietz, Birgit, *Gerechtigkeit als Leitidee im islamischen Recht*, in: Krawietz, Birgit und Helmut Reifeld (Hg.), *Islam und Rechtsstaat – Zwischen Scharia und Säkularisierung*, St. Augustin/Berlin 2008, S. 37-52.
- Krawietz, Birgit und Helmut Reifeld (Hg.), *Islam und Rechtsstaat – Zwischen Scharia und Säkularisierung*, St. Augustin/Berlin 2008.
- Kreitmeyr, Nadine und Oliver Schlumberger, *Autoritäre Herrschaft in der arabischen Welt*, in: APuZ 24/2010, S. 16-22.
- Kümmel, Gerhard, *Civil-Military Relations in Germany: Past, Present and Future*, Strausberg 2001 (SoWi-Arbeitspapier Nr. 131).
- Ders., *Die Privatisierung der Sicherheit. Private Sicherheits- und Militärunternehmen in den internationalen Beziehungen*, in: ZIB 1/2005, S. 141-169.
- Ders. (Hg.), *Streitkräfte im Einsatz: Zur Soziologie militärischer Interventionen*, Baden-Baden 2008 (Militär und Sozialwissenschaften Bd. 42).
- Lange, Michael A., *Umbruch im Nahen Osten – Was folgt auf die Ereignisse in Tunesien und Ägypten*, KAS-Auslandsinformationen, Sonderausgabe 22.02.2011, S. 7-33.
- Lüders, Michael, *Allahs langer Schatten. Warum wir keine Angst vor dem Islam haben müssen*, Freiburg 2007.
- Machiavelli, Niccoló, *Der Fürst*, übersetzt von Ralf Löffler, Neuenkirchen 2007.
- Mauß, Hanns W., Sebastian Harnisch und Constantin Grund (Hg.), *Deutschland im Abseits? Rot-grüne Außenpolitik 1998-2003*, Baden-Baden 2003.

- Möller, Almut, Neue Wege für Nordafrika – Was bei einer Reform der EU-Mittelmeerpoltik berücksichtigt werden sollte, IP März/April 2011, S. 46-49.
- Oman, Charles, *The History of the Art of the War in the sixteenth Century*, London 1991.
- Perthes, Volker, Nahöstliche Risikoszenarien...und Leitlinien für westliches Engagement, IP November/Dezember 2010, S. 82-88.
- Rauch, Andreas M., *Auslandseinsätze der Bundeswehr*, Baden-Baden 2006.
- Rehmann, Heiko, Eine öffentliche Meinung, die es eigentlich nicht gibt, in: *Loyal – Magazin für Sicherheitspolitik* 01/2008, S. 28-29.
- Reichel, Sarah, *Anspruch und Wirklichkeit der EU-Krisenbewältigung: Testfall Balkan*, Baden-Baden 2010 (Diss. Berlin 2005).
- Reissner, Johannes, *Irans Selbstverständnis als Regionalmacht – Machtstreben im Namen antikolonialer Modernität*, SWP-Studie, Berlin 2008.
- Renvert, Nicole, Bremse oder Motor? Bosnien hat ohne internationale Führung wenig Chancen auf Stabilität, in: *Internationale Politik* 66/2011, S. 80-86.
- Rolofs, Oliver, *Bosnien-Herzegowina: Internationale Strategielosigkeit*, in: *Europäische Sicherheit: Politik, Streitkräfte, Wirtschaft, Technik* 59/2010, S. 19-23.
- Schäfer, Isabel, *Von der Revolution ins Reformlabor – Wer gestaltet den Übergang in Tunesien?*, IP März/April 2011, S. 20-25.
- Shaller, Christian, *Zur Auslagerung militärischer Aufgaben: humanitär-völkerrechtliche Aspekte des Einsatzes Privater in bewaffneten Konflikten*, in: *Jahrbuch der Clausewitz-Gesellschaft* Bd. 2 2006, S. 120-130.
- Schneckener, Ulrich, *Fragile Staatlichkeit als globales Sicherheitsrisiko*, in: *APuZ* 28-29/2005, S. 26-31.
- Schneiker, Andrea, *Privatisierung des Militärischen? Private Militärfirmen als Akteure der USAußenpolitik*, in: *WeltTrends* 49/2005, S. 135-143.
- Schubert, Gabriella, *Verbindendes und Trennendes in den Alltagskulturen von Christen und Muslimen in Südosteuropa*, in: Kahl, Thede und Cay Lienau (Hg.), *Christen und Muslime. Interethnische Koexistenz in südosteuropäischen Peripheriegebieten*, Wien 2009 (Religions- und Kulturgeschichte in Ostmittel- und Südosteuropa Band 11), S. 173-189.
- Schumacher, Tobias, *Wohlstand für wenige – Die arabische Welt fordert mehr Wohlstand und soziale Gerechtigkeit*, IP März/April 2011, S. 30-35.
- Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), *Soldaten als Diener des Friedens – Erklärung zur Stellung und Aufgabe der Bundeswehr vom 29. November 2005*, Bonn 2005.

- Selzer, Stephan, *Deutsche Söldner im Italien des Trecento*, Tübingen 2001.
- Singer, Max, The potential dangers of a „real“ jihad, in: Frisch, Hillel und Efraim Inbar (Hg.), *Radical Islam an International Security. Challenges and Responses*, London/New York 2008, S. 171-179.
- Singer, Peter Warren, *Corporate warriors: The rise of the privatized military industry*, Ithaka 2003.
- Singh, Nagendra Kumar und Abdul Mabud Khan (Hg.), *Encyclopaedia of the World Muslims – Tribes, Castes and Communities*, 4 Bände, New Delhi 2001 (Nachdruck 2002).
- Sopjani, Enver, *Die politisch-militärische und polizeiliche Rolle der internationalen Gemeinschaft in Kosova ab 1999*, Berlin 2010.
- Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (Hg.), *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland – Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2007 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr*, Strausberg 2008 (Forschungsbericht 86).
- Spangenberg, Stefan, *Bundeswehr und öffentliche Meinung – Betrachtungen zum aktuellen Verhältnis zwischen Gesellschaft und Streitkräften*, Strausberg 1998 (SoWi-Arbeitspapier Nr. 114).
- Spuler-Stegemann, Ursula, ...denn sie wissen, was sie tun. Zum Verhältnis der Muslime in Deutschland zu den christlichen Kirchen, in: dies. (Hg.), *Feindbild Christentum im Islam. Eine Bestandsaufnahme*, Bonn 2006 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 573), S. 173-183.
- Spuler-Stegemann, Ursula, (Hg.), *Feindbild Christentum im Islam. Eine Bestandsaufnahme*, Bonn 2006 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 573).
- Starčević-Srkalović, Lejla, *The Democratization Process in Post-Dayton Bosnia and Herzegovina and the Role of the European Union*, Baden-Baden 2010 (Diss. Hamburg 2009).
- Steinberg, Guido, *Saudi-Arabien als Partner deutscher Nahostpolitik: Problemstellung und Empfehlungen*, SWP-Studie 35, Dezember 2008.
- Ders. (Hg.), *Deutsche Nah- Mittelost- und Nordafrikapolitik – Interessen, Strategien, Handlungsoptionen*, SWP-Studie, Berlin 2009.
- Suleiman, Sander Samir, *Elitenwechsel und gesellschaftliche Transformation in der arabisch-islamischen Welt – Eine vergleichende Untersuchung zu Jordanien und Marokko*, Diss. München 2009.

- Thielmann, Georg, Mission und Ungewissheit: Wie internationale Organisationen durch veränderte Aufgaben und sich ändernde Klimata beeinflusst werden. Eine Analyse der Ursachen für Erfolg und Misserfolg an den Beispielen der OSZE- und der Bundeswehrentwicklung im Kosovo, Nordhausen 2011 (Diss. Siegen 2011).
- Tibi, Bassam, Die islamische Herausforderung. Religion und Politik im Europa des 21. Jahrhunderts, Darmstadt 2007.
- Uesseler, Rolf, Neue Kriege, neue Söldner. Private Militärfirmen und globale Interventionsstrategie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2005, S. 323-333.
- Uhde, Peter E., Waffenruhe auf dem Brandherd Europas: Serbiens Ziel ist die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, in: Europäische Sicherheit: Politik, Streitkräfte, Wirtschaft, Technik 59/2010, S. 89-91.
- Voigt, Rüdiger, Zwischen Leviathan und Res Publica. Der Staat des 21. Jahrhunderts, in: ZfP 3/2007, S. 259-271.
- Wagner, Martin, Auslandseinsätze der Bundeswehr. Normalisierung statt Militarisierung deutscher Sicherheitspolitik, in: Maull, Hanns W., Sebastian Harnisch und Constantin Grund (Hg.), Deutschland im Abseits? Rotgrüne Außenpolitik 1998-2003, Baden-Baden 2003, S. 33-48.
- Warburg, Jens, Das Militär und seine Subjekte – Zur Soziologie des Krieges, Bielefeld 2008.
- Wedgwood, Cicely Veronica, Der Dreißigjährige Krieg, München 1967.
- Weingärtner, Georg, Krieg als Geschäftszweig. Private Sicherheitsdienstleister und Söldner im Lichte des Kriegsvölkerrechts, in: ÖMZ 2/2004, S. 149-156.
- Wulf, Herbert, Internationalisierung und Privatisierung von Krieg und Frieden, Baden-Baden 2005.
- Yaron, Gil, Der schiitische Halbmond wird rund – Und der Westen verliert seine ehemaligen Verbündeten, IP März/April 2011, S. 38-43.
- Zimmermann, Martina, Abenteurer mit Pensionsanspruch. Mythos und Missionen der Französischen Fremdenlegion, in: Dokumente – Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 4/2006, S. 20-24.

### ***Veröffentlichungen im Internet***

- Aufruf zur Demonstration gegen Afghanistan 2010,  
<http://www.afghanistandemo.de/> (zuletzt aufgerufen am 27.04.2010).

- Avenarius, Tomas, Schlagkräftige Stütze des Regimes – Revolutionswächter im Iran, *Süddeutsche Zeitung* vom 18.06.2009, <http://www.sueddeutsche.de/politik/revolutionswaechter-in-iran-schlagkraeftige-stuetze-des-regimes-1.440524> (zuletzt aufgerufen am 28.03.2011).
- Babayigit, Gökalp, Die Kriegs-Dienstleister, 27.10.2007, <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/562/139273/> (zuletzt aufgerufen am 17.03.2008).
- Bischofskonferenz – Keine einheitliche Meinung zum Afghanistan-Einsatz, in: *Focus* vom 23.02.2010, [http://www.focus.de/politik/weitermeldungen/bischofskonferenz-keine-einheitliche-meinung-zum-afghanistan-einsatz\\_aid\\_483537.html](http://www.focus.de/politik/weitermeldungen/bischofskonferenz-keine-einheitliche-meinung-zum-afghanistan-einsatz_aid_483537.html) (zuletzt aufgerufen am 01.04.2010).
- Böll, Martin, Arabische Golfstaaten investieren weltweit in Landwirtschaft, <https://www.gtai.de/fdb-SE,MKT201101198018,Google.html> (zuletzt aufgerufen am 29.03.2011).
- BP Statistical Review of World Energy June 2010, [http://www.bp.com/liveassets/bp\\_internet/globalbp/globalbp\\_uk\\_english/reports\\_and\\_publications/statistical\\_energy\\_review\\_2008/STAGING/local\\_assets/2010\\_downloads/statistical\\_review\\_of\\_world\\_energy\\_full\\_report\\_2010.pdf](http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/globalbp_uk_english/reports_and_publications/statistical_energy_review_2008/STAGING/local_assets/2010_downloads/statistical_review_of_world_energy_full_report_2010.pdf) (zuletzt aufgerufen am 22.02.2011).
- Bündnis 90/Die Grünen-Grundsatzprogramm von 2002, [http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/68/68425.grundsatzprogramm\\_die\\_zukunft\\_ist\\_gruen.pdf](http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/68/68425.grundsatzprogramm_die_zukunft_ist_gruen.pdf) (zuletzt aufgerufen am 30.03.2010).
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Tabelle Rohölimporte November 2009 vom 05.01.2010, <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/tagesnachrichten,did=325450.html?view=renderPrint> (zuletzt aufgerufen am 30.03.2011).
- CDU-Parteiprogramm von 2007, <http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf> (zuletzt aufgerufen am 30.03.2010).
- CSU-Parteiprogramm von 2007, <http://www.csu.de/dateien/partei/gsp/grundsatzprogramm.pdf> (zuletzt aufgerufen am 30.03.2010).
- Deutsche Bischofskonferenz, Das neue Bischofswort *Gerechter Friede*, [http://www.alt.dbk.de/gerechter-friede/dbk\\_data/html/sets/set\\_tx.html](http://www.alt.dbk.de/gerechter-friede/dbk_data/html/sets/set_tx.html) (zuletzt aufgerufen am 08.04.2010).
- Deutsche Botschaft Pristina, Wirtschaftsübersicht Kosovo, [http://www.pristina.diplo.de/Vertretung/pristina/de/05/Wi\\_20Uebersicht/\\_Wirtschafts\\_C3\\_BCbersicht\\_20Kosovo.html](http://www.pristina.diplo.de/Vertretung/pristina/de/05/Wi_20Uebersicht/_Wirtschafts_C3_BCbersicht_20Kosovo.html) (zuletzt aufgerufen am 22.04.2012).

- Europäische Kommission, Kosovo gemäß der Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen Beziehungen EU – Kosovo, [http://ec.europa.eu/enlargement/potential-candidates/kosovo/relation/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enlargement/potential-candidates/kosovo/relation/index_de.htm) (zuletzt aufgerufen am 20.04.2012).
- Erklärung des DGB vom 14. November 2001, <http://www.einblick.dgb.de/hintergrund/2001/20/text01/> (zuletzt aufgerufen am 27.04.2010).
- Europäischer Rat, Developments in Libya: An Overview of the EU's Response, updated 1 April, [http://www.european-council.europa.eu/home-page/highlights/événements-en-libye-un-aperçu-de-la-réaction-de-l'ue-\(mise-à-jour-1er-avril\).aspx?lang=de](http://www.european-council.europa.eu/home-page/highlights/événements-en-libye-un-aperçu-de-la-réaction-de-l'ue-(mise-à-jour-1er-avril).aspx?lang=de) (zuletzt aufgerufen am 07.04.2011).
- F.A.Z., <http://www.faz.net/s/homepage.html> (zuletzt aufgerufen am 06.05.2010).
- F.A.Z.-Interview mit Sali Berisha, F.A.Z. vom 15.02.2008, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/f-a-z-interview-albanien-und-das-kosovo-sind-erst-in-der-eu-vereint-1513990.html> (zuletzt aufgerufen am 19.04.2012).
- FDP-Deutschlandprogramm 2009, [http://www.fdp-bundespartei.de/files/653/Deutschlandprogramm09\\_Endfassung.PDF](http://www.fdp-bundespartei.de/files/653/Deutschlandprogramm09_Endfassung.PDF) (zuletzt aufgerufen am 31.03.2010).
- Fünf Millionen Schlüssel für das Paradies, Der Spiegel vom 04.01.1988, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13525738.html> (zuletzt aufgerufen am 31.03.2011).
- Gattermann, Claus Heinrich, Krieg im Frieden? Die Bundesrepublik Deutschland und die innergesellschaftliche Bewältigung von Konflikten im Rahmen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Berlin 2010, <http://www.studia-historica.de/kriegimfrieden.pdf> (zuletzt aufgerufen am 06.04.2011).
- Geis, Anna, Die Zivilmacht Deutschland und die Enttabuisierung des Militärischen, in: HSFK-Standpunkte 2/2005, [http://www.hsfk.de/downloads/Standpunkte-2-2005\(druckfrei\).pdf](http://www.hsfk.de/downloads/Standpunkte-2-2005(druckfrei).pdf) (zuletzt aufgerufen am 06.04.2010).
- Ick bin ein Muslim geworden, <http://www.faz.net/s/RubF359F74E867B46C1A180E8E1E1197DEE/Doc~E1AA3F13334DF48468316AD2A6AE87BF9~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009)
- IPCC, [http://www.bmu.de/klimaschutz/internationale\\_klimapolitik/ipcc/doc/39274.php](http://www.bmu.de/klimaschutz/internationale_klimapolitik/ipcc/doc/39274.php) (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009).

- Islamarchiv, <http://www.islamarchiv.de/> (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009).
- Junge Freiheit, <http://www.jungefreiheit.de/> (zuletzt aufgerufen am 06.05.2010).
- Kairoer Erklärung, <http://www.soziales.fh-dortmund.de/Berger/Forschung/islam/Kairoer%20Erkl%C3%A4rung%20der%20OIC.pdf> (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009).
- Käßmann, Margot, Neujahrspredigt 2010, [http://www.unserekirche.de/kirche/aktuell/nichts-ist-gut-in-afghanistan\\_4853.html](http://www.unserekirche.de/kirche/aktuell/nichts-ist-gut-in-afghanistan_4853.html) (zuletzt aufgerufen am 08.04.2010).
- Kampf gegen das Fremde, [http://www.zeit.de/2001/47/200147\\_wahabismus-kaste.xml?page=1](http://www.zeit.de/2001/47/200147_wahabismus-kaste.xml?page=1) (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009).
- Kirste, Knut und Hanns W. Maull, DFG-Projekt „Zivilmächte“ – Fallstudie, 1994-1997, <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/resources/conferences/zib.pdf> (zuletzt aufgerufen am 06.04.2010).
- Konzett, Eva, China steigt in Europas Anlagenbau ein, Wirtschaftsblatt von 18.09.2011, <http://www.wirtschaftsblatt.at/home/international/osteuropa/china-steigt-in-europas-anlagenbau-ein-488692/index.do> (zuletzt aufgerufen am 07.04.2012).
- Lindner, Peter, Die Front ist überall, 22.10.2007, <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/78/138792/> (zuletzt aufgerufen am 17.03.2008).
- Die Linke-Parteiprogramm, Entwurf von 2010, noch nicht in Kraft, [http://die-linke.de/fileadmin/download/programmdebatte/100320\\_programmentwurf\\_final.pdf](http://die-linke.de/fileadmin/download/programmdebatte/100320_programmentwurf_final.pdf) (zuletzt aufgerufen am 30.03.2009).
- Mair, Stefan (Hg.), Auslandseinsätze der Bundeswehr – Leitfragen, Entscheidungsspielräume und Lehren, SWP-Studie 2007/S 27, [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=4355](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4355) (zuletzt aufgerufen am 06.04.2010).
- Maull, Hanns W., Zivilmacht Deutschland, Opladen 2006, <http://www.uni-trier.de/fileadmin/fb3/POL/Maull/pubs/zivilmacht.pdf> (zuletzt aufgerufen am 06.04.2010).
- Mayer, Florian, Zur Bedeutung von Renteneinnahmen für die politische und ökonomische Entwicklung der MONA-Region: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, Papier der Friedrich-Ebert Stiftung, ohne Jahr [um 2006/07], <http://library.fes.de/pdf-files/iez/04276.pdf> (zuletzt aufgerufen am 28.03.2011).

- Muslime konvertieren heimlich,  
<http://www.nzz.ch/2006/02/26/il/articleDM3ZP.html> (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009).
- Neues Deutschland, <http://www.neues-deutschland.de/> (zuletzt aufgerufen am 06.05.2010).
- Nolte, Detlef, Macht und Machthierarchien in den internationalen Beziehungen: Ein Analyse-konzept für die Forschung über regionale Führungsmächte, GIGA Working Papers Nr. 29, 2006, [http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/wp29\\_nolte.pdf](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/wp29_nolte.pdf) (zuletzt aufgerufen am 06.04.2010).
- NPD-Parteiprogramm von 1996,  
[http://medien.npd.de/dateiablage/Parteiprogramm\\_2010.pdf](http://medien.npd.de/dateiablage/Parteiprogramm_2010.pdf) (zuletzt aufgerufen am 30.03.2010).
- Peter, Elie, Wird das Kosovo der erste islamische EU-Staat?, Blick vom 18.02.2008, <http://www.blick.ch/news/ausland/wird-kosovo-der-erste-islamische-eu-staat-id154277.html> (zuletzt aufgerufen am 23.04.2012).
- Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.), Aus Gottes Frieden Leben – für gerechten Frieden sorgen, Denkschrift a. d. J. 2007, [http://www.ekd.de/download/ekd\\_friedensdenkschrift.pdf](http://www.ekd.de/download/ekd_friedensdenkschrift.pdf) (zuletzt aufgerufen am 07.04.2010).
- Reimann, Anna und Severin Weiland, „Bundeswehr-Mandat überdenken“ vom 07.06.2006,  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,419419,00.html> (zuletzt aufgerufen am 13.03.2008).
- Reitz, Ulrich, Libyen geht das Öl aus, ZDF vom 26.03.2011,  
<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/9/0,3672,8227561,00.html> (zuletzt aufgerufen am 05.04.2011).
- Reljić, Dušan, Die Türkei weckt alte Lieben und Feindschaften im Westbalkan, SWP-Aktuell 2010/A 69, September 2010, [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2010A69\\_rlc\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2010A69_rlc_ks.pdf) (zuletzt aufgerufen am 16.04.2012).
- Sander, Ulrich, Neu aufgestellt, <http://antifa.vvn-bda.de/200909/1301.php> (zuletzt aufgerufen am 31.03.2010).
- Schaller, Christian, Humanitäres Völkerrecht und nichtstaatliche Gewaltakteure. Neue Regeln für asymmetrische bewaffnete Konflikte?, SWP-Studie 2007,  
[http://www.swpberlin.org/de/common/get\\_document.php?asset\\_id=4581](http://www.swpberlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4581) (zuletzt aufgerufen am 14.03.2008).
- SPD-Parteiprogramm von 2007,  
[http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Hamburger-Programm\\_final.pdf](http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Hamburger-Programm_final.pdf) (zuletzt aufgerufen am 30.03.2010).

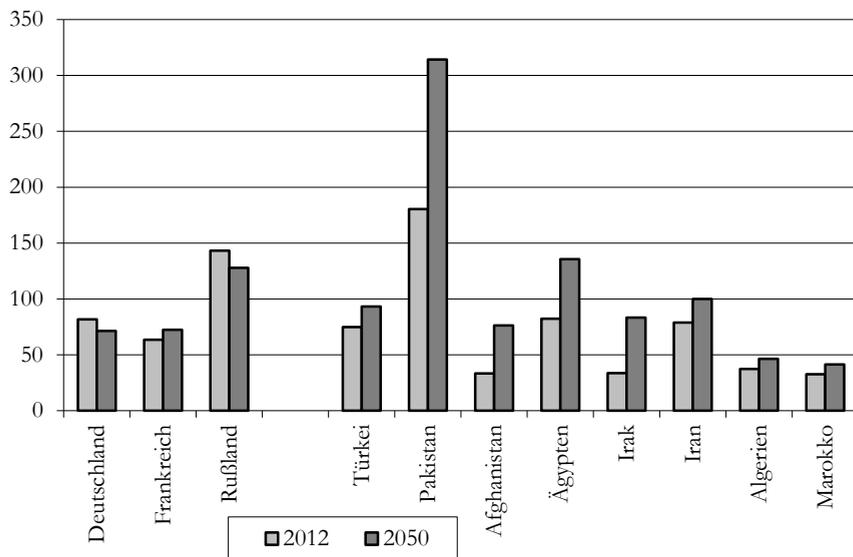
- Der Spiegel, <http://www.spiegel.de/> (zuletzt aufgerufen am 06.05.2010).
- Steinhilber, Jochen, Öl für China: Pekings Strategien der Energiesicherung in Nahost und Nordafrika, IPG 4/2006, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipg/03933.pdf> (zuletzt aufgerufen am 30.03.2011).
- Statistisches Bundesamt, [https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur\\_vollanzeige.csp&ID=1021763](https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur_vollanzeige.csp&ID=1021763) (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009).
- Stiftung Weltbevölkerung, Datenreport der Stiftung Weltbevölkerung, <http://www.weltbevoelkerung.de/oberes-menue/publikationen-downloads/zu-unseren-themen/datenreport.html?gclid=CKmmsqC9hq8CFcG-zAod3WamAw> (zuletzt aufgerufen am 27.03.2012).
- Die Tageszeitung, <http://www.taz.de/> (zuletzt aufgerufen am 06.05.2010).
- Vertrag von Dayton, englische Fassung, [http://avalon.law.yale.edu/subject\\_menus/daymenu.asp](http://avalon.law.yale.edu/subject_menus/daymenu.asp) (zuletzt aufgerufen am 23.04.2012).
- VN-Sicherheitsrat, Resolution 1244 von 1999, <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N99/172/89/PDF/N9917289.pdf?OpenElement> (zuletzt aufgerufen am 21.04.2012).
- Was ist Islam, [http://www.bpb.de/themen/G1RPNN,0,0,Was\\_ist\\_Islam.html](http://www.bpb.de/themen/G1RPNN,0,0,Was_ist_Islam.html) (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009).
- Weiland, Severin, Das böse Wort vom Kampfeinsatz, in: Der Spiegel vom 04.09.2006, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,435022,00.html> (zuletzt aufgerufen am 31.03.2010).
- Ders., Der weichgespülte Kampfeinsatz, in: Der Spiegel vom 10.01.2008, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,527869,00.html> (zuletzt aufgerufen am 31.03.2010).
- Wer sind sie?, [http://www.zeit.de/2006/19/Fragen\\_Wer](http://www.zeit.de/2006/19/Fragen_Wer) (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009).
- Westenfelder, Frank, Fahrende Ritter II – Von den Militärtouristen des Imperialismus zu den Rambos in Bosnien, <http://www.kriegsreisende.de/krieger/irrende-ritter.htm> (zuletzt aufgerufen am 14.03.2008).
- Ders., Im Reich des Mahdi. Europäische Paschas im Dienste der Khediven, <http://www.kriegsreisende.de/imperialismus/slatin.htm> (zuletzt aufgerufen am 17.03.2008).

- White, Stephen, Iran claims UAE has agreed to Gulf island talks, Construction Week vom 22.03.2011, <http://www.constructionweekonline.com/article-11503-iran-claims-uae-agreed-to-gulf-island-talks/> (zuletzt aufgerufen am 30.03.2011).
- Wird Deutschland islamisch?, <http://www.blume-religionswissenschaft.de/pdf/WirdDeutschlandislamischBadBollBlume2007.pdf> (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009).
- Wölkner, Sabina, „Butmir 2“ bringt keine Besserung – Chancen für eine Verfassungsreform verdüstern sich, Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung von Oktober 2009, [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_17923-1522-1-30.pdf?091028163453](http://www.kas.de/wf/doc/kas_17923-1522-1-30.pdf?091028163453) (zuletzt aufgerufen am 06.04.2012).
- The World Factbook der CIA, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html> (zuletzt aufgerufen am 21.02.2011).
- Zand, Bernhard, Pulverfaß am Schatt al-Arab, Der Spiegel vom 28.03.2007, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,474342,00.html> (zuletzt aufgerufen am 30.03.2011).
- Die Zeit, <http://www.zeit.de/index> (zuletzt aufgerufen am 06.05.2010).
- Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte, Artikel 47, [http://www.admin.ch/ch/d/sr/0\\_518\\_521/a47.html](http://www.admin.ch/ch/d/sr/0_518_521/a47.html) (zuletzt aufgerufen am 14.03.2008).
- Zuwanderung in Deutschland, <http://www.zuwanderung.de/> (zuletzt aufgerufen am 15.02.2009).



# Anhang

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten Staaten (in Mio.)



Quelle: [www.weltbevoelkerung.de](http://www.weltbevoelkerung.de) (Länderdatenbank)

**Tabelle 1: Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung**

Staat	% Muslime	Status des Islam
Afghanistan	99	Staatsreligion
Ägypten	90	Staatsreligion
Albanien	60	
Algerien	99	Staatsreligion
Aserbaidshjan	95	
Bahrain	81	Staatsreligion
Bangladesch	90	Staatsreligion
Brunei	90	Staatsreligion
Dschibuti	99	
Eritrea	55	
Gambia	90	
Guinea	90	
Indonesien	88	
Irak	95	Staatsreligion
Iran	98	Staatsreligion
Jemen	95	Staatsreligion
Jordanien	93	Staatsreligion
Katar	>77	Staatsreligion
Kirgisistan	65	
Komoren	99	Staatsreligion
Kosovo	>60	
Kuweit	85	
Libanon	65	
Libyen	97	Staatsreligion
Malaysia	60	
Malediven	100	Staatsreligion
Mali	90	
Marokko	99	Staatsreligion
Mauretanien	99	Staatsreligion
Niger	94	
Nord-Zypern	99	

Staat	% Muslime	Status des Islam
Oman	97	Staatsreligion
Pakistan	96	Staatsreligion
Palästina	85	
Saudi-Arabien	99	Staatsreligion
Senegal	94	
Sierra Leone	70	
Somalia	100	Staatsreligion
Sudan (vor Teilung)	70	Staatsreligion
Syrien	84	
Tadschikistan	90	
Tschad	>55	
Tunesien	98	Staatsreligion
Türkei	99	
Turkmenistan	90	
Usbekistan	90	
Vereinigte Arabische Emirate	96	Staatsreligion

Werte beruhen zum Teil auf Schätzungen. Quelle: The World Factbook der CIA, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html> (zuletzt aufgerufen am 21.02.2011).

**Tabelle 2: Staaten mit muslimischen Minderheiten (über 10 Prozent)**

Staat	Prozentsatz Muslime
Äthiopien	40-50
Bosnien-Herzegowina	44
Bulgarien	12
Ghana	30

Staat	Prozentsatz Muslime
Indien	13
Israel	15
Kamerun	20
Kasachstan	47
Kenia	20
Mauritius	17
Mazedonien	17
Montenegro	12
Mosambik	18
Nigeria	50
Russische Föderation	15
Tansania	35
Uganda	12
Zentralafrikanische Republik	15

Werte beruhen zum Teil auf Schätzungen. Quelle: The World Factbook der CIA, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html> (zuletzt aufgerufen am 21.02.2011).

**Tabelle 3: Islamische Staaten Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens**

Land	Fläche (Mio. qkm)	Einwohner (in Mio.)	Alter (Schnitt)	Alpha- betisierung	BSP (Mrd. \$)
Ägypten	1,00	80,47	24,0	71,4	501
Algerien	2,38	37,59	27,1	69,9	255
Bahrein	0,00	0,73	30,4	86,5	30
Irak	0,44	29,67	20,6	74,1	118
Iran	1,65	76,92	26,3	77,0	864
Jemen	0,53	23,50	17,9	50,2	62
Jordanien	0,09	6,41	21,8	89,9	34

Land	Fläche (Mio. qkm)	Einwohner (in Mio.)	Alter (Schnitt)	Alpha- betisierung	BSP (Mrd. \$)
Katar	0,01	0,84	30,8	89,0	122
Kuweit	0,02	2,79	26,4	93,3	144
Libanon	0,01	4,13	29,4	87,4	59
Libyen	1,76	6,46	24,2	82,6	89
Marokko	0,45	31,63	26,5	52,3	154
Mauretanien	1,03	3,21	19,3	51,2	7
Oman	0,31	2,97	23,9	81,4	77
Palästina	0,01	4,12	19,6	92,4	13
Saudi-Arab.	2,15	26,73	24,9	78,8	623
Syrien	0,19	22,20	21,5	79,6	106
Tunesien	0,16	10,59	29,7	74,3	100
VAE	0,08	4,98	30,2	77,9	200
West-Sahara	0,27	0,49	20,1	?	1
<b>Summe</b>	<b>12,54</b>	<b>376,43</b>	-	-	<b>3559</b>
Deutschl.	0,36	82,28	44,3	99	2951
EU	4,32	492,39	-	-	14890
USA	9,83	310,23	36,8	99	14720
China	9,60	1330,14	35,2	91,6	9872
Rußland	17,10	139,39	38,5	99,4	2290
Indien	3,28	1173,11	25,9	61	4061

Quelle: The World Factbook der CIA  
(<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html>,  
zuletzt aufgerufen am 21.02.2011).

**Tabelle 4: Erdölförderung und -reserven in Nordafrika sowie im Nahen und Mittleren Osten 2009**

Gesicherte Reserven. Förderung pro Tag im Durchschnitt. Abkürzung nr = im Weltmaßstab nicht relevant.

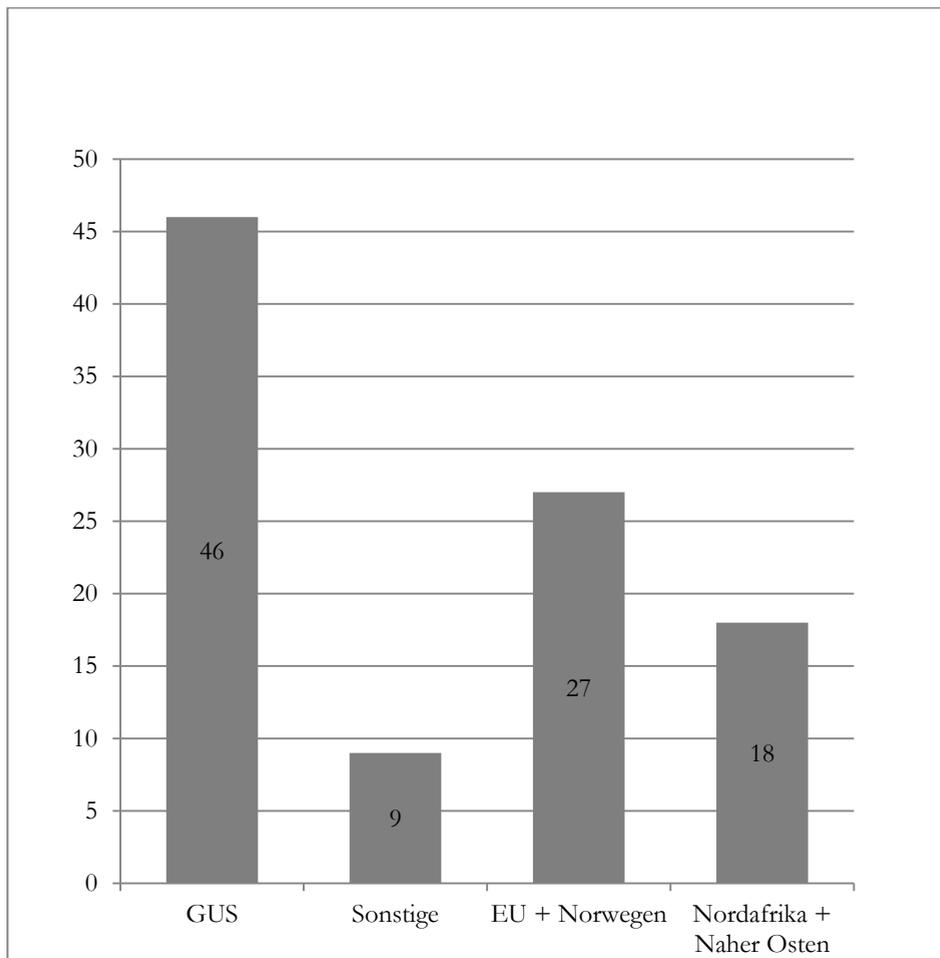
Land	Erdöl				Erdgas	
	Reserven Mrd. Barrel	Reserven (% Welt)	Förderung Tsd. Barrel	Förderung (% Welt)	Reserven (% Welt)	Förderung (% Welt)
Ägypten	4,4	0,3	742	0,9	1,2	2,1
Algerien	12,2	0,9	1811	2,0	2,4	2,7
Bahrein	nr	nr	nr	nr	nr	0,4
Irak	115,0	8,6	2482	3,2	1,7	nr
Iran	137,6	10,3	4216	5,3	15,8	4,4
Jemen	2,7	0,2	298	0,4	0,3	nr
Jordanien	nr	nr	nr	nr	nr	nr
Katar	26,8	2,0	1345	1,5	13,5	3,0
Kuweit	101,5	7,6	2481	3,2	1,0	0,4
Libanon	nr	nr	nr	nr	nr	nr
Libyen	44,3	3,3	1652	2,0	0,8	0,5
Marokko	nr	nr	nr	nr	nr	nr
Mauretanien	nr	nr	nr	nr	nr	nr
Oman	5,6	0,4	810	1,0	0,5	0,8
Palästina	nr	nr	nr	nr	nr	nr
Saudi-Arab.	264,6	19,8	9713	12,0	4,2	2,6
Syrien	2,5	0,2	376	0,5	0,2	0,2
Tunesien	0,6	0,0	86	0,1	nr	nr
VAE	97,8	7,3	2599	3,2	3,4	1,6
West-Sahara	nr	nr	nr	nr	nr	nr
<b>Summe</b>	<b>815,6</b>	<b>60,9</b>	<b>28611</b>	<b>35,3</b>	<b>45</b>	<b>18,7</b>
Deutshl.	nr	nr	nr	nr	nr	nr
EU	6,3	0,5	2082	2,6	1,3	5,7
USA	28,4	2,1	7196	8,5	3,7	20,1
China	14,8	1,1	3790	4,9	1,3	2,8
Rußland	74,2	5,6	10032	12,9	23,7	17,6
Indien	5,8	0,4	754	0,9	0,6	1,3

Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2010

([http://www.bp.com/liveassets/bp\\_internet/globalbp/globalbp\\_uk\\_english/reports\\_and\\_publications/statistical\\_energy\\_review\\_2008/STAGING/local\\_assets/2010\\_downloads/statistical\\_review\\_of\\_world\\_energy\\_full\\_report\\_2010.pdf](http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/globalbp_uk_english/reports_and_publications/statistical_energy_review_2008/STAGING/local_assets/2010_downloads/statistical_review_of_world_energy_full_report_2010.pdf), zuletzt aufgerufen am 22.02.2011).

**Abb. 2: Deutsche Rohölimporte nach Ursprungsregionen und -ländern  
Dezember 2008 bis November 2009**

Angaben in Prozent. GUS: Russische Föderation, Kasachstan, Aserbaidschan, Turkmenistan. Nordafrika und Naher Osten: Libyen, Syrien, Algerien, Saudi-Arabien, Ägypten, Iran, Tunesien, Irak, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate.



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Tabelle  
Rohölimporte November 2009 vom 05.01.2010  
(<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/tagesnachrichten,did=325450.html?view=renderPrint>, zuletzt aufgerufen am 30.03.2011)



Seit 1990 hat sich die sicherheitspolitische Lage der Welt nicht zuletzt für Deutschland drastisch verändert. Alte Gewißheiten gelten nicht mehr – die massive Bedrohung aus dem Osten ist vielen neuen Krisenherden auf der Welt gewichen. Die neuen Schlagworte heißen Islam, Globalisierung und relativer Machtverlust Europas. Der Bundesrepublik Deutschland fällt es auch nach zwanzig Jahren noch schwer, sich außen- und sicherheitspolitisch zu positionieren. Unter dem fortdauernden Eindruck nationalsozialistischer Gewaltherrschaft und der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs wird vor allem alles Militärische mißtrauisch beäugt, daneben auch der Nationalstaat als Träger von Souveränität und damit für Krieg und Frieden verantwortliche Instanz. Das wäre kein Problem, lebten die Deutschen in strikter Neutralität und Isolation. Nur hat die Bundesrepublik aus guten Gründen einen anderen Weg beschritten, nämlich den der Integration in internationale Vertragswerke wie EU, VN und NATO. Dort aber gestalten global denkende Partnerstaaten die Politik – mit der Folge vieler Interventionen in zahlreichen Ländern. Wie kann sich Deutschland in diesem Kreis zurechtfinden, sein Potential für Frieden und Gerechtigkeit auf der Welt einbringen und gleichzeitig eigene Interessen definieren und wahren? Diesen Fragen geht Claus Heinrich Gattermann in sechs Aufsätzen nach.

